

Bilanz - Sonderbilanz - Status

Versuch einer begrifflichen Abgrenzung auf
Grund ihrer heterogenen Problemstellungen

Heinrich Gebele

Bilanz - Sonderbilanz - Status

Versuch einer begrifflichen Abgrenzung
auf Grund ihrer heterogenen Problemstellungen

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu
München



vorgelegt
von

Heinrich Gebele

1958

Referent: Professor Dr. Otto H i n t n e r

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Februar 1958

V o r w o r t

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit Bilanzen und bilanzähnlichen Aufstellungen. Letztere werden in der betriebswirtschaftlichen Literatur stiefmütterlich behandelt und nur gelegentlich gestreift. Eine einheitliche Begriffsbezeichnung ist dafür nicht anzutreffen.

Diese Arbeit versucht empirisch die Frage zu klären, ob Vermögensaufstellungen, die bei außerordentlichen Anlässen im Verlaufe des Bestehens einer Aktiengesellschaft erforderlich werden können, noch als Bilanzen bezeichnet werden dürfen.

Die Anregung zu dieser Untersuchung bekam der Verfasser in den Vorlesungen und Seminaren seines hochverehrten Lehrers, des Herrn Prof. Dr. O. Hintner. Seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung zu gedenken, ist dem Verfasser ein aufrichtiges Bedürfnis.

Besonderer Dank sei auch Herrn Dipl. Kfm. Dr. G. Mann für seine persönliche Betreuung und für die Erkenntnisse gesagt, die der Verfasser aus der Unterhaltung mit ihm gewinnen durfte.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
Hauptteil	5
A. Die Bilanz	5
I. Geschichtlicher Überblick	5
1. Buchhaltung und Bilanz im Altertum	5
2. Buchhaltung und Bilanz in der Renaissance	7
3. Buchhaltung und Bilanz im Merkantilismus	9
a) Eine betriebsinterne Gepflogenheit	9
b) Eine gesetzliche Notwendigkeit	10
4. Buchhaltung und Bilanz im Hochkapitalismus	12
5. Anfänge einer intensiveren Durchdenkung, vor allem des Bilanzproblemes	15
a) Die statische Bilanzauffassung	17
b) Die dynamische Bilanzauffassung	18
c) Die organische Bilanzauffassung	20
6. Buchhaltung und Bilanz in der Gegenwart	21
II. Die Wesensmerkmale einer Bilanz	23
1. Ordnungsmäßige Buchführung	24
a) Gesetzliche Regelung	24
b) Der Inhalt ordnungsmäßiger Buchführung	25
c) Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung schließen Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung ein	26
d) Die Buchhaltung ist Voraussetzung für die Bilanz	28
e) Die Befolgung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ist wesensnotwendig für die Erreichung des Zieles der Jahresbilanz	29
2. Die Bestandsaufnahme	29

	Seite
a) Gesetzliche Regelung	29
b) Die Inventur ist ein Wesensmerkmal der Bilanz	30
3. Die Bilanzwahrheit	32
a) Gesetzliche Bestimmungen	32
b) Die materielle Bilanzwahrheit	32
ba) Das Geld ist Verrechnungsmittel eines ökonomischen Werturteils	32
bb) Ein Werturteil ist nicht an sich schon ein Wahrheitsurteil	34
bc) Die Wertangabe in einer Bilanz bedeutet nur ein Werturteil	35
bd) Das Bilanz-Werturteil wird bestimmt durch die Bilanzaufgabe	36
be) Bewertungsgrundsätze im Rahmen der Bilanzwahrheit	40
bea) Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind jeweils Höchstwerte	41
beb) Das Niederstwertprinzip bei Gütern des Umlaufvermögens	43
bec) Die Anwendung des Realisationsprinzips	43
c) Die formelle Bilanzwahrheit	44
ca) Die Aufzeichnungen in Buchhaltung und Bilanz müssen vollständig sein	44
cb) Klare Gliederung und klare Bezeichnungen sind eine Grundvoraussetzung für die Bilanzerstellung	44
4. Die Bilanzidentität	45
a) Begriffliche Erläuterungen	46
b) Bilanzidentität in der Kodifikation	46
ba) Im Handelsrecht	46
bb) Im Steuerrecht	47
c) Die Bedeutung für die Bilanz	48
5. Die Bilanzkontinuität	50
a) Die formelle Bilanzkontinuität erfordert grundsätzlich :	51

	Seite
aa) Gleichbleibenden Stichtag	51
ab) Gleichbleibendes Bilanzschema	51
ac) Gleichbleibende Postenbenennung und Posteninhalt	52
ad) Gleichbleibendes Bilanzierungsverfahren	52
b) Die materielle Bilanzkontinuität	54
ba) Im Steuerrecht	54
bb) Im Handelsrecht	55
bc) In der Praxis	57
bd) Materielle Bilanzkontinuität ist grund- sätzlich eine Voraussetzung für die Jahresbilanz	60
6. Zusammenfassende Schlußbetrachtung über die Bilanz	61
B. Die Sonderbilanz	62
I. Die Eröffnungsbilanz	63
1. Gesetzliche Regelung	63
2. Gründe, aus denen die Erstellung einer Eröff- nungsbilanz erforderlich ist	64
a) Gläubigerschutzinteresse	65
b) Eigeninteresse des Kaufmanns	66
c) Technisches Erfordernis	66
3. Aufgabe der Eröffnungsbilanz ist die Ermitt- lung des Vermögens	67
II. Die Umwandlungsbilanz	68
1. Die Umwandlung nach dem Aktienrecht	69
a) Die gesetzlichen Vorschriften	69
b) Die Umwandlungsbilanz bei Umwandlungen inner- halb der Kapitalgesellschaften	69
2. Die Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz	71
a) Gesetzliche Vorschriften	72

aa) Die einstimmig durchgeführte vermögensübertragende Umwandlung	74
ab) Die Umwandlung durch Mehrheitsbeschluß	75
ac) Sonstige wichtige Bestimmungen	76
b) Die Umwandlungsbilanz in der Literatur	76
c) Eigene Auffassung über die Umwandlungsbilanz	79
d) Die Abfindung	80
da) Die Abfindung nach dem Umwandlungsgesetz	80
db) Die Abfindung bei Umwandlungen nach dem Aktiengesetz	81
3. Umwandlungen der Kapitalgesellschaften nach DM-Bilanzgesetz	82
a) Gesetzliche Vorschriften	83
b) Die formwechselnde Umwandlung nach dem Aktiengesetz	84
c) Die übertragende Umwandlung der Kapitalgesellschaften nach dem Umwandlungsgesetz	85
4. Zusammenfassung	86
III. Die DM-Eröffnungsbilanz	88
1. Gesetzliche Vorschriften	88
2. Das Wesen der DM-Eröffnungsbilanz	89
IV. Die Abwicklungsbilanz	91
1. Gesetzliche Vorschriften	92
2. Grundsätzliche Erwägungen	93
3. Die Abwicklungseröffnungsbilanz	94
a) Formelle Probleme	94
b) Materielle Probleme	96
c) Charakter der Abwicklungseröffnungsbilanz	99
4. Die Abwicklungsschlußbilanz	101
5. Die Schlußrechnung	104
V. Die Sanierungsbilanz	105
1. Die gesetzlichen Vorschriften	106

	Seite
2. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung	107
a) Der Hauptversammlungsbeschluß	107
b) Die Sanierungsbilanz	108
c) Der Charakter der Sanierungsbilanz	109
VI. Zusammenfassende Schlußbetrachtung über die Sonderbilanz	111
C. Der Status	112
I. Der Status anläßlich einer Verschmelzung	114
1. Begriffliches	114
2. Gesetzliche Regelung	115
3. Die Wesensmerkmale der Verschmelzung	116
4. Die "Fusionsbilanz"	116
a) Gesetzliche Regelung	117
b) Die juristische Ansicht	117
c) Die Auffassung Trumplers	119
d) Eigene Stellungnahme	120
da) Die "Verschmelzungsbilanz"	120
db) Die "Schlußbilanz"	122
5. Die Verschmelzung nach dem DM-Bilanzgesetz	124
II. Der Konkursstatus	125
1. Gesetzliche Regelung	126
2. Die verschiedenen Vermögensaufstellungen	127
a) Die Vermögensaufstellung des Gemein- schuldners	128
b) Die Aufzeichnung der Masseaktiven durch den Konkursverwalter	129
c) Der Konkursstatus	131
III. Der Vergleichsstatus	134
1. Der Zwangsvergleich gemäß § 173 ff. Konkurs- ordnung	135

	Seite
a) Gesetzliche Vorschriften	136
b) Das Gutachten des Gläubigerausschusses	138
c) Der Vergleichsstatus ist identisch mit dem Konkursstatus	139
2. Der Zwangsvergleich gemäß Vergleichsordnung	139
a) Gesetzliche Vorschriften	140
b) Der Vergleichsvorschlag	141
c) Die Vermögensaufstellung	142
ca) Ihr Zweck	142
cb) Ihr Charakter	143
3. Der außergerichtliche Vergleich	144
a) Allgemeine Regelungen	145
b) Ein klarer Status ist eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen des Vergleichs	145
IV. Die Vermögensaufstellung für die Einheitsbewertung	146
1. Gesetzliche Vorschriften	147
2. Die Bewertung des Betriebsvermögens	148
3. Der Charakter der Vermögensaufstellung	149
V. Der Kreditstatus	151
VI. Zusammenfassende Schlußbetrachtung über den Status	153
D. Zusammenfassung	155
I. Abgrenzung der Sonderbilanz und des Status von der Bilanz	155
1. Erstellung von Sonderbilanz und Status nur bei Eintritt eines bestimmten Ereignisses	156
2. Vermögensaufstellungen sind Zeitpunktrechnungen	156

	Seite
3. Anwendung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Sonderbilanz und Status	157
4. Bestandsaufnahme, ein Erfordernis für Vermögensaufstellungen	158
5. Identität und Kontinuität sind nicht erforderlich	159
6. Die Wahrheit, ein Erfordernis für Sonderbilanz und Status	160
II. Materielle Probleme der Sonderbilanz	161
1. Das Problem: Anschaffungswert - Zeitwert	162
a) Gesetzliche Vorschriften	162
b) Stellungnahmen in der Literatur	164
c) Stellungnahme des Verfassers	167
d) Die Handhabung in der Praxis	170
2. Das Problem: Wertfortführung oder Neubewertung	170
III. Abgrenzung: Sonderbilanz - Status	171
IV. Allgemeine materielle Probleme des Status	172
Schlußbetrachtung	177
Benützte Literatur	179
Lebenslauf	192

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
AfA	Absetzung für Abnutzung
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
DMBEG	D-Mark-Bilanz-Ergänzungs-Gesetz
DMBG	D-Mark-Bilanz-Gesetz
DMEB	D-Mark-Eröffnungsbilanz
DVO	Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
GenG	Genossenschafts-Gesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Go Bil.	Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung
Go Buchf.	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
HGB	Handelsgesetzbuch
i.L.	in Liquidation
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KO	Konkursordnung
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LG	Löschungsgesetz
oHG	offene Handelsgesellschaft
RFH	Reichsfinanzhof
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Reichsgerichtsentscheidung in Zivilsachen
RGStr	Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen
Sp.	Spalte
UmwG	Umwandlungsgesetz
VglO	Vergleichsordnung

Einleitung

Bis zum Erscheinen der Schmalenbachschen Lehre kannte man im Grunde genommen nur eine Bilanz, da nach allgemeiner Ansicht jede Bilanz Vermögensbilanz war; lediglich äußere Umstände erforderten eine nähere Bezeichnung, wie etwa Konkursbilanz, Sanierungsbilanz usw.¹⁾

In der einschlägigen Literatur der letzten Zeit finden wir eine nähere Unterscheidung. So sind meist unter Bilanzarten die sog. Sonderbilanzen, außerordentlichen Bilanzen oder auch Wirtschaftsbilanzen neben den Jahresbilanzen aufgeführt.

Bott²⁾ unterscheidet zwischen ordentlichen und außerordentlichen Bilanzen. Die ordentlichen Bilanzen kehren periodisch wieder, während die außerordentlichen aus besonderen Anlässen, wie Gründung, Fusion usw., aufgestellt werden. Die ordentlichen Bilanzen sind nach Bott durch vorsichtige Bewertung gekennzeichnet, dagegen werden bei den außerordentlichen, die "meist ausgesprochene Vermögensbilanzen" sind, die Vermögensteile mit ihrem tatsächlichen Wert angesetzt. Unterscheidungsmerkmale wären hiernach die verschiedenen Anlässe zur Aufstellung (periodische und aperiodische) und auch die Bewertung (vorsichtige Bewertung und tatsächlicher Wert).

Im Handbuch des Kaufmanns³⁾ wird zwischen Bilanzen und Sonderbilanzen unterschieden. Zu den Sonderbilanzen zählt man dort Gründungs-, Sanierungs-, Fusions-, Auseinandersetzungs-, Liquidations-, Konkurs- und Vergleichsbilanzen.

Le Coutre⁴⁾ unterscheidet zwischen ordentlichen und außerordentlichen Bilanzen. Er schreibt: "Bei den ordentlichen Bilanzen greift eine 'vorsichtige' Bewertung Platz, um die Deckung der Schulden möglichst sicher und den errechneten Gewinn lieber zu niedrig als zu hoch erscheinen zu lassen; in-

1) Vgl. Rieger, Wilhelm: Schmalenbachs dynamische Bilanz. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart u. Köln, 1954, S. 10.

2) Vgl. Bott, Karl: Das deutsche Kaufmannsbuch. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1953, S. 377.

3) Vgl. Greifzu, Julius: Handbuch des Kaufmanns. Verlag Hammerich u. Lesser in Hamburg, 1950, S. 219.

4) Siehe Le Coutre, Walter: Grundzüge der Bilanzkunde. Heckners Verlag, Wolfenbüttel, 4. Aufl. 1949, S. 55.

folgedessen tritt der wirkliche Wert des Vermögens in der Jahresbilanz meistens nicht in Erscheinung. Die Praxis hat ihn für ihre bisherigen Zwecksetzungen nicht benötigt. Bei den außerordentlichen Bilanzen dagegen kommt es gerade darauf an, den tatsächlichen Wert des Vermögens zutreffend zu erfassen. Sie sind ausgesprochene 'Vermögensbilanzen', die zwar aus der ordentlichen Bilanz abgeleitet werden, aber für die einzelnen Vermögensteile eine besondere, nicht immer einfach mit Sicherheit durchzuführende Bewertung erfordern."

1) Schmalenbach unterscheidet zwischen Bilanzen, in denen die Erfolgsrechnung die Vorhand hat, und Bilanzen für Sonderzwecke. Er schreibt dazu: "Wenn überhaupt eine Bilanz die Möglichkeit gibt, das Vermögen der Unternehmung zu berechnen, so ist es zu begrüßen; denn die Berechnung des Vermögens ist wichtig. Aber ich würde dann vorziehen, für die Berechnung des Vermögens eine besondere Bilanz mit besonderen, diesem Zweck angepaßten Grundsätzen aufzustellen. Leider ist aber die Bilanz (von den wenigen Fällen abgesehen, in denen die Bilanzgegenstände selbständige Wirtschaftseinheiten sind) für die Vermögensrechnung nicht geeignet. Und es ist wissenschaftlich nicht zu verteidigen, ein Ziel mit einem untauglichen Mittel zu verfolgen." Trotz dieser grundlegenden Erkenntnis stellt Schmalenbach sich im Verlauf seiner Ausführungen nur die Frage, inwieweit die dynamische Bilanz als Unterlage für Sonderzwecke in Anspruch genommen werden kann, und kommt nach seiner Betrachtungsweise zu einer bejahenden Antwort.

2) Götze unterscheidet zwischen Rechts- und Wirtschaftsbilanzen. Letztere sind gesetzlich nicht vorgeschrieben, sie entspringen dem inneren Bedürfnis der Unternehmen. Zu den Wirtschaftsbilanzen zählt er den Finanzstatus, die Kreditbilanz und andere interne Zweckbilanzen.

Aus dieser kurzen, willkürlich zusammengestellten Literaturauswahl läßt sich erkennen, daß die verschiedenen Autoren sich meist in einem Anhang mit Zahlenaufstellungen beschäftigen, die sie außerhalb der Bilanzaufgabe stehen sehen wollen. Diese Erkenntnis tritt uns in den verschiedenartigsten Wortfassungen entgegen. Ihre Wesensverschiedenheit zur Jahresbilanz wird selten gestreift.

1) Siehe Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz. Westdeutscher Verlag Köln u. Opladen, 1953, 11. Aufl., S. 203.

2) Vgl. Götze, Hermann: Grundzüge der Bilanzierung. Fachverlag Schiele und Schön, Berlin SW 29, 3. Aufl., 1952, S. 13.

Professor Hintner hatte es sich daher zur Aufgabe gemacht, zahlenmäßige Aufstellungen, die aus Sonderanlässen für bestimmte Zwecke erstellt werden, näher zu untersuchen. Während einiger Semester wurde vor einem interessierten Zuhörerkreis über das Thema "Sonderbilanzen" referiert und diskutiert.

Eingangs einigte man sich, für Aufstellungen, die nicht den Zweck haben, den Jahreserfolg auszuweisen, den Begriff "Sonderbilanzen" zu übernehmen. Man versuchte, die Unterscheidungsmerkmale zur Bilanz herauszustellen. Bald zeigte sich in diesen Bilanzkolloquien, daß unter dem Begriff "Sonderbilanz" doch nicht alle Aufstellungen zu vereinigen waren, da nicht alle die diesen "Sonderbilanzen" notwendigerweise zukommenden Wesensmerkmale aufwiesen. Herr Dipl. Kfm. Dr. Mann, der verantwortliche Diskussionsleiter dieser Seminare, schlug daher eine Dreiteilung des gesamten Fragenkomplexes vor. Nach seiner Anregung verstand man sich zu einer Aufgliederung in Bilanzen, Sonderbilanzen und Stati.

Bilanzen sind demnach Handelsbilanzen, deren Aufgabe darin besteht, den Erfolg einer Periode herauszustellen. (Steuerbilanzen werden hier nicht berücksichtigt.) Sonderbilanzen sind alle die Aufstellungen, die eindeutig das Vermögen aufweisen und zugleich den Ausgangspunkt für eine nunmehr beginnende Geschäftsperiode bilden. Unter Status dagegen faßt man alle Aufstellungen zusammen, die zwar ebenfalls reine Vermögensaufstellungen sind, die aber im Gegensatz zu den Sonderbilanzen keine buchhalterischen bzw. "bilanziellen" Weiterwirkungen haben, die also völlig isoliert dastehen.

Im Sinne dieser Anregungen soll mit dieser Arbeit der Versuch unternommen werden, festzustellen, ob diese Unterscheidung in Bilanz, Sonderbilanz und Status gerechtfertigt erscheint.

Nach der Ansicht des Verfassers läßt sich von den jeweiligen Zwecksetzungen der einzelnen wirtschaftlichen Zahlenwerke her eine Unterscheidung in Bilanz, Sonderbilanz oder Status vertreten.

An den Beginn dieser Arbeit stellt der Verfasser eine Betrachtung über die Bilanz - gemeint ist hier immer die aktienrechtliche Handelsbilanz. Es soll darin der Beweis geführt werden, daß die Bilanz stets am Schlusse einer Geschäftsperiode steht, daß sie immer auf der Buchhaltung aufbaut und diese gleichsam als Krone jeweils zum Ende des Geschäftsjahres abschließt. In Verbindung mit der V- und G-Rechnung gibt sie Auskunft über einen bestimmten Zeitraum.

Während sich der Gesetzgeber relativ ausführlich mit dem Jahresabschluß be-

schäftigt, finden wir für Aufstellungen zu bestimmten Sonderanlässen nur spärliche Rahmenvorschriften. Diese werden selten einheitlich ausgelegt. Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Anlässe, die solche Aufstellungen erforderlich machen, sehr zahlreich sind. Ja, zum Teil entsteht sogar Streit darüber, welche Aufstellung denn überhaupt z.B. als Fusionsbilanz - um nur ein Beispiel herauszugreifen - anzusprechen ist.

Aus Gründen des besseren Zusammenhanges wurden im zweiten bzw. dritten Abschnitt die Aufstellungen aufgeführt, die nach der Ansicht des Verfassers Sonderbilanz bzw. Status sind. Allerdings ließ sich nicht immer eine klare Trennung durchführen. So finden wir unter dem Oberbegriff Status die Verschmelzungsbilanz aufgeführt. Zwar sind die internen Verschmelzungsbilanzen, die zur Kaufpreisberechnung erstellt werden, Stati, doch sind die im Gesetz geforderten Schlußbilanzen tatsächliche Schlußbilanzen vom Standpunkt der Übertragenden Gesellschaft aus, Sonderbilanzen vom Standpunkt der Übernehmenden Gesellschaft aus, wie noch zu zeigen sein wird.

Neben dieser Schwierigkeit ist noch zu beachten, daß sowohl Sonderbilanz wie auch Status einen Oberbegriff darstellen. Es gibt eine Reihe von Aufstellungen - im Gegensatz zur Bilanz im strengen Sinn -, die, aus verschiedenen Anlässen errichtet, unter diese Oberbegriffe einzuordnen sind.

Um Wiederholungen zu vermeiden, werden im vierten Hauptabschnitt dieser Arbeit die gemeinsamen Merkmale aller Sonderbilanzen und Stati zusammengefaßt. Das Ergebnis dieser Arbeit soll die Unterscheidung in Bilanz, Sonderbilanz und Status rechtfertigen.

Mit dem Begriff Bilanz, Sonderbilanz oder Status allein soll alles Wesentliche gesagt sein. Mit deren Erstellung muß implicite die ihnen als Bilanz, Sonderbilanz oder Status gemäßige spezifische Aufgabe gelöst sein; denn sonst dürfte das Gebilde eben nicht Bilanz, Sonderbilanz oder Status heißen.

Hauptteil

A. Die Bilanz

Buchhaltung und Bilanz wurden nicht erfunden, sie sind entstanden. Entscheidend für ihre Entwicklung war und ist nicht die Art, in der Buch geführt, bzw. in der ein Abschluß getätigt wurde oder wird. Maßgebend ist der Zweck, und der beherrscht auch heute noch ihren Ausbau und ihre Form.

Die Schwierigkeiten, die sich auf dem Gebiet des Bilanzwesens ergeben, resultieren aus der Tatsache, daß der Ausdruck "Bilanz" im praktischen Sprachgebrauch im mehrfachen Sinne¹⁾ angewandt wird, weil man nicht von ihren natürlichen Aufgaben ausgeht. Die Aufgaben freilich haben sich im Laufe der Entwicklung geändert.

I. Geschichtlicher Überblick

Im Folgenden soll nicht eine Geschichte der Buchhaltung und Bilanz geboten werden, lediglich soll abrißartig eine Übersicht über die wichtigsten Entwicklungstendenzen, die von den jeweiligen Zwecksetzungen her ihre Impulse erhalten, gegeben werden.

1. Buchhaltung und Bilanz im Altertum

Die ersten Aufzeichnungen, die zunächst nur Geldwertbeziehungen zu den Geschäftsfreunden beweiskräftig festhalten sollten, finden sich bereits bei den Babyloniern, wo die Buchführung unter Hamurabi (2133 - 2081 v. Chr.)²⁾ sogar zur gesetzlichen Pflicht wurde.

1) Vgl. Le Coutre, Walter: a.a.O., S. 1.

2) Vgl. Lambert, Richard: Buchhaltung. Deutscher Betriebswirte-Verlag KG Böhme und Co, Berlin W 15, 1938, S. 59

Die Buchhaltung als Geschäftsmethode aber soll nach Jasutaro Hirai (Japan)¹⁾ erstmals in Korea praktiziert worden sein. Wenn darüber faktisch sehr wenig bekannt wurde, so liegt es daran, daß die Koreaner der Sitte gemäß alle Buchungen, selbst die viele Jahrhunderte alten Bücher, streng geheimnisvoll hüteten und daß Forschungen über die Entstehung der Buchhaltung und Bilanz fast nur auf Europa beschränkt blieben.

Zur Zeit des Jahreswechsels machten die Kaijo-Kaufleute (ähnlich den hanseatischen Kaufleuten in Deutschland)²⁾ bereits ihre Erfolgsrechnung buchmäßig, aber auch sachmäßig. Grund, Boden und Häuser wurden mit dem Herstellungspreis berechnet; Abschreibungen kannte man nicht. Das Mobilienkonto wurde als Verlustkonto behandelt. Die Inventur der Waren wurde gründlich behandelt.

Die Entstehung dieser Buchhaltung soll nach mündlichen Überlieferungen - schriftliche standen für Jasutaros Ausführungen nicht immer zur Verfügung - in die Zeit der Komadynastie (931 - 1332 n. Chr.)³⁾ fallen. Wenn auch der Aussagewert seiner Ausführungen, die sich nicht immer auf schriftliche Quellen stützen, vorläufig noch relativ gering ist, so können wir doch feststellen, daß ein aufblühendes Wirtschaftsleben Aufzeichnungen erfordert, die sich im eben angeführten Falle erstaunlicherweise schon früh mit einer Erfolgsrechnung befassen. Dies kann nur aus einem hochentwickelten Wirtschaftsleben erklärt werden.

Sombart versucht daher, die Entwicklungsbeziehungen der doppelten Buchhaltung zu den Wirtschaftsgedanken des Kapitalismus zu klären.

In Europa liefert uns erst das Mittelalter greifbare Beweise über systematische Aufzeichnungen des Geschäftsverkehrs.

1) Vgl. Hirai, Jasutaro: "Originale, vierfache Buchführung in Kaiyo, Chosen (Korea) oder Chike-Songdo-Chibu" (Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Buchungswesens sowie des dualistischen Gedankens der Buchhaltungstheorie) in: "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", 1. Sonderheft, 1926, Industrie-Verlag Späth und Linde, Berlin W 10 - Wien 1, S. 7 f.

2) Vgl. Hirai, Jasutaro: a.a.O., S. 38.

3) Vgl. Hirai, Jasutaro: a.a.O., S. 41.

2. Buchhaltung und Bilanz in der Renaissance

Die großen geistigen Umwälzungen in der Renaissance, in der das "Individuum entdeckt wurde", brachten auch die Verselbständigung des Geschäftes. Ein selbständiger Wirtschaftsorganismus erhob sich über die einzelnen wirtschaftenden Menschen.¹⁾ Freilich gab es auch in der vorkapitalistischen Zeit im Bereich des Wirtschaftslebens ein Überindividuelles Leben. Dieses wurde aber von einem natürlich gewachsenen Kreis lebendiger Menschen gelebt; nun aber trat an seine Stelle ein Abstraktum, das Unternehmen, die Firma. Von großer Bedeutung für die Entwicklung kapitalistischer Unternehmen war dabei eine gleichzeitig erfolgte Weiterentwicklung der Buchhaltung.

Zunächst waren es die öffentlichen Haushalte, die neue Wege gingen.²⁾ Während die alten Familienchroniken Kreditgeschäfte zur Stütze des Gedächtnisses schriftlich festhielten, bildete sich in den italienischen Stadtgemeinden eine straffe Geschäftsführung aus dem Treuhandgedanken gegenüber der Öffentlichkeit heraus.³⁾

Aus dem Jahre 1340 sind uns in den Archiven von San Giorgio Bücher überliefert, die erstmals in doppelter Buchhaltung geführt sind. Es handelt sich um die Verwaltungsbücher der städtischen Finanzbeamten (Libri della Massaria) der Gemeinde Genua.⁴⁾

Eine eingehende Beschreibung der doppelten Buchführung liefert uns der Franziskanermönch und Mathematiker Luca Pacioli in seinem 1494 in Venedig erschienenen Werk: Summa de Arithmetica, Geomethria Proportioni e Proportionalita.⁵⁾ Er wird fälschlicherweise als der "Erfinder" der doppelten Buchführung bezeichnet. Diese Ansicht aber hat er selbst in seinem Buch widerlegt, wenn er schreibt: "Wir werden uns darin (beim Verbuchen, der Verf.) nach der Venetianer Art halten, welche unter anderen Arten gewiß zu empfehlen ist."⁶⁾

1) Vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. II. Bd., 1. Halbband, Verlag von Duncker und Humblot, München und Leipzig, 1928, S. 101 f.

2) Vgl. Sombart, Werner: a.a.O., S. 110.

3) Vgl. Kalveram, W.: Kaufmännische Buchhaltung. Industrieverlag Spaeth und Linde, Berlin/Wien, 1935, 2. Aufl., S. 6.

4) Vgl. Scheerer, F.: Kontentheorien der doppelten Buchhaltung. Verlag: Schulthess u. Co. AG Zürich, 1950, S. 19.

5) Vgl. Gerstner, Paul: Kaufmännische Buchhaltung und Bilanz. Band 1, Verlag B.G. Teubner in Leipzig und Berlin, 1922, 4. Auflage, S. 7.

6) Vgl. Penndorf, B.: Buchführung, in: "Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens" von Karl Bott: a.a.O., S. 560.

Von der zunächst einfachen Aufzeichnung des Altertums, das die Eintragungen nur auf die Kreditgeschäfte beschränkt hatte, führte uns die lebhaft entwickelte Entwicklung des Wirtschaftslebens in Italien im 14. Jahrhundert zu den Anfängen der doppelten Buchführung, die auch schon bereits alle Bargeschäfte verzeichnete.

Technische Voraussetzung war die Einführung der arabischen Ziffern durch den Pisaner Kaufmann Leonardo Fibonacci (1202 n. Chr.). Die Verwendung der römischen Ziffern, die außerdem eine "Null" nicht kannten, erschwerte vorher regelmäßige Aufzeichnungen stark.

Dazu trat als weitere Voraussetzung die Verwendung des Konto. Sombart²⁾ bemerkt dazu: "An der Kontenbildung hat sich die systematische Buchhaltung emporgerankt. Durch die Aufstellung eines Kontos wurde erstmalig die ungegliederte und auf die Person des Schreibers zugeschnittene Notizensammlung entzweigebrochen, und in das Chaos wurde ein festes Gedankengefüge hineingebaut, an das alle weitere Rechnung sich anlehnen konnte." Durch die spätere Einführung von Verlust- und Gewinnkonto sowie des Kapitalkontos wurde die doppelte Verbuchung sämtlicher Posten ermöglicht.³⁾ Allerdings von einem vollständigen Abschluß, von einer eventuellen Vermögens- oder Erfolgsermittlung können wir trotz dieser Konten noch nicht sprechen. Sie war auch in jener Zeit nicht erforderlich.

Wie wir sehen, lassen sich Aufzeichnungen wirtschaftlicher Art schon sehr früh feststellen; Abschlüsse allerdings finden wir selten. Dies ist nicht weiter verwunderlich; denn in dem Maße, in dem sich das Wirtschaften zu einer planvollen und fortgesetzten Tätigkeit weiter entwickelte, in dem sich die Produktion und Konsumtion von Wirtschaftsgütern und Leistungen als notwendig und unentbehrlich erwies, in eben diesem Maße und in eben dieser zeitlichen Abfolge entwickelte sich die Buchhaltung und später die Bilanz bis zu den heutigen Formen. Dabei bedeutet auch die Gegenwart keine Endstufe in der Entwicklung, sie drückt vielleicht nur die Form aus, die dem derzeitigen Kulturstand entspricht. Die Entwicklung der Wirtschaft bringt auch stets eine entsprechende Weiterentwicklung der Buchhaltung mit sich.

1) Vgl. Sykora, Gustav: Die Konten- und Bilanztheorien. Dissertation zur Erlangung eines Grades eines Doktors der Handelswissenschaften der Hochschule für Welthandel in Wien, 1947, S. 33.

2) Vgl. Sombart, Werner: a.a.O., S. 112.

3) Vgl. Scheerer, F.: a.a.O., S. 20.

Als nun die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben nicht mehr für die Verfolgung der wirtschaftlichen Belange ausreichte, kam die Ermittlung aller Bestände im Augenblick des Abschlusses dazu.

3. Buchhaltung und Bilanz im Merkantilismus

Hatte die Renaissance in Italien den Typ des Unternehmers hervorgebracht, der mit seinem Erwerbsstreben zur treibenden Kraft des Wirtschaftslebens wurde, so bot sich für die Anrainer des Atlantischen Ozeans 200 Jahre später die große Chance, Welthandelsmacht zu werden. Daß diese Chance - nachdem mit der Niederlage der Armada die Vorherrschaft Spaniens gebrochen war, jedoch Englands Stellung noch nicht erstarkt war - von Ludwig XIV. nicht genutzt werden konnte, wird wohl kaum jemand mehr bedauert haben als der bedeutendste Wirtschaftssachverständige jener Zeit: Jacques Savary.

Der Merkantilismus - in diese Zeitepoche fällt das Wirken von Jacques Savary - war gekennzeichnet durch das Anwachsen des Handelsvolumens als Folge einer intensiveren Wirtschaftsweise und vor allem der Erschließung großer Kolonialräume.

In den großen Außenhandelsgesellschaften, wie in den englischen und holländischen Handelskompanien, in den Riesenfaktoreiunternehmungen in Deutschland - den sog. Aktiengesellschaften des 16. Jahrhunderts¹⁾ - wurden nun Kaufleute benötigt, die sich den örtlich und zeitlich wechselnden Verhältnissen anpassen konnten, und die vor allem in weit größeren als den bisner traditionellen Dimensionen denken und damit wirtschaftliche Entscheidungen treffen konnten. Die weltweiten Handelsbeziehungen erforderten neue Methoden. Der Börsen- und Terminhandel bildete sich heraus, Zahlungsverkehr und Rechtsschutz paßten sich den Wirtschaftsbedürfnissen an. Buchhaltung und Abschluß wurden zum Kontrollmittel für das Geschäftsgebaren.

a) Eine betriebsinterne Gepflogenheit

Eine für uns aufschlußreiche Buchhaltung führte im 16. Jahrhundert Matthäus

1) Vgl. Sundhoff, Edmund: Jacques Savary und seine Bedeutung für die Betriebswirtschaftslehre, in: "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis", Heckners Verlag Wolfenbüttel, 8. Jhrg. 1956, Heft 4, S. 198/199.

Schwarz, der Hauptbuchhalter Jakob Fuggers zu Augsburg.¹⁾

Nach seiner Lehrzeit in Italien trat Schwarz in die Dienste Fuggers (1517). Als Buchhalter saß er dort in der "goldenen Schreibstube" am Rindermarkt zu Augsburg, der Herzkammer der ganzen Fuggerschen Handlung; dabei überwachte er die Geschäftsführung der vielen Faktoreien²⁾ an Hand der von ihnen eingesandten Abrechnungen und Geschäftsbücher.

Alljährlich zum 31. Dezember schlossen alle 12 Fuggerschen Faktoreien, jede für sich, ihre Bücher ab. Komplikationen ergaben sich daraus, daß jede Faktorei jeweils in der Währung ihrer Niederlassung und meistens mit anderen Maßen und Gewichten rechnete. In Augsburg mußten die Abschlüsse auf einen gemeinsamen Nenner - den rheinischen Gulden - gebracht werden. Warenposten, für die kein Geldbetrag eingesetzt war, mußten mit ihrem mutmaßlichen Verkaufspreis eingesetzt werden. ("Finstu gütter, die kain gelt haben, so schlag sie an, was du magst darauss bringen.")

Zweifelhafte Außenstände sollten bei der Generalabrechnung in Augsburg entweder ganz ausgelassen oder nur mit einem geringeren Betrag eingesetzt werden. ("Hastu debitores, die nit richtig seint, so lass die auss und setz allain souil du dir getrauest einzubringen oder für gut achtest.") Anschließend wird saldiert und mit dieser "Gewinn- und Verlustrechnung" ist der Jahresabschluß beendet. Eine alljährliche Inventur ist nicht bekannt. Nur dann, wenn grundlegende Änderungen in der Geschäftsleitung - Eintritt oder Ausscheiden eines Teilhabers - es erforderten, fand auch eine körperliche Bestandsaufnahme statt.³⁾

Der alljährliche Abschluß diente bei den Fuggern hauptsächlich als rechnerische Kontrollmaßnahme. Diese beruhte genauso wie die gesamten Aufzeichnungen auf einer betriebsinternen Gepflogenheit.

b) Eine gesetzliche Notwendigkeit

Erst 150 Jahre später, mit dem Inkrafttreten der Ordonnance de Commerce (1673), wurde das Buchhaltungswesen zum ersten Male gesetzlich geregelt.⁴⁾

1) Vgl. Weitnauer, Alfred: Venetianischer Handel der Fugger nach der Musterbuchhaltung des Matthäus Schwarz. Dissertation München 1930, S. 4, Verlag Duncker u. Humblot, München u. Leipzig.

2) Vgl. Weitnauer, Alfred: a.a.O., S. 6.

3) Vgl. Weitnauer, Alfred: a.a.O., S. 32 f.

4) Vgl. Kalveram, W.: a.a.O., S. 8.

Die "Ordonnance de Commerce", für deren Inhalt Savary voll verantwortlich zeichnet, suchte den Handelsmißbräuchen zu begegnen, indem sie das damalige Handelsgewohnheitsrecht vereinheitlichte und allgemeingültig kodifizierte. Der "Code Savary" - diese Bezeichnung prägte sich alsbald ein - umfaßte 12 Titel, davon beschäftigte sich der dritte Titel mit der Führung der Bücher und der Aufstellung von Inventaren.¹⁾

Im "Parfait Négociant", das Ratgeber, Lehrbuch und auch Kommentar zum "Ordonnance de Commerce" war, berät Savary im 4. Buch den selbständigen jungen Kaufmann über Buchführung und Inventar. Seine Darstellung der Bilanz enthält bereits umfangreiche Ausführungen über Bewertungsfragen, in denen er das Prinzip der Vorsicht vertritt. Desgleichen finden sich bei ihm schon die transitorischen Posten zur Rechnungsabgrenzung. Daraus ist zu entnehmen, daß Savary der Gedanke der Erfolgsbilanz nicht fremd war.²⁾ In seinen Regeln für die Inventaraufstellung ist der Grundsatz ausgesprochen, daß für neue Ware der Einkaufspreis maßgebend sei. Erhöht sich der Marktpreis der Ware, so ist trotzdem für die Inventarisierung der Anschaffungspreis zugrunde zu legen. Wenn dagegen die Ware an "Verkäuflichkeit" verliert oder man diese Ware zu einem niedrigeren als dem früher gezahlten Preise erhalten kann, so muß die Bilanzbewertung entsprechend unter den Einkaufspreis (Anschaffungskosten) hinuntergehen.³⁾ Das Buch "Parfait Négociant" sollte ein Ratgeber für alle im Handel Tätigen sein. Nach Savarys Ansicht genügte es nicht, daß der Handel ein auf seine Bedürfnisse zugeschnittenes Recht besitze; es müsse vor allem der Unwissenheit der Kaufleute zu Leibe gegangen werden, die der Grund sei für die meisten volks- und privatwirtschaftlichen Verluste.⁴⁾

Konnten wir feststellen, daß in der Renaissance der Treuhandgedanke, wenn auch vielleicht nicht deutlich ausgedrückt, Veranlassung gab zu einer doppelten Verbuchung der Ausgaben und Einnahmen, wodurch eine gute Kontrolle der Geschäftsführung möglich war, so stellen wir in der Zeitepoche des Merkantilismus fest, daß ein gewisses volkswirtschaftliches Schutzbedürfnis und auch schon das Gläubigerschutzinteresse neben den betriebsinternen Interessen den Anstoß gab, durch nunmehr gesetzlich festgelegte Mindestanforderungen den Kaufmann zu einem redlichen Geschäftsgebahren anzuhalten. Dazu dienten vor allem Vorschriften über die Führung der Bücher und die Aufstellung von Inventaren. Allerdings muß man einschränken, daß bei Savary der Gedanke der Ver-

1) Vgl. Sundhoff, Edmund: a.a.O., S. 203.

2) Vgl. Sundhoff, Edmund: a.a.O., S. 205.

3) Vgl. Passow, Richard: Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen. Bd. I, 3. Auflage, Verlag B.G. Teubner, Leipzig-Berlin, 1921, S. 77.

4) Vgl. Sundhoff, Edmund: a.a.O., S. 205.

folgung privatwirtschaftlicher Ziele weniger im Vordergrund stand. Dieses Ziel schien ihm nur Mittel zum Zweck, ein im Zusammenhang mit den merkantilistischen Maßnahmen der Colbertschen Regierung und mit dem Zeitgeist des Merkantilismus durchaus in Einklang stehender Gedanke.¹⁾ Im Vorwort zum "Parfait Négociant" spricht Savary sehr deutlich seine Ansicht aus: "J'ay considéré en faisant cet ouvrage l'intérêt public, plustost que celui des particuliers".²⁾

Bezeichnend für seinen Weitblick in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist sein Vorschlag, zur Förderung des Handels mit Indien die Landenge von Suez zu durchstechen.³⁾ Nicht zuletzt soll erwähnt werden, daß vor allem er den Anstoß dazu gab, sich mit wirtschaftlichen Dingen eingehend zu befassen.

Savarys Ausführungen gehören mit zu den reichsten Fundgruben der allgemeinen wie der privatwirtschaftsgeschichtlichen Forschung.

4. Buchhaltung und Bilanz im Hochkapitalismus

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich der Kapitalismus durchgesetzt und erlebte seine Blütezeit. Das Charakteristikum des Kapitalismus war die Unternehmung. Während früher die persönlichen Bedürfnisse und Wünsche für die Art und Richtung der Arbeit maßgebend waren, trat jetzt immer mehr der Markt in den Mittelpunkt des Geschäftsgeschehens.⁴⁾

Die Unternehmung produziert nun nicht mehr in erster Linie auf Bestellung, sondern hauptsächlich zu dem Zweck, ihre Produktion später auf dem Markt zu verkaufen.⁵⁾ Die Güter werden nicht mehr um ihrer selbst willen produziert, sie erwecken nur deshalb Interesse, weil sie von anderen begehrt werden. Dabei treten die Verbraucher nicht unmittelbar mit den Produzenten in Verbindung. Kontaktstelle ist der Markt. So endet naturgemäß der Produktions-

1) Vgl. Weber, Eduard: Literaturgeschichte der Handelsbetriebslehre, in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft". Tübingen, 1914, Verlag Lauppische Buchhandlung, S. 13.

2) Vgl. Savary, Jacques: Zitiert bei Sundhoff: a.a.O., S. 207.

3) Vgl. Sundhoff, Edmund: a.a.O., S. 212.

4) Vgl. Rieger, Wilh.: Einführung in die Privatwirtschaftslehre. Verlag Krische u. Co, Nürnberg, 1928, S. 14.

5) Vgl. Barth, Kuno: Die Jahresbilanz der Unternehmung. Selbstverlag, Stuttgart-Degerloch, 1950, S. 1.

prozeß für den Unternehmer nicht mit dem fertigen Gut, sondern erst bei dem Gelderlös für sein Erzeugnis auf dem Markt. Die Einschaltung des Marktes, das Produzieren für einen anonymen Konsumenten bringt verstärkt das Einschalten des "in-Geld-Denkens". Der Produzent richtet sich nunmehr nach den Wünschen der Abnehmer, die sich verbindlich in den auf den Märkten zustande kommenden Interessenkompromissen, in den Preisen äußern. "Die Geldrechnung", schreibt Rieger,¹⁾ "wird zum allumfassenden Begriff für die ganze Wirtschaft, in ihr und durch sie wird das Urteil über jegliches Wirtschaften gefällt."

Die Entwicklung der Großunternehmen, die nur mittelbar durch den Markt mit dem Konsumenten in Berührung sind, ist auch durch das verstärkte Auftreten des wirtschaftlichen Risikos gekennzeichnet. In der Geldwirtschaft äußert sich dies letzten Endes im finanziellen Bereich. Der Unternehmer weiß zwar, was er an Geld in den Produkten bindet, er weiß jedoch nicht, ob ihm diese²⁾ Aufwendungen jemals in den Preisen ersetzt werden. Treffend bemerkt Rieger hierzu: "Jedes Kapital erhält seine Rechtfertigung nur im Ertrag, und eine unbeschäftigte Fabrik ist ein Friedhof des Kapitals, auch wenn sie technisch noch so glanzvoll eingerichtet ist."

Weiter kommt noch die Ungewißheit über die Zeitdauer hinzu, für die das Kapital (im Sinne von produzierten Produktionsmitteln) gebunden ist. Alle Wirtschaftshandlungen sind von Natur aus - sie beruhen auf individuellen Werturteilen - mit einem mehr oder weniger starken Spekulationsmoment belastet.

Die "Marktdferne" eines Unternehmens gestaltet den Wirtschaftsablauf so verwickelt, daß nur durch laufende Aufzeichnungen ein Überblick über alle Aufwendungen und Erträge gewahrt werden kann.

Rieger³⁾ betrachtet den ganzen Betriebsprozeß nur als eine Umwandlung von "Geld zu Wieder-Geld". Die Gedanken kreisen ausschließlich um Aufwendungen und Erträge, und der Betrieb stellt sich lediglich als eine Einrichtung dar, die Geld verbraucht, um Geld zu erzeugen. Ausgangs- und Endpunkt einer Produktion sind Geld, auch dann, wenn der eventuelle Produktionsumweg unüberschaubar lang und verworren erscheint. Nur dann, wenn der Geldwertschöpfungsprozeß sich auf die Dauer gesehen reibungslos abwickelt, können wir von einem gesunden Unternehmen sprechen.

Dieser Geldwertschöpfungsprozeß bereichert einerseits die Gesamtheit durch die Her-

1) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 14.

2) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 19.

3) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 155.

stellung einer nützlichen wirtschaftlichen Leistung, sie entlohnt andererseits die Tätigkeit des Unternehmers, die letztlich darauf gerichtet ist, den Geldumwandlungsprozeß auch im Interesse der Gesamtheit reibungslos aufrechtzuerhalten.¹⁾

Die von der unmittelbaren Bedarfsbefriedigung losgelöste und auf den Umweg des Erwerbes verwiesene Wirtschaftsweise gestattet, die Unternehmungsausgestaltung ausschließlich²⁾ unter dem Gesichtspunkt höchster ökonomischer Zweckmäßigkeit vorzunehmen. Und diese Zweckmäßigkeit galt es fürderhin zu wahren.

Sombart, der die Anwendung der doppelten Buchhaltung und damit implicite die Bilanz als eine Hauptvoraussetzung der Entwicklung zum Kapitalismus, zum Großunternehmen, ansieht, würdigt dieses wirtschaftliche Zahlenwerk, indem er sagt:³⁾ "Will man ihrer Bedeutung voll gerecht werden, so muß man sie in Vergleich stellen mit den 'Erkenntnissen', die seit dem 16. Jahrhundert die Denker über die Beziehungen in der Natur verbreitet haben. Die doppelte Buchhaltung ist aus demselben Geiste geboren wie die Systeme Galileis und Newtons, wie die Lehren der modernen Physik und Chemie. Mit denselben Mitteln wie diese ordnet sie die Erscheinungen zu einem kunstvollen System, und man kann sie als den ersten, auf den Grundsatz des mechanischen Denkens aufgebauten Kosmos bezeichnen."

Das Erwerbsprinzip konnte erst in der kapitalistischen Unternehmung voll zur Entfaltung kommen, desgleichen Planmäßigkeit und Zweckmäßigkeit. Diese setzen ein geordnetes Rechnungswesen voraus. Das Ergebnis⁴⁾ des geldlichen Prozesses dirigiert den zukünftigen Wirtschaftsablauf. Es ist so entscheidend für die Entschlüsse des Unternehmers, daß er gezwungen ist - bedingt durch große Umwege und verschiedenartigen Produktionsrhythmus -, den Prozeß rechnerisch zu überwachen.

Wenn wir den erwerbswirtschaftlichen Zweck der Unternehmung besonders betont haben, soll damit nicht gesagt sein, daß dies sein Endzweck wäre. Das Streben, Marktchancen geschickt auszunutzen und dadurch Gewinne zu erzielen, schließt nicht aus, daß der letzte Zweck der Unternehmung kein wirtschaft-

1) Vgl. Barth, Kuno: a.a.O., S. 5.

2) Vgl. Sombart, Werner: a.a.O., S. 103.

3) Siehe Sombart, Werner: a.a.O., S. 119.

4) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 180.

licher ist.¹⁾ Dieser letzte Zweck kann aber vom Betrieb nur erreicht werden, wenn gewirtschaftet wird. "Wenn die Wirtschaft auch nicht Endzweck der Unternehmung ist, so ist sie doch ein sie konstituierendes Prinzip. Die wirtschaftlichen Werte tragen die höheren Werte der Unternehmung", so schließt Löffelholz seine Betrachtung über wirtschaftliche und sittliche Werte ab.²⁾

Von dieser Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen Werte Grundlage für höhere Werte und nicht Selbstzweck sind, ist der Großteil der Unternehmer durchdrungen. So sagt Werner von Siemens:³⁾ "Man verdient nur dann mit Sicherheit auf die Dauer viel Geld, wenn man die großen nationalen und idealen Gesichtspunkte zu den seinigen macht und seine Interessen mit den allgemeinen identifiziert."

Alfred Krupp⁴⁾ gesteht: "Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein, dann bringt Arbeit Segen, dann ist Arbeit Gebet." Genauso wie Siemens und Krupp äußern sich auch viele andere Großunternehmer, denen ebenfalls wirtschaftlicher Erfolg (i.S. von Geld) nur ein Mittel, niemals aber Endzweck ist. Die Erkenntnis, nach einem letzten Zweck streben zu müssen, fordert zugleich das Wissen, daß dieser letzte Zweck nur erreicht werden kann, wenn man im ursprünglichen Sinn des Wortes wirklich "wirtschaftet". Wirtschaften bedeutet auf lange Sicht gesehen Weiterentwicklung. Diese Weiterentwicklung ergibt sich, um mit Rieger zu sprechen, aus der Aufwendung von Geld zur Erzielung von Mehrgeld; denn ohne "Profit" raucht kein Schornstein.⁵⁾

5. Anfänge einer intensiveren Durchdenkung, vor allem des Bilanzproblems

Die Vielfalt und die Kompliziertheit der Produktion einerseits und andererseits die Tatsache, daß die moderne Unternehmung "einen Dauerbetrieb, mit dem dauernd Einkommen erzielt werden soll"⁶⁾ darstellt, bereiten dem Unter-

1) Vgl. Löffelholz, Joseph: Der Wert als Problem in der Betriebswirtschaft, in: "Gegenwartsprobleme der Betriebswirtschaft". Herausgeber Hensel, Friedrich, Verlag August Lutzeyer, Baden-Baden-Frankfurt a.M., 1955, S.30.

2) Siehe Löffelholz, Joseph: a.a.O., S. 31.

3) Vgl. Siemens: zitiert bei Wagenführ, Horst: Schöpferische Wirtschaft. Werkschriftenverlag, Heidelberg, 1954, S. 294.

4) Vgl. Krupp: zitiert bei Wagenführ, Horst: a.a.O., S. 296.

5) Vgl. Wagenführ, Horst: a.a.O., S. 129.

6) Siehe Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 180.

nehmer, der einen Überblick über den Stand seines Unternehmens gewinnen will, große Schwierigkeiten.

Die Erstellung einer Bilanz wurde nunmehr zum Problem. In diese Zeit fielen auch die ersten Anfänge einer intensiven theoretischen Durchdringung des Bilanzproblems.²⁾ Allerdings zielten diese darauf ab, das Bilanzrecht zu ergründen, bzw. es zu kommentieren. Um den Beginn des 19. Jahrhunderts nämlich erkannte die Gesetzgebung die Jahresbilanz als Zwischenbilanz an und behandelte in gewisser Hinsicht einen vorläufigen Abschluß als endgültigen. Bei Aktiengesellschaften wurde zuerst ein in der Jahresbilanz ausgewiesener Gewinn, der ja vom Standpunkt der Totalbilanz nur vorläufigen Charakter haben kann, als endgültig anerkannt. Das bedeutete, daß Dividendenauszahlungen endgültig waren, also nicht eventuelle spätere Verluste durch Zurückzahlung von früheren Gewinnen ausgeglichen werden mußten.³⁾ Ohne dieses rechtliche Zugeständnis wäre jede definitive Gewinnverteilung erst nach der Auflösung eines Unternehmens, nach Abschluß der Totalrechnung möglich. Es soll hier im Rahmen dieser Arbeit auf die Bilanztheorien nur soweit eingegangen werden, als notwendig ist, um die gegenwärtige Auffassung über die Bilanzaufgabe zu beleuchten.

Die Frage, ob die Bilanz der Ermittlung des Erfolges oder der Vermögensrechnung dient, oder ob sie in der Lage ist, sowohl den Erfolg wie auch den Vermögensstand auszuweisen, löste mehrere Bilanztheorien bzw. Bilanzauffassungen aus. Ob man den Begriff "Bilanztheorie" dem Begriff "Bilanzauffassung" unterordnet, ist für diese Arbeit nicht von Bedeutung. Sie werden hier beide im Sinne Le Coutres⁴⁾ als gleichbedeutend gebraucht.

Als erste befaßten sich die Juristen mit dem Wesen und der Aufgabe der Bilanz. Ihre Ansicht darüber ist nicht einheitlich; wir finden alle Auffassungen vertreten. Neben der rechtswissenschaftlichen Betrachtung der Bilanz, bei der die Bewertungsfragen im Mittelpunkt standen, machte sich bald eine andere Anschauung über den Zweck und über die Aufstellung der Bilanz bemerkbar.⁵⁾ Es begann

1) Vgl. Barth, Kuno: a.a.O., S. 7.

2) Vgl. Hintner, Otto: Die Riegersche Bilanzlehre, in: "Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht", 95. Band, Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart, 1930, S. 228.

3) Vgl. Barth, Kuno: Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts, Band I, Selbstverlag des Verfassers, Stuttgart, 1953, S. 51 f., im folgenden "Bilanzrecht" zitiert.

4) Vgl. Le Coutre: Bilanztheorien, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Stuttgart, 1938, Sp. 1053.

5) Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 278.

die Entwicklung der Handelswissenschaften. Nicht nur allein um Bewertungsprobleme kümmerten sich die Vertreter der jungen Handelswissenschaft, sondern die Bilanz wurde auch schon von der wirtschaftlichen Seite aus betrachtet. Das Verdienst dieser Vertreter ist darin zu sehen, daß die Bilanz aus der rein bewertungstechnischen Betrachtung der Juristen herausgehoben wurde und man auch schon sah, daß die Bilanz eine Art Spiegelung der wirtschaftlichen Ereignisse des Unternehmens ist.

Die sog. Handelstechnik oder Handelswissenschaft hatte sich zur Betriebswirtschaftslehre herausgebildet (etwa 1918 - 1920). Nun wurden tiefere Fragen über den eigentlichen betriebswirtschaftlichen Zweck und über die wirtschaftliche Bedeutung der Bilanz aufgeworfen.¹⁾ Es entwickelten sich die verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Bilanztheorien. Der Unterschied ihrer grundsätzlichen Auffassungen äußerte sich in Meinungsverschiedenheiten besonders über Gliederungs- und Bewertungsfragen sowie in der Errechnung des Erfolges.

Nachstehend sollen die Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Bilanzauffassungen zu Wort kommen.

a) Die statische Bilanzauffassung

Die statische Auffassung sieht die Aufgabe der Bilanz in der Vermögensermittlung. Diese Theorie ist wohl die älteste, die wir kennen, da ursprünglich die Bilanz der Vermögensdarstellung diente.

Es ist sehr schwer, einen eigentlichen Vertreter der statischen Bilanzauffassung zu nennen. Gerstner²⁾ bekennt sich wohl als einziger ausdrücklich als Anhänger dieser Theorie, wenn er schreibt: "... stelle ich der Bilanz die Aufgabe der Vermögensermittlung".

Bis zur Kommentierung des "Code Savary" waren die wenigen aufgestellten Bilanzen statisch orientiert. Savary³⁾ brachte mit der Niederstbewertung erstmals einen dynamischen Grundgedanken.

Nach statischer Auffassung ist der natürliche Inhalt der Bilanz Vermögen

1) Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 285.

2) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse. Berlin, 1944, Haude und Spenersche Verlagsbuchhandlung Max Paschke, 11. Aufl., S. 73.

3) Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 286.

und Kapital. Zur Darstellung der Vermögenslage ist daher eine große Übersichtlichkeit notwendig, die durch eine entsprechende Gliederung erreicht werden soll. Die Darstellung des Vermögens an einem bestimmten Stichtag verlangt auch noch den Ansatz der jeweiligen Tageswerte. Dies wird aus § 40 HGB abgeleitet. Der juristische Einfluß ist unverkennbar. Unberücksichtigt bleiben die früheren Anschaffungskosten oder spätere Ertragsaussichten.¹⁾ Der Gewinn ergibt sich als Differenzbetrag zwischen dem Reinvermögen aufeinanderfolgender Perioden als Vermögenszuwachs. Er setzt sich zusammen aus den Umsatzerfolgen der betreffenden Periode und den eingetretenen Wertänderungen am ruhenden Vermögen. Abschreibungen sind bei der statischen Theorie ein Mittel der Bewertung und müssen als Wertberichtigungsposten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die statische Theorie in wesentlichen Teilen in Gliederungsfragen steckenbleibt. Die beste Gliederung und Kontrolle nützt nichts, wenn für den Betrieb ein Erfolg ausgewiesen wird, der in Wirklichkeit ein Verlust ist.

²⁾
Le Coutre bezeichnet die statische Theorie im Gegensatz zu den übrigen Bilanztheorien, die inhaltlich reine Bewertungslehren darstellen, als eine ausgesprochene Gliederungslehre.

Man sollte es dabei bewenden lassen, der statischen Bilanz die Aufgabe zuzuweisen, den Zustand eines Betriebes zu schildern. Sie kann nicht den Erfolg im betriebswirtschaftlichen Sinne ermitteln.

b) Die dynamische Bilanzauffassung

Diese Theorie stellt die Gewinnermittlung in den Vordergrund. Nicht die genaue Ermittlung des Vermögens, sondern eine genau abgegrenzte Gewinnermittlung³⁾ ist das entscheidende Merkmal der Bilanzierung.

Als Begründer dieser Theorie wird Schmalenbach bezeichnet. Ansätze zu einer dynamischen Erfolgsrechnung lassen sich, wie schon erwähnt, bei Savary feststellen. Auch das Preussische Landrecht (1794) war hinsichtlich des Erfolgs und der Bewertung schon dynamisch eingestellt, da es ja auf Savarys Anschau-

1) Vgl. Wall, Fritz: Grundsätzliche Erwägungen zur Handels- und Steuerbilanz. Verlag C.E. Poeschl, Stuttgart, 1952, S. 11.

2) Vgl. Le Coutre: Bilanztheorien, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Sp. 1063.

3) Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 297.

ung aufbaute.¹⁾

Das Ziel dieser Theorie ist darin zu sehen, daß sie versucht, den Gewinn so genau wie möglich zu ermitteln. Die Bilanz selbst stellt auch hier etwas Zuständliches dar, da durch den Bilanzstichtag aus der Bewegung ein Augenblick herausgegriffen wird. Mit Hilfe des Vergleichs mehrerer Bilanzen kann die erfolgsmäßige Entwicklung des Unternehmens verfolgt werden. Die Bewegung, die diese Theorie zu erfassen sucht, ist eine Wirkung von Kräften²⁾, eine Leistung auf der einen und ein Kräfteverzehr auf der anderen Seite. Kurz charakterisiert, kann man sagen: die dynamische Bilanz ist eine Zeitraumrechnung, während die statische Bilanz als Zeitpunktrechnung bezeichnet wird.

Den Erfolg eines Gesamtabschnittes zu berechnen ist verhältnismäßig einfach. Sowohl zu Beginn als auch am Schlusse eines Unternehmens sind alle Vermögenswerte³⁾ in der Regel verflüssigt und als exakt meßbare Geldbeträge vorhanden. In diesem Falle genügt es, im Laufe des Lebens der Unternehmung die Einnahmen und die Ausgaben festzuhalten, um dann den Erfolg genau berechnen zu können. Diese ideale Erfolgsrechnung ist jedoch sehr selten möglich.

Wenn nun die Lebenszeit eines Betriebes wegen ihrer Länge in "Teilperioden" zerlegt werden muß, beginnt das Bilanzproblem. Die Periodenabgrenzung, besser die Verteilung von Aufwand und Ertrag für die jeweilige Periode, ist das eigentliche Problem der dynamischen Auffassung.

Die Abschreibung ist ein Mittel der Kostenverteilung, d.h. die Ausgaben für Anlagegegenstände, die eine über die laufende Teilperiode hinausgehende Nutzung für den Betrieb haben, sind entsprechend ihrer Nutzungsdauer auf die einzelnen Perioden zu verteilen. Durch antizipative und transitorische Verrechnungsposten werden die Einnahmen und Ausgaben entsprechend dem tatsächlichen Verbrauch berücksichtigt.

Der Erfolg, der positiv (Gewinn) oder negativ (Verlust) sein kann, ergibt sich bei Schmalenbach als Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Bei der Bewertung - die ein Verteilen des Aufwandes auf die zutreffende Teilperiode darstellt - geht Schmalenbach von dem Anschaffungswert der Aufwendungen und dem Ertragswert der Leistungen aus, zu denen als drittes Element noch

1)Vgl. Passow, Richard: a.a.O., S. 78.

2)Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 299.

3)Vgl. Wall, Fritz: a.a.O., S. 12.

der Zeitwert kommt.¹⁾

Die dynamische Bilanz ist ebenfalls ein Augenblicksbild, welches aus der ständigen Bewegung einen Zustand festhält. Dies ist aber weniger wesentlich gegenüber der Erkenntnis der Bewegungen, die zwischen solchen Augenblicken stattgefunden haben. Die Bewegungen, aus denen der Erfolg resultiert, müssen erkennbar sein. Das Instrument dazu ist die V- und G-Rechnung. In der Bilanz stehen nur die noch nicht verrechneten oder die nachverrechneten Postenreste. Zu bemerken ist ferner, daß nicht die isolierte Einzelbilanz entscheidend ist, sondern die Kette der Bilanzen, die alle miteinander vergleichbar sind und dadurch ein brauchbares Bild von der Entwicklung des Betriebes in seiner Gesamtrechnung geben.²⁾

c) Die organische Bilanzauffassung

Diese Bilanzauffassung hat zwei Ziele: einmal soll die Bilanz eine richtige Vermögensrechnung darstellen, zum anderen soll sie auch den Erfolg richtig ausweisen. Sie stellt also den Kompromiß zwischen statischer und dynamischer Bilanzauffassung dar, die, weil sie der Bilanz nur jeweils eine Aufgabe zuweist, als monistisch bezeichnet wird. Die organische Theorie wird auch als dualistische Auffassung bezeichnet. Neben den beiden Zielen sollen aber auch noch der Umsatzerfolg und die Vermögenswertänderungen streng auseinandergehalten werden.

Schmidt, der Begründer dieser Auffassung - als Vorläufer ist Kovero Ilmari zu nennen³⁾ ("Die Bewertung der Vermögensgegenstände in den Jahresbilanzen der privaten Unternehmungen". Berlin, 1912) -, geht davon aus, daß die Unternehmung eng mit der Gesamtwirtschaft verbunden und von ihr abhängig ist. Sie muß daher, um eine relative Werterhaltung zu erreichen - dies ist der grundlegende Ausgangspunkt für seine Überlegungen -, die Vermögenswerte mit den jeweiligen Wiederbeschaffungspreisen in die Bilanz einsetzen. Dieser Wert wird von Schmidt als Tagesbeschaffungswert bezeichnet.⁴⁾ Gewinn ist nur das, was über die Erhaltung des Unternehmensvermögens hinaus erzielt wird.

1) Vgl. Nowak, Alexander: Handelsbilanz und Steuerbilanz. Verlag für Recht und Gesellschaft AG, Zürich-Leipzig, 1938, S. 57.

2) Vgl. Wall, Fritz: a.a.O., S. 14.

3) Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 312.

4) Vgl. Schmidt, F.: Die organische Tageswertbilanz. Wiesbaden, 1951, S. 77.

Will man sich mit dieser dualistischen Auffassung auseinandersetzen, muß man unbedingt die Situation berücksichtigen, in der sie entstanden ist. Eine Inflation wirft eben in erster Linie Betriebserhaltungsfragen auf, und diesen suchte Schmidt durch seine Lehre von den Bilanzaufgaben gerecht zu werden. Seine Bilanz - ausschließlich auf die Gegenwart eingestellt - soll einen Blick auf den Strom der Güter und den Strom der Einkommen gestatten, die sich gegensätzlich bewegen. Seine Bilanzwerte werden zur Gesamtwirtschaft in Beziehung gebracht, und jedem Vermögensteil wird der Wert beige-¹⁾ legt, der ihm am Bilanzstichtag auf dem Beschaffungsmarkt zugewiesen wird.

Abschreibungen dienen nach organischer Auffassung dazu, die Wiederbeschaffung der Anlagen zu ermöglichen. Aus Gründen der Substanzerhaltung müssen sie aus dem jeweiligen Wiederbeschaffungswert errechnet werden. Daß man dadurch zu kuriosen Ergebnissen gelangen kann, haben seine Kritiker öfters nachgewiesen.

Der Gewinn ergibt sich aus der Differenz zwischen Verkaufspreis und Wiederbeschaffungskosten. Schmidt möchte nur mit Realwerten arbeiten, da das Nominalwertdenken zu einer unrichtigen Gewinnermittlung führt und dadurch falsche betriebspolitische Maßnahmen auslöst, die ihrerseits wieder zu Störungen in der gesamten Volkswirtschaft führen. Die organische Bilanz ist ein Ergebnis der Inflationszeit. In solchen Zeiten ist dem Mengendenken gegenüber dem Gelddenken durchaus der Vorzug zu geben. Unter normalen Verhältnissen, die wir zugrundelegen wollen, ist das Rechnen in Geld aus unserer Wirtschaftsform nicht wegzudenken. Die Voraussetzungen, von denen die organische Theorie ausgeht, sind in normalen Zeiten nicht gegeben. Das Bestreben, Kaufkraftschwankungen für den Betrieb auf dem Wege über das betriebliche Rechnungswesen zu neutralisieren, fand in der Praxis wenig Gegenliebe.

6. Buchhaltung und Bilanz in der Gegenwart

Die Jahresbilanz ist nach ihrer äußeren Erscheinungsform eine Gegenüberstellung von Werten: Die auf der Aktivseite zusammengefaßten Vermögensgüter werden mit dem eigenen und fremden Kapital auf der Passivseite verglichen.²⁾

Auf beiden Seiten der Bilanz finden sich nach § 131 A IV und § 131 B IV AktG Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen. Sie erklären sich daraus,

1) Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 315.

2) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz: a.a.O., S. 13.

daß der Jahresabschluß ein künstlicher, lediglich rechnungsmäßiger Einschnitt in das fortlaufende Geschehen des Geschäftsbetriebes ist.¹⁾ Auler erklärt, daß mit Hilfe der Rechnungsabgrenzungsposten, die aus den wirtschaftlichen Handlungen entspringen, die Aufwendungen und Erträge dem Zeitabschnitt der Verursachung zugerechnet werden.²⁾

Trumpler³⁾ ist der Meinung, daß, wenn man von den verschiedenen Arten der Bilanzen diejenigen betrachtet, die der Feststellung des geschäftlichen Jahresgewinnes dienen (also unter Ausscheidung der "Vermögensbilanzen" und Steuerbilanzen), die Jahresbilanz im Sinne des HGB und des AktG übrig bleibt. Die Jahresbilanz ist eine Gewinnermittlungsbilanz, die "gleich einem Januskopf ein doppeltes Gesicht" trägt. Das eine, die Jahresschlußbilanz, blickt rückwärts, um den Gewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr zu ermitteln, das andere, die Jahreseröffnungsbilanz, blickt vorwärts auf das folgende Geschäftsjahr, das die Grundlage für die Ermittlung des Gewinnes des folgenden Geschäftsjahres schafft. Diese beiden Bilanzen sind jedoch identisch.⁴⁾

Bühler⁵⁾ kommt zu der Ansicht, daß die Bilanzsteuervorschriften des Einkommensteuergesetzes offenbar von der Voraussetzung ausgehen, daß die Handelsbilanz in erster Linie der Erfolgsrechnung dient. Bezeichnenderweise knüpft das Bilanzsteuerrecht bei der Bewertung der gewerblichen Betriebe für die Vermögensteuer überhaupt nicht an die Handelsbilanz an.

So war es also das Steuerrecht, das den Weg zu einer klaren Regelung fand. Soll der Erfolg ermittelt werden, so finden wir die einschlägigen Fragen im Einkommensteuerrecht geregelt. Wenn jedoch z.B. für die Vermögensbesteuerung das Vermögen festgestellt werden soll, so hat das Steuerrecht in der Erkenntnis, daß sich das Vermögen nicht aus einer Jahresbilanz ergibt und ergeben kann, im Reichsbewertungsgesetz⁶⁾ den andersartigen Problemen einer Vermögensaufstellung Rechnung getragen. Der Gedanke der dynamischen Bilanzlehre und

1) Vgl. Brodmann, Erich: Aktienrecht. Verlag Walter de Gruyter u. Co., Berlin u. Leipzig, 1928, S. 377.

2) Vgl. Auler, W.: Rückstellungen. Hann.Münden, 1953, S. 16.

3) Vgl. Trumpler, Hans: Die Bilanz der Aktiengesellschaft. Verlag für Recht u. Gesellschaft AG, Basel, 1950, S. 7.

4) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 6.

5) Vgl. Bühler, Ottmar: Bilanz und Steuer, 4. Aufl., 1950, Verlag für Rechtswissenschaft, vorm.Franz Vahlen GmbH, Berlin u.Frankfurt a.M., S. 115.

6) Vgl. Gnam, Arnulf: Axiome der Bilanzierung auf der Grundlage der Währung. Pflaum-Verlag, München, 1948, S. 21.

des Status wurde so erstmals gesetzlich fixiert.

Die Praxis legt das Schwergewicht bei der Bilanzierung ziemlich einhellig auf die Erfolgsermittlung. Die Darstellung des Vermögens durch eine Jahresbilanz tritt so gut wie ganz zurück.¹⁾ Der vorsichtige Kaufmann bilanziert nicht allein aus Steuergründen, sondern ebenso sehr aus einem wirtschaftlichen Empfinden heraus. Dabei möchte er den Erfolg feststellen, der ihm Aufschlüsse geben soll, ob und wie er sein Geschäftsgebar zu korrigieren hat.

Buchführung und Bilanz haben sich im Laufe ihrer Entwicklung immer den Wirtschaftserfordernissen angepaßt. Sie haben stets der jeweiligen Zwecksetzung Rechnung getragen. So wurden mit den zunehmenden Anforderungen des Wirtschaftsprozesses an den wirtschaftenden Menschen diese auf Buchhaltung und Bilanz übertragen.

In der Jetztzeit, so können wir feststellen, steht eindeutig das Erfordernis der Gewinnermittlung im Vordergrund. Dabei darf der Verfasser wiederholen, daß auch die Gegenwart keine Endstufe in der Entwicklung darstellt; ihre Zwecksetzung und die sich daraus ergebende Bilanz drückt vielleicht nur die Form aus, die dem derzeitigen allgemeinen Wirtschaftsstand entspricht.

II. Die Wesensmerkmale einer Bilanz

Wenn wir nun festgestellt haben, daß die Jahresbilanz die Aufgabe hat, den Gewinn zu ermitteln – bei der Aktienbilanz sagen wir besser den verteilungsfähigen Gewinn –, so stellen wir uns nun die Frage nach den Wesensmerkmalen, die sie notgedrungen aufweisen muß, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Zur Klarstellung möchte der Verfasser noch erwähnen, daß die Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, und die Grundsätze, die bei der Bilanzerstellung angewendet werden müssen, je nach dem Gesichtspunkt des Betrachters, genügend Spielraum für die Erreichung des jeweiligen speziellen Bilanzzweckes lassen. So verlangt das Steuerrecht im Interesse einer gleichmäßigen Besteuerung aller einen möglichst genau ermittelten Gewinn. Den Spielraum, den das Handelsrecht dem Pflichtigen läßt, weniger als Gewinn auszu-

1) Vgl. Sykora, Gustav: a.a.O., S. 357.

weisen, als verdient ist, wird vom Steuerrecht nicht geduldet.¹⁾ Steuerliche "Grenzpfähle" engen den vom Handelsrecht gelassenen Spielraum ein.

Die Betriebswirtschaftslehre, die davon ausgeht, daß ein genau ermittelter Gewinn für den Kaufmann zum Erkennen der Situation seines Unternehmens von eminenter Bedeutung ist, stellt etwa²⁾ ähnliche Forderungen wie das Steuerrecht an den Aussagewert der Bilanz.

Das Handelsrecht sorgt in erster Linie dafür, daß der Kaufmann nicht mehr als Gewinn ausweist und entnimmt, als er wirklich verdient hat.³⁾ Unter dem Grundsatz des Gläubigerschutzes und der Vorsicht können dort Wirtschaftsgüter bedeutend unterbewertet werden. Dies gilt für die Bilanz der Einzelkaufleute, der Handelsgesellschaften und auch für die Bilanz im Sinne des Aktiengesetzes.⁴⁾

Als Einschränkung sei noch erwähnt, daß im folgenden nur die Handelsbilanzen und desgleichen die Sonderbilanzen sowie die Stati der Aktiengesellschaften betrachtet werden.

1. Ordnungsmäßige Buchführung

a) Gesetzliche Regelung

Die Jahresbilanz hat den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen, schreibt der Gesetzgeber in § 38 I HGB und § 129 I AktG vor. § 5 EStG verweist auf die handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die handelsrechtlichen Pflichten in Beziehung auf die ordnungsmäßige Buchführung werden durch die⁵⁾ Bestimmung des § 160 I AO in steuerrechtliche Verpflichtungen umgewandelt.

1) Vgl. Bühler, Ottmar: a.a.O., S. 117.

2) Vgl. Fleischhauer, Helmut: Bilanzierungsgrundsätze. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1949, S. 10.

3) Vgl. Bühler, Ottmar: a.a.O., S. 116.

4) Vgl. Trumpler: Trumpler nimmt unter Bilanzarten eine Dreigliederung vor. Er spricht von Bilanz im Sinne des allgemeinen Teils des HGB, von der Bilanz der Personengesellschaften des Handelsrechts und der Bilanz i.S. des Aktiengesetzes.

5) Vgl. Bühler, Ottmar: a.a.O., 5. Aufl., S. 31.

Diese Regelungen sind alle allgemeiner Art; nirgends ist gesagt, was zu diesen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung - im Folgenden Go Buchf. abgekürzt - alles gehört. Da das Gesetz für den Inhalt der handelsrechtlichen Buchführungspflicht nur eine Rahmenvorschrift gibt, somit eine Reihe von Fragen offen bleibt - im Interesse der lebendigen Wirtschaft offen bleiben muß -, hat der Gesetzgeber durch die allgemeine Kodifizierung der Go Buchf. eine willkürliche Lösung der noch offenen Fragen zu verhüten gewußt. Die Rahmenvorschriften ermöglichen, ähnlich wie § 242 BGB, ein stetes Angleichen an die Praxis, an das Wirtschaftsleben, ohne daß jedesmal der schwerfällige Gesetzgebungsapparat in Bewegung gesetzt werden muß, um wirtschaftliche Notwendigkeiten im nachhinein gesetzmäßig zu sanktionieren. Sie werden ohne schriftliche Fixierung verbindliche Rechtesätze.

b) Der Inhalt ordnungsmäßiger Buchführung

Die Go Buchf. sind das ungeschriebene Gesetz, nach dem ehrbare Kaufleute ihre Bücher zu führen gewohnt sind. Die kaufmännischen Erfahrungen vieler Jahrhunderte spiegeln sich darin wider.¹⁾ Allerdings kann nicht jeder Handelsbrauch für sich in Anspruch nehmen, als Go Buchf. zu gelten. Manchmal besteht zwischen der praktischen Buchführung und den Go Buchf. starker²⁾ Widerspruch.

Dies trifft besonders dann zu, wenn in gewissen Zeiten das geschäftliche Gewissen und damit das Bilanzgewissen abgestumpft ist und sich Mißbräuche einschleichen, die auch von ehrbaren Kaufleuten als Verstoß angesehen werden. Also nicht, was die Praxis tut, sondern was die Praxis ehrbarer Leute für richtig hält, wird als ordnungsmäßig bezeichnet.³⁾

Der Reichsfinanzhof (RFH)⁴⁾ wies in einer Entscheidung über "die Zulässigkeit allmählicher Abschreibungen des Unterschiedes zwischen Anschaffungspreis und Teilwert bei Anlagegütern" darauf hin, daß nicht etwa Lehrmeinungen der Betriebswirtschaft, auch wenn diese Regeln das wiedergeben, was nach anzuerkennender Ansicht Gemeingut ordnungsmäßig buchführender Kaufleute werden sollte, den Go Buchf. den Inhalt geben, sondern dieser einzig

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 80.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1933, S. 232.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Bilanzierung: a.a.O., S. 232.

4) Siehe Reichssteuerblatt, Jahrg. 1933, S. 372, Nr. 336.

und allein durch die Handhabung der Mehrzahl der rechtlich denkenden und ordnungsmäßig buchführenden Kaufleute festgelegt wird. Diese kaufmännische Routine darf aber keine Unsitte und keinen Mißbrauch darstellen. Sie würde, wenn ¹⁾ sie gegen dieses Erfordernis verstieße, niemals ordnungsgemäß sein können. Man kann aus der Entscheidung des RFH nicht folgern, daß die Fachwissenschaft überhaupt keinen Einfluß auf die Go Buchf. habe, im Gegenteil, sie kann je nach dem Wert und der Durchschlagskraft ihrer Ansichten ganz ²⁾ außerordentlichen Einfluß über die Kaufleute auf die Go Buchf. gewinnen.

Man darf die Go Buchf. nicht als kaufmännische Routine abtun; dieses ungeschriebene Recht wurzelt vielmehr in einer hohen sittlichen Forderung, nämlich in der Pflicht zur getreuen Verwaltung und Rechnungslegung. ³⁾ Man könnte sagen, daß der Treuhandgedanke dabei vorherrschend sei; das besagt aber nicht, daß der Kaufmann, der sein eigenes Vermögen verwaltet, nicht auch an sie gebunden wäre. Für ihn ergibt sich die Ordnungsmäßigkeit genauso wie für den Verwalter fremden Vermögens aus der Notwendigkeit, die Grundaufgaben des kaufmännischen Rechnungswesens sicherzustellen.

c) Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung schließen Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung ein

Ob nun die Go Buchf. sich auch auf die Erstellung der Bilanz erstrecken, darüber herrschte in den 30-er Jahren nicht überall die gleiche Meinung vor. So kamen nur diejenigen, die die Bilanz als Bestandteil der Buchhaltung betrachteten, zu einer bejahenden Antwort.

⁴⁾ Makower vertrat unter den juristischen Kommentatoren die Meinung, daß auch für die Bilanz die Go Buchf. gelten, ⁵⁾ da die Bilanz Teil der Buchführung ist". Die gleiche Meinung vertritt Ullmann, wenn er schreibt: "Außerdem wird be-

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski-Herbig-Gessler-Hefermehl: Aktiengesetz. 3. Aufl., Verlag Franz Vahlen, Berlin, 1933, S. 550, im Folgenden zitiert: Schlegelberger-Quassowski.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Bilanzierung: a.a.O., S. 232.

3) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 81.

4) Vgl. Makower, F.: Handelsgesetzbuch, 1. Bd., Verlag J. Guttentag GmbH, Berlin, 1906, 13. Aufl., S. 694.

5) Vgl. Ullmann, Fritz: Bilanzvorschriften, in: "Juristische Wochenschrift", M. Moeser, Buchhandlung, Leipzig, 1930, 2. Bd., S. 2633.

zweckt, im Rahmen der Höchstbewertungsvorschriften die Regeln fachgerechter Rechnungsführung zur Geltung zu bringen, wie schon daraus hervorgeht, daß die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung ausdrücklich als Rechtsquellen anerkannt werden.¹⁾ Da der Wert (§ 40 HGB) im Sinne der Vorschrift derjenige Wert sei, den man anwenden müsse, um zu einer fachgerechten Bilanz zu kommen, entscheiden darüber die für rechtsverbindlich erklärten fachmännischen Regeln der Buchführung, begründet Ullmann²⁾ später nochmals seinen Standpunkt.

Unter den betriebswirtschaftlichen Autoren, die die Auffassung vertreten,²⁾ daß die Go Buchf. auch für die Bilanz gelten, ist Schmalenbach zu nennen.³⁾ Diese Ansicht teilen auch Rieger und Hintner. Hintner³⁾ gelangt wie Rieger von der Bewertung aus zu dem Schluß, daß die Go Buchf. auch für die Bilanz gelten, da § 40 HGB keinen bestimmten Wert verlange, sondern den, der sich schließlich aus dem Verlangen nach einer fachgerechten Bilanz ergebe, letzten Endes also aus den Go Buchf.. Der Reichsfinanzhof hatte öfter Gelegenheit, zu den handelsrechtlichen Go Buchf. Stellung zu nehmen. Seine Meinungen sind deshalb beachtlich, weil sich beim RFH eine große Menge von Tatsachenmaterial⁴⁾ sammelt und weil sich der RFH auf Gutachten von Verbänden stützen kann.

Das Reichsgericht hat in einer Entscheidung in Strafsachen über⁵⁾ die Frage, ob die Bilanz Bestandteil der kaufmännischen Buchführung ist, angeführt, daß die "Inventarien und Bilanzen unzweifelhaft wesentliche Bestandteile der kaufmännischen Buchführung bilden". Es führte weiter aus: "Wenn auch zwischen den Handelsbüchern im engeren Sinne des Wortes und den Bilanzen im Gesetz unterschieden wird, so ist doch die Anfertigung der letzteren als eine zur Buchführung im weiteren Sinne gehörige Tätigkeit anzusehen."

In der Gegenwart steht die Ansicht, daß die Co Buchf. auch für die Bilanz⁶⁾ und die Bestandsaufnahme gelten, wohl unbestritten da. Trumpler⁶⁾ bezeichnet die Go Buchf. als das oberste Gesetz, das bei der Aufstellung der Bilanz maßgebend ist. Man könnte auch sagen, sie sind das Grundgesetz für den bilanzierenden Kaufmann, das freilich je nach dem besonderen Bilanzzweck enger, bzw.

1) Vgl. Ullmann, Fritz: a.a.O., S. 2635.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Bilanzierung: a.a.O., S. 225.

3) Vgl. Hintner, Otto: a.a.O., S. 239.

4) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Bilanzierung: a.a.O., S. 226.

5) Vgl. RGStr. Bd. 13, S. 354, Nr. 106.

6) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. V.

weiter ausgelegt werden kann.

Wenn nun die Go Buchf. oberste Richtschnur für den bilanzierenden Kaufmann darstellen, gehören auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung - im Folgenden Go Bil. abgekürzt - zu diesen, da die Bilanz Bestandteil der kaufmännischen Buchführung ist.

Ohne Befolgung der Go Buchf., die ihren Inhalt von der Bilanzaufgabe her bekommen, kann letztere nicht erfüllt werden. Die Go Buchf. sind ein wesentliches Merkmal der Bilanz.

d) Die Buchhaltung ist Voraussetzung für die Bilanz

Wenn wir nun feststellen konnten, daß bei der Erstellung der Jahresbilanz die Go Bil. unbedingt zu befolgen sind, müssen wir auch folgern können, daß die Bilanz Bestandteil der Buchhaltung ist. Daraus kann hergeleitet werden, daß eine Bilanz, die die Krönung kaufmännischer Buchführung darstellt, ohne Buchführung nicht möglich ist.

Niederauer¹⁾ behauptet zwar, daß eine Bilanz jederzeit auf Grund einer Vermögensaufnahme - wenn auch unter Schwierigkeiten - aufgestellt werden kann. Er meint jedoch auch, daß diese Aufstellung keine notwendige Sicherheit bietet, da sie nur auf dem Gedächtnis der in der Unternehmung tätigen Personen beruht und daher den Go Buchf. widerspricht. Daher pflichtet auch er letzten Endes der Ansicht bei, die von dem weitaus größten Teil der Bilanzautoren bestätigt wird, daß jedes, Buchhaltung und Bilanz, die Erscheinungsform des anderen ist. Weiter führt Niederauer aus: "Die Bilanz ist gewissermaßen ein Ausdrucksmittel der Buchhaltung, das die Erkenntnisse, die in der Buchhaltung schlummern, klar und übersichtlich für einen bestimmten Zeitpunkt darstellt."

Trumpler²⁾ stellt fest, daß die Konten der kaufmännischen Bücher periodisch einmal im Geschäftsjahr - auf den letzten Tag desselben - abgeschlossen werden. D a r a u s ergibt sich nach mehreren Berichtigungen die Bilanz, die den Schlußstein der Buchführung darstellt.

1) Vgl. Niederauer, Friedrich: Bilanzwahrheit und Bilanzdelikte. Verlag Junker u. Dünnhaupt, Berlin, 1937, S. 9.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 41.

- e) Die Befolgung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ist wesensnotwendig für die Erreichung des Zieles der Jahresbilanz

Die Befolgung der Go Buchf. wird vom Gesetzgeber verlangt. Inhalt bekommen diese durch die allgemeine Handhabung ehrbarer Kaufleute, dabei darf sie aber keinen Mißbrauch und keine Unsitte darstellen. Die Logik der Buchhaltung¹⁾ beruht auf der technischen Eigenart ihres Verfahrens. Ihre konkrete Ausgestaltung und den Geist, in dem sie geführt wird, erhält sie aus den Anschauungen, die in der Praxis – dabei wird diese von der handelsrechtlichen und besonders von der wirtschaftswissenschaftlichen Seite beeinflusst – über ihren Zweck und ihre Funktion bestehen. Diese Anschauungen, die in den Go Buchf. und damit in den Go Bil. zum Ausdruck kommen, sind der Ausfluß eines bestimmten Wirtschaftsgeistes. Dieser hat im Laufe der Zeiten und je nach den Wirtschaftskreisen, um die es sich handelt, mannigfache Veränderungen erfahren. Die Go Buchf. haben sich demnach also stets geändert; sie werden sich auch weiter ändern, da das wirtschaftliche Leben eine ungeheure Vitalität besitzt. Stets aber sind sie Ausfluß der jeweiligen Wirtschaftsauffassung, und als solcher sind sie immer ein Wesensmerkmal der Bilanz.

2. Die Bestandsaufnahme

a) Gesetzliche Regelung

Die Bestandsaufnahme ist ein von der Buchführung im engeren Sinne losgelöster Akt. Sie steht zwischen Buchführung und Bilanz, ergänzt die Buchhaltung nach der tatsächlichen Seite und ermöglicht die zutreffende Bilanzaufstellung.²⁾ Das Aktiengesetz enthält keine eigenen direkten Vorschriften über das Inventar, jedoch erstreckt sich auch die Abschlußprüfung auf das Bestandsverzeichnis (§ 135 II AktG). Für die Aufstellung gelten die allgemeinen Vorschriften des HGB (§ 39 II).

§ 39 III HGB schafft für den Kaufmann in Sonderfällen insofern eine Ausnahmeregelung, als er gestattet, daß das Inventar alle 2 Jahre aufgestellt wird. Diese Sonderregelung gilt nach Trumpler nicht für Aktiengesellschaften; "denn das Inventar ist eine so wichtige Grundlage für die Bilanz, daß

1) Vgl. Töndury, H.: Geist der Buchhaltung, in: "Betriebswirtschaftliche Blätter", Verlag 86OR, Wien, Heft 1, 1931, S. 15.

2) Vgl. Bühler, Ottmar: a.a.O., S. 32.

die für Aktiengesellschaften vorgeschriebene Pflichtprüfung ohne das jährliche Inventar wesentlich an Bedeutung verlieren würde".¹⁾

Eine weitere, allerdings nur steuerrechtliche Vorschrift zur Verpflichtung einer Bestandsaufnahme findet sich noch in § 160 II i.V.m. § 161 AO.

b) Die Inventur ist ein Wesensmerkmal der Bilanz

Die Inventur soll die unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsrechnung aufzustellende Bilanz ermöglichen.²⁾ Deshalb müssen die Aktiva und Passiva mit ihrem Werte angegeben werden (§ 39 I HGB). Das Wertproblem soll erst später behandelt werden. Wie schon erwähnt, sieht der Gesetzgeber im § 39 III HGB eine Sonderregelung für besonders gelagerte Fälle vor. Diese Tatsache veranlaßt uns, die Frage zu stellen, ob denn überhaupt die Bestandsaufnahme ein wesentliches Merkmal einer Bilanz ist, wenn sie nicht in allen Fällen jährlich gefordert wird.

Die Praxis geht für die Aufstellung der Bilanz von den Ergebnissen der Buchhaltung³⁾ aus, die aber durch das Inventar teils ergänzt, teils kontrolliert werden. Die Sollbestände entsprechen nicht immer den tatsächlichen Istbeständen, die die Grundlage für die Jahresbilanz bilden. So kann es z.B. sein, daß durch einen ungetreuen Kassier Beträge unterschlagen werden, der "Kassen-istbestand" nicht mit dem "Kassensollbestand" übereinstimmt, sofern die Untreue nicht durch entsprechende Fälschungen in den Büchern zunächst verdeckt wird. Das Warenlager kann durch Diebstahl dezimiert worden sein. Andererseits können die Forderungen und die Schulden nur an Hand von buchhalterischen Aufzeichnungen festgestellt werden. Buchhaltung und Inventar ergänzen und kontrollieren sich gegenseitig. Eine Bilanz ohne vorhergehende Bestandsaufnahme entspricht unter Umständen nicht mehr den gegebenen Tatbeständen, sie kommt in diesem Falle zu einem falschen Ergebnis. Das Inventar ist das Rohmaterial, das für die Bilanz benötigt wird. Dieses erwähnte Material ergibt sich zum Teil allein aus den Aufzeichnungen der Buchhaltung, zum Teil aus den durch die Bestandsaufnahme berichtigten Buchbeständen.

Die jährliche Inventur ist praktisch unerlässlich, um eine einwandfreie Gewinn-

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 85.

2) Vgl. Schlegelberger: Handelsgesetzbuch. Verlag Franz Vahlen, GmbH, Berlin, Frankfurt a.M., 1955, 3. Aufl., S. 245.

3) Vgl. Bott, Karl: Das deutsche Kaufmannsbuch: a.a.O., S. 371.

ermittlung zu gewährleisten.¹⁾

Die Sonderbestimmung des § 39 III HGB trägt den Verhältnissen der Entstehungszeit des Handelsgesetzbuches Rechnung. Namhafte Autoren, so auch Gerstner²⁾ und Weyrich, halten diese Bestimmung für reformbedürftig. § 39 III HGB gestattet wohl die zweijährige Inventur, verlangt aber nach wie vor die jährliche Bilanzerstellung. Der Warenbestand bildet jedoch bei ihr einen Hauptposten. Hat nun eine Bestandsaufnahme nicht stattgefunden, so müssen die Bestände geschätzt werden.

Meist bedient man sich in der Gegenwart einer gut geführten Lagerkartei. Diese ist jedoch nicht imstande, die Bestandsaufnahme als Grundlage für die unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsrechnung aufzustellende Bilanz zu ersetzen. In diesem Falle erhält man ein mehr oder weniger anfechtbares Ergebnis. Die sog. permanente Inventur mildert die Schwierigkeiten und damit die Unsicherheiten, die mit dem Fehlen der jährlichen Bestandsermittlung zusammenhängen. Die volle Erreichung des Bilanzzweckes ist in diesen Fällen nicht restlos gesichert.

Gerstner²⁾ sagt, daß es für den, der die Bilanz nicht allein vom juristischen Standpunkt, sondern vor allem vom Standpunkt einer sorgfältigen Geschäftsführung aus betrachtet, unmöglich ist, eine genaue Bilanz ohne eine genaue Inventur zu machen, da gerade die Inventur des Warenlagers einen wesentlichen Bestandteil für die kaufmännische Erfolgsrechnung bildet.

Weyrich³⁾ schlägt vor, den § 39 III HGB wegzulassen, da die Bestandsaufnahme nur eine Frage der kaufmännischen Organisation ist, die heute nicht mehr die Schwierigkeiten bietet wie 1900.

Abschließend stellen wir fest, daß die Bestandsaufnahme ein wesentliches Merkmal der Bilanz darstellt. Dabei verweisen wir auf die bereits erwähnte Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen, wonach "Inventarien und Bilanzen unzweifelhaft wesentliche Bestandteile der kaufmännischen Buchführung bilden".⁴⁾ Wesentliche Bestandteile der Buchführung sind aber zugleich wesentliche Bestandteile der Bilanz.

1) Vgl. Stern, Robert: Buchhaltungsexikon und Verlagsbuchhandlung Leopold Weiss, Wien-Berlin-Leipzig, 1923, 2. Aufl., S. 51.

2) Vgl. Gerstner, Paul: a.a.O., S. 26.

3) Vgl. Weyrich, Ludwig: Bilanzkritik: zitiert bei Gerstner, Paul: a.a.O., S. 26.

4) Vgl. RGStr., Bd. 13, S. 354, Nr. 106.

Ohne jährliche Inventur ist die restlose Erreichung des Bilanzzweckes nicht möglich. Die Inventur wird nicht allein durchgeführt, um einem Gesetzesparagraphen zu genügen, sondern der Geschäftsmann macht sie um seiner selbst willen, da sie in Verbindung mit der Buchhaltung die Gewähr bietet, daß ein der gegenwärtigen Auffassung entsprechendes Bilanzergebnis erreicht wird.¹⁾

3. Die Bilanzwahrheit

a) Gesetzliche Bestimmungen

Der Grundsatz der Bilanzwahrheit hat seinen allgemeinen Ausdruck in § 40 II HGB gefunden. Dort heißt es, daß sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden nach dem Werte anzusetzen sind, der ihnen in dem Zeitpunkt beizulegen ist, für welchen die Aufstellung stattfindet. Im Aktiengesetz finden wir keine ähnliche Regelung. § 129 I AktG sagt nur etwas über die erforderliche Klarheit, jedoch nichts über Wahrheit aus. Soweit aber im AktG nichts anderes bestimmt ist, sind die allgemeinen für alle Kaufleute geltenden Vorschriften der §§ 38 - 47 HGB maßgebend.²⁾ Andererseits ist es aber nicht einmal nötig, auf das HGB zu verweisen; Bilanzwahrheit ergibt sich aus den Go Buchf.. Auch das Steuerrecht verweist nur auf die Befolgung der Go Buchf. (§ 5 EStG).

b) Die materielle Bilanzwahrheit

Zwei Problemkreise beschäftigen uns hauptsächlich, wenn wir uns mit der materiellen Bilanzwahrheit befassen. Das ist einmal der Wert bzw. das Bewerten und zum anderen das Problem "Wahrheit" im Zusammenhang mit der Bewertung.

ba) Das Geld ist Verrechnungsmittel eines ökonomischen Werturteils

Der Wert ist ein Kosmopolit der Wissenschaften. Nach herrschender Meinung³⁾ sind die Werte in den Wirtschaftswissenschaften sogar ein Zentralproblem.

1) Vgl. Boettcher, Walter: Inventur, in: "Betriebswirtschaftliche Blätter". Verlag ÖGOR Wien, 1925, Heft 1, S. 15.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 554.

3) Vgl. Löffelholz, Joseph: Der Wert als Problem der Betriebswirtschaft, in: "Gegenwartsprobleme der Betriebswirtschaft", a.a.O., S. 25.

Man spricht dort z.B. von Verkaufswert¹⁾, von Gebrauchswert, von Anschaffungswert, von Energiewert usw.. Gutwenger¹⁾ sagt, daß der Ausdruck "Wert" im Deutschen etwas Schillerndes besitzt und in verschiedener Weise verwendet wird. So spricht er von einem Objektwert, wenn z.B. eine Maschine einen Wert hat, von einem Wertobjekt, wenn die Maschine einen Wert darstellt. Bei Güterwerten stellen wir eine doppelte Bezogenheit fest: einmal auf das Subjekt, für das sie einen Wert haben, zum anderen auf das Gut oder das reale Substrat, dem als Wertträger der Wertcharakter anhaftet.²⁾ Unabhängig vom Subjekt besteht die Wertgrundlage im Objekt, die Motiv zu einer Wertung werden kann.³⁾ Bei sittlichen Werten ist die Person einmal Subjekt und einmal Objekt. Diese haften also immer nur an Personen. Bei Güterwerten handelt es sich immer um Beziehungen der Güter zum Menschen.

Betriebswirtschaftlich gesehen interessieren diese Beziehungen zwischen Gütern und Menschen nur insoweit, als die Güter dadurch auf einen gemeinschaftlichen Nenner, nämlich auf den des Geldes, zurückgeführt und dadurch vergleichbar gemacht werden.⁴⁾

In der Verkehrswirtschaft tritt der objektive Tauschwert der Güter als Einheit der Wirtschaftsrechnung in Erscheinung.⁵⁾ Der subjektive Gebrauchswert wird durch den Interessenkompromiß der Tauschpartner vergleichbar. Der dadurch zustande gekommene Tauschwert, der sich aus dem Objektwert und aus den auf diesen bezogenen subjektiven Werturteilen ergibt, ermöglicht die Zurückführung der Werte auf eine Einheit, in der Geldwirtschaft eben die Geldeinheit. Dies trifft für alle Güter zu, für die tatsächlich der Tausch Abschluß eines vorhergegangenen offenen oder latenten Interessenkampfes durch Kompromiß darstellt, bzw. auch für die, für die ein Tausch nur fingiert wird. Dabei ist zu beachten, daß die Geldrechnung, deren die Wirtschaft sich bedient, um das Wirtschaften sichtbar und vergleichbar zu machen, ihre Grenzen darin hat, daß der Wert nicht in Geld "gemessen", sondern nur in Geld ausgedrückt wird, da ja das Geld an sich nicht "wertstabil" ist. Die Schwankungen, denen

1) Vgl. Gutwenger, Engelbert: Wertphilosophie. Verlag Felizian Rauch, Innsbruck, 1952, S. 51.

2) Vgl. Löffelholz, Joseph: a.a.O., S. 29.

3) Vgl. Eisler, Rudolf: Wörterbuch der philosophischen Begriffe, 4. Aufl., Verlag E.S. Mittler u. Sohn, Berlin, 1929, S. 514.

4) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 22.

5) Vgl. Mises, Ludwig: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel. Verlag Duncker u. Humblot, München, 1912, S. 93 f.

das Austauschverhältnis zwischen Gütern und Geld unterworfen ist, können sowohl von der Güterseite wie auch von der Geldseite her kommen. Das Geld als Verrechnungsmittel kann daher nicht Selbstzweck sein, es kann immer nur in seiner Austauschrelation zur Güterwelt betrachtet werden. Die Geldrechnung ist nur im Zusammenhang mit der Wirtschaft sinnvoll.

bb) Ein Werturteil ist nicht an sich schon ein Wahrheitsurteil

Der Wert eines Gutes wird zunächst besonders durch das Werturteil des bewertenden Menschen bestimmt. Nun fordert der Gesetzgeber in § 40 HGB materielle Bilanzwahrheit, also anscheinend eine Wertwahrheit.

Der Wert ist dann wahr, wenn der Tatbestand, der vom Urteil des Bewertenden betroffen ist, "wahr" ist. Ein Realurteil ist aber nach der in der Philosophie herrschenden Meinung nur dann wahr, "wenn zwischen seinem Subjekt und seinem Prädikat eine eindeutige Zuordnungsbeziehung besteht",¹⁾ anders ausgedrückt: ein Realurteil ist nur dann wahr,²⁾ wenn der beurteilte Tatbestand sich so verhält, wie das Urteil aussagt.

Kriterium der Urteils³⁾wahrheit ist eine "durchgängige Widerspruchslosigkeit des Urteils",³⁾ durchgängig deshalb, weil man nicht vergessen darf, was alles an Voraussetzungen subsumiert ist. Nur dann, wenn sich das Urteil empirisch verifiziert - unter der gleichen Beachtung der Voraussetzungen, von denen das Urteil⁴⁾ ausgegangen ist -, ist diese Widerspruchslosigkeit gegeben. Die Verifikation⁴⁾ ist das einzige Verfahren, um die Urteils⁴⁾wahrheit endgültig zu erweisen. Damit liegt die Wahrheit eines Urteils nicht schon in seinem Wahrheitsanspruch, sie ist stets nur tatsächliche, wirklich bewährte Wahrheit. Als solche setzt sie aber nicht bloß die Aufstellung von Urteilen voraus, sie verlangt notwendig die Verifikation⁵⁾, die Prüfung, die Rechtfertigung der so aufgestellten Urteile.

1) Siehe Weinhandl, Ferdinand: Über Urteilsgerechtigkeit Urteils¹⁾wahrheit. Verlag Felix Meiner, Leipzig, 1923, S. 148.

2) Vgl. Weinhandl, Ferdinand: a.a.O., S. 149.

3) Vgl. Weinhandl, Ferdinand: a.a.O., S. 179.

4) Vgl. Weinhandl, Ferdinand: a.a.O., S. 178.

5) Vgl. Weinhandl, Ferdinand: a.a.O., S. 182.

bc) Die Wertangabe in einer Bilanz bedeutet nur ein Werturteil

Was besagt nun dieser kurze Ausflug für unsere Bilanzwahrheit? Kann die Bewertung in einer Bilanz die Bezeichnung "wahr" für sich beanspruchen?

Wenn der Wertansatz oder der Wert "wahr" sein soll, so muß der angesetzte Betrag gleich sein demjenigen, der bei der Geldwerdung erlöst wird, und zwar unter der Subsumierung gleicher Voraussetzungen. Der Verfasser glaubt, daß gerade diesen Voraussetzungen bei der Bilanzerstellung erhöhte Bedeutung zukommt.

In der Literatur lassen sich ¹⁾ hauptsächlich zwei Auffassungen hinsichtlich der Bilanzwahrheit erkennen:

Die Vertreter der Zeitwertbilanz verlangen von einer wahren Bilanz, daß in ihr der Reinvermögenswert zum Ausdruck gebracht werden muß. Die zweite Auffassung verlangt "wahre Werte". Sie sieht es als Verstoß an, wenn bewußt stille Reserven gebildet werden.

Die Gesetzgebung ist keiner dieser Richtungen voll gefolgt. So hat sie z.B. die Bildung stiller Reserven gestattet. In ²⁾ der Hauptsache wollte sie die Erfolgsbilanz möglichst erkennbar machen. Dafür spricht vor allem das Prinzip der Bewertung von Gegenständen des Anlagevermögens zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Abzug der periodischen Wertminderung. ³⁾

(§ 133 Nr. 1 AktG) Der Grundsatz der Imparität läßt allerdings den Erfolgsausweisgedanken zurücktreten. In dem Sinn einer Erkennbarkeit der Bilanzierungsvorgänge wollen Adler-Düring-Schmaltz eine Bilanzwahrheit in einem engeren Sinne - ⁴⁾ nach ihrer Ansicht in einem formellen Sinne - doch als gegeben betrachten.

⁵⁾ Barth kommt in seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß es in der Bilanz keine wahren Werte gebe, da der angesetzte Betrag gleich sein müsse mit dem, der bei der späteren Geldwerdung erlöst werde, wobei wir unterstellen, daß Barth das Werturteil unter den gleichen Voraussetzungen und Gegebenheiten, von denen das Werturteil ausging, nachgeprüft wissen will.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: Die Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft. Verlag C.E. Poeschl, Stuttgart, 1948, 2. Aufl., S. 124.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 124.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 552.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 124.

5) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz, a.a.O., S. 30.

Auf ähnlichem Weg kommt Rieger zu der Feststellung, daß Teilbilanzen - damit meint er die Jahresbilanzen - nur dann richtig gewesen sein können, wenn sie das jeweilige geldmäßige Schicksal der einzelnen Vermögenswerte, wie der Unternehmung überhaupt, haarscharf getroffen haben. Ihre tatsächliche Wahrheit ist immer nur im nachhinein feststellbar. Wir könnten noch weitere Autoren zitieren, die der Ansicht sind, daß die Bilanz-Werturteile keine Wahrheitsurteile sind; doch würde dies über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen.

bd) Das Bilanz-Werturteil wird bestimmt durch die Bilanzaufgabe

Nach der Ansicht des Verfassers handelt es sich bei der Forderung nach Bilanzwahrheit nicht um eine Wahrheit an sich im Sinne von absoluter Wahrheit für die einzelne Bilanz; man kann das Kompositum "Bilanzwahrheit" nicht trennen. Es wird nicht eine Wahrheit an sich gefordert, es wird Bilanzwahrheit verlangt. Wichtig ist nach der Meinung des Verfassers die Bezogenheit, die Voraussetzung, nach der die Wahrheit ermittelt werden soll. Wir müssen uns daher nochmals die Aufgabe der Bilanz ins Gedächtnis rufen; denn alle Grundsätze, die bei der Bilanzerstellung zu befolgen sind, müssen ihrem Zweck dienen.

Die Bilanz stellt das rechnerische Mittel dar, um den zahlenmäßigen positiven oder negativen Erfolg des Einsatzes von Gütern und Arbeitskräften im Produktionsprozeß darzustellen. Weil dieser Einsatz im Regelfalle dauernd erfolgt, kann der Unternehmer sehr selten warten, bis sich alles wieder in Geldform zurückverwandelt hat, sondern er versucht, in regelmäßigen Abständen sich mittels der Bilanz ein Bild von dem wirtschaftlichen Wirken zu machen.²⁾ Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Summe der Zwischenabrechnungen gleich sein soll dem Ergebnis der Totalrechnung unter Berücksichtigung der Entnahmen und Einlagen sowie der Änderungen, die sich auf dem Geldsektor ergeben. Wir müssen daraus folgern, daß uns erst das Endergebnis Aufschluß zu geben vermag über die absolute Richtigkeit der Rechnungslegung. Die absolute Richtigkeit wird nicht durch eine Bilanz festgestellt. Die Wertgrößen, von denen das Teilergebnis ausgeht, können erst am Ende der Totalrechnung auf ihre Wahrheit hin überprüft werden und nicht schon bei den Teilperioden selbst. Es ist auch nicht die Aufgabe einer Jahresbilanz, effektiv

1) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 22.

2) Vgl. Scherpf, Peter: Handelsbilanz und Steuerbilanz. Carl Heymanns-Verlag, Berlin, 1941, S. 55.

richtige Wertgrößen anzugeben. Sie hat es, da sie bemüht ist, den Erfolg auszuweisen, doch nur mit Zahlungsvorgängen zu tun, da dieser Erfolg sich als Differenz von Geldeinnahmen und Geldausgaben, genauer ausgedrückt als Unterschied zwischen Aufwand und Ertrag, ergibt.

Nach Auffassung der dynamischen Bilanzlehre, nach der in der Praxis fast ausnahmslos bilanziert wird, hat die Periodenabrechnung die Aufgabe, die Ausgaben und Einnahmen, die sich in ihrer Auswirkung über mehrere Perioden erstrecken, mit Hilfe der Bilanz auf die Perioden zu verteilen, denen sie wirtschaftlich zugehören. Eine Übereinstimmung zwischen Ausgaben und Aufwand einerseits und Einnahmen und Ertrag andererseits ist selten gegeben. Die Ursache ist darin zu suchen, daß z.B. für Anlagewerte Ausgaben getätigt werden, die Aufwand für mehrere Perioden darstellen. Ähnlich ist es bei den Einnahmen. Die Bilanz, in der Wall¹⁾ ein Hilfsmittel der Gewinn- und Verlustrechnung sieht, enthält alle Posten mit Geldcharakter sowie alle Einnahmen und Ausgaben der Totalrechnung, die vor dem Bilanzstichtag bereits effektiv geworden sind, aber ihrer Verursachung nach - über diesen Zeitpunkt gehen in der Praxis die Meinungen manchmal auseinander - als Aufwände bzw. Erträge in eine oder mehrere spätere Perioden gehören und analog alle die Aufwände und Erträge, die zwar vor dem Bilanzstichtag verursacht wurden, denen aber erst in einem nachfolgenden Zeitraum Ausgaben bzw. Einnahmen gegenüberstehen. Es ist sehr wesentlich für die Bilanz, die Komponenten des Erfolgs - Aufwand und Ertrag - zu bestimmen und zu erfassen. Dies geschieht in der Gewinn- und Verlustrechnung,²⁾ während die Bilanz neben den Posten mit Geldcharakter nur noch nicht verrechnete Ausgaben und Einnahmen enthält. Daraus folgt ebenso, daß eine V.- u. G.-Rechnung notwendiger Bestandteil einer Bilanz ist. Gnam³⁾ ist der Ansicht, daß einer Erfolgsermittlung Zahlungsvorgänge, also tatsächliche Ausgaben und Einnahmen, zugrunde liegen müssen. Daher bilden bei den Anlagewerten die tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten den Bilanzansatz. Die Kosten stellen einen tatsächlichen Vorgang dar und sind im allgemeinen leicht zu bestimmen. Fehler treten nur bei der Verrechnung auf, die sich aber notwendig im Laufe der Zeit ausgleichen müssen.⁴⁾ Schmälern zu hohe Abschreibungen den Erfolg in einer Periode, so wird der Erfolg einer späteren Periode um genau den gleichen Betrag höher sein.

1) Vgl. Wall, Fritz: a.a.O., S. 13.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: a.a.O., 12. Aufl., S. 34.

3) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 22.

4) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 25.

Die Bewertung in der Jahresbilanz ist nach Gnam ein Problem der annähernd richtigen Kostenverrechnung im Hinblick auf den Bilanzzweck. Kostenverrechnungsschlüssel bildet meist die Nutzungsdauer. Ist die mutmaßliche Lebensdauer Kostenverrechnungsschlüssel, so kann der Aufwand rein rechnerisch erfaßt werden. Bedingt dagegen z.B. eine technische Neuerfindung ein vorzeitiges Ausscheiden einer Anlage, so versagt die mechanische Kostenverrechnung. Man pflegt sie dann nach dem Wert vorzunehmen.¹⁾ Es wird ein Verkauf des betreffenden Anlagegutes unterstellt. Als Wert wird der Geldbetrag betrachtet, der voraussichtlich zu erzielen wäre. Dieses konkrete Werturteil stellt nur die Rolle eines zusätzlichen Verrechnungsschlüssels dar.²⁾

Nicht "Werte", schreibt Gnam,³⁾ "stehen somit in der Erfolgsbilanz, sondern nur Kosten, die ausnahmsweise in ihrer Höhe wertmäßig bestimmt werden, aber immer Kosten bleiben. Nur wo ein die Kosten übersteigender Bilanzansatz zulässig ist, könnte man mit Recht von einem Wert sprechen. Dies ist aber mit wenigen Ausnahmen (z.B. § 6 II EStG) nicht gestattet."

Ruf,⁴⁾ der sich mit den Grundlagen eines betriebswirtschaftlichen Wertbegriffes eingehend befaßte, grenzt den volkswirtschaftlichen von dem betriebswirtschaftlichen Wertbegriff ab. Er ist der Ansicht, daß sich die Volkswirtschaftslehre mit qualitativen Erkenntnissen begnügt, während von der Unternehmungswirtschaftslehre quantitative Ergebnisse verlangt werden. Das bedeute aber, daß eine Wissenschaft, die sich mit der einzelnen Unternehmung befasse, den Begriff "Wert" nur als einzelne, bestimmte "Wertgröße" betrachten könne. So kann einzelwirtschaftlich gesehen der Wert nicht eine Relation, nicht ein Verhältnis zwischen zwei Quantitäten sein, sondern er muß als "absolute Größe" aufgefaßt werden. Mit "absolut" soll zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Größe zahlenmäßig bestimmbar ist. Der betriebswirtschaftliche Wert ist dann nicht mehr "etwas Messendes", er ist die Bezeichnung der Meßgröße selbst.

Auch Grossmann⁵⁾ vertritt die Ansicht, daß sich der wirtschaftliche Wert als eine Zahlengröße zeigt.

1) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 26.

2) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 26.

3) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 26.

4) Vgl. Ruf, Werner: Die Grundlagen eines betriebswirtschaftlichen Wertbegriffes. Dissertation Bern, 1955, Verlag Paul Haupt, Bern, S. 94.

5) Vgl. Grossmann, H.: Der Jahresabschluß der Aktiengesellschaft. Industrie-Verlag Spaeth u. Linde, Berlin W 35, 1938, S. 25.

Fassen wir nun zusammen, so kommen wir zu folgendem Ergebnis: Die Bewertung in der Jahresbilanz soll den Erfolg feststellen helfen. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, Aufwand und Ertrag zu ermitteln. Die größere Schwierigkeit bietet es, den Aufwand festzustellen, da der Wertverzehr der Güter nicht aus der Buchhaltung ersichtlich ist. Diese Kosten ergeben sich entweder rein mechanisch auf Grund von Erfahrungssätzen - die Lebensdauer bildet dann den Kostenverrechnungsschlüssel - oder durch tatsächliche Wertschätzungen, wenn außerordentliche Einflüsse eine mechanische Berechnung nicht gestatten. In beiden Fällen handelt es sich um Werturteile, bei denen das erstere auf Grund langer Erfahrungen den tatsächlichen Gegebenheiten relativ nahe kommt, während das zweite einen größeren Unsicherheitsfaktor in sich birgt. Etwaige Fehler gleichen sich - langfristig gesehen - aus. Diese Werturteile sollen und wollen keine Urteilst Wahrheit darstellen, die die Widerspruchslosigkeit des Urteils als Voraussetzung seiner Wahrheit hat;¹⁾ denn es ist nicht Aufgabe der Bilanz, Aufschluß zu geben über die wahren und tatsächlichen Vermögensverhältnisse. Die Bilanzwahrheit ist eine am Bilanzzweck orientierte und daher relative Wahrheit.²⁾ Sie ist eben eine Bilanzwahrheit.

Zahlreiche Reichsgerichtsentscheide in Zivilsachen (RGZ 72, 33; 94, 213; 115, 382), bei denen es sich um die Anfechtung von Jahresbilanzen handelt, bestätigen, daß unter Bilanzwahrheit keine absolute Wahrheit, keine tatsächliche Vermögenswertfestsetzung gemeint ist.

Brönner beschreibt die Folge dieser Tatsache: "Es ist nicht zu leugnen, daß zahlreiche Handelsbilanzen mit ihren weitgehenden Unterbewertungen als eine vernünftige Vermögensaufstellung nicht mehr angesprochen werden können."³⁾ Wir können nur ergänzen, daß der Zweck der Bilanz und damit der Grundsätze, unter denen sie aufgestellt wird, auch gar nicht eine Vermögensaufstellung ist.

Das wirtschaftliche Bedürfnis (Gewinnermittlung) und andererseits der Grund-

1) Vgl. Weinhandl, Ferdinand: a.a.O., S. 147 f.

2) Vgl. Bühler, Ottmar: a.a.O., 5. Aufl., S. 105. Er schreibt: Der Grundsatz der Bilanzwahrheit kann in mehrfacher Beziehung nur als relativer betrachtet werden; ja, es gibt vielleicht nicht viele Lebensbereiche, in denen man mit mehr Grund und mehr Nachdruck als hier die Pilatusfrage erheben könnte: Was ist Wahrheit?

3) Vgl. Brönner, Herbert: Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht. Verlagsgesellschaft R.Müller m.b.H., Eberswalde-Berlin-Leipzig C 1, 1937, S. 4.

gedanke des Gesetzgebers, nämlich Gläubigerschutzinteresse, erfordern unter Bilanzwahrheit nicht eine absolute Wahrheit im Sinn von Werturteilswahrheit, sondern nur eine relative. Wichtiger als der Grundsatz der Wahrheit ist der Grundsatz der wirtschaftlichen Festigkeit, der beiden Zwecken, der Gewinnermittlung und dem Interessenschutz des Gläubigers, gerecht wird.¹⁾ Die Gewinnhöhe kann je nach dem speziellen Bilanzzweck verschieden sein, ohne daß dabei die Forderung nach Bilanzwahrheit verletzt wird. So ist das Handelsrecht im Gegensatz zum Steuerrecht und auch zur Betriebswirtschaftslehre nicht an dem Ausweis eines hohen Gewinnes interessiert. Ihre Wertgrößen beinhalten in der Regel größere stille Reserven. Je niedriger dort die Aktiven angegeben werden, je höher die Passiven bewertet werden - natürlich nur im Rahmen des gesetzlich Möglichen -, um so weniger verteilbarer Gewinn ergibt sich, um so weniger Kapital wird dem Unternehmen als Kreditbasis entzogen werden können. Dies dient langfristig gesehen dem Interesse der Gläubiger. Für die Ermittlung der Wertgrößen gelten grundsätzlich die Go Buchf. und Go Bil.. Richtig ist dabei die Wertgröße, die dem Bilanzzweck entspricht.

Die Bilanzwahrheit, die begrifflich Höchstwertprinzip und Niederstwertprinzip - abgeleitet aus dem Grundsatz der Vorsicht - beinhaltet, ist eine am Bilanzzweck orientierte Wahrheit und als solche im Hinblick auf diesen ein unentbehrliches Wesensmerkmal der Bilanz, das sich aus seiner Aufgabenstellung, aus der Forderung nach der Gewinnermittlung ergibt. Von der Bewertung kann nicht mehr verlangt werden als im Rahmen des besonderen Zweckes des Jahresabschlusses und der ordnungsmäßigen Buchführung, das heißt im Rahmen der kaufmännischen Gepflogenheiten fachgerechten Ansprüchen zu genügen. Eine wahre Bilanz im absoluten Sinne gibt es nicht.²⁾

be) Bewertungsgrundsätze im Rahmen der Bilanzwahrheit

Welche Bewertungsgrundsätze ergeben sich nun unter dem Begriff "Bilanzwahrheit" entweder gesetzlich oder auf Grund der Go Buchf. und damit der Go Bil.?

Zuweilen wird die Auffassung vertreten, daß eine wesentliche Aufgabe der Bilanz der Gläubigerschutz sei. Das ist bedingt richtig. Zum mindesten finden

1) Vgl. Rehm, Hermann: Die Bilanzwahrheit und ihr Wesen, in: "Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis", Leipzig, 1908, S. 41.

2) Vgl. Götze, Hermann: Grundzüge der Bilanzierung. Fachverlag Schiele u. Schön, Berlin SW 29, 3. Aufl., 1952, S. 15.

wir im Laufe der Geschichte immer dann eine Kodifizierung ehrbarer Handelsbräuche bzw. eine ¹⁾engere Neufassung, wenn in Krisenzeiten die Gläubiger unter mehr oder weniger betrügerischen Manipulationen ihrer Schuldner zu leiden hatten. Schmalenbach¹⁾ verneint die Ansicht, daß die Bilanz vornehmlich dem Gläubigerschutz diene, weil einerseits die Familienangehörigen und die Angestellten eines weit größeren Schutzes bedürften, andererseits den Gläubigern die Bilanz nicht zugänglich gemacht werde. Schmalenbach hat hier offensichtlich nur die Mehrzahl der Fälle im Auge, die nicht der Publizitätspflicht unterliegen. Außerdem meint er - und dieser Ansicht pflichten wir bei -, daß dem Gläubiger am besten dadurch gedient sei, wenn man den Kaufmann dazu anhalte, die Entwicklung seines Geschäftes durch eine gute Darstellung seines Erfolges zu kontrollieren.

Aus der geschichtlich zu verfolgenden Tendenz des Gesetzgebers, den Gläubiger zu schützen, entspringt das Prinzip der vorsichtigen Bilanzierung. Dieser Grundsatz der Vorsicht verlangt einmal Wertgrenzen nach oben - Über einen bestimmten Ansatz darf in der Bilanz nicht hinausgegangen werden -, der Gesetzgeber verlangt weiter, daß noch nicht realisierte Gewinne nicht ausgewiesen werden dürfen, und er verlangt schließlich, daß Verluste auch dann, wenn sie noch nicht "erfolgswirksam" geworden sind, ausgewiesen werden müssen.

bea) Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind jeweils Höchstwerte

Die zentrale Funktion der Bilanz, den Erfolg zweier Rechnungsperioden abzugrenzen, verlangt Höchstwertvorschriften hinsichtlich der Anschaffungs- bzw. der Herstellungskosten. Die einzelnen Vermögensgegenstände dürfen zu keinem höheren Betrag angesetzt werden, als dem, zu dem sie erworben bzw. hergestellt worden sind. Der Anschaffungspreis ist eine Größe im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen, den man ohne "Bewerten" feststellen kann. Einige Schwierigkeiten tauchen allerdings bei den Herstellungskosten auf, da diese sich nicht aus einem Kompromiß der Tauschpartner auf dem Markt ergeben. Differenzen können entstehen bei den Meinungen, was genau zu den Herstellungskosten zu rechnen sei; es handelt sich um einen Preis, der sich aus der Selbstkostenrechnung und nicht aus dem Marktgeschehen ergibt.

Es entspricht den Go Bil., die Gegenstände des Umlauf-Vermögens höchstens zum Selbstkostenwert anzusetzen. Diese Güter bereits mit einem Gewinnzuschlag zu verrechnen, ist nicht statthaft. Für die im § 131 Abs. 1 A II Nr.

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: a.a.O., 12. Aufl., S. 35.

1 - 4 AktG bezeichneten Gegenstände des Anlagevermögens gelten die Anschaffungs- oder Herstellungskosten als Höchstwerte, die auf keinen Fall überschritten werden dürfen. Ihrem Wesen nach sind die Gegenstände des Anlagevermögens zum dauernden Gebrauch im Betrieb bestimmt. Der in die Bücher als Zugang übernommene Wert wird durch Abschreibungen auf die mutmaßliche oder wirkliche Lebensdauer verteilt. Die Höhe der Abschreibungen richtet sich nach den Go Buchf.. Der Wertverlust kann technischer, rechtlicher oder wirtschaftlicher Art sein. Diese Bilanzierungsmethode bezweckt nicht eine Abschätzung des wirklichen Sachwertes des Anlagegegenstandes, sie gestattet¹⁾ die Berücksichtigung des Wertverlustes nach einem rechnerischen Schema. Für § 131 Abs. 1 A II Nr. 5 - 7 AktG, also vor allem für Wertpapiere, Patente, Beteiligungen usw., gilt, da sie nicht einem gebrauchsbedingten Wertverlust unterliegen, eine Sonderregelung. Die Anschaffungskosten gelten auch hier wieder als Höchstwert. Kursabschläge müssen entgegen der Forderung des Niederstwertprinzips nicht sofort ausgewiesen werden. Diese Aktivposten sind jedoch dann zu berichtigen, wenn der Kursverlust chronisch ist, wenn es sich um sog. "notleidende" Papiere handelt. Der Gegenstand muß in seiner Eigenschaft als Anlage eine Werteinbuße erlitten haben.²⁾ Kurssteigerungen dürfen nur bis zur Höhe der Anschaffungskosten in der Bilanz berücksichtigt werden. Eine auf Markt- oder Geldwertschwankungen beruhende Werterhöhung über die Anschaffungskosten kommt auch bei ihnen nicht in Betracht, da es sich um Gegenstände handelt, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind, sondern im Unternehmen verbleiben.³⁾

Die verschiedenen Anlagegegenstände hat der Gesetzgeber noch in solche mit begrenzter und solche mit unbegrenzter Lebensdauer eingeteilt. Für die ersteren ergeben sich Abschreibungen aus der Verteilung der Anschaffungs- bzw. der Herstellungskosten auf die einzelnen Perioden, denen sie als Aufwendungen zukommen. Für die letzteren ergeben sich die Abschreibungen insoweit, wie es die Go Buchf. nötig machen. Eine klare Trennung zwischen beiden ist nicht möglich, da die Abnutzung durch Zeitablauf Hand in Hand geht mit der Abnutzung aus wirtschaftlichen Gründen.⁴⁾

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 631.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 635.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 634.

4) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 96.

beb) Das Niederstwertprinzip bei Gütern des Umlaufvermögens

Für die Güter des Umlaufvermögens (§ 131 Abs. 1 A III AktG) gilt neben dem Höchstwert- das Niederstwertprinzip. Dies bedeutet, daß der Einstandspreis bzw. die Herstellungskosten für die noch nicht verkauften Waren in der Bilanz beibehalten werden, solange der Markt- oder Börsenpreis höher liegt. Dagegen muß der Börsen- bzw. Marktpreis eingesetzt werden, wenn dieser unter dem der Anschaffungs- bzw. Herstellkosten liegt. Diese Art zu bilanzieren entstand aus dem Grundsatz der Vorsicht. Von mehreren Werten muß für die Güter des Umlaufvermögens jeweils der niedrigere genommen werden.

bec) Die Anwendung des Realisationsprinzips

Die kaufmännische Praxis hat den Niederstwert für Umlaufs- und den Höchstwert für Anlage- und Umlaufgegenstände als feste Bewertungsgrundsätze entwickelt. Diese Regeln sind ein Teil der Go Buchf., die sich in einer jahrhundertelangen Entwicklung des internationalen Handelsverkehrs herausgebildet haben.¹⁾ Man findet sie bereits Ende des 14. Jahrhunderts in den Geschäftsbüchern italienischer Kaufleute angewendet. Jacques Savary hat sie in seinen Erläuterungen zur Ordonnance de Commerce in seinem "Parfait Négociant" beschrieben.

Ihre praktische Bedeutung für die Bilanz ist darin zu sehen, daß Gewinne demnach erst ausgewiesen werden, wenn sie realisiert sind; die herrschende Meinung spricht daher von einem Realisationsprinzip. Dieses kann aber nach der Meinung des Verfassers nicht unbedingt als Prinzip bezeichnet werden, weil es in einem sehr wichtigen Punkte durchbrochen wird. Aus dem Grundsatz kaufmännischer Vorsicht ergibt sich nämlich, daß Verluste, auch wenn sie noch nicht realisiert sind, ausgewiesen werden müssen. Bühler²⁾ bezeichnet dies als den Grundsatz der Imparität. Hinzuweisen ist auch noch darauf, daß bei Forderungen dieses Prinzip wiederum nicht beachtet wird; gebuchte Forderungen enthalten einen in seiner Höhe jeweils verschiedenen Gewinnanteil. Dieser Gewinnaufschlag wird also demnach bereits als "realisiert" betrachtet, obwohl er erst dann effektiv realisiert wird, wenn die Forderung beglichen wird.

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 93.

2) Vgl. Bühler, Ottmar: a.a.O., S. 131.

c) Die formelle Bilanzwahrheit

Der Grundsatz der Bilanzwahrheit erschöpft sich nicht in den Fragen der Bewertung. Er schließt die formellen Erfordernisse einer Bilanz mit ein.

ca) Die Aufzeichnungen in Buchhaltung und Bilanz müssen vollständig sein

Die Bilanz muß vor allem vollständig sein. Sie muß sämtliche Vermögensgegenstände enthalten (§ 39, 40 HGB). Wenn nun die Gegenstände, die im Betrieb noch Verwendung finden, durch allmähliche Abschreibungen auf dem Nullwert angelangt sind, so sind sie eigentlich vom Standpunkt der Bilanz aus nicht mehr vorhanden. Dennoch empfiehlt es sich, sie mit einem Merkposten in die Bilanz einzustellen.¹⁾ Gegenstände, die, um stille Reserven anzusammeln, vollständig abgeschrieben werden, müssen mit einem Merkposten in die Bilanz eingestellt werden. Zu dieser Ansicht bekennt sich auch eine Reichsgerichtsentcheidung in Zivilsachen.²⁾ Darin wird u.a. ausgeführt, daß die Bildung stiller Reserven gesetzlich zwar möglich ist, dies aber nicht soweit gehen darf, daß infolge "der Auslassung wesentlicher Vermögensstücke"³⁾ eine unrichtige Bilanzaufstellung die Verschleierung des Vermögensstandes ermöglicht.

Die formelle Wahrheit ist in vielen Teilen Voraussetzung für die materielle Wahrheit. Die Buchführung als Grundlage der Bilanz soll über Vergangenes und Geschehenes aussagen. Die Buchführung hat dafür zu sorgen, daß die Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle vollständig, lückenlos und chronologisch richtig erfolgt und daß diese durch schriftliche Beweisstücke belegt werden können. Die Aufzeichnungen können nur dann eine Erkenntnisquelle für den Unternehmer darstellen, wenn sie einwandfrei sind.⁴⁾ Der Unternehmer muß mit der historischen Wahrheit rechnen können.

cb) Klare Gliederung und klare Bezeichnungen sind eine Grundvoraussetzung für die Bilanzerstellung

Wird einerseits die vollständige Aufführung aller Bilanzgegenstände verlangt, so dürfen andererseits keine fiktiven Posten eingesetzt werden. Hier

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 87.

2) Vgl. RGZ, Bd. 131, S. 192 ff.

3) Siehe RGZ, Bd. 131, S. 196.

4) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz: a.a.O., S. 18.

berührt sich die Forderung der formellen Bilanzwahrheit mit den althergebrachten Anschauungen über Bilanzklarheit, die wir auch schon bei Savary finden. Diese ist ausdrücklich im Gesetz niedergelegt (§ 129 I, Satz 2 AktG). Es heißt dort, daß der Jahresabschluß so klar und übersichtlich aufzustellen sei, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt. So müssen die einzelnen Posten unter einer Bezeichnung geführt werden, die ohne weiteres ersichtlich macht, um welche Gegenstände bzw. Tatbestände es sich handelt. Der Gesetzgeber hat in diesem Zusammenhang eine bestimmte Gliederung des Jahresabschlusses vorgesehen, die die Gewähr dafür bildet, daß der Jahresabschluß klar und übersichtlich gestaltet wird (§§ 131, 132 AktG). Es handelt sich dabei nicht um ein Muster, nach dem in etwa verfahren werden soll, sondern um eine verbindliche, allerdings elastische Rechtsnorm.¹⁾ Eine abweichende Gliederung ist nur dann zulässig, wenn der Geschäftszweig eine solche bedingt, wobei die Abweichung keinen Verstoß gegen die Klarheit darstellen darf (§ 131 I AktG). Zu erwähnen ist noch, daß es den Go Bil. widerspricht - da es einen Verstoß gegen die Klarheit darstellt - Aktiv- und Passivposten gegenseitig zu verrechnen.

Die Einhaltung einer bestimmten Form, die unter anderem durch die Verweigerung oder die Einschränkung des Bestätigungsvermerkes der Abschlußprüfer (§ 140 II AktG) erzwungen werden kann, und die Beachtung der formellen Wahrheit bei allen Aufzeichnungen sind Grundvoraussetzungen, ohne die eine Bilanz nicht erstellt werden kann, was auch eindeutig aus der Tatsache hervorgeht, daß diese Forderungen gesetzlich verankert sind. Eine Mißachtung der Forderung nach formeller Wahrheit, die entweder den Tatbestand der Bilanzverschleierung oder der Bilanzfälschung ausmachen kann, kann eben dann auch noch strafrechtlich verfolgt werden.

4. Die Bilanzidentität

Bilanzidentität und Bilanzkontinuität sind Forderungen, deren Erfüllung eine Gliedhaftigkeit der Bilanzen untereinander erreichen läßt. In der Literatur trifft man des öfteren die Bilanzidentität als Unterpunkt der Bilanzkontinuität an. Dort spricht man dann mit allgemeiner Kontinuität die Identität an, während man unter spezieller Kontinuität die materielle meint. Im Rahmen dieser Arbeit erscheint es dem Verfasser zweckmäßiger, beide Erfordernisse ge-

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 579.

trennt zu behandeln, zumal unter der formellen Bilanzkontinuität sich noch andere Punkte unterbringen lassen.

a) Begriffliche Erläuterungen

Aufermann prägte 1928 zum ¹⁾erstenmal den Begriff Bilanzidentität. In einer Ab-
handlung sagt Aufermann zum Wortbegriff der Kontinuität: ²⁾"Der Ausdruck Kon-
tinuität weist auf einen ununterbrochenen Zusammenhang zweier Dinge hin. Die-
ser Zusammenhang muß sich über einen gewissen Zeitraum erstrecken. Liegt der
Zusammenhang nur für ein Zeitmoment vor, dann verzichtet man wohl besser auf
den Begriff der Kontinuität und ersetzt ihn durch den zweckmäßigeren der
Identität."

Identität bedeutet Gleichheit. Auf unsere Bilanz angewandt, bedeutet diese
Wortdeutung, daß bestimmte Bilanzen in einem Zeitmoment beliebig füreinander
eingesetzt werden können, ohne daß irgend ein Unterschied zu erkennen sei.
Beide Bilanzen - es handelt sich um die Schlußbilanz des abgelaufenen Ge-
schäftsjahres und die Anfangsbilanz des eben beginnenden Rechnungsabschnittes -
müssen daher vollkommen übereinstimmen. Der jeweilige Bilanzstichtag unter-
bricht den Lebensfluß der Unternehmung nicht. Dieser rein rechnungsmäßige
Schnitt bedeutet keineswegs einen tatsächlichen Abschluß, er will auch nicht
einen völlig neuen Abschnitt beginnen. Trotz formeller Einteilung in einzel-
ne buchhalterische Meßgrößen unterbricht das Unternehmen nicht seine Tätig-
keit. Die Rechnungslegung muß aus diesem Grunde das Weiterlaufen ³⁾der Betriebs-
funktion durch eine ununterbrochene Fortführung gewährleisten.

b) Bilanzidentität in der Kodifikation

ba) Im Handelsrecht

Direkte Vorschriften über die Identität der Anfangs- und Schlußbilanz finden
wir im Handelsrecht nicht. Die Kommentatoren des Handels- und Aktienrechts

1) Vgl. Fleischauer, Helmut: Bilanzierungsgrundsätze, Bilanzidentität, Bi-
lanzkontinuität und DM-Eröffnungsbilanz. Betriebswirtschaftlicher Verlag
Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1949, S. 17.

2) Siehe Aufermann, E.: Zum Begriff der Bilanzkontinuität, in: "Betriebswirt-
schaftliche Rundschau", V. Jahrg., 10. Heft Oktober, 1928, S. 181.

3) Vgl. Fleischauer, Helmut: a.a.O., S. 17..

beschäftigen sich fast ausschließlich nur mit der Frage des materiellen Wertzusammenhanges, also mit den Fragen, die im nachfolgenden Abschnitt über die materielle Bilanzkontinuität zu erörtern sind.

Da eine direkte Forderung nach Bilanzidentität aus dem Gesetz nicht abgelesen werden kann, bleibt für uns nur zu untersuchen, ob die Einhaltung der Forderung nach Identität von Schlußbilanz und der in der Regel sehr selten erstellten Eröffnungsbilanz für das sofort anschließende Rechnungsjahr einen Handelsbrauch ehrbarer Kaufleute darstellt.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Bilanzstichtag das wirtschaftliche Leben einer Unternehmung nicht unterbricht, daß die Bilanz - der Verf. greift hier auf eine im allgemeinen nicht besonders geeignete Vorstellung zurück - eine Momentaufnahme des betreffenden Betriebes darstellt, ergibt sich - um bei diesem Bild zu bleiben - keine Änderung des wirtschaftlichen Zahlenwertes nach der erfolgten Aufnahme. Die Gleichheit der Salden der Konten bei den Bilanzen ist gleichsam ein "Scharnier"¹⁾, das die Fortführung der Unternehmungsrechnung gewährleistet.

Wenn wir weiter das besondere Gläubigerschutzinteresse des Gesetzgebers hervorheben, darf unter diesem Gedanken keine Änderung zwischen Schlußbilanz und der meist theoretischen Eröffnungsbilanz erfolgt sein, da ja sonst unter Umständen der Gläubiger geschädigt sein könnte.

Betrachten wir kurz die Praxis, so müssen wir feststellen, daß die Bilanzidentität Bestandteil der Buchführungsmethoden der Mehrzahl ehrbarer Kaufleute ist, daß sie daher für eine ordnungsmäßige Buchführung unerlässlich ist. Sollte eine Änderung der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse - zum Beispiel könnte eine Belastung mit einer öffentlichen Schuld ersatzlos mit dem Beginn des ersten Januar eines Jahres wegfallen - gerade auf den Beginn der Eröffnungsbilanz fallen, so ist es kaufmännische Übung, die Eröffnungsbilanz davon nicht berühren zu lassen. Derartige Vorfälle²⁾ werden in der Regel am ersten Tag des neuen Geschäftsjahres gebucht.

bb) Im Steuerrecht

Kurz sei auf das Steuerrecht hingewiesen. Dort kann die Bilanzidentität di-

1) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz, a.a.O., S. 79.

2) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz: a.a.O., S. 80.

rekt aus dem Gesetz abgeleitet werden.¹⁾ Der Gesetzgeber unterstellt stillschweigend, daß die Schlußbilanz des vorangegangenen Rechnungsjahres identisch ist mit der Anfangsbilanz des nun zu beurteilenden Rechnungsabschnittes. Bewußt hat der Gesetzgeber an die Schlußbilanz des vorangegangenen Rechnungsabschnittes angeknüpft, um zu verhüten, daß beim Übergang Werte anders eingesetzt werden und so²⁾ unter Umständen der Gewinn der eröffneten Periode beeinflusst werden kann.

Nach einem Urteil des Reichsfinanzhofes vom 1. Febr. 1928³⁾ braucht das Anfangsvermögen nicht gesondert festgestellt werden, da dies mit dem vorjährigen Endvermögen identisch ist. Steuerrechtlich spricht man in diesem Zusammenhang auch von der Zweischnidigkeit der Bilanz, da die Gleichheit von Schluß- und Anfangsbilanz bewirkt, daß Vorteile und Nachteile, die durch eine niedrigere bzw. höhere Bewertung im abgelaufenen Geschäftsjahr zustande gekommen sind, sich in einem der folgenden Geschäftsjahre im entgegengesetzten Sinne auswirken.

c) Die Bedeutung für die Bilanz

Die Tatsache Bilanzidentität allein genügt im Rahmen dieser Arbeit nicht. Entscheidend für uns ist, ob die Bilanzidentität so wesentlich für die Bilanz ist, daß ohne diese Wesensgleichheit von Schluß- und Anfangsbilanz die Bilanzaufgabe nicht erreicht werden könnte.

Es wurde schon erwähnt, daß der Stichtag den rechnungsmäßigen Fluß des Unternehmens nicht unterbricht. Die Buchhaltung beschreibt mit ihren Mitteln - das Zahlenwerk ist Ausdrucksmittel wirtschaftlichen Handelns - das Leben einer Wirtschaftseinheit, um zum jeweilig gewählten Zeitpunkt ein positives oder negatives Urteil über das Betriebsgebaren abzugeben.

Der Gesamtabschnitt ist, wie bereits erwähnt, in Teilabschnitte zerlegt. Die

1) Siehe § 4 I EStG. Er bestimmt: Gewinn ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen.

2) Vgl. Fleischhauer, Helmut: a.a.O., S. 19.

3) Vgl. "Steuer und Wirtschaft", VII. Jahrg., 1928, Urteil Nr. 157, VI A 66/28, Spalte 236 ff.

Summe aller Periodengewinne, die durch die jeweiligen Jahresbilanzen ermittelt werden, ist etwa gleich dem Totalgewinn, natürlich unter Berücksichtigung von Einlagen, Entnahmen, Währungsschwankungen usw.. Die Salden der Schlußbilanz müssen schon allein aus den technischen Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung, die durch die Bilanzerstellung in ihrem Ablauf nicht gestört werden darf, identisch sein mit der Anfangsbilanz des neuen Geschäftsjahres. Die noch nicht verrechneten Kostenreste in der Schlußbilanz müssen den Ausgangspunkt für die Rechnungslegung in der nachfolgenden Periode bilden. Entscheidend¹⁾ ist nicht eine isolierte Jahresbilanz, sondern die ununterbrochene Kette der Erfolgsbilanzen, die alle miteinander vergleichbar sind und dadurch ein brauchbares Bild von der Entwicklung des Betriebes in seiner Totalperiode geben.

Auch aus dem Gläubigerschutzinteresse des HGB läßt sich die Notwendigkeit der Bilanzidentität nachweisen. Daß Unternehmungskrisen in größeren Krisenzeiten die Folge nicht rechtzeitiger Erkenntnis des Niederganges sind, läßt sich bzw. ließ sich vornehmlich in den 20-er Jahren feststellen. Um die wahre Konstitution seines Betriebes durch fortgesetzte periodische Gewinnrechnungen zu ermitteln, lassen die Handelsgesetze fast der ganzen Welt den Kaufmann pflichtgemäß jährlich die Bilanz erstellen. Dem Gläubiger wird dadurch am besten gedient, daß der Kaufmann die Entwicklung seines Geschäftes durch eine gute Darstellung seines Geschäftsgebarens laufend kontrolliert.²⁾ Eine Kontrolle setzt aber unbedingt das Prinzip der Vergleichbarkeit der Jahresrechnungen untereinander voraus. Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Bilanzidentität ein Wesensmerkmal der Bilanz ist.

Bilanzidentität ist aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung geboten, da die Einhaltung dieses formellen Bilanzzusammenhanges³⁾ für die Buchführung von so wesentlicher Bedeutung ist, daß sie auch eine Voraussetzung für eine wahrheitsgetreue Rechnungslegung ist. Sie ist weiter geboten aus der Funktion der Bilanz, die die als Aufwand und Ertrag noch nicht verrechneten Reste sowie die erfolgsneutralen Posten von der alten Rechnungsperiode übernimmt und in die neue überführt. Zwangsläufig ergibt sich daraus, daß die eine Rechnungsperiode abschließende Bilanz in ihren Ziffern absolut identisch sein muß mit der Eröffnungsbilanz für die neue Rechnungsperiode.⁴⁾

1) Vgl. Wall, Fritz: a.a.O., S. 14.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: a.a.O., 10. Aufl., S. 16.

3) Vgl. Reinhardt, Fritz: Deutsche Steuerzeitung 1935, S. 1354. Dort bezeichnet er die Bilanzidentität als Bilanzzusammenhang.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 125.

Schließlich ist Bilanzidentität im Interesse der Gläubiger geboten. Die Teilergebnisse müssen vergleichbar sein; dazu bedarf es der formellen Voraussetzung, daß Schlußbilanz der vergangenen Periode und Anfangsbilanz des folgenden Abschnittes identisch sind.

5. Die Bilanzkontinuität

Befaßt sich die Bilanzidentität mit dem Zusammenhang von zwei Bilanzen in einem Zeitmoment, so daß die Erstellung der zweiten Bilanz illusorisch wird, so drückt die Bilanzkontinuität einen Zusammenhang von zwei Bilanzen aus, die zeitlich auseinanderliegen, bei denen infolge der dazwischen liegenden Zeitspanne keine formelle Gleichheit gegeben sein kann, bei der es, wie hier noch zu erläutern sein wird, auf eine gewisse Stetigkeit ankommt. "Kontinuität" leitet sich aus dem lateinischen ab. "Continuere" bedeutet dort "aneinanderfügen", "continuus" besagt zusammenhängend, nicht unterbrochen. Der Begriff weist auf einen fortlaufenden, stetigen, nicht unterbrochenen Zusammenhang zweier oder mehrerer Dinge hin.¹⁾ Im kaufmännischen Sprachgebrauch will man mit dem Wort "Kontinuität" einen Zusammenhang und eine gewisse Stetigkeit in Bilanzangelegenheiten zum Ausdruck bringen. In der einschlägigen Literatur gebraucht man neben Bilanzkontinuität auch die Begriffe: Wertstetigkeit, Wertzusammenhang, Wertfortführung, besonderer Bilanzzusammenhang, Bilanzstetigkeit. Diese Begriffe deuten schon darauf hin, daß das Hauptanliegen ein Wertproblem sein muß.

Ganz allgemein kann man einfürend sagen, daß Bilanzkontinuität eine gleichbleibende und gleichmäßige Anwendung gewisser Grundsätze und Gepflogenheiten, die bei der Bilanzaufstellung zu beachten sind, bedeutet.³⁾ Diese Stetigkeit muß aber nicht nur in bezug auf den materiellen Inhalt beachtet werden; sie erstreckt sich auch auf äußere formelle Merkmale.

Wir wollen in diesem Abschnitt untersuchen, ob die Beachtung einer nur formellen oder auch einer materiellen Bilanzkontinuität bei der Bilanzerstellung notwendig ist.

1) Vgl. Fleischhauer, Helmut: a.a.O., S. 29.

2) Vgl. Grossmann, H.: a.a.O., S. 53.

3) Vgl. Fleischhauer, Helmut: a.a.O., S. 29.

a) Die formelle Bilanzkontinuität erfordert grundsätzlich:

aa) Gleichbleibenden Stichtag

Gemäß § 39 II HGB ist die Bilanz für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres aufzustellen. Es ist damit der letzte Tag des jeweiligen Geschäftsjahres als Stichtag bestimmt. Dieses kann zwar kürzer,²⁾ jedoch grundsätzlich nicht länger als 12 Monate sein (§ 39 II HGB). Für Minderkaufleute ist das Geschäftsjahr gleich dem Kalenderjahr. Vollkaufleute können ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr, das wiederum höchstens 12 Monate umfassen darf, wählen, müssen aber an dem einmal gewählten Stichtag festhalten.

Da der Bilanzstichtag schon gesetzlich festgelegt ist, können wir folgern, daß grundsätzlich das Festhalten an einem einmal gewählten Bilanzstichtag unabdingbares Wesensmerkmal einer Bilanz ist.

ab) Gleichbleibendes Bilanzschema

§ 131 I AktG schreibt für die Jahresbilanz ein Bilanzschema als verbindliche, allerdings elastische Rechtsnorm vor.³⁾ Eine abweichende Gliederung ist zulässig, wenn die Besonderheiten eines Geschäftszweiges eine solche bedingen. Daß Zusammenziehen von Posten des gesetzlichen Bilanzschemas nicht zulässig ist, geht auch schon aus der Forderung nach Bilanzklarheit hervor. Eine weitere Gliederung ist uneingeschränkt zugelassen, wie § 131 I AktG betont. Die Tatsache allein, daß das Schema gesetzlich vorgeschrieben ist, also bei allen zu erstellenden Bilanzen eingehalten werden muß - uneingeschränkt für Kapitalgesellschaften und als empfehlenswertes Vorbild für Personalgesellschaften -, ohne daß willkürliche Änderungen vorgenommen werden dürfen, und daß die Einhaltung der Gliederungsvorschriften gesichert ist - die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckt sich u.a. auch auf die Beachtung dieser (§ 135 II AktG) -, genügt für unsere Beweisführung.

Nicht einmal die gegenüber dem Auskunftsrecht des Aktionärs und für den Geschäftsbericht vorgesehene Schutzklausel (§ 112 III bzw. § 128 III AktG)

1) Vgl. Schlegelberger: Handelsgesetzbuch: a.a.O., S. 247.

2) Vgl. DMBG: Eine Ausnahme bildete die Möglichkeit, das Rumpfgeschäftsjahr 1948 II an das folgende Geschäftsjahr 1949 anzuhängen und insgesamt als ein Geschäftsjahr, das dadurch über 12 Monate gehen konnte, zu behandeln.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 579.

greift für den Jahresabschluß ein. Auch eine sinngemäße Anwendung ist nicht statthaft.¹⁾ Abweichungen vom gesetzlichen Bilanzschema lassen sich nicht mit dem Hinweis auf betriebliche oder außerbetriebliche Belange rechtfertigen.

Diese Tatsachen mögen für uns Beweis genug sein, daß ein grundsätzlich gleichbleibendes Bilanzschema ein Charakteristikum der Jahresbilanz bedeutet.

ac) Gleichbleibende Postenbenennung und Posteninhalt

Daß eine kontinuierliche Postenbenennung und ständig gleichartiger Inhalt der Konten ein Bilanzmerkmal ist, läßt sich nicht nur aus den Forderungen nach formeller Bilanzkontinuität, sondern ebenso aus der Forderung nach Bilanzwahrheit und damit aus den Go Buchf. ableiten. Es ist ein Verstoß gegen das Prinzip der formellen Bilanzkontinuität, wenn in den einzelnen Jahren an sich verschiedene Bilanzposten willkürlich zusammengezogen oder getrennt werden. Desgleichen ist es unzulässig, wenn in einem Jahr z.B. die Akzepte als Schuldwechsel, im anderen Jahr als Tratten bezeichnet werden oder wenn ein Passivposten einmal als Rückstellung²⁾ für Erneuerung, ein andermal als Amortisationsfonds deklariert wird.

ad) Gleichbleibendes Bilanzierungsverfahren

Die Forderung nach formeller Bilanzkontinuität schließt nicht zuletzt die Forderung nach einer Gleichheit des Bilanzierungsverfahrens mit ein. Es bedeutet, daß der Kaufmann in all den Fällen, in denen ihm im Rahmen der Go Buchf. ein Wahlrecht verbleibt, an dem einmal gewählten Prinzip festhält. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten, um Rückstellungen für ungewisse Schulden, um Verpflichtungen³⁾ aus Gewährleistungsansprüchen, um gewisse Pensionslasten.

Hier handelt es sich um die Frage, wann bzw. in welcher Höhe diese Betriebsvorgänge zu verrechnen sind. Die Frage nach dem Zeitpunkt ist in der Regel

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 581.

2) Vgl. Eberbach, K.: Zum Begriff der Bilanzkontinuität, in: "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", X. Jhrg., 1933, Industrieverlag Spaeth u. Linde, S. 428.

3) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz: a.a.O., S. 81.

leichter zu beantworten. Barth¹⁾ behauptet zwar, daß nach Überwiegender Meinung der Kaufmann handelsrechtlich nicht verpflichtet sei, eine Verrechnung dieser Einnahmen oder Ausgaben in dem Jahr zu verlangen, in das diese Erträge und Aufwendungen wirtschaftlich gehören. Er hält es immerhin für zweifelhaft, ob die entsprechende Zurechnung schon aus den Go Buchf. gefolgert werden kann. Der Verfasser möchte dieser Meinung nicht beipflichten. Er glaubt vielmehr, daß sich auch diese Frage nach der Aktivierungspflicht bzw. nach dem Passivierungsrecht sehr wohl nach den Go Buchf. richtet. Allgemein kann man sagen, daß nicht der Abschluß eines Geschäfts und nicht einmal der rechtliche Eigentumswechsel maßgebend ist, sondern allein, ob nach kaufmännischer Auffassung eine Leistung bereits erfolgt oder empfangen ist.²⁾ Hier entscheidet der wirtschaftliche Tatbestand. Dieser könnte allerdings, da er rechtlich nicht genau fixiert ist, zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben. Und hierin ist an der einmal erfolgten Stellungnahme des Bilanzierenden festzuhalten. Er darf keinen willkürlichen Wechsel an seiner Stellungnahme vornehmen.

Die Frage nach der Höhe des zu verrechnenden Vorganges - bei in ihrer Höhe ungewissen Verpflichtungen - soll, wie es den Go Buchf. entspricht, auch im Hinblick auf die Forderung nach einer gewissen Stetigkeit entschieden werden. Desgleichen soll ein willkürlicher Wechsel zwischen direkter und indirekter Abschreibung vermieden werden, weil daraus der Abschreibungsverlauf nicht klar zu erkennen ist. Der Bilanzierende, der sich bei strittigen Posten für die eine oder andere mögliche Form der Verbuchung, für ihren Zeitpunkt und für ihre Höhe entschieden hat, darf nicht willkürlich zur anderen Art übergehen, wenn ihm dies passend erscheint.³⁾ Formelle Bilanzkontinuität, die Go Buchf. und auch die Gläubiger fordern ein gleichmäßiges Bilanzierungsverfahren.

Ein Teil dieser formellen Erfordernisse ist gesetzlich festgelegt. Es handelt sich dabei unzweifelhaft um Bilanzmerkmale, der andere Teil - der Verfasser denkt dabei an den gleichbleibenden Posteninhalt und das gleichbleibende Bilanzierungsverfahren - läßt sich aus den Go Buchf., als dem Grundgesetz jeder Bilanzierung,⁴⁾ ableiten und ist somit ebenfalls Wesensmerkmal einer Bilanz.

1) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz: a.a.O., S. 81.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 130.

3) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz: a.a.O., S. 81.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: Sie betonen, daß die formelle Bilanzkontinuität nicht nur steuerrechtlich, sondern auch handelsrechtlich einzuhalten ist (a.a.O., S. 125).

b) Die materielle Bilanzkontinuität

Weit schwieriger, weil handelsgesetzlich nirgends festgelegt, ist zu beweisen, daß die materielle Bilanzkontinuität ein Charakteristikum der Bilanz darstellt.

In der kaufmännischen Praxis versteht man allgemein unter Bilanzkontinuität einen Wertzusammenhang. Er will erreichen, daß die Bewertung von Betriebsgegenständen in der Endbilanz eines Geschäftsjahres maßgebend ist für die Bewertung derselben Betriebsgegenstände in der Endbilanz des nächsten Jahres.

Wertzusammenhang bedeutet also, daß der Wertansatz in einer Jahresbilanz nicht über dem Werteinsatz in der vorhergehenden Jahresschlußbilanz liegen darf. Gebhardt²⁾ hat diesen Tatbestand mit "Wertfortführung" bezeichnet.

ba) Im Steuerrecht

Das Steuerrecht hat sich besonders und eingehend mit der materiellen Bilanzkontinuität befaßt. Dort bilden Wert- Bewertungsprinzipien- und Bewertungs- methodenzusammenhang insgesamt den Inhalt der materiellen Bilanzkontinuität.³⁾ Eberbach⁴⁾ spricht von einer Wertart-, Wertgruppen- und von einer Grundsatzkontinuität. Beide Einteilungen tragen dem Steuerrecht Rechnung. Sie sollen beide besagen, daß von Bilanz zu Bilanz die gleichen Bewertungsgrundsätze eingehalten werden müssen und daß die Werte der letzten Jahresbilanz in die neue Bilanz, sofern die Vermögensgegenstände noch unverändert vorhanden sind, übernommen bzw. fortgeführt werden müssen. Die Betriebswirtschaftslehre fordert ebenso wie das Steuerrecht die Einhaltung dieses Grundsatzes, da⁵⁾ der Erfolg immer unter den gleichen Voraussetzungen ermittelt werden soll.

Diese strenge Bilanzstetigkeit will die Willkür in der Gewinnermittlung ausschließen. Logisch betrachtet, müßte dies auch das Ziel des Handelsrechtes sein.

1) Vgl. Hast, Karl: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände. G.A. Gloeckner, Verlagsbuchhandlung in Leipzig, 1935, 2. Aufl., S. 114.

2) Vgl. Gebhardt, Joseph: Bilanzänderungen und Bilanzkontinuität, in: "Deutsche Steuerzeitung", Jahrg. XX, 1931, S. 134.

3) Vgl. Fleischhauer, Helmut: a.a.O., S. 33.

4) Vgl. Eberbach: a.a.O., S. 429.

5) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 125.

bb) Im Handelsrecht

Es gilt zu untersuchen, ob handelsrechtlich oder gewohnheitsrechtlich eine Bilanzkontinuität geboten erscheint. Zur Klarstellung möchte der Verfasser vorweg bemerken, daß durch eine Unterbewertung - sei sie bewußt oder unbewußt - eine materielle Kontinuität nicht durchbrochen wird. Bilanzrechtlich bestehen dafür Grenzen in dem Erfordernis der Bilanzwahrheit.

Handelsrechtlich, ja selbst steuerrechtlich ist die Bildung stiller Reserven zulässig. Von einer Durchbrechung einer Kontinuität kann nur dann gesprochen werden, wenn eine sog. Wertaufholung vorgenommen werden soll, wenn der Bilanzansatz einer Jahresbilanz ohne körperlichen Wertzuwachs rein rechnerisch über den Bilanzansatz der vorangegangenen Schlußbilanz zu stehen kommt. Nur in diesem Sinne soll von einer Durchbrechung der materiellen Bilanzkontinuität gesprochen werden. Die Zuschreibung stellt dann eine Korrektur früherer Überhöhter Abschreibungen, eine Erhöhung der Buchwerte dar, was meist zum Ausweis eines Buchgewinnes führt.

Weder im Handelsrecht noch im Aktienrecht ist die Wahrung einer Bewertungsstetigkeit¹⁾ vorgeschrieben. Die juristischen Kommentatoren²⁾, wie Adler-Düring³⁾, Schmaltz⁴⁾, Schlegelberger-Quassowski⁵⁾, Godin-Wilhelmi⁶⁾, Gadow-Heinichen verneinen ebenso wie einige Reichsgerichtsentscheidungen eine Ableitung aus den Go Buchf. bzw. Go Bil.. Auch nicht aus dem Handelsgewohnheitsrecht⁶⁾ ließe sich eine solche Forderung⁷⁾ erheben, betonen Schlegelberger-Quassowski. Eine Ausnahme bildet Simon. Dieser hat "viele tausend" Bilanzen in- und ausländischer Aktiengesellschaften geprüft und auch nicht eine einzige gefunden, die den "Werth" der Betriebsgegenstände heraufgesetzt hätte. Er nimmt ein Handelsgewohnheitsrecht an, das sich aus der Handelsübung ableite.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 125.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 551.

3) Vgl. Godin-Wilhelmi: Aktiengesetz. Verlag Walter de Gruyter und Co., Berlin u. Leipzig, 1937, S. 420.

4) Vgl. Gadow-Heinichen-Schmidt-Schmidt-Weipert: Aktiengesetz. Verlag Walter de Gruyter, Berlin, 1939, S. 563 (im folgenden Gadow-Heinichen zitiert).

5) Vgl. RGZ 80, 330; RGStr 62, 358; RGZ 105, 40.

6) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 551.

7) Vgl. Simon, Hermann Veit: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften u. KGaA. J. Guttentag, Verlg.Buchhandlg., Berlin, 1910, 4. Aufl., S. 414.

Für eine betriebswirtschaftlich richtige und zweckmäßige Ermittlung des Erfolges sei allerdings ein Wertzusammenhang durchaus am Platze, wenn sichergestellt werden solle, daß der Erfolg immer unter den gleichen Voraussetzungen ermittelt¹⁾ werde, bemerken Adler-Düring-Schmaltz.²⁾ Eine Reichsgerichtsentscheidung³⁾ von 1936 spricht klar und deutlich aus: eine sog. Kontinuität der Bilanz gibt es nicht.

Aktienrechtlich ist durchaus nichts einzuwenden, wenn von Bilanz zu Bilanz die absolut gleichen Bewertungsgrundsätze nicht eingehalten werden, insoweit als die Bildung stiller Reserven zulässig ist. Stark abgeschriebene Bilanzwerte können aktienrechtlich in der nächsten Bilanz in gewissem Rahmen – jedenfalls nicht über³⁾ die Anschaffungs- bzw. Herstellkosten hinaus – wieder aufgewertet werden. Für die Zuschreibung wird allerdings von der Rechtsprechung des Reichsgerichts in Handelssachen ein strenger Maßstab angelegt, wenn es sich um Unternehmungsformen handelt, bei denen der Schutz der Gläubiger das vorwiegende Interesse des Gesetzgebers darstellt.⁴⁾ So heißt es in einem Urteil: "Auch mag zur Wahrheit einer Bilanz eine Kontinuität zwischen den einander folgenden Bilanzen in dem Sinne erforderlich sein, daß nicht ohne das Vorliegen eines früheren Irrtumes oder einer wirklichen 'Wertänderung' Aktiva im Vergleich⁵⁾ zu den Ansätzen in früheren Bilanzen im Werte heraufgesetzt werden dürfen."

Wenn auch nach herrschender Meinung die materielle Bilanzkontinuität weder aus dem Gesetz noch aus dem Handelsgewohnheitsrecht abgeleitet werden kann, so ist ein Nichteinhalten des Wertzusammenhanges mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nicht vereinbar.⁶⁾ In den Kommentaren kommt durchwegs zum Ausdruck, daß es sich zumindest für den Kaufmann empfiehlt, die materielle Bilanzkontinuität zu wahren. Eine ordnungsmäßige Erfolgsrechnung kann ohne sie nicht auskommen. Das Ergebnis eines Wirtschaftsjahres läßt sich auf Grund der Gegenüberstellung zweier Bilanzen nur dann wirklich feststellen, wenn die beiden Bilanzen auch verglichen werden können, d.h. wenn für die Er-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 125.

2) Vgl. RGZ 80, 330; S. 332.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., S. 126.

4) Vgl. Scherpf, Peter: a.a.O., S. 82.

5) Siehe "Entscheidungen des Reichsgerichts in Bilanzsachen". Veröffentlichung der Schmalenbach-Vereinigung, Bd. 5, G.A. Glöckner, Verlg.Buchhandlung Leipzig, 1936, S. 50.

6) Vgl. Grossmann, H.: a.a.O., S. 57.

stellung beider Bilanzen die gleichen Maßstäbe verwendet worden sind.

bc) In der Praxis

Feststeht, daß Bilanzkontinuität in viel größerem Umfang verwirklicht wird, als es nach handelsrechtlicher Gewohnheit notwendig erscheint. Die Bilanzpraxis steht auf dem Boden der Kontinuität. Sie als Bestandteil der handelsrechtlichen Gepflogenheiten eines Großteils ehrbarer Kaufleute zu betrachten, stehen handelsrechtliche Beschränkungen einer solchen Auslegung nicht entgegen. Dafür spricht auch, daß wesentliche Änderungen in der Bewertung nicht einfach verschwiegen werden dürfen. Sie sind im Geschäftsbericht zu erwähnen, wie das Aktiengesetz ausdrücklich vorschreibt (§ 128 II AktG). Daraus ist ersichtlich, daß die Wahrung des Wertzusammenhanges normalen Verhältnissen entspricht, daß der Gesetzgeber auch hier jeder Willkür den Weg versperren will.

Im Geschäftsbericht¹⁾ soll, wie eine Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen deutlich festlegt, der Stand der Verhältnisse klargelegt werden, soweit er nicht schon aus der Bilanz bzw. aus der V- u. G-Rechnung ersichtlich ist. "Unter dem Stand der Verhältnisse ist aber nicht bloß das arithmetische Verhältnis von Aktiven und Passiven zu verstehen; vielmehr gehören dazu alle Tatsachen und Umstände, die nach vernünftigem Ermessen bei Berücksichtigung der Anschauungen des Verkehrs zur Beurteilung der gesamten Geschäftslage des Unternehmens von Bedeutung sind." Sinn dieser Offenbarungspflicht, wird weiter erläutert, ist der Schutz gegen schädliches und unlauteres Geschäftsgebaren.

Eine andere Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen betont:²⁾ "Um dieser Zweckbestimmung willen (Überblick über den Stand zu vermitteln, soweit er nicht ohne weiteres aus der Bilanz ersichtlich ist; der Verf.) hat der Geschäftsbericht der für die Entschlüsse in diesen Punkten wichtigen Vorkommnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres zu gedenken, außergewöhnliche über den Rahmen der regelmäßigen Geschäftsabwicklung hinausgehende Maßnahmen... bekanntzugeben." Was der Erwähnung im Geschäftsbericht bedarf, darüber entscheidet die Erwägung, die im besonderen Falle die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes anzustellen gebietet.

1) Vgl. RGStr. Bd. 41, S. 298.

2) Vgl. RGStr. Bd. 38, S. 197.

Nicht zuletzt möchte der Verfasser das Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer Nr. 2, 1937,¹⁾ über die Frage, wann und inwieweit "Zuschreibungen" auf Anlagewerte und Beteiligungen zulässig sind, auszugsweise zitieren. Nach einer Definition des Begriffes "Zuschreibungen" - sie sind darnach die Aufhebungen früherer übermäßiger Abschreibungen bei Anlagewerten und Beteiligungen - heißt es weiter: "Sie (die Zuschreibung) ist ein Mittel zur Auflösung stiller Reserven in dem betreffenden Bilanzposten durch Erhöhung des Bilanzansatzes und unter Durchbrechung der Bilanzkontinuität. Die Zuschreibung ist handelsrechtlich zulässig, soll jedoch nach kaufmännischer Anschauung nur in Ausnahmefällen Platz greifen, um Ausfälle und Verluste auszugleichen oder Bilanzbereinigungen vorzunehmen. Die Ausschüttung von Zuschreibungsgewinnen sollte in der Regel nicht vorgenommen werden... Die Zuschreibung ist in der Bilanz anzugeben, der Buchgewinn in der V- und G-Rechnung unter außerordentlichen Erträgen einzustellen. Ist er erheblich, so ist im Geschäftsbericht darüber zu berichten."

Ganz offenkundig geht der Fachausschuß von der Annahme aus, daß grundsätzlich materielle Kontinuität vorhanden sein muß; denn eine Regel kann nur dann durchbrochen werden, wenn eine solche überhaupt vorhanden ist. Weiter wird betont, daß die Durchbrechung nur in wichtigen Ausnahmefällen gestattet ist, so dann, wenn es sich um wirkliche Wertänderungen handelt, bzw. wenn die Abschreibung sich in der letzten Bilanz als ein Irrtum erwiesen hat.

Von wesentlicher Bedeutung für die Tatsache, daß die Bilanzpraxis weitgehend materielle Kontinuität wahrt, ist der Umstand, daß die Handelsbilanz durch die Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz weitgehend von dem strengeren Kontinuitätsbegriff des Steuerrechtes beeinflusst wird. Das Handelsrecht wird weit stärker vom Steuerrecht beeinflusst als umgekehrt. Die aktienrechtlichen Bestimmungen, die der Reichsfinanzhof seit 44/1 auch für die Bilanzen der Personalgesellschaften und der Einzelunternehmungen als verbindlich anerkannt hat, sind unter den steuerrechtlichen Einflüssen mehr als früher von dem Ziel bestimmt, eine wirkliche Erfolgsrechnung herbeizuführen.²⁾

Da der Steuerpflichtige in der Regel nicht an einem hohen steuerlichen Gewinn interessiert ist, die Steuerbilanz jedoch an die Werte gebunden ist, die der Pflichtige nach kaufmännischem Ermessen in der Handelsbilanz eingesetzt hat -

1) Siehe Gutachten Nr. 2, 1937, in: "Der Wirtschaftstreuhand". 6. Jahrg. 1937, G.A. Gloeckner, Verlg.Buchhandlg. in Leipzig, S. 97.

2) Vgl. Bühler, Ottmar: a.a.O., 5. Aufl., S. 103.

soweit nicht steuerliche Korrekturposten eingreifen -, wird die Handelsbilanz in der Praxis im Sinne der Beachtung einer materiellen Bilanzkontinuität weitgehend beeinflußt. Sowohl von steuerlicher wie auch von betriebswirtschaftlicher Seite wird entgegen den meist juristischen Ansichten auf die strikte Beachtung einer Wertfortführung gedrängt.

Schmalenbach¹⁾ lehnt Wertaufholungen unter Hinweis auf die Praxis ab; außerdem würde eine Aufwertung die öffentliche Kritik herausfordern. (Nicht betrachtet werden hier die Fälle, in denen ein natürlicher Wertzuwachs wie bei der Land- und Forstwirtschaft stattfindet (Viehbestand, Waldbestand).)

Während nun eine Zuschreibung bei den materiellen Anlagegegenständen ohne Vorliegen eines triftigen Grundes als gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung verstoßend anzusehen ist, steht ihr beim Geschäftswert eine ausdrückliche gesetzliche Vorschrift entgegen.²⁾ § 133 Abs. 1, Ziffer 5 AktG schreibt vor, daß für den derivativen Firmenwert ein eventuell eingestzter Aktivposten "durch angemessene jährliche Abschreibungen oder Wertberichtigungen zu tilgen" ist.

Wenn die Gesellschaft von der Befugnis zur Aktivierung Gebrauch macht - sie ist nicht vorgeschrieben sondern nur gestattet - ist sie verpflichtet, den Posten abzuschreiben.³⁾ Zu beachten ist dabei, daß nicht ein der Wertminderung entsprechender Teilbetrag abzuschreiben, sondern daß dieser Aktivposten durch angemessene jährliche Abschreibungen zu tilgen ist. Sie muß also erfolgen, ohne Rücksicht, ob eine Entwertung des Geschäfts oder der Firma eingetreten ist. Man kann aus diesem Grunde beim Geschäftswert auch nicht von stillen Reserven sprechen, die durch "Mehrabschreibungen über die Wertminderung" hinaus gelegt werden. Dieser Aktivposten soll so schnell wie möglich aus der Bilanz verschwinden. Zuschreibungen, nur um diese eventuellen stillen Reserven erscheinen zu lassen, widersprechen der Absicht des Gesetzgebers. Beim Geschäftswert besteht ein gesetzlich festgelegter Grundsatz der Bilanzkontinuität, für den es keine Ausnahme gibt. Der Geschäftswert darf nicht nur nicht höher erscheinen als in der letzten Bilanz, sondern er muß infolge der vorgeschriebenen⁴⁾ jährlichen angemessenen Abschreibungen niedriger erscheinen.

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: a.a.O., 4. Aufl.

2) Vgl. Hast, Karl: a.a.O., S. 280.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 643 f.

4) Vgl. Hast, Karl: a.a.O., S. 280.

bd) Materielle Bilanzkontinuität ist grundsätzlich eine Voraussetzung für die Jahresbilanz

Zusammenfassend stellen wir fest, daß die materielle Bilanzkontinuität zwar gesetzlich nicht direkt gefordert wird - ausgenommen für den derivativen Firmenwert -, daß sich aber unschwer erkennen läßt, daß der Gesetzgeber gegen jede Willkür in der Bilanz Stellung nimmt. In Übereinstimmung mit der Praxis können wir behaupten, daß die Beachtung einer Wertfortführung den Grundsatz darstellt; nur wenige Ausnahmen rechtfertigen ein Durchbrechen dieser handelsrechtlichen Gepflogenheit, wobei aber diese Durchbrechung, dem besonderen Interesse der Gesellschaft entsprechend, begründet werden muß.

Die gleiche Ansicht wird im Steuerrecht vertreten: Bühler,¹⁾ der die hier behandelte materielle Bilanzkontinuität als spezielle bezeichnet, bemerkt hierzu: "Unter der Voraussetzung der Nämlichkeit der einzelnen Bewertungsposten bedeutet die spezielle Bilanzkontinuität, daß der Grundsatz der Wertfortführung gewahrt sein muß. Hierdurch wird die Herauf- oder Herabsetzung von Werten auch außerhalb der AfA nicht von vornherein ausgeschlossen. Der Steuerpflichtige unterliegt nur einem willkürliche Wertänderungen verhindernden Begründungszwang. Er muß im einzelnen nachweisen, inwieweit die vorgenommene Änderung erforderlich ist und sich im Rahmen der Bewertungsvorschriften der §§ 6 u. 7 EStG. hält. Diese schließen z.B. eine Wertaufholung bei Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens grundsätzlich aus, wogegen sie bei nichtabnutzbaren Anlagegütern und insbesondere beim Umlaufvermögen unter der Voraussetzung eines gestiegenen Teilwertes bis zur Höhe des Anschaffungswertes möglich ist."

Nach der Ansicht des Verfassers handelt es sich bei Zuschreibungen grundsätzlich um eine Neubewertung. Ob man nun wegen einer Neuwertfestsetzung die Erreichung des Bilanzzweckes im allgemeinen als gefährdet bezeichnen kann, erscheint dem Verfasser fraglich. Das zu entscheiden, hängt von der jeweiligen Lage des betreffenden Falles ab. Soll mit der Neuwertfestsetzung, die durchgängig bei einer Vielzahl von Vermögensgegenständen vorgenommen wird, eine Vermögensfeststellung verbunden sein, dann kann man nach der Auffassung des Verfassers nicht mehr von einer Bilanz sprechen. Man müßte diese Aufstellung dann in das Gebiet der Sonderbilanz oder eventuell in das des Status verweisen. Eine Neubewertung kann eine neue Rechnungsgrundlage für die Jahreserfolgsrechnung schaffen. Die

1) Vgl. Bühler, Ottmar: Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und die Gewinnbestimmungen der Gewerbesteuer. C.H. Beck'sche Verlags-Buchhdlg., München u. Berlin, 1956, S. 61.

maßgebliche Kette der Bilanzen kann durchbrochen werden. Sie steht dann, im Sinne dieser Arbeit interpretiert, außerhalb einer Bilanz.

Wird jedoch nur für einen oder für unmaßgebliche Teile die Wertfortführung durch Zuschreibung unterbrochen, so kann man darin vielleicht das Eingeständnis menschlicher Unzulänglichkeiten erblicken, wenngleich man sich Überlegen sollte, ob nicht eine irrtümlich zu hoch vorgenommene Abschreibung im Laufe der Zeit durch maßvollere Abschreibungssätze korrigiert werden könnte.

Wir können uns auch nicht der engen Betrachtungsweise von Karl Hast anschließen, der schreibt: "In all diesen Fällen (Zuschreibungen) handelt es sich um Verhältnisse, wo der Vermögenscharakter der Bilanz im Vordergrund steht; die Jahresbilanz mit ihrem Erfolgsrechnungscharakter tritt zurück, wenn auch durch die Neubewertung der Anlagegegenstände eine neue Grundlage für die Jahresrechnung geschaffen wird."¹⁾ Grundsätzlich kommt es nach Ansicht des Verfassers nur auf die Absicht des Bilanzierenden an. Treten geringfügige Neuwertfestsetzungen in der Jahresbilanz auf, so müssen wir sie als Schönheitsfehler in Kauf nehmen. Wir können deshalb nicht - in der Praxis kommen Zuschreibungen vergleichsweise nicht allzu häufig vor - den Charakter einer Bilanz als verfälschend bezeichnen.

6. Zusammenfassende Schlußbetrachtung über die Bilanz

Wir haben nun festgestellt, daß für die Bilanz die Befolgung der Grundsätze einer ordnungsmäßigen Buchführung unerlässlich ist, daß eine jährliche Bestandsaufnahme erfolgen muß, um eine dem Bilanzzweck entsprechende Erfolgsermittlung zu gewährleisten, daß die Bilanzwahrheit als Wesensmerkmal eine relative, eine am speziellen Bilanzzweck - in unserem Sinne eine am Ziele der Handels-, Steuer- oder betriebswirtschaftlichen Bilanz - orientierte Wahrheit darstellt, daß ohne Bilanzidentität und Bilanzkontinuität die Aufgabe der Jahresbilanz nicht gelöst werden kann.

Verschiedene Anlässe im Wirtschaftsablauf erfordern jedoch Aufstellungen, bei denen es nicht auf die Ermittlung eines Ergebnisses, sondern auf die Ermittlung eines Tatbestandes ankommt. Darüber sollen uns die folgenden Abschnitte unterrichten.

1) Vgl. Hast, Karl: a.a.O., S. 130.

B. Die Sonderbilanz

Zum Verständnis des Folgenden erachtet es der Verfasser für wichtig, vorweg eine Beschreibung dessen zu geben, was unter "Sonderbilanz" verstanden werden soll. Sonderbilanzen oder "außerordentliche Bilanzen", wie sie häufig in der Literatur auch bezeichnet werden, werden nicht regelmäßig, sondern nur aus besonderen Anlässen erstellt. Solche können z.B. die Gründung oder die Sanierung eines Unternehmens sein. Mit ihnen beginnt grundsätzlich entweder überhaupt eine Wirtschaftsperiode oder eine völlig neue Wirtschaftsperiode, die von der vorhergehenden unabhängig ist. Sonderbilanzen bilden den Ausgangspunkt für die kommende Erfolgsermittlung. Sie bestimmen weitgehend mit die folgende Wirtschaftsperiode. Beginnt mit ihnen ein neuer Abschnitt im Leben einer Betriebswirtschaft, so folgt daraus, daß ihr Zweck nicht wie bei der Bilanz eine Erfolgsermittlung sein kann; denn dies steht immer am Ende und nicht am Anfang eines Abschnittes. Es kommt darauf an, eine Tatsache zahlenmäßig darzustellen. Das dadurch zustande kommende wirtschaftliche Zahlenwerk hat nur die Aufgabe, die Werte der Vermögensgegenstände als Anschaffungswerte zu fixieren. Die Gründe, aus denen diese Fixierung vorgenommen werden muß, können verschiedener Art sein.

Zusammengefaßt könnten wir die Sonderbilanz etwa so umschreiben: Jede Aufstellung in der Form einer Vermögens- und Kapitalgleichung, die nicht die Aufgabe hat, einen Erfolg zu ermitteln, die jedoch den Ausgangspunkt bildet für eine in einem gewissen Zeitabstand erfolgende Erfolgsermittlung, ist eine Sonderbilanz.

Grundsätzlich werden nur die im Aktienrecht geregelten Arten von Sonderbilanzen behandelt. Dabei soll der gesamte Vorgang nur insoweit beachtet werden, als erforderlich ist, um sich daraus ein klares Bild von der Aufgabe der betreffenden Aufstellung zu machen.

Eine besondere Schwierigkeit stellt teilweise die Vielfalt der verschiedenen Erscheinungsarten dar, die ihre Ursache in den mannigfachen wirtschaftlichen Anlässen haben. Desgleichen behandeln oft die einschlägigen Gesetzestexte den Vorgang nur im großen Rahmen. Auch gibt es verhältnismäßig wenige Erfahrungssätze, die ergänzend herangezogen werden könnten. Zudem bedürfen selbst die einzelnen Begriffe noch einer Auslegung. Und diese ist bedauerlicherweise nicht immer einheitlich. Trotzdem erweist sich bei den verschiedenen Spielarten die Problemstellung für die Errichtung der betreffenden Sonderbilanz als die gleiche, so daß mit einem allgemein gültigen Ergebnis ge-

rechnet werden kann.

I. Die Eröffnungsbilanz

1. Gesetzliche Regelung

§ 39 I HGB fordert bei dem Beginn eines Handelsgewerbes eine Eröffnungsbilanz: "Jeder Kaufmann hat bei dem Beginn seines Handelsgewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen, dabei den Wert der einzelnen Gegenstände anzugeben und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen." In das Aktienrecht ist diese Fassung nicht mit übernommen worden; soweit aber für Aktiengesellschaften keine besonderen Vorschriften eingreifen, gelten für sie die Paragraphen des HGB als "lex generalis". Festgelegt ist der Zeitpunkt, der für Kaufleute, die ein Handelsgewerbe nach § 1 Abs. 2 HGB betreiben, der Beginn des Geschäftsbetriebes, der bei Kaufleuten mit einem Handelsgewerbe nach § 2 HGB die Eintragung ins Handelsregister ist.¹⁾ In § 39 II HGB führt der Gesetzgeber aus: "Er hat demnächst für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres ein s o l c h e s Inventar und eine s o l c h e Bilanz aufzustellen..."

Für den Gesetzgeber sind offenkundig Eröffnungsbilanz und Jahresschlußbilanz nach den gleichen Grundsätzen aufzustellen. Für ihn besteht zwischen Eröffnungs- und Jahresschlußbilanz kein Unterschied.²⁾ Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, müßte die Gründungsbilanz die gleichen Wesensmerkmale aufweisen wie die Jahresschlußrechnung. Die gleichen Wesensmerkmale muß sie notgedrungen dann aufzeigen, wenn sie dem gleichen Zweck wie die Jahresschlußbilanz dient. Wir müssen uns daher zunächst allgemein über den Zweck der Gründungsbilanz klar werden, um zu einem Urteil über eine etwaige Wesensgleichheit von Gründungs- und Schlußbilanz zu gelangen.³⁾

1) Vgl. Gessler-Hefermehl-Hildebrandt-Schöder: Handelsgesetzbuch. 2. Aufl., 1. Bd., Verlag für Rechtswissenschaft vorm. Franz Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 1950, S. 263, im folgenden unter "Gessler/Hefermehl" zitiert.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 410.

3) Wird in diesem Abschnitt der Begriff "Eröffnungsbilanz" gebraucht, so ist darunter die "Gründungsbilanz" zu verstehen.

2. Gründe, aus denen die Erstellung einer Eröffnungsbilanz erforderlich ist

Die einzige handelsrechtliche Regelung in § 39 HGB sagt nur über den Zeitpunkt aus und allgemein darüber, was zu diesem Zeitpunkt zu unternehmen ist.

Wenn wir den Zeitpunkt, zu dem die Eröffnungsbilanz zu erstellen ist, genauer betrachten, bemerken wir, daß diese bei Beginn eines jeden ausgeübten Handelsgewerbes zu errichten ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob der Geschäftsbetrieb, der zum Beginn eines Handelsgewerbes führt, völlig neu gegründet worden ist. So ist auch derjenige, der bisher sein Geschäft als Handwerk oder Kleingewerbe betrieben hat und dies nunmehr zum kaufmännischen Betrieb erweitert, ebenso zur Aufstellung eines Eröffnungsinventars und einer Eröffnungsbilanz verpflichtet wie derjenige, der ein schon bestehendes Handelsgeschäft unter Lebenden oder von Todes wegen übernimmt und im bisherigen Rahmen weiterführt.¹⁾

Die Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen 45,⁴²⁾ stellt fest, daß auch ein Minderjähriger, der bisher ohne die erforderliche vormundschaftsgerichtliche Genehmigung ein Handelsgeschäft betrieben hat, mit der Erteilung der Genehmigung oder mit erlangter Volljährigkeit eine Eröffnungsbilanz zu ziehen hat, da der Minderjährige ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts ein Handelsgewerbe rechtsgültig überhaupt nicht betreiben konnte.

Eine andere Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen³⁾ betont, daß selbst ein bisheriger Gesellschafter einer OHG, nachdem er diese erworben hat, für eigene Rechnung als Einzelkaufmann jedoch unter Beibehaltung der bisherigen Firma weiterführt, eine Eröffnungsbilanz zu erstellen hat. Rechtlich wurde nämlich ein neues Geschäft begonnen, wenn auch tatsächlich dieses nach Lokal, Geschäfts- und Kundenkreis mit dem früheren wesentlich gleichartig war. Hier änderte sich die finanzielle Unterlage des Geschäfts und die Natur seiner Leitung. Die Annahme eines neuen Firmennamens ist nicht erforderlich, denn dies bezeichnet nur äußerlich schärfer die Entstehung eines neuen Gewerbebetriebes, begründet aber nie eine solche. "Die Gläubiger haben", so hebt diese Entscheidung weiter hervor, "ein begründetes Interesse daran, daß der Stand des Vermögens zu dem Zeitpunkte, zu welchem das Geschäft aus den Händen einer offenen Handelsgesellschaft in die eines Einzelkaufmannes übergeht, genau und buchmäßig festgestellt wird."⁴⁾

1) Vgl. Schlegelberger: Handelsgesetzbuch: a.a.O., S. 247.

2) Vgl. RGStr. 45/4.

3) Vgl. RGStr. 26/222.

4) Vgl. RGStr. 26/222, S. 225.

Die Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen 28/428¹⁾ stellt fest, daß selbst dann, wenn ein Geschäft im Erbgang erworben wurde, auf die Erstellung einer Eröffnungsbilanz nicht verzichtet werden könne, da es nur auf die Tatsache, nicht auf den Rechtsgrund des Wechsels ankomme.

Die Eröffnungsinventur und die Eröffnungsbilanz "bilden die Grundlage für die nachfolgende Buchführung, welche dazu bestimmt ist, die Gestaltung der Geschäftsführung und die Vermehrung oder Verminderung des bei dem Beginne des Gewerbes vorhandenen Vermögens des Inhabers im Verlaufe des Geschäftsbetriebes darzulegen".²⁾ Jene Gründung,³⁾ sei es, daß es sich um eine Neugründung, eine Umwandlungs- oder um eine Übernahmegründung handelt, erfordert die gesetzlich vorgeschriebenen Aufstellungen nach § 39 HGB. Hinsichtlich dieser Forderung stehen sich die Errichtung eines neuen und die Übernahme eines bereits bestehenden Handelsgeschäftes völlig gleich, da in dem einen wie in dem anderen Falle ein neues Rechtssubjekt mit dem Betriebe des Handelsgeschäftes "beginnt" und damit das Handelsgeschäft selbst in "vermögensrechtlicher Beziehung" eine andere Unterlage erhält.⁴⁾ Grundsätzlich muß dann eine Eröffnungsbilanz erstellt werden, wenn ein neues Rechtsobjekt bzw. ein neues Rechtssubjekt in das Rechtsleben eintritt.

a) Gläubigerschutzinteresse

Offenbar kommt es dem Gesetzgeber mit seinen Vorschriften auch hier wieder darauf an, das schutzbedürftige Interesse eines Dritten vor jeglicher Willkür seines Partners zu bewahren. Er fordert daher im Interesse der Gläubiger, daß für die Umgestaltung einer wirtschaftlichen Lage auch in den Büchern des neuen Handelsgeschäftes diejenige Unterlage⁵⁾ geschaffen wird, die das erhebliche rechtliche Interesse Dritter erheischt.

Der Grund der Erstellung eines Eröffnungsinventars und einer -bilanz ist also einmal darin zu suchen, daß im begründeten Interesse der Gläubiger der Stand des Vermögens zum Eröffnungszeitpunkt genau und buchmäßig festgestellt werden muß. Damit hätten wir aber nur alle jene Fälle erfaßt, in denen in der

1) Vgl. RGStr. 28/428.

2) Siehe RGStr. 28/428, S. 429.

3) Vgl. Bott, Karl: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, I. Band, 2. Aufl., Muth'sche Verlagsbuchhdlg., Stuttgart, 1954, S. 478.

4) Vgl. RGStr. 28/428, S. 429.

5) Vgl. RGStr. 16/55, S. 56.

Tat ein begründetes Interesse Dritter vorliegt. Wie ist es aber dann, wenn im Zusammenhang mit der Eröffnung keine Verbindlichkeiten eingegangen werden, in diesem Moment gar kein begründetes Interesse Dritter vorliegen kann? Für diesen Fall reicht unsere Erklärung nicht aus.

b) Eigeninteresse des Kaufmanns

Die Eröffnungsbilanz und desgleichen die entsprechende Inventur sind die Grundlage für die nachfolgende Buchführung.¹⁾ Inventar, Buchführung und Bilanz sind Bestandteile der jedem Kaufmann obliegenden Buchführungspflicht, durch welche entsprechend dem Wortlaut des Gesetzgebers nicht nur seine Handelsgeschäfte, sondern auch die Lage seines Vermögens dergestalt ersichtlich zu machen ist, daß für die ganze Dauer des Geschäftsbetriebes von einem sachverständigen Dritten aus den Büchern jederzeit die "Vermögenslage" festgestellt werden kann. "Letzteres ist unmöglich, wenn der Kaufmann bei Beginn seines Geschäftes Inventar und Bilanz nicht angefertigt und infolgedessen durch seine Buchführung nicht klargelegt hat, von welcher finanziellen Grundlage aus mit der Geschäftsführung begonnen ist."²⁾

Die Aufstellungen zu Beginn eines Handelsgewerbes bilden die unerläßliche Grundlage für die nachfolgenden Erfolgsermittlungen, auch im Interesse des Kaufmanns selbst.

c) Technisches Erfordernis

Eröffnungsinventar und Bilanz sind ferner eine technische Notwendigkeit. Wenn ein neues Rechnungsjahr für ein bereits bestehendes Unternehmen beginnt, so werden die Salden der Konten in der Jahresschlußbilanz auf die neue Rechnung vorgetragen. Diese Eröffnungseintragungen bilden mit die Grundlage für die Ermittlung des Gewinnes, der sich als Differenz zwischen Anfangs- und Schlußbilanz des gleichen Jahres ergibt. Die Aufstellung einer eigenen Wiedereröffnungsbilanz ist illusorisch, da sie nach dem Grundsatz der Bilanzidentität mit der vorhergehenden Schlußbilanz übereinstimmen muß. Aus praktischen Gründen können sogleich die entsprechenden Eröffnungseintragungen aus der Jahres-schlußbilanz gespeist werden.

1) Vgl. RGStr. 28/428, S. 429.

2) Vgl. RGStr. 28/428, S. 429.

Bei Neugründung eines Unternehmens sind ebenfalls Eröffnungseintragungen erforderlich. Diese können aber nicht von einer vorhergehenden Schlußbilanz, die es nicht gibt, übernommen werden. Da jedoch nach Go Buchf. keine Buchung ohne Beleg möglich ist, müssen die Eintragungen aus einer vorhergehenden Eröffnungsbilanz übernommen werden können.¹⁾

3. Aufgabe der Eröffnungsbilanz ist die Ermittlung des Vermögens

Ein zweites eröffnet uns der Gesetzgeber neben dem Zeitpunkt noch in der Vorschrift des § 39 I HGB: es ist der Wert der einzelnen Gegenstände anzugeben. Da nach herrschender Meinung der § 40 II HGB überhaupt keinen bestimmten Wert meint, vielmehr der einzusetzen ist, der zu einer fachgerechten Bilanz führt, müssen wir die Frage klären, ob die Eröffnungsbilanz demselben Zweck wie die Jahresschlußbilanz dient. Wir können hier kurz feststellen, daß der Zweck beider nicht identisch ist; denn eine Eröffnungsbilanz kann nie einen Erfolg ermitteln. Sie soll die Vermögensteile in ihrer Zusammensetzung, die zum Geschäftsbeginn vorhanden sind, darstellen und die Kapitalverhältnisse bei Beginn der Unternehmung klarlegen.²⁾ Sie wird also zum Zwecke der Vermögensdarstellung sowohl in seiner konkreten wie auch in seiner kapitalmäßigen Zusammensetzung erstellt.

Es genügt für uns festzuhalten, daß in der Regel dann, wenn ein neues Rechtsobjekt bzw. ein neues Rechtssubjekt in den Rechtsverkehr tritt, die entsprechende Eröffnungsinventur sowie die Eröffnungsbilanz aufgestellt werden müssen. Letztere ist keine "Erfolgsbilanz". Sie soll das Vermögen, das zum Geschäftsbeginn vorhanden ist, aufzeigen. Diese Aufstellung kommt infolge seiner andersartigen Aufgabenstellung nach anderen Grundsätzen zustande und weist andere Merkmale auf, die der Übersichtlichkeit wegen am Schlusse dieser Arbeit aufgezeigt werden.

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 409.

2) Vgl. Isaac, Alfred: Bilanzen. Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin-Wien, 1930, S. 59.

II. Die Umwandelungsbilanz

Man rechnet gewöhnlich die Umwandelungsbilanz infolge ihres meist als einmalig empfundenen Charakters zu den außerordentlichen Bilanzen bzw. zu den Sonderbilanzen. Bei diesen ist der Zweck der Erstellung entweder die Vermögenswertfeststellung oder eine Vermögensneuwertfestsetzung. Ob dies allgemein für alle Umwandelungsbilanzen zutrifft, darüber soll uns das Folgende Auskunft erteilen.

Unter Umwandlung verstand man ursprünglich nur eine Änderung der Rechtsform des Unternehmens. Diese Auffassung hat sich mit dem Erscheinen des Umwandlungsgesetzes von 1934 gewandelt. Heute spricht man von einer Umwandlung nach Aktienrecht. Sie ist in den §§ 257 ff. des AktG geregelt. Hier liegt noch die Vorstellung zugrunde, daß die Umwandlung nur einen Wechsel der Rechtsform bedeutet. Sie wird daher auch als "formwechselnde Umwandlung" bezeichnet. Die aktienrechtliche Umwandlung bedeutet - bedingt durch die sog. Identitätstheorie - keine Neugründung nach erfolgter Auflösung. Sie ist lediglich ein Formalakt, der an einer bereits vorhandenen Gemeinschaft vorgenommen wird. Die Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz, die durch das neue Umwandlungsgesetz (UmwG) vom 24. Nov. 1956²⁾ zum Bestandteil des Handelsrechts geworden ist, gestattet die Vermögensübertragung von Kapitalgesellschaften auf Personalgesellschaften oder Einzelunternehmen ohne Liquidation der übertragenden Gesellschaft. Das Gesetz beinhaltet in gleicher Weise Umwandlungen von Kapitalgesellschaften auf zu errichtende Personenunternehmen - man spricht dann von einer "errichtenden Umwandlung" - wie auch Umwandlungen, bei denen das Vermögen von einer Kapitalgesellschaft mit dem Vermögen eines Gesellschafters vereinigt wird. Für diesen Tatbestand gebraucht man den Ausdruck "verschmelzende Umwandlung". Da bei der Umwandlung nach dem handelsrechtlichen Umwandlungsgesetz das Vermögen übertragen wird und dadurch regelmäßig eine neue Rechtspersönlichkeit entsteht, wird sie als "formändernde Umwandlung" bezeichnet.

Schließlich sind unter Umständen für die Umwandlung noch die Sonderbestimmungen des DMBG zu beachten.

1) Vgl. Schmitt-Schmitt: Das Betriebsuniversum. Erich Schmidt-Verlag, Berlin-Bielefeld-München, 1952, S. 416.

2) Vgl. BGBI. I, 1956, S. 844 ff.

1. Die Umwandlung nach Aktienrecht

a) Die gesetzlichen Vorschriften

Während das HGB vor 1937 nur eine Umwandlung einer KGaA in eine AG kannte, und im GmbH-Gesetz Vorschriften für eine "Umgründung" einer AG in eine GmbH - ohne Liquidation und Sperrjahr unter gewissen Voraussetzungen¹⁾ - enthalten waren, schuf das AktG einen größeren Kreis von Umwandlungsmöglichkeiten. Die amtliche Begründung²⁾ führt dazu aus, daß eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit die Möglichkeit haben muß, sich in eine andere Rechtsform umzuwandeln, "wenn das Kleid, das sie sich zunächst gegeben hat, für sie zu klein oder zu groß geworden ist". Das AktG kennt folgende Umwandlungsmöglichkeiten:

AG in KGaA §§ 257 AktG ff.

KGaA in AG §§ 260 AktG ff.

AG in GmbH §§ 263 AktG ff.

GmbH in AG §§ 269 AktG ff.

Bergrechtliche Gewerkschaft in AG §§ 278 AktG ff.

KGaA in GmbH §§ 280 AktG ff.

GmbH in KGaA §§ 283 AktG ff.

Bergrechtliche Gewerkschaft in KGaA §§ 283 AktG ff.

Weitere Umwandlungen können nach dem AktG nicht vorgenommen werden.

Da die Bestimmungen betreffend die Umwandlungsbilanz für alle Fälle grundsätzlich das gleiche besagen, wird im nächsten Abschnitt nur Bezug auf die Umwandlung einer AG in eine KGaA genommen.

b) Die Umwandlungsbilanz bei Umwandlungen innerhalb der Kapitalgesellschaften

Es handelt sich einzig und allein darum, der Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit einen anderen Namen - ebenfalls aus dem Bereich der Kapitalgesellschaften - zu geben. Die Identität der Gesellschaft bleibt bestehen. Da es dieselbe Gesellschaft wie früher ist, der Träger der Vermögensgegenstände

1) Vgl. Höpner, Martin: Praxis des Aktienrechts. Hanseatische Verlagsbuchhandlung, Hamburg, 1935, S. 374.

2) Vgl. Amtliche Begründung: zitiert bei Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1102.

unverändert der gleiche bleibt, ist auch keine Vermögensübertragung erforderlich.¹⁾ Man bezeichnet diese Art der Umwandlung als "formwechselnde".²⁾ Bühler³⁾ spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen handelsrechtlichen Kontinuitätstheorie, die allerdings steuerlicherseits nicht beachtet wird. Das Steuerrecht sieht in der neuen Gesellschaftsform ein neues Rechtssubjekt, das demzufolge eine besondere Steuerbilanz benötigt.

Die notwendigen Satzungsänderungen und im Gefolge damit die erforderliche Beschlußfassung sollen hier nicht betrachtet werden. Diese Punkte sind für die vorliegende Arbeit unmaßgeblich.

§ 258 II AktG ordnet an, daß der Anmeldung des Umwandlungsbeschlusses zur Eintragung eine Bilanz beizufügen ist, die der Umwandlung zugrunde gelegt wird. Für uns ergibt sich die Frage: Soll eine Ertragsbilanz vorgelegt werden oder muß eine Vermögensaufstellung erfolgen? Der Entwurf vom Aktiengesetz von 1930 (§ 227 II) forderte noch ausdrücklich die Beifügung der letzten bekanntgemachten Bilanz, also der Ertragsbilanz.⁴⁾ § 270 Abs. 3 AktG⁵⁾ fordert dies noch bei der Umwandlung einer GmbH in eine AG. Daraus folgt die herrschende Meinung, daß dies analog für alle Umwandlungen im Rahmen des Aktiengesetzes gilt.

Auch wir schließen uns dieser Auffassung an. Wie schon erwähnt, bleibt die Identität der Gesellschaft bestehen. Es findet weder eine Vermögensübertragung noch eine Vermögensauseinandersetzung statt, also weder eine Auflösung noch eine Neugründung. In der Regel wird, sofern die Umwandlung mit dem Ablauf des Geschäftsjahres zusammenfällt, die Jahresbilanz als Umwandlungsbilanz übernommen, oder sofern die Umwandlung während des laufenden Rechnungsabschnittes vorgenommen wird, wird für das Rumpfgeschäftsjahr eine Abschlußbilanz erstellt, die dann zugleich die Umwandlungsbilanz darstellt.

Dieser Art der Umwandlungsbilanz können wir trotz ihres einmaligen Auftretens den Charakter einer Ertragsbilanz nicht absprechen.⁶⁾ Diese Umwandlungsbilanz

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1104.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 458.

3) Vgl. Bühler, Ottmar: Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, 2. Aufl., Franz Vahlen, Berlin, 1953, S. 118.

4) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1109.

5) § 270 III verlangt eine Bilanz, "die den §§ 129 - 133 entspricht".

6) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1109.

stellt eine Art Zwischenbilanz dar.¹⁾ Jedenfalls ist sie keine eigentliche Eröffnungsbilanz für die KGaA. Der Aufstellung einer solchen bedarf es nicht, da die KGaA mit der AG identisch ist und ihren Geschäftsbetrieb fortsetzt. Geändert hat sich nur die Firmenbezeichnung. Und eine solche Änderung bedeutet noch lange nicht die Entstehung eines neuen Gewerbebetriebes, wie es in der Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen 26/222²⁾ heißt.

Als Besonderheiten zu verzeichnen sind die Fälle, in denen die umzuwandelnde Firma eine GmbH ist. Die bilanzrechtlichen Vorschriften für diese (§§ 41, 42 GmbHG) weichen in ihrer Gliederung und ihren Wertansätzen von denen des Aktiengesetzes ab. Daher muß eine aktienrechtliche Bilanz aufgestellt werden, wenn die Gesellschaft als AG in die Öffentlichkeit tritt.³⁾ § 275 AktG verlangt die Bekanntmachung dieser Bilanz in den Gesellschaftsblättern; sie ist die erste nach aktienrechtlichen Grundsätzen aufgestellte und geprüfte (§ 271 III AktG) Bilanz. Da die GmbH nicht aufgelöst wird, sondern als werbende AG fortbestehen soll, ist diese Bilanz keine Liquidationsbilanz, sondern eine Jahresbilanz, die sich nur dadurch von den bisher bei der GmbH üblichen Bilanzen unterscheidet, daß sie nun nach den Vorschriften des Aktienrechtes zu erstellen ist. Die hauptsächlichen Änderungen,⁴⁾ die sich dabei ergeben, sind äußerlicher Art, die sich aus den eingehenderen Gliederungsvorschriften des § 131 AktG ableiten. Auch für diesen Fall gilt die sog. handelsrechtliche Kontinuitätstheorie.

2. Die Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz

Das Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften vom 12.11.1956⁵⁾ hat mit Rechtswirkung vom 1. Jan. 1957 an

-
- 1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 439. Er schreibt: "Die Umwandlungsbilanz steht aber an Bedeutung hinter der Verschmelzungsbilanz weit zurück, weil sie keine Vermögensübertragung, d.h. Veräußerung zum Zweck hat, sie nach den Grundsätzen der Jahresbilanz aufzumachen ist."
 - 2) Vgl. RGStr. 26/222, S. 225.
 - 3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1147.
 - 4) Vgl. Scholz, Franz: Kommentar zum GmbHG. Verlag Dr. Otto Schmidt, KG, Köln, 1950, 2. Aufl. S. 769.
 - 5) Vgl. BGBl I, 1956, S. 844, im folgenden als das Neue Umwandlungsgesetz bezeichnet.

das alte Umwandlungsgesetz vom 5. Juli 1934¹⁾ mit seinen 4 Durchführungsverordnungen,²⁾ dessen Gültigkeit letztmalig durch das Handelsrechtliche Bereinigungsgesetz³⁾ bis zum 31.12.56 - für Berlin bis zum 31.12.57 - verlängert worden ist, abgelöst. Mit dem Auslaufen der Möglichkeit, Kapitalgesellschaften und desgleichen bergrechtliche Gewerkschaften in vereinfachter Form in Personenunternehmen umzuwandeln, sah sich der Gesetzgeber vor die Frage gestellt, ob er diese, zunächst hauptsächlich unter nationalsozialistischen Gesichtspunkten geschaffene Möglichkeit der vereinfachten Umwandlung von Kapitalgesellschaften in Personenunternehmen auch nach dem im handelsrechtlichen Bereinigungsgesetz genannten Zeitpunkt zulassen sollte.

a) Gesetzliche Vorschriften

Trotz der Präambel⁴⁾ zum alten UmwG hat sich der Gesetzgeber nach mehrfach erfolgten Verlängerungen des UmwG entschlossen, dieses als dauernden Bestandteil des Handelsrechtes zu übernehmen. Seine Geltungsdauer ist nunmehr unbestimmt.

Ursprünglich sollte die Geltungsdauer des alten Gesetzes bereits am Ende des Jahres 1936 ablaufen. Diese Zeitspanne genügte zunächst für den Gesetzgeber, eine Umwandlung in seinem Sinne herbeizuführen. Durch die Einführung des Aktiengesetzes von 1937 war es notwendig geworden, den kleinen Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von weniger als 100 000 RM während der ganzen ihnen vom Aktiengesetz zur Verfügung gestellten Schonzeit die Umwandlungserleichterung in vollem Umfang zu erhalten, da sie sich nach Aktienrecht bis 1940 umwandeln oder auflösen mußten, es sei denn, sie vermochten ihr Grundkapital auf mindestens 100 000 RM zu erhöhen.⁵⁾ Als diese "Schonzeit" ablief, erwies sich diese zunächst als provisorisch gedachte Regelung wirtschaftlich vorteilhaft. Aus diesem Grunde wurde ihre Wirksamkeit immer weiter verlängert,

1) Vgl. RGBl I, 1934, S. 569, kurz "Altes UmwG" genannt.

2) Vgl. 1. DVO v. 14.12.1934 RGBl I, S. 1262

2. DVO v. 17.5.1935 RGBl I, S. 721

3. DVO v. 2.12.1936 RGBl I, S. 1003

4. DVO v. 24.6.1937 RGBl I, S. 661.

3) Vgl. Handelsrechtliches Bereinigungsgesetz vom 18.4.50, BGBl I, S. 90.

4) Vgl. RGBl I, S. 569; es heißt dort: "Um in geeigneten Fällen die Abkehr von anonymen Kapitalformen zur Eigenverantwortung des Unternehmers zu erleichtern, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird."

5) Vgl. Herbig-Kaemmel: Das Recht der Umwandlung von Kapitalgesellschaften. Reichsgruppe Industrie, Berlin W 35, 1937, Heft 2, S. 10.

bis sie schließlich 1956 als Bestandteil des Handelsrechts übernommen wurde.

Das neue Umwandlungsgesetz, das weiterhin die Umwandlung in vereinfachter Form gestattet - neben dem ohnehin möglichen Weg der Auflösung - bietet in seinem "Ersten Abschnitt" eine Zusammenfassung der geltenden Vorschriften des alten UmwG und seiner 4 Durchführungsverordnungen. Die bisherigen Vorschriften sind dabei, soweit nicht wegen der notwendigen, systematisierenden Zusammenfassung des bisherigen Rechts oder aus zwingenden sachlichen Gründen Änderungen erforderlich waren, möglichst wortgetreu übernommen worden.¹⁾

Der "Zweite Abschnitt" schließt eine Lücke. Er regelt die Umwandlung einer bergrechtlichen Gewerkschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der "Dritte Abschnitt" bringt einige geringfügige Änderungen des § 263 IV sowie des § 278 IV AktG.²⁾ Der "Vierte Abschnitt" enthält Strafbestimmungen sowie Übergangs- und Schlußvorschriften.

Wie in der Begründung zur Regierungsvorlage (Bundesdrucksache 2 402) hervor-
gehoben wird, hat sich die Regelung der vereinfachten Umwandlung als ein
brauchbares und nützliches Mittel erwiesen.³⁾ Sie ist imstande, Verzerrun-
gen, die sich insbesondere in der Nachkriegszeit durch das Ausweichen der
Unternehmer auf steuerlich günstigere Unternehmungsformen ergaben, zu lösen.
Doch nicht allein diese angeführte Überlegung war maßgebend - für sie hätte
unter Umständen eine befristete Umwandlungsmöglichkeit auch genügt - sondern
ebenso ist den wirtschaftlichen Forderungen, daß formwechselnde Umwandlungen
und Verschmelzungen im juristischen Sinn auch außerhalb des Geltungsbereichs
des Aktiengesetzes in vereinfachter Form gestattet sein mögen, Rechnung
getragen worden. Die entsprechenden Vorschriften des Aktiengesetzes erwiesen
sich dabei "richtunggebend" für eine Erweiterung des Handelsrechtes. Die ma-
teriellen Änderungen, die das neue Umwandlungsgesetz brachte, sind gering-
fügig.

Soweit diese Arbeit auf materielle Vorschriften eingeht, liegen ihr die des
neuen Umwandlungsgesetzes zugrunde. Die Umwandlung nach dem neuen UmwG ist

1) Vgl. "Die Wirtschaftsprüfung", herausgegeben von dem Institut der Wirt-
schaftsprüfer, Jhrg. 9, Nr. 11, vom 1.6.56, S. 268.

2) Vgl. BGBl I, 1956, S. 844 ff.

3) Vgl. Franta, Rudolf: Das neue Umwandlungsgesetz, in: "Der Betrieb", Ver-
lag Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, Jhrg. 9, Nr. 51, v.19.12.1956, S.1198.

nunmehr wieder im bestimmten Umfang steuerbegünstigt.

Auf die einzelnen Möglichkeiten der errichtenden bzw. verschmelzenden Umwandlungen einzugehen, würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Es wird nur auf die für das Erfassen der Zusammenhänge im Hinblick auf die Umwandlungsbilanz wichtigen Vorschriften Bezug genommen. Dabei wird lediglich das Grundsätzliche, das die verschiedenen Umwandlungsmöglichkeiten gemeinsam haben, herausgestellt.

aa) Die einstimmig durchgeführte vermögensübertragende Umwandlung

Die Rechtsträger, auf die die umwandlungsfähigen Gesellschaften ihr Vermögen im Wege der Umwandlung übertragen können, sind OHG, KG oder Gesellschaft des bürgerlichen Rechts. Von letzterer Möglichkeit kann nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn Gesellschaften umgewandelt werden, die kein Handelsgewerbe treiben, wie es z.B. bei Grundstücksgesellschaften der Fall ist. Diese Personengesellschaften können bereits bestehen oder gleichzeitig errichtet werden. An ihnen sind dann alle Gesellschafter der Kapitalgesellschaft beteiligt.

Weiter kann das Vermögen auf einen Allein- oder Hauptgesellschafter übertragen werden. Es ist möglich, daß Einmangengesellschafter eine natürliche Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechts oder ebenso eine juristische Person ist. Nach dem neuen Umwandlungsgesetz kann an einem Personenunternehmen auch eine juristische Person beteiligt sein. Eine Vermögensübertragung auf eine GmbH u. Co (AG u. Co) ist nunmehr gestattet.¹⁾

Diese Umwandlung, bei der das Vermögen im ganzen auf das neue Unternehmen übergeht, erlaubt nicht, daß einzelne Vermögensstücke, die vielleicht für die neue Gesellschaft entbehrlich sind, bei der Umwandlung nicht mit in das Eigentum der neuen Gesellschaft überführt werden. Diese müssen, wenn sie einer anderen Stelle zugeordnet sind, vielmehr vor der Umwandlung oder nach erfolgter Umwandlung im Wege der Einzelrechtsnachfolge übertragen werden.²⁾

Daraus folgt, daß auch keine Barmittel zugleich mit der Umwandlung an die einzelnen Gesellschafter ausgeschüttet werden dürfen. Dies gilt ebenso für die Umwandlungen durch Mehrheitsbeschluß. Der Umwandlungsakt als solcher und damit auch die Umwandlungsbilanz dürfen von solchen Transaktionen nicht berührt werden.

1) Vgl. Franta, Rudolf: a.a.O., S. 1199.

2) Vgl. Herbig-Kaemmel: a.a.O., S. 12.

Die Aufzeigung dieser Grundzüge des allgemeinen Umwandlungsrechtes, bei der die Umwandlung einstimmig erfolgt, möge für unsere Zwecke genügen.

ab) Die Umwandlung durch Mehrheitsbeschluß

Das Gesetz gestattet jedoch auch die Umwandlung durch Mehrheitsbeschluß. Das alte Umwandlungsgesetz sah zunächst nur dann eine Umwandlung vor, wenn alle Gesellschafter mit dieser einverstanden und bereit waren, sich an der übernehmenden Personengesellschaft zu beteiligen. Später stellte sich heraus, daß die Umwandlung oft nur deshalb scheiterte, weil geringfügige Kapitalbeträge des Grundkapitals unauffindbar waren. Obwohl niemand durch die Umwandlung geschädigt hätte werden können, mußte diese bisher scheitern.¹⁾

Durch neue Vorschriften wurde dies später geändert und sogar noch weitergehende Erleichterungen geschaffen. Wenn mehrere Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft die Umwandlung durch Errichtung einer Personengesellschaft beschließen wollen, müssen sich an dieser so viele beteiligen, daß an der neuen Gesellschaft 9/10 des ehemaligen Grund- bzw. Stammkapitals beteiligt sind.²⁾ Ausscheiden kann - freiwillig oder durch Zwang - nur 1/10 des Kapitals. Der Beschluß selbst bedarf einer Mehrheit von 3/4 des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals.³⁾ Nach dem neuen UmwG gibt es hierin eine Änderung, die geeignet ist, Streitfälle, die sich aus dem Text des § 4 der 3. DVO³⁾ ergaben, zu beseitigen. § 4 der 3. DVO schrieb vor, daß sich an der zu errichtenden Gesellschaft die z u s t i m m e n d e n Aktionäre beteiligen müssen. Nach neuem Recht (§§ 19, 20, 22) kommt es ausschließlich noch darauf an, daß nur zustimmende Gesellschafter beteiligt sind. Das bedeutet, daß einmal an der neu errichteten Personengesellschaft lediglich Gesellschafter beteiligt sind, die auch bereits als solche der Kapitalgesellschaft angehörten, zum anderen ist es durchaus möglich, daß ein zustimmender Gesellschafter sich trotzdem nicht mehr an der neuen Personengesellschaft beteiligt. Nach herrschender Auffassung mußten bisher alle zustimmenden Gesellschafter zwangsläufig an der errichteten Personengesellschaft beteiligt sein.⁴⁾

Für die Umwandlung auf den Hauptgesellschafter - dieser kann natürliche oder juristische Person sein - genügt, wenn dieser "mehr als drei Viertel" des

1) Vgl. Herbig-Kaemmel: a.a.O., S. 15.

2) Vgl. 3. DVO v. 2.12.36, RGBI I, S. 1003, §§ 4 ff.

3) Vgl. 3. DVO v. 2.12.36, RGBI I, S. 1003, §§ 4 ff.

4) Vgl. Franta, Rudolf: a.a.O., S. 1200.

Grundkapitals in seiner Hand vereinigt, wobei es nicht darauf ankommt, "ob andere Gesellschafter widersprechen oder zustimmen".¹⁾

Die Umwandlung durch Übertragung des Vermögens²⁾ auf eine bestehende Personengesellschaft (verschmelzende Umwandlung) wird vom Gesetzgeber mehr begünstigt als die Umwandlung unter gleichzeitiger Errichtung einer Personengesellschaft.

ac) Sonstige wichtige Bestimmungen

Die ausscheidenden Gesellschafter haben Anspruch auf Abfindung. Der Antrag auf Feststellung der Abfindung kann jedoch "erst nach Eintragung des Umwandlungsbeschlusses in das Handelsregister und nur bis zum Ablauf von 6 Monaten nach dieser Eintragung gestellt werden".³⁾ Da der Kurswert der Anteile im Zeitpunkt der Umwandlung spekulativ beeinflußt sein kann, fordert das neue Recht, daß die entsprechende Abfindung angemessen sein muß, d.h. daß alle Umstände gleichwertig berücksichtigt sein müssen. "Nach wie vor wird man annehmen müssen, daß die Abfindung so bemessen sein muß, daß sie dem Ausscheidenden unter Berücksichtigung der Substanz und der Ertragslage des Unternehmens einen angemessenen Ersatz für den Verlust seiner Beteiligung gewährt".⁴⁾ Allein maßgebend ist also weder der Liquidationswert noch der Kurswert."

Die Gläubigerschutzbestimmungen des alten Rechtes wurden auch für das neue UmwG beibehalten. Sie sehen vor, daß die Gläubiger, sofern sie nicht Befriedigung erlangen können, binnen 6 Monaten nach der Bekanntmachung der Eintragung des Umwandlungsbeschlusses Sicherheitsleistung verlangen können. Weiter darf innerhalb eines Sperrjahres - seine Laufzeit beginnt mit der Eintragung des Umwandlungsbeschlusses in das Handelsregister - das bereits auf die Übernehmende Gesellschaft bzw. den Übernehmenden Gesellschafter übertragene Vermögen nur getrennt von dem sonstigen Vermögen des Übernehmenden geführt werden. Zusätzlich getroffene firmenrechtliche Vorschriften haben für unsere Arbeit weiter keine Bedeutung.

b) Die Umwandlungsbilanz in der Literatur

Nach § 4 I des neuen UmwG ist der Anmeldung der Umwandlung "die der Umwandlung

1) Vgl. RGBI I, 1936, S. 1004, (3. DVO § 8).

2) Vgl. Herbig-Kaemmel: a.a.O., S. 16.

3) Vgl. RGBI I 1936, S. 1004 (3. DVO § 12).

4) Siehe Franta, Rudolf: a.a.O., S. 1202.

zugrunde gelegte Bilanz" beizufügen. Das Gesetz nimmt weiter zu dieser Forderung keine Stellung. Damit müßte also von der Praxis eine solche Bilanz oder, sagen wir besser, eine bilanzähnliche Aufstellung verwendet werden, die dem Zweck der Umwandlung entspricht. Ihr "Inhalt" ergibt sich aus ihrem Zweck, den Vermögensstand, der der Umwandlung zugrunde liegt, anzugeben, bemerkt Groschuff.¹⁾ Mit dieser Feststellung scheint uns der Kernpunkt getroffen zu sein.

Nach Herbig²⁾ verfolgt die Umwandlungsbilanz verschiedene Zwecke, die man sich vor Augen halten müsse, wenn man sich von der Gestaltung der Bilanz ein Bild machen wolle. "Hauptsächlich soll die Umwandlungsbilanz die Gesellschafter, die über die Umwandlung zu entscheiden haben, in die Lage versetzen, sich ein Bild über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Umwandlung zu machen. Sodann soll sie den ausscheidenden und abfindungsberechtigten Gesellschaftern die Möglichkeit geben, zu errechnen, wie hoch etwa ihre Abfindung zu bemessen sein wird. Sie soll ferner, wenn es zu Streitigkeiten kommt, der Spruchstelle und dem Prozeßgericht eine Grundlage für die Festsetzung der Abfindung geben."³⁾

Die weiteren Zwecke nach Herbig, die sich vor allem aus dem überbetonten öffentlichen Interesse aus der Zeit des Nationalsozialismus ergaben, treffen heute nicht mehr zu. Wichtig ist noch, daß die Gläubiger der Kapitalgesellschaft aus der Umwandlungsbilanz noch entnehmen können, welches Sondervermögen ihrem bevorzugten Zugriff offensteht, bzw. versetzt sie sie auch in die Lage, zu entscheiden, ob sie Sicherheit verlangen wollen. All diesen Zwecken kann eine Bilanz nur dann gerecht werden, so folgert Herbig weiter, wenn ihr Stichtag nicht allzu weit entfernt ist. Der Gesetzgeber forderte im alten UmwG, daß der Stichtag nicht weiter als 4 Monate vom Tage der Eintragung der Umwandlung ins Handelsregister zurückliegen dürfe. Im neuen UmwG ist diese Zeitspanne auf 6 Monate erweitert. Dies stellt eine Angleichung an aktienrechtliche Vorschriften dar (§ 239 III AktG). Der Registerrichter trägt den Umwandlungsbeschluß in das Handelsregister nur dann ein, wenn der Stichtag nicht länger als 6 Monate seit der Anmeldung des Umwandlungsschlusses zurückliegt (§ 4 II UmwG).

1) Vgl. Groschuff: Zweifelsfragen zum Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften v. 5. Juli 1934, in: "Juristische Wochenschrift", 1934, 3. Bd., S. 2664.

2) Vgl. Herbig-Kaemmel: a.a.O., S. 21.

3) Siehe Herbig-Kaemmel: a.a.O., S. 22.

Bei der Bewertung herrscht nach Herbig weitgehende Freiheit. Diese bietet nach ihm die Möglichkeit zu einer Angleichung von Handels- und Steuerbilanz; er schreibt weiter: "Es gelten für die Bewertung nicht etwa die Grundsätze des Aktienrechts über das Mindestwertprinzip beim Umlaufvermögen. Man kann also beispielsweise in der Umwandlungsbilanz über den Anschaffungs- und Herstellungswert hinausgehen, wenn die Vermögensstücke am Stichtage mehr wert gewesen sind. Es gelten andererseits aber auch nicht die andersgearteten Vorschriften über die Bewertung des Anlagevermögens. Nach Aktienrecht können die Gegenstände des Anlagevermögens unter bestimmten Voraussetzungen über den Wert am Stichtage zum Anschaffungs- und Herstellungswert angesetzt werden; bei der Umwandlungsbilanz ist das nicht der Fall, vielmehr ist der tatsächliche Wert am Stichtag die Grenze nach oben. Dieser tatsächliche Wert ist nicht der Wert, der bei der Abwicklung zugrunde zu legen wäre, nicht der sog. Schmelzwert, sondern der Wert, den die Gegenstände für das arbeitende und fortarbeitende Unternehmen haben."¹⁾

Stille Reserven können zwar gebildet, die Abfindungsansprüche dürfen aber dadurch nicht beeinträchtigt werden. "Die Versammlung", fährt Herbig weiter, "die über die Umwandlung beschließt, muß die Umwandlungsbilanz an sich wie eine Jahresbilanz genehmigen; indessen bedarf es keines ausdrücklichen Beschlusses, es genügt, daß die Umwandlung in Kenntnis und auf Grund der Bilanz, die einen Bestandteil des Hauptversammlungsprotokolls bildet, beschlossen worden ist." Einer Bekanntmachung der Umwandlungsbilanz bedarf es nicht, abgesehen von der Bekanntmachung eines Entwurfes bei Umwandlung durch Mehrheitsbeschluß.²⁾ Nach Bergmann³⁾ ist der Zweck der Umwandlungsbilanz darin zu sehen, den Gläubigern der Gesellschaft Auskunft über das auf die Personenfirma übergegangene Vermögen zu geben. Gleichzeitig ist sie eine wichtige Unterlage für die auch strafrechtlich erhebliche Nachprüfung, ob die getrennte Vermögensverwaltung durchgeführt ist. Nach innen dient sie jedoch der Rechnungsabgrenzung zwischen altem und neuem Geschäft. Sie muß durch die "Generalversammlung"⁴⁾ festgestellt sein, unterliegt jedoch nicht der Prüfungspflicht. Die Umwandlungsbilanz kann nicht als handelsrechtliche Eröffnungsbilanz des

1) Vgl. Herbig-Kaemmel: a.a.O., S. 22.

2) Vgl. § 5 I Satz 2 der 3. DVO: RGBI I 1936, S. 1003. "Er (der Beschluß) kann nur gefaßt werden, wenn der Gegenstand ordnungsgemäß mindestens 2 Wochen vor dem Tage der Generalversammlung angekündigt worden ist."

3) Vgl. Bergmann, Hans: Umwandlung, Auflösung und Löschung von Kapitalgesellschaften. Verlag Heymann, Berlin, 1935, S. 49.

4) Vgl. Bergmann, Hans: a.a.O., S. 60.

neuen Unternehmens gelten, denn diese ist für den Beginn desselben, also für den Zeitpunkt der Eintragung des Umwandlungsbeschlusses, aufzustellen.¹⁾ Bartmann²⁾ stellt fest, daß die Umwandlungsbilanz keine Liquidationsbilanz ist, sondern eine Bilanz für eine bestehende und weiterlebende Gesellschaft. Sie ist im Gegensatz zur Jahresbilanz eine Vermögensbilanz. Nach Bartmann ist sie jedoch gleichzeitig Eröffnungsbilanz der neu errichteten Gesellschaft, falls diese kein weiteres Vermögen besitzt. Die Eröffnungsbilanz ist aber wie die Liquidationsbilanz eine Vermögensbilanz.

Nach Crisolli-Groschuff-Kaemmel³⁾ sind die allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften, die die Jahresbilanz betreffen, nicht ohne weiteres auch auf die Umwandlungsbilanz anzuwenden. Ihrem Wesen nach ist sie eine Vermögensbilanz. Sie ähnelt in etwa der Goldbilanz, die nach "einhelliger Ansicht des Schrifttums und der Rechtsprechung eine Vermögensbilanz" war.

c) Eigene Auffassung über die Umwandlungsbilanz

In seltener Einmütigkeit wird die Ansicht vertreten, daß es sich bei der Umwandlungsbilanz nach dem UmwG um eine "Vermögensbilanz" handelt. Uns bleibt nur noch übrig, das Wort Vermögensbilanz durch den Ausdruck "Sonderbilanz" zu ersetzen. Der Zweck dieser Sonderbilanz ist, das Vermögen festzustellen, das durch die Umwandlung auf das neu errichtete oder schon bestehende Unternehmen übergeführt werden soll. Wir müssen allerdings dahingehend einschränken, daß sie lediglich in bestimmten Fällen zugleich die Eröffnungsbilanz bildet, nämlich dann, wenn mit der Umwandlung zugleich eine neue Gesellschaft errichtet wird. In allen anderen Fällen ist auch das beiderseitige Vermögen ein Jahr lang getrennt zu führen.

In der Praxis beginnt mit der Umwandlungsbilanz ein neuer Rechnungsabschnitt. Sie dient tatsächlich der Rechnungsabgrenzung zwischen altem und neuem Geschäft, wie Bergmann sagt.⁴⁾ Daß sie nicht zugleich in allen Fällen eine Eröffnungsbilanz darstellt, liegt allein an den Gläubigerschutzbestimmungen des Gesetzgebers. Trotz dieser getrennten Verrechnung kann man sie nach der Auf-

1) Vgl. Bergmann, Hans: a.a.O., S. 60.

2) Vgl. Bartmann, Hans: Zur Umwandlungsbilanz, in: "Juristische Wochenschrift", W. Möser, Buchhandlg. Leipzig u. Berlin, 1. Bd., 1935, S. 412.

3) Vgl. Crisolli-Groschuff-Kaemmel: Umwandlung und Löschung von Kapitalgesellschaften, W. Moeser, Buchhdlg. Leipzig, 1935, S. 66 f.

4) Vgl. Bergmann, Hans: a.a.O., S. 60.

fassung des Verfassers als Eröffnungsbilanz ansprechen; denn nach Ablauf des Sperrjahres werden beide Vermögensmassen vermischt, sie bilden dann auch de facto eine Einheit, ohne daß die Bilanz anders davon berührt wird, als daß die entsprechenden Vermögensgegenstände nun unter einem zusammengefaßten Posten in der Bilanz erscheinen. Die Trennung innerhalb des Sperrjahres ist künstlich und hat nur die Verfolgung eines außerhalb der Bilanz liegenden Zweckes im Auge.

Für den Fall, daß die alten Gesellschafter mit den neuen nicht identisch sind, findet eine Art Auseinandersetzung statt. Dafür bietet aber die Umwandlungsbilanz keine Grundlage. Sie ist nicht zugleich Auseinandersetzungsbilanz.

d) Die Abfindung

da) Die Abfindung nach dem Umwandlungsgesetz

Bei Kapitalgesellschaften haben Gesellschafter, die der Umwandlung durch Mehrheitsbeschluß nicht zustimmen, im Rahmen des Umwandlungsgesetzes einen Abfindungsanspruch (§ 12 I UmwG). Der Gesetzgeber legt fest, daß die Abfindung angemessen sein muß. Er fordert keine Auseinandersetzung, wie dies regelmäßig beim Ausscheiden von Gesellschaftern aus Personenunternehmen der Fall ist, es sei denn, daß der Gesellschaftsvertrag für diese Möglichkeit bereits bestimmte Regelungen vorsieht.

Während das alte UmwG über die Höhe des Anspruches bestimmt, daß die ausscheidenden Gesellschafter eine unter Berücksichtigung des Wertes ihrer Anteile angemessene Abfindung erhalten müssen, spricht das neue Recht nur noch von einer angemessenen Abfindung. Franta¹⁾ stellt dazu fest, daß der Mißdeutung, der Kurswert habe für die Angemessenheit der Abfindung eine ausschlaggebende Bedeutung, künftig der Boden entzogen sei. Die angemessene Abfindung müsse in gleicher Weise dem Substanzwert und der Ertragslage Rechnung tragen. Als Ersatz für den Verlust der Beteiligung ist weder der Liquidationswert noch der Kurswert gedacht. Gegebenenfalls entscheidet über die Höhe der Abfindung eine unabhängige Spruchstelle. Dies gilt nunmehr ebenso, wenn eine GmbH umgewandelt wird und ein Gesellschafter sich nicht mehr beteiligen möchte (§ 24 i.V.m. § 13 UmwG).

Wichtig ist für uns die Frage, ob gegebenenfalls die Umwandlungsbilanz zur Auseinandersetzungsbilanz wird, wie es beim Ausscheiden von Gesellschaftern

1) Vgl. Franta, Rudolf: a.a.O., S. 1202.

aus Personenunternehmen zur Feststellung ihrer Abfindungsansprüche in der Regel üblich ist.

Der Abfindungsanspruch ist ein gesetzlicher Anspruch (§ 12 I UmwG). Er entsteht mit der Eintragung des Umwandlungsbeschlusses.¹⁾ Schuldner dafür ist die Übernehmende Gesellschaft. § 32 I UmwG bestimmt, daß der Antrag auf Feststellung der Abfindung erst nach der Umwandlung und nur bis zum Ablauf von 6 Monaten nach diesem Zeitpunkt gestellt werden kann. Daß die Übernehmende Gesellschaft Schuldnerin für die ausscheidenden Gesellschafter ist, kann auch aus § 33 II UmwG entnommen werden.

Wenn sich nun die Abfindungsansprüche nicht gegen die alte sondern gegen die neue Gesellschaft richten, bedeutet dies, daß die Umwandlungsbilanz, die von der Übertragenden Gesellschaft erstellt wird, nicht zugleich Auseinandersetzungsbilanz ist. Die Spruchstelle entscheidet nach Anhören beider Parteien und nach eigenen Ermittlungen über die "angemessene Abfindung".

db) Die Abfindung bei Umwandlungen nach dem Aktiengesetz

Wir stellten bei Umwandlungen nach dem Aktiengesetz fest, daß sich lediglich die Firmenbezeichnung ändert. Es genügt daher als Umwandlungsbilanz eine gewöhnliche aktienrechtliche Ertragsbilanz. Sie dient nicht der Unterrichtung über die Vermögenslage, da sich ja nur die Gesellschaftsform ändert. Für den Fall der Umwandlung einer AG in eine GmbH hat der Gesetzgeber den widersprechenden Gesellschaftern im Hinblick auf die Besonderheiten einer GmbH ein besonderes Preisgaberecht eingeräumt (§ 268 AktG). Wenn der widersprechende Gesellschafter seine Aktie nicht vor Eintragung bzw. seinen Geschäftsanteil nach Eintragung des Umwandlungsbeschlusses veräußert,²⁾ so kann er seinen Geschäftsanteil der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Diese läßt den Anteil für Rechnung des Gesellschafters öffentlich versteigern (§ 268 II AktG). Daraus ist ersichtlich, daß die "Zurverfügungstellung" mit der Umwandlungsbilanz in keinem Zusammenhang steht, diese daher nicht beeinflussen kann.

Widerspricht ein Gesellschafter einer GmbH der Umwandlung in eine AG, so wird

1) Vgl. Böttger/Meilicke: Umwandlung, Auflösung und Anleihestopp von Kapitalgesellschaften, Verlag Frz. Vahlen, Berlin W 9, 1935, 2. Aufl., S. 122 f.

2) Vgl. Baumbach-Hueck: Aktiengesetz, 9. Aufl., Verlag Beck, München u. Berlin, 1956, S. 565 f.

zwar sein Geschäftsanteil mit der Eintragung des Umwandlungsbeschlusses (§ 274 AktG) Aktie, § 277 AktG schützt ihn aber, indem er ihm ein Recht zur Preisgabe (Abandon) seiner Beteiligung gibt.¹⁾ Auch in diesem Fall wird die Umwandlungsbilanz nicht beeinflusst. Die Auseinandersetzung mit dem persönlich Haftenden bei der Umwandlung einer KGaA in eine AG (§§ 260 - 262 AktG) berührt die Umwandlungsbilanz als solche ebenfalls nicht. Wenn er durch Aktien abgefunden wird, erfolgt in der Regel gleichzeitig eine Erhöhung des Grundkapitals. Baumbach-Hueck betonen ausdrücklich,²⁾ daß die Umwandlungsbilanz für eine eventuelle Abfindung keine Unterlage bietet. Von Abfindung spricht Hueck deshalb, da der gesetzlich geregelte Normalfall die Zustimmung aller persönlich haftenden Gesellschafter verlangt (§ 260 I AktG), in der Satzung aber ein Mehrheitsbeschluß vorgesehen sein kann.³⁾ Diese Abfindung richtet sich entweder nach der Satzung oder nach dem Gesetz. Dazu ist es unter Umständen erforderlich - ähnlich der "Auseinandersetzungsbilanz" bei Personenunternehmen - eine rein interne Vermögensaufstellung vorzunehmen, um die Komplementäre an den eingetretenen Werterhöhungen, die sich nicht aus der Jahresbilanz ergeben, zu beteiligen. Diese Aufstellung ist ein Status. Er wirkt sich bilanziell nur in den einzelnen notwendig werdenden Buchungen anlässlich des Ausscheidens der betreffenden Gesellschafter aus, seine internen Wertansätze werden jedoch grundsätzlich nicht übernommen.

3. Umwandlungen der Kapitalgesellschaften nach DM-Bilanzgesetz

Den Besonderheiten einer Kapitalgesellschaft ist im Abschnitt II des DM-Bilanzgesetzes - im folgenden DMBG abgekürzt - speziell Rechnung getragen. Mit der Erstellung der DM-Eröffnungsbilanz - im folgenden DMEB genannt - ergibt sich für Kapitalgesellschaften evtl. die Notwendigkeit, ihr Grund- oder Stammkapital neu zu bestimmen und danach ihre Rechtsbeziehungen zu ihren Gesellschaftern zu ordnen.⁴⁾

Da zur Zeit der Währungsreform sowohl die Umwandlungen nach dem UmwG wie auch die nach dem Aktienrecht möglich waren, hatte der Gesetzgeber für die Fälle,

1) Vgl. Baumbach-Hueck: Aktiengesetz: a.a.O., S. 573.

2) Vgl. Baumbach-Hueck: Aktiengesetz: a.a.O., S. 558.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1114.

4) Vgl. Beuck-Paret: Kommentar zum D-Markbilanzgesetz. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1949, 1. Aufl., S. 138.

in denen zugleich mit der Neufestsetzung eine Umwandlung in eine andere Gesellschaftsform vorgenommen werden sollte bzw. mußte - bei der Neufestsetzung war es notwendig, daß das Grundkapital einer AG bzw. einer KGaA 50 000.- DM (§ 44 I DMBG), das Stammkapital einer GmbH mindestens 5000.- DM (§ 44 II DMBG) umfaßte - die entsprechenden Vorschriften erlassen.

Wenn hier in diesem Abschnitt vom Umwandlungsgesetz gesprochen wird, ist darunter durchwegs das alte UmwG vom 5.7.1934 zu verstehen.

a) Gesetzliche Vorschriften

1)
Dem Zwang¹⁾ oder dem Wunsch zur Umwandlung, der sich bei der Aufstellung der DMEB und der Notwendigkeit der Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse ergibt, trägt § 45 DMBG Rechnung. Entsprechend den Umwandlungsmöglichkeiten nach dem Handelsrecht und nach dem Umwandlungsgesetz, hat der Gesetzgeber diese zwei Möglichkeiten in seinen Vorschriften berücksichtigt.

Nach § 45 II DMBG kann die Eröffnungsbilanz nach den für die neue gewählte Rechtsform geltenden Vorschriften aufgestellt werden, wenn eine Kapitalgesellschaft zugleich mit der Neufestsetzung in eine Kapitalgesellschaft anderer Rechtsform umgewandelt wird. Dabei können Umwandlungen nach dem Aktiengesetz frühestens gleichzeitig mit der Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse beschlossen und in das Handelsregister eingetragen werden (§ 62 II DMBG). Die Vorschriften in § 42 II, § 62 II DMBG betreffen die formwechselnde Umwandlung von Kapitalgesellschaften nach dem Aktiengesetz.

Für die übertragende Umwandlung von Kapitalgesellschaften regelmäßig in Personenunternehmen nach dem UmwG sieht das DMBG in § 45 I folgendes vor: "Wird eine Kapitalgesellschaft nach dem Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 5. Juli 1934 (RGBl I, S. 569) und seinen Durchführungsverordnungen umgewandelt, so bedarf es der Neufestsetzung nach den Vorschriften dieses Abschnittes nicht; die Eröffnungsbilanz kann nach den für die gewählte neue Rechtsform geltenden Vorschriften aufgestellt werden. Kapitalgesellschaften, die erst nach dem 31. Dez. 1936 entstanden sind, bedürfen in diesem Falle zur Umwandlung nach Satz 1 nicht der Genehmigung nach § 2 der Vierten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 24. Juni 1937 (RGBl I, S. 661)."

1) Vgl. Schmölder-Gessler-Merkle: D-Mark Bilanzgesetz. Verlag C.E. Poeschl, Stuttgart, 1950, S. 359.

b) Die formwechselnde Umwandlung nach dem Aktiengesetz

Bei der formwechselnden Umwandlung gibt die Kapitalgesellschaft und analog dazu die Personalgesellschaft unter Aufrechterhaltung ihrer Identität ihre alte Rechtsform auf und nimmt eine neue einer anderen Kapital- bzw. Personalgesellschaft an. Es findet weder eine Auflösung noch eine Neubildung statt. Nach der Überzeugung des Verfassers ist die Umwandlungsbilanz entweder die entsprechende Schlußbilanz oder evtl. eine nach diesen Gesichtspunkten aufzustellende Zwischenbilanz. In beiden Fällen ist sie jedenfalls eine Ertragsermittlungsbilanz. Besondere Funktionen obliegen ihr nicht, da der Fluß des Betriebsgeschehens durch die formwechselnde Umwandlung nicht unterbrochen wird. Eine Gesamtrechtsnachfolge wie bei einer Übertragenden Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz tritt nicht ein, da der bisherige Rechtsträger, wenn auch in veränderter Rechtsform, bestehen bleibt.¹⁾

Abweichend ist für die Währungsumstellung zu bemerken: Die Kapitalgesellschaft muß zunächst einmal ihre Kapitalverhältnisse neu festsetzen, da sie ja Kapitalgesellschaft bleibt und diese nach § 35 DMBG ihre Kapitalverhältnisse neu festzusetzen hat.²⁾ Die Umwandlung wird nicht vor Neufestsetzung des Kapitals wirksam (§ 62 II DMBG). Im Gegensatz zur normalen Umwandlung nach dem Aktiengesetz muß bei der Umwandlung nach § 45 II DMBG eine Eröffnungsbilanz erstellt werden. Diese Forderung, die sich aus § 1 DMBG ergibt, ist zwingender Natur. Aus diesem Verlangen ergibt sich eine Reihe von Besonderheiten für die Umwandlungsbilanz.

Da die Eröffnungsbilanz für die umgewandelte Kapitalgesellschaft nach den für die gewählte neue Rechtsform geltenden Vorschriften aufgestellt werden kann (§ 45 II DMBG) ergibt sich, daß die Umwandlung auf den 21.6.1948, an dem nach § 1 DMBG die DMEB zu erstellen ist, rückbezogen wird. "Es steht nichts im Wege", schreiben Schmölder, Gessler und Merkle,³⁾ "die Eröffnungsbilanz als Umwandlungsbilanz zu nehmen, auch nicht unter dem Gesichtspunkt, daß Streit darüber besteht, ob die Umwandlungsbilanz eine Ertrags- oder eine Vermögensbilanz ist."

Der Verfasser darf hier zunächst vorwegnehmen, daß er in der DMEB eine Neuwertfestsetzung erblickt. Die DMEB ist somit Sonderbilanz im Sinne dieser Arbeit.

1) Vgl. Brönnert, Herbert: Die Umwandlungen der Kapitalgesellschaften nach D-Markbilanzgesetz, Fachverlag für Wirtschafts- u. Steuerrecht, Schäffer u. Co., Stuttgart, 1950, S. 58.

2) Vgl. Schmölder-Gessler-Merkle: a.a.O., S. 363.

3) Vgl. Schmölder-Gessler-Merkle: a.a.O., S. 364.

Wenn nun nach allgemeiner Ansicht Umwandlungsbilanz und DMEB zusammenfallen, wobei unbestritten die Gesichtspunkte der DMEB sehr stark im Vordergrund stehen, muß daraus gefolgert werden, daß die Umwandlungsbilanzen bei Umwandlungen nach dem Aktiengesetz zum Zeitpunkt der Währungsumstellung wesensmäßig identisch sind mit der DMEB. Wir haben es in diesen Fällen auch mit Neuwertfestsetzungen zu tun. Die Umwandlungsbilanz für die formwechselnde Umwandlung ist im Gegensatz zu den Normalfällen hier eine Sonderbilanz, es sei denn, die DMEB und die RM-Schlußbilanz sind identisch, d.h. die alten Werte aus der RM-Schlußbilanz wurden für die Erstellung der DMEB übernommen.

c) Die Übertragende Umwandlung der Kapitalgesellschaften nach dem Umwandlungsgesetz

Bei der übertragenden Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz entsteht regelmäßig ein neues Rechtsobjekt. Dieses hat daher eine Eröffnungsbilanz zu erstellen, wobei die Werte der Eröffnungsbilanz aus der zugrunde liegenden Umwandlungsbilanz entnommen werden. Im Gegensatz zur formwechselnden Umwandlung wird bei der übertragenden das Vermögen einer Kapitalgesellschaft auf ein Personenunternehmen übertragen. Damit entfällt die Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse nach § 35 DMBG, der nur eine Spezialvorschrift für Kapitalgesellschaften darstellt; durch die übertragende Umwandlung hört die juristische Person auf zu bestehen. An ihre Stelle tritt eine neue Rechtspersönlichkeit, entweder das Einzelunternehmen oder die Personengesellschaft.

Einige Besonderheiten, die von den bereits erörterten Normalfällen abweichen, sollen herausgestellt werden. Schwierigkeiten ergeben sich bei der Frage nach dem Bilanzstichtag für die Umwandlungsbilanz. Durch die rückwirkende Umwandlung auf den 21.6.1948 ergeben sich Überschneidungen mit der Sollbestimmung des § 3 der 3. DVO zum Umwandlungsgesetz. Diese Sollbestimmung fordert, daß der Bilanzstichtag höchstens 4 Monate vor dem Tage der Eintragung des Umwandlungsbeschlusses ins Handelsregister liegen dürfe.¹⁾ Beuck-Paret²⁾ sehen in der Möglichkeit der Rückbeziehung der Umwandlungsbilanz auf den 21.6.1948 eine Erleichterung. Meilicke³⁾ ist der Ansicht, daß die Umwandlungsbil-

1) Vgl. Geiler-Stehlik-Veith: D-Markbilanzgesetz: Ergänzungsband. Verlag Beck, München u. Berlin, 1951, S. 75.

2) Vgl. Beuck-Paret: a.a.O., S. 183.

3) Vgl. Meilicke, Heinz: D-Markbilanzen. Verlag für Rechtswissenschaft vorm. F. Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., S. 158.

lanz noch die RM-Schlußbilanz vom 20.6.48 sein könne. Meilicke fand mit seiner Ansicht wenig Gegenliebe. Die Streitigkeiten, die sich durch diese Überschneidung ergaben, wurden durch die Neufassung des § 45 DMBG und die Neuschaffung der §§ 8 - 11 DMBEG (für die steuerlichen Folgen) im wesentlichen bereinigt.¹⁾

Man ist heute allgemein der Ansicht, daß die Rückbeziehung auf den 21.6.48 eine Erleichterung darstellt, daß also Umwandlungsbilanz und DMEB identisch sind.²⁾

Während uns die Frage nach dem Bilanzstichtag nur am Rande interessiert, ist für uns die Zwecksetzung dieser Umwandlungsbilanzen ungleich wichtiger. Auch hier kann die DMEB nach den für die gewählte neue Rechtsform geltenden Vorschriften aufgestellt werden. Dies bedeutet eine erhebliche Einsparung. Die Kapitalgesellschaft, die ihre Umwandlung beschließt (in ein Personenunternehmen), überträgt durch die Eintragung des Beschlusses ihr Vermögen auf die Übernehmerin und erlischt selbst. Da sie aus dem Rechtsleben verschwindet, ist eine Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse uninteressant.³⁾ Die DMEB wird nur von der Übernehmerin nach den für sie geltenden Vorschriften aufgestellt. Unter Umständen entfällt die DMEB ganz, nämlich dann, wenn die Übernehmerin nicht zum Kreis der vom § 1 DMBG betroffenen Buchführungspflichtigen gehört. Dies träfe z.B. für eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts zu. Auch hier ist wiederum der Charakter der DMEB bestimmend, abgesehen davon, daß auch die normalen Umwandlungsbilanzen nach dem UmwG Sonderbilanzen sind.

Somit ergeben sich für unsere Betrachtung keine Abweichungen, und wir können feststellen, daß die Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz zum Zeitpunkt der Währungsumstellung Sonderbilanzen im Sinne dieser Arbeit sind.

4. Zusammenfassung

Die Umwandlungsbestimmungen nach dem Aktienrecht und die nach dem UmwG von 1956 sind eine Dauerinstitution, während die DM-Bestimmungen für die Umwandlung nur einem volkswirtschaftlich notwendig gewordenen Eingriff in das gesamte Wirtschaftsleben Rechnung trugen.

1) Vgl. Geiler-Stöhlik-Veith: a.a.O., S. 76.

2) Vgl. Brönnert, Herbert: Umwandlungen: a.a.O., S. 23.

3) Vgl. Schmölder-Gessler-Merkle: a.a.O., S. 360.

Die erstgenannten Umwandlungsmöglichkeiten tragen der Wirtschaftsdynamik Rechnung. Der Übergang von einer Gesellschaftsform in die andere ist wirtschaftlicher Dynamik gemäß. Der Grundzug der Bestimmungen ist derjenige "einer Dauereinrichtung",¹⁾ die immer wirksam sein soll, solange wirkliche Wirtschaft den Prozeß der Wertschaffung unter zweckentsprechenden, den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Gesellschafts- und Unternehmungsformen bestimmt.²⁾ Nach herrschender Meinung findet bei der Umwandlung nach dem Aktienrecht lediglich eine Änderung der Rechtsform statt; die Gesellschaft und in der Regel auch die Personen sind die gleichen, Es findet keine Vermögensübertragung statt.

Grundsätzlich - ausgenommen ist lediglich die Umwandlung von einer GmbH in eine AG - ist die letzte Jahresbilanz die im Gesetz geforderte Umwandlungsbilanz, es sei denn, daß der Zeitpunkt der Ertragsbilanz zu weit zurückliegt. In diesem Falle wird eine Zwischenbilanz nach den Grundsätzen der §§ 131 ff. Aktiengesetz aufzustellen sein. Bei der Umwandlung einer GmbH in eine AG ist darauf zu achten, daß die Umwandlungsbilanz nunmehr nach den Bilanzierungsgrundsätzen der Aktiengesellschaft aufgestellt werden muß.²⁾ Sie ist, da sie den Erwerbern von Aktien die Grundlage für die Beurteilung des wahren Wertes gewährt, eine Art Eröffnungsbilanz, und damit abweichend von den sonstigen aktienrechtlichen Umwandlungsbilanzen evtl. eine Sonderbilanz.

Bei der Umwandlung einer KGaA in eine AG könnte sich u.U. noch eine Auseinandersetzung mit den bisherigen Komplementären ergeben. Diese findet³⁾ aber regelmäßig nicht auf Grund der Umwandlungsbilanz statt.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Änderung der Unternehmungsform innerhalb der beiden Hauptgruppen an sich keinerlei materielle Änderung der Wirtschafts- und Kapitalstruktur bedingt. Die Umwandlungsbilanzen unterbrechen in diesen Fällen den Geschäftsablauf nicht. Sie sind bzw. haben in der Regel den Charakter einer Jahresbilanz. Die evtl. Einmaligkeit - wenn eine Zwischenbilanz erstellt wird - verändert ihren Charakter nicht.

Bei Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz entsteht nach herrschender Meinung grundsätzlich ein neues⁴⁾ Rechtsobjekt, wodurch die Auflösung der alten Gesellschaft bedingt ist. Das Vermögen der alten Gesellschaft muß, wenn

1) Siehe Gerstner, Paul: a.a.O., S. 314.

2) Vgl. Baumbach-Hueck: Aktiengesetz, 8. Aufl., S. 561.

3) Vgl. Baumbach-Hueck: a.a.O., S. 550.

4) Vgl. Hueck, Alfred: Gesellschaftsrecht: a.a.O., S. 188.

auch in der vereinfachten Form der Universalsukzession, auf die neue Gesellschaft übertragen werden. Diese Umwandlungsbilanz, stellten wir fest, ist eine Sonderbilanz. Etwa notwendige Abfindungen betrachteten wir als eigenen Vorgang. Die Umwandlungsbilanz bildet im allgemeinen nicht die Grundlage für die Bemessung der Abfindung. Der Abfindungsanspruch richtet sich auch nicht gegen die Gesellschaft, die die Umwandlungsbilanz zu erstellen hat. Sie richtet sich gegen die Übernehmende Gesellschaft und ist daher schon rein äußerlich ein von der Umwandlungsbilanz getrennter Vorgang.

III. Die D-Mark-Eröffnungsbilanz

Die D-Mark-Eröffnungsbilanz hat für uns nur noch theoretische Bedeutung. Trotzdem soll auf das Wesen dieser DMEB kurz eingegangen werden.

Das "Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung vom 21. Aug. 1949" gab der Wirtschaft die Möglichkeit, ihr Rechnungswesen wieder auf eine gesunde, den veränderten monetären und volkswirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßte Grundlage zu stellen und mit der DMEB ihre neue Ausgangsbasis für einen neuen Rechnungsabschnitt aufzuzeigen. Während die rein monetäre Seite des Wirtschaftslebens bereits für den 21.6.48 geregelt wurde, schuf das DMBG erst ein gutes Jahr später die Möglichkeit, das mit so viel Vorbehalten, Fußnoten und Vermerken ausgestattete Rechnungswesen auf eine gesunde Grundlage für die neue Wirtschaftsrechnung zu stellen.

1. Gesetzliche Vorschriften

Das DMBG erfaßt die physischen Personen, die Kapitalgesellschaften und die Genossenschaften. Für einige Unternehmen (Bank, Versicherung, Bausparkasse) ergingen besondere Vorschriften. Das Gesetz, das sich in wesentlichen Punkten auf Erfahrungen aus der Goldmarkbilanzverordnung stützt, behandelt drei Komplexe.

Abschnitt I (§ 1 - 34) befaßt sich mit der Eröffnungsbilanz, während Abschnitt II (§ 35 - 59) für Kapitalgesellschaften sowie ein Abschnitt IV (§ 64 - 72) für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die Neufestsetzung der Kapitalverhältnisse bzw. der Geschäftsguthaben regeln. Abschnitt V umfaßt steuerliche Vorschriften. Von der Gold-Bilanz-Verordnung (1923) unterscheidet sich

das DMBG hauptsächlich darin, daß dieses die Unität zwischen Handels- und Steuerbilanz wenigstens bei Beginn der neuen Rechnung erreicht, während die steuerliche Eröffnungsbilanz für 1923/24 durch die §§ 104 ff. EStG 1925 ge-¹⁾regelt wurde.

Das Hauptproblem der DMEB ist das Wertproblem. Während Artikel IX des Gesetzes Nr. 64 durch die angeordnete Bestandsaufnahme das Vermögen mengenmäßig erfaßte, sollte durch das DMBG und seine Ergänzungsgesetze das quantitativ bestimmte Vermögen nunmehr qualitativ erfaßt werden. Da das DMBG die verschiedenen Bilanzzwecke soweit wie möglich zu koordinieren suchte, sollte mit einem einheitlichen Stichtag und einem gemeinsamen Wertausgangspunkt sowohl in handelsrechtlicher wie auch in steuerrechtlicher Beziehung²⁾ eine gemeinsame Grundlage geschaffen werden.

§ 74 I DMBG erklärt die in der DMEB gewählten Bilanzansätze auch für die Steuerbilanz verbindlich, während für die Vermögensteuer nach § 75 I DMBG drei Werte zu unterscheiden sind: der Höchstwert gemäß DMBG, der tatsächliche Ansatz in der DMEB und der nach dem Reichsbewertungsgesetz maßgebende Einheitswert. Der jeweils mittlere Wert, sofern drei Werte zur Verfügung stehen, bzw. der jeweils höhere Wert, sofern nur zwei Werte vorhanden sind, ist der für die Vermögensteuer maßgebende Wert.

Grundsätzlich gelten die Verhältnisse am Bilanzstichtag, durch Sondervorschriften ist die Bewertung für wichtige Vermögensgegenstände nach den Werten eines oder zweier anderer später gelegener Stichtage maßgebend. Bilanzstichtag und Bewertungsstichtag fallen auseinander.

2. Das Wesen der DM-Eröffnungsbilanz

Das Wesen der DMEB ist hier das Produkt der verschiedenartigen Zielsetzungen, die es bei der DMEB zu berücksichtigen galt.

Hauptproblem der DMEB ist der gesetzliche Trennungsstrich handelsrechtlicher wie auch steuerrechtlicher Art zwischen RM-Schlußbilanz und DMEB. Wir kennen die Unterbrechung der Kontinuität, resultierend aus einer notwendigen Neubewertung, bereits bei den bisher behandelten Sonderbilanzen. Diese Wertunterbrechung betraf immer nur einen relativ kleinen Kreis von Beteiligten. Bei der

1) Vgl. Buuck-Paret; a.a.O., S. 4.

2) Vgl. Schmölder-Gessler-Merkle; a.a.O., S. 46.

DMEB zieht sich jedoch der Trennungsstrich durch eine geschlossene Volkswirtschaft. Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen, völligen Neubewertung ergab sich aus der durch die Währungsgesetze geschaffenen Reform des bis dahin gebrauchten Wertmessers.

Um zu einer fachgerechten Bilanz zurückkehren zu können, gab es bei der Währungsumstellung nur die Möglichkeit, die materielle Bilanzkontinuität zu unterbrechen und zugleich eine Berechnungsgrundlage, unabhängig von den bisherigen Bewertungsvorschriften, für das Rechnungswesen zu schaffen.

Die Währungsreform erforderte ein gründliches Umdenken in den Wertrelationen, es erforderte ein eigenes Stellungnehmen zu den neuen Geldmitteln und zu den mehr oder weniger auftauchenden Warenangeboten. Zugleich konnte eine deutsche Wirtschaft dauerhaft nur dann gesund, wenn sie sich in die allgemeine Weltwirtschaftspreislage einfügte; denn Deutschland war weit entfernt von den einstigen Zielsetzungen einer bodenständigen Selbstversorgung. Diese Unruhemomente wirkten sich naturgemäß auf die Preise aus. Dem mußte in der DMEB Rechnung getragen werden, wollte man nicht die Bilanzen mit Scheingewinnen belasten und wollte man nicht der Wirtschaft die so bitter nötigen Neuinvestitionen verwehren. Darin ist der Grund zu sehen, warum besonders bei den Gütern des Umlaufvermögens Bilanz- und Bewertungsstichtag auseinanderfielen, was bis jetzt in der deutschen Bilanzgeschichte einmalig ist.

Es spricht für das Verantwortungsbewußtsein der heute viel gescholtenen Gesetzgebung, daß sie sich solchen modernen Lösungen der Bilanzgestaltung nicht verschloß. Alles andere wäre ein Fehler gewesen, da der Grundsatz der Diskontinuität ohne die ¹⁾Mitberücksichtigung dieser Faktoren praktisch bedeutungslos geblieben wäre. Unverkennbar kann man in dieser Regelung die Erkenntnisse der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre verwirklicht sehen.

Aus diesen dem Verfasser am wichtigsten erscheinenden Punkten möchte er das Wesen der DMEB als echte Sonderbilanz erklären. Den Charakter einer "absoluten Bilanz" im Sinne von "Status", den Beuck-Paret²⁾ glaubten ihr zuerkennen zu müssen, möchte der Verfasser für die DMEB nicht annehmen, denn kurz gesagt ist sie viel zu sehr mit der Zukunft verbunden. Der Verfasser glaubt nicht, daß man "Bilanzen", die in irgend einer Weise zeitverbunden (Vergangenheit oder Zukunft) und nicht momentverbunden sind, als Status bezeichnen kann. Die DMEB ist eine Aufstellung, die keinen Erfolg feststellt, die nur die Grundla-

1) Vgl. Schmöldecker-Gessler-Merkle: a.a.O., S. 49 f.

2) Vgl. Beuck-Paret: a.a.O., S. 198.

ge für die folgenden Wirtschaftsperioden abgibt. Und damit ist sie eine Sonderbilanz, die die Vermögenswerte neu faßt. Der Verfasser möchte hier die Worte von Schmölder-Gessler-Merkle wiederholen:¹⁾ sie ist eine echte Eröffnungsbilanz im Gegensatz zu einer bloßen Währungsumstellungsbilanz. Zu ergänzen ist noch: Sie ist eine zukunftsbezogene Sonderbilanz im Gegensatz zu einem momentbezogenen Status.

IV. Die Abwicklungsbilanz

In seinem 8. Teil beschäftigt sich das AktG mit der Auflösung und Nichtigkeit der Gesellschaft. Zum Verständnis des Wortes "Auflösung"²⁾ im Sinne des Gesetzgebers interpretieren Schlegelberger-Quassowski die aktienrechtliche Auflösung als einen "Zustand der Vorbereitung auf ihren Wegfall". Der bisherige Tätigkeitszweck hört auf, neuer "Betriebszweck" ist die Versilberung des Betriebsvermögens, die Begleichung der Schulden und schließlich die Verteilung des Vermögensüberschusses. Die Identität der Gesellschaft wird durch die Abwicklung nicht berührt. Den nunmehrigen Tätigkeitsbereich bezeichnet man als "Abwicklung" oder, wie man vor der Einführung des AktG von 1937 sagte, "Liquidation".³⁾ Abwicklung bzw. Liquidation folgen in der Regel der Auflösung. Die Gesellschaft bleibt solange als juristische Person bestehen, bis der Schluß der Abwicklung in das Handelsregister eingetragen ist und die Gesellschaft gelöscht ist (§ 214 I AktG).

Die Abwicklung kann je nach den besonderen Umständen einen längeren oder einen relativ sehr kurzen Zeitraum umfassen. Als Ursache dafür ist der Auflösungsgrund zu nennen. Es gibt verschiedene Auflösungsgründe (§ 203 AktG). Ablauf der in der Satzung bestimmten Zeit, Beschluß der Hauptversammlung, wobei dieser mindestens einer Mehrheit von 3/4 des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals bedarf. Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft, desgleichen dann, wenn die Konkurseröffnung mangels Masse abgelehnt wird. Daß diese Aufzählung von Auflösungsgründen nicht erschöpfend ist, sagt § 203 II AktG: "Dieser Abschnitt gilt auch dann, wenn die Aktiengesellschaft aus anderen Gründen aufgelöst wird." Ein Auflösungs-

1) Vgl. Schmölder-Gessler-Merkle: a.a.O., S. 49.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 902.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Die Aktiengesellschaft, 7. Aufl., Westdeutscher Verlag, Köln u. Opladen, 1950, S. 255.

grund kann sich auch aus einer das Gemeinwohl gefährdenden Wirtschaftsführung ergeben (§ 288 I AktG). Nach § 80 DMBG wird eine Kapitalgesellschaft dann aufgelöst, wenn sie bis zu einer bestimmten Frist¹⁾ ihre Kapitalverhältnisse nicht neu festgesetzt hat. Eine Auflösung der Gesellschaft bei der Vermögensübertragung (§ 255 AktG) findet nurmehr dann statt, wenn sie ausdrücklich²⁾ von der Gesellschaft gleichzeitig oder nachträglich beschlossen wird.

Als Auflösungsgründe sind ferner noch die Fälle zu erwähnen, die sich aus dem "Gesetz über die Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften vom 9.10.1934"³⁾ ergeben. Besonders zu bemerken ist der Fall des § 2 Löschungsgesetz (LG). Die Löschung nach dieser Vorschrift wirkt grundsätzlich rechtsvernichtend⁴⁾. Sie führt sogleich die Vollbeendigung der Gesellschaft herbei. § 2 LG behandelt diejenigen Fälle, in denen die Kapitalgesellschaft völlig vermögenslos geworden ist. Eine Auflösung mit anschließender Abwicklung ist absurd. Allen diesen Fällen der Auflösung ist gewöhnlich gemeinsam, daß das Leben der Gesellschaft nicht sofort beendet wird, sondern daß anschließend das Abwicklungsverfahren, das nach Bereinigung von evtl. Schuldverhältnissen⁵⁾ die Verteilung des Reinvermögens an die Aktionäre zum Ziele hat, eintritt.

1. Gesetzliche Vorschriften

Die Abwicklung hat in bestimmten gesetzlichen Formen zu erfolgen. Grundsätzlich folgt sie der Auflösung, wenn nicht über das Vermögen der Gesellschaft das Konkursverfahren eröffnet worden ist (§ 205 Abs. 1, AktG). Diese Vorschrift ist zwingender Natur. Die Abwicklung kann nicht ausgeschlossen werden, ausgenommen die Fälle, in denen trotz Auflösung der Gesellschaft kraft Gesetzes keine Abwicklung stattfindet (Verschmelzung § 233 ff., Umwandlung § 257 ff. AktG sowie nach dem Umwandlungsgesetz v. 24.11.56).

Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen Auflösung und Vollbeendigung. Auflösung bedeutet Aufhören des bisherigen Unternehmenszweckes; Vollbeendigung:

-
- 1) Diese Frist war letztmalig durch das 3. DMBG (§ 15) bis 31.12.55 verlängert worden.
 - 2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1090.
 - 3) Vgl. RGBI I, 1934, S. 914.
 - 4) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 912.
 - 5) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 415.

Die Gesellschaft hört als solche auf zu bestehen. Sie kann gleichzeitig mit einem anderen Unternehmen verschmolzen oder in ein anderes Unternehmen umgewandelt werden. In diesem Fall wird die Gesellschaft voll beendet. Eine Abwicklung findet nicht statt, da das Vermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge als Ganzes an das neue Unternehmen übergeht. Die Abwicklung selbst können die Vorstandsmitglieder oder auch andere Personen je nach Satzung oder Beschluß besorgen (§ 206 I AktG). Das Gericht kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die "Abwickler" bestellen (§ 206 II AktG). Diese müssen zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet werden (§ 207 AktG). Es obliegt ihren Pflichten, die Gläubiger in üblicher Weise von dem Tatbestand der Auflösung in Kenntnis zu setzen und sie aufzufordern, ihre Ansprüche anzumelden (§ 208 AktG). § 209 regelt die Geschäftsführungsbefugnis und § 210 die Vertretungsmacht der Abwickler. Für uns sind von besonderer Bedeutung die Vorschriften über die Abwicklungseröffnungsbilanz, die Abwicklungsjahresschlußbilanz, den Geschäftsbericht (§ 211 AktG) sowie die Vorschriften über die Verteilung des Vermögens (§ 212 AktG). Daß der Gesetzgeber auch hier Gläubigerschutzbestimmungen getroffen hat, ist verständlich. Der Schluß der Abwicklung ist, nachdem die Schlußrechnung gelegt ist, zum Handelsregister anzumelden (§ 214 AktG). § 215 endlich regelt die Fälle, in denen eine abwickelnde Gesellschaft wieder in eine werbende Gesellschaft rückverwandelt wird.

2. Grundsätzliche Erwägungen

Grundsätzliche Voraussetzung für die Abwicklung ist die Eintragung der Auflösung in das Handelsregister. Diese wird entweder auf Antrag oder von Amts wegen (§ 204 AktG) eingetragen. Im ersteren Falle folgt ihr regelmäßig die freie rechtsgeschäftliche Abwicklung, im letzteren Falle tritt¹⁾ sie hinter die Zwangsabwicklung in den Formen des Konkursverfahrens zurück. Auf diese wird in einem späteren Abschnitt weiter eingegangen.

Der Zweck der Abwicklung ist darin zu sehen, das Reinvermögen, das nach Begleichung aller Verbindlichkeiten verbleibt, an²⁾ die Aktionäre zu verteilen. Ihr Zweck ist nicht die Erzielung von Gewinn. Der Gesetzgeber trägt der Zwecksetzung der Abwicklung dadurch Rechnung, daß er die Vorschriften über die Gewinnermittlung (§§ 131 - 133) und deren Prüfung (§§ 135 - 141) ausdrück-

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 915.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 915.

lich für die Abwicklungsbilanzen - sowohl für die Abwicklungseröffnungsbilanz als auch für die Abwicklungsjahresschlußbilanz - außer Kraft setzt (§ 211 III AktG). Die aus der Zwecksetzung sich weiter ergebenden Folgen werden uns noch weiter beschäftigen.

Die Höhe des verbleibenden Reinvermögens wird wesentlich bestimmt von der Zeitspanne, die zur Abwicklung verwendet werden kann. In der Regel wird man sagen können, je weniger sich ein Zeitdruck bemerkbar macht, um so günstiger gestaltet sich der Betrag des zur Verteilung kommenden Reinvermögens und umgekehrt. Das Grundsätzliche der Abwicklungsbilanzen wird durch den jeweiligen Auflösungsgrund nicht berührt. Im nächsten Abschnitt wird von einer Abwicklung ohne jeden Zeitdruck ausgegangen, um auch die Abwicklungsjahresschlußbilanz mit erläutern zu können.

3. Die Abwicklungseröffnungsbilanz

In § 211 AktG fordert der Gesetzgeber von den Abwicklern für den Beginn der Abwicklung eine Bilanz (Eröffnungsbilanz). Über diese hat die Hauptversammlung zu beschließen (§ 211 II AktG). Die Anwendung der Gewinnermittlungsvorschriften ist ausdrücklich ausgeschlossen (§ 211 III AktG).

Während über die formellen Probleme der Abwicklungseröffnungsbilanz die Auffassungen grundsätzlich übereinstimmen, gehen die Meinungen über einige materielle Probleme auseinander.

a) Formelle Probleme

Die Abwicklungseröffnungsbilanz ist für den Beginn der Abwicklung zu erstellen. Sie setzt grundsätzlich das Eröffnungsinventar voraus.¹⁾ Dieses ist die Grundlage für die nun anzufertigende Eröffnungsbilanz. Bilanzstichtag ist der Beginn der Abwicklung. Dies kann der Tag der Beschlußfassung, evtl. ein in dem Beschluß festgelegter Tag, aber auch der Tag der Eintragung in das Handelsregister sein in all den Fällen,²⁾ in denen die Auflösung der Gesellschaft eine Satzungsänderung bedeutet.

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 926.

2) Vgl. Adler, Hans: Die Abwicklungsbilanzen der Kapitalgesellschaft.
2. Aufl., C.E.Poeschel-Verlag, Stuttgart, 1956, S. 14.

Mit der Abwicklung kann zugleich ein neues Geschäftsjahr beginnen, doch kann ebenso das alte beibehalten werden (§ 211 I AktG). Für das voll abgelaufene Geschäftsjahr derwerbenden Gesellschaft und auch für das Rumpfgeschäftsjahr werden grundsätzlich die entsprechenden Jahresschlußbilanzen erstellt. Bei Rumpfgeschäftsjahren hat es sich allerdings in der Praxis eingebürgert, deren Schlußbilanz mit der Abwicklungseröffnungsbilanz zusammenfallen zu lassen.¹⁾ Für unsere Betrachtungen ergibt sich dadurch keine Änderung.

Eine Prüfungspflicht für die Abwicklungsbilanzen besteht grundsätzlich nicht. Der Gesetzgeber hat aber im AktG 1937 dem öffentlichen Interesse an den Abwicklungsbilanzen soweit Rechnung getragen, daß er dem Registergericht die Möglichkeit gibt, im Einzelfall²⁾ aus wichtigem Grunde die Prüfung der Abwicklungsbilanzen anzuordnen. Diese kann auch von der Hauptversammlung beschlossen werden (§ 118 AktG). Gesellschaften, die sich in sog. stiller Abwicklung befinden, unterliegen nach wie vor der Prüfungspflicht. Für das Registergericht handelt es sich um eine Ermessensentscheidung. Als wichtiger Grund kann eine auffallende Verzögerung der Abwicklung³⁾ oder der Verdacht erheblicher Ordnungswidrigkeit angesehen werden. Adler⁴⁾ fordert, daß schon immer dann ein wichtiger Grund vorliegen solle, wenn ein Unternehmen "auf Grund seiner kapitalmäßigen Bedeutung oder der Art seiner Betätigung als volkswirtschaftlich wichtig anzusehen ist". In Zweifelsfällen sollte besonders bei der Abwicklungseröffnungsbilanz von der Anordnungsmöglichkeit der Prüfung Gebrauch gemacht werden; denn die betriebswirtschaftlichen Probleme einer Eröffnungsbilanz sind naturgemäß schwieriger als die der Abwicklungsjahresbilanzen. Die gleiche Ansicht vertrat Herbig, als er 1936 die Forderung nach Berücksichtigung einer Pflichtprüfung für das kommende Aktiengesetz aufstellte.⁵⁾

Die Hauptversammlung beschließt über die Eröffnungsbilanz in den ersten 5 Monaten, bzw. je nach Satzung in den ersten 7 Monaten nach Beginn der Abwicklung. Die Vorschriften von § 125 Ziff. 1, 2, 4 - 7 sind sinngemäß anzuwenden.⁶⁾

1) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 75.

2) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 18.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 928.

4) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 19.

5) Vgl. Herbig: Die Pflichtprüfung aufgelöster Kapitalgesellschaften, in: Deutsche Justiz, 1936, 98. Jhrg., S. 889.

6) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 417.

Zu vermerken ist, daß die Eröffnungsbilanz nicht durch den Aufsichtsrat, sondern durch die HV festgestellt werden kann.

Adler¹⁾ geht auch auf die Frage ein, ob vorangegangene Jahresabschlüsse vor der Beschlußfassung über die Abwicklungseröffnungsbilanz ordnungsgemäß verabschiedet sein müssen. Da mit der Abwicklung nach seiner Ansicht ein "völlig neuer Rechnungsabschnitt, der materiell von dem vorausgegangenen unabhängig ist", beginnt, ist eine vorherige Verabschiedung der Jahresabschlußbilanz nicht erforderlich. § 211 III i.V.m. § 142 AktG fordert auch die Bekanntmachung der Abwicklungseröffnungsbilanz.

Diese formellen Probleme der Abwicklungseröffnungsbilanz bilden in der Regel keine Schwierigkeiten. Juristische und betriebswirtschaftliche Ansichten stimmen weitgehend überein, was man bei den materiellen Problemen nicht behaupten kann.

b) Materielle Probleme

Mit der Eröffnungsbilanz beginnt – ohne daß die Identität der Gesellschaft an sich berührt wird – insofern ein neues Unternehmen, als sich sein Zweck grundlegend geändert hat. War vorher das Unternehmen bestrebt, auf dem Umweg über die Produktion Gewinn zu erzielen, so haben jetzt die Abwickler die Aufgabe, die Vermögensgegenstände zu versilbern, um gegebenenfalls einen verbleibenden Überschuß an die Aktionäre zu verteilen. Wenn auch die gesetzlichen Gewinnermittlungsvorschriften ausdrücklich außer Kraft gesetzt sind, müssen dennoch die Abwicklungsbilanzen den Go Buchf. entsprechen. Die Vorschriften des HGB (§ 40) sollen Anwendung finden (§ 211 IV AktG). Den Go Buchf. kommt eine besondere Bedeutung zu.²⁾ Diese geben dem Gesetz, soweit keine materiellen Bewertungsschranken gegeben sind, den wirklichen Inhalt. "An Stelle einer mehr oder weniger gezwungenen und in ihren Ergebnissen unbefriedigenden Auslegung eines angeblichen gesetzlichen allgemeinen Wertbegriffes tritt die Anwendung der aus der Praxis gewachsenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung."³⁾

Welche Go Buchf. herrschen bei den Abwicklungsbilanzen in der Praxis vor? Kann man im Zusammenhang mit Abwicklungseröffnungsbilanzen überhaupt von Go Buchf.

1) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 20.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., 3. Aufl., S. 162.

3) Siehe Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 556.

sprechen? Bestimmend für den Inhalt der Go Buchf. ist neben der Theorie, die aber vielfach der Praxis vorauseilt und daher nicht immer für den Inhalt der Go Buchf. als Beweis anerkannt werden kann, letzten Endes die Praxis selbst. Auch die Tatsache der Pflichtprüfung hat neben der Rechtsprechung höchster Gerichte weitgehend zur Klärung und Festlegung der Go Buchf. geführt.¹⁾

Da eine theoretische Grundlegung der Abwicklungsbilanz fehlt,²⁾ die Rechtsprechung auch wenig Gelegenheit hatte einzugreifen, bleibt es im Endeffekt der Praxis allein überlassen, den Go Buchf. für die Abwicklungsbilanzen den Inhalt zu geben. Das Kernproblem ist die Frage, ob eine Wertfortführung oder eine Neubewertung angebracht erscheint. Adler³⁾ stellte fest, daß er in der Praxis noch keine erkennbaren Grundsätze in dieser Richtung vorgefunden habe. Die uneinheitliche Praxis beruht offensichtlich auf den völlig verschiedenartigen wirtschaftlichen Gründen, aus denen es zur Auflösung der Gesellschaft gekommen ist.⁴⁾

So haben die Liquidatoren der IG-Farbenindustrie AG i.L. in ihrem Bericht zur Abwicklungseröffnungsbilanz zum 1.1.1952 festgestellt:⁵⁾ "Bei der Bewertung der Vermögens- und Schuldenteile wurde von der gesetzlich zulässigen Möglichkeit einer Neubewertung (§ 211 AktG) Gebrauch gemacht. Grundsätzlich sind die bis zur Aufstellung der Liquidations-Eröffnungsbilanz veräußerten Vermögensteile mit den inzwischen erzielten Erlösen bewertet. Die Wertansätze der übrigen Vermögensteile beruhen auf vorsichtigen Schätzungen. Die Forderungen wurden in Höhe ihrer voraussichtlichen Realisierung angesetzt und die Verpflichtungen grundsätzlich in voller Höhe bilanziert."

Die Liquidatoren der Industrie-Verwaltungs-AG i.L. Düsseldorf begründeten ihre Wertfortführung wie folgt (25.8.1936):⁶⁾ "Wir haben in der Liquidationseröffnungsbilanz die früheren Werte weitergeführt. Nach der Rechtsprechung sind in die Liquidationseröffnungsbilanz diejenigen Werte einzusetzen, die sich als voraussichtliche Erfolge ansehen lassen. Wir haben bei der Bewertung in der von uns gewählten Form unterstellt, daß die bisherigen Bilanzwerte dem voraussichtlichen Verwertungserlös, soweit dies überhaupt voraus-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., 3. Aufl., S. 148.

2) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 24.

3) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 23.

4) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 29.

5) Vgl. Zitiert bei Adler, Hans: a.a.O., S. 28.

6) Vgl. Zitiert bei Adler, Hans: a.a.O., S. 29.

gesehen werden kann, entsprechen. Über die Abwicklung lassen sich irgendwelche Voraussagen nicht machen."

Von grundsätzlicher Bedeutung in der Rechtsprechung ist die Reichsgerichtsentscheidung in Zivilsachen 80/104 u.a. über die Frage: "Mit welchem Werte sind Anlagen, die dauernd zum Geschäftsbetrieb einer Gesellschaft m.b.H. bestimmt sind, in die Liquidationseröffnungsbilanz einzusetzen?"¹⁾ Darin wird festgestellt, daß der Gesetzgeber in § 211 III AktG die §§ 131 - 133 und 135 - 141 deshalb ausser Kraft gesetzt habe, da sie nur für die "Aufstellung von Gewinnverteilungsbilanzen" passen, "nicht aber auch für Vermögensverteilungsbilanzen, wie sie zum Zwecke der Versilberung und Verteilung des Gesellschaftsvermögens im Liquidationsverfahren aufzumachen sind". Daher kommt das Oberlandesgericht Karlsruhe zu der Anschauung, daß der Realisationswert eingestellt werden muß. Dieser Realisationswert bringt eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren in das Rechnungswesen, die um so schwerwiegender sind, je weiter die zu erwartende Veräußerung des betreffenden Vermögensteiles vom Stichtag der Erstellung der Abwicklung der Eröffnungsbilanz entfernt ist. Schmalenbach²⁾ stellte dazu fest, daß es keineswegs nötig und empfehlenswert sei, die durch die Liquidation zu erwartenden Veräußerungsverluste oder -gewinne schätzungsweise einzusetzen. Schigut³⁾ will zuerst die Frage beantwortet wissen, ob die Liquidation als Fortsetzung des Unternehmens oder als eine Schlußphase aufzufassen ist, "die infolge ihrer Dauer sozusagen ein eigenes Leben führt". Erst aus der Beantwortung dieser Frage ergebe sich die fachgerechte Bewertung. Trumpler⁴⁾ glaubt, daß sich der Zweck der Abwicklungseröffnungsbilanz - sie soll den Ausgangspunkt für die Rechenschaftslegung des Abwicklers bilden, dessen Aufgabe darin besteht, die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Gegenstände zu versilbern - nur dann erreichen lasse, wenn eine Neubewertung, die aber nicht alle Vermögensgegenstände umfassen brauche, vorgenommen werde. Die Neubewertung solle sich nach Trumpler nur auf die Posten erstrecken, die in der Jahresbilanz objektiv falsch sind, z.B. unzulässige Überbewertungen, Merkposten usw.. Gerstner⁵⁾ betont, daß die

1) Vgl. RGZ 80/104 Nbf. Es werden an Stelle der §§ des alten HGB bereits die §§ des AktG eingesetzt.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 259.

3) Vgl. Schigut in: Meitner, Karl: Die Bilanzen der Unternehmungen 2. Bd., Karl Heymanns Verlag, Berlin-Oesterreichischer Wirtschaftsverlag Wien, 1934, S. 659.

4) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 418.

5) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 307.

Abwicklungseröffnungsbilanz dem Zwecke der Vermögensverteilung dient. Sie könne daher mit keiner Gewinn- und Verlustrechnung verbunden sein. Die Vermögensgegenstände seien mit ihrem wahren Wert anzugeben. Offensichtlich fordert Gerstner damit eine Neubewertung. Bussmann¹⁾ ist der Ansicht, daß angesichts der Vielzahl der Imponderabilien, denen man Rechnung zu tragen hat, die Frage, ob statisch orientierter Tages- oder dynamisch beeinflusster Gebrauchswert, nur im Einzelfall zu Gunsten der einen oder anderen Kategorie entschieden werden könne.

Adler²⁾ korrigiert auf Grund seiner Praxiserfahrung seine alte Auffassung. Nach heute herrschender Meinung besteht eine Pflicht zur Neubewertung dort, wo "die Beibehaltung der bisherigen Wertansätze bei den Aktiven zu zu hohen Wertansätzen und bei den Passiven zu zu niedrigen Wertansätzen führen würde".

c) Charakter der Abwicklungseröffnungsbilanz

Wir haben gesehen, daß in der Praxis neben der Neubewertung in den überwiegenden Fällen³⁾ jedoch auch eine Wertfortführung für die Abwicklung der Eröffnungsbilanz möglich sein kann.

In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, ob es denn in den Fällen, in denen die Werte fortgeführt werden, erforderlich ist, eine Abwicklungseröffnungsbilanz zu erstellen. Nach Trumpler⁴⁾ soll diese den Ausgangspunkt für die Rechenschaftslegung der Abwickler bilden. Nach Schmalenbach⁵⁾, der vor einer Neubewertung warnt, leitet die Liquidationseröffnungsbilanz eine besondere Rechnungsperiode ein, "und zwar eine Rechnungsperiode unter neuer Verwaltung, mit neuen Verantwortungsverhältnissen⁶⁾, neuen wirtschaftlichen Gesichtspunkten". Nach Schlegelberger-Quassowski⁶⁾ kann von einer Liquidationseröffnungsbilanz auch dann nicht abgesehen werden, wenn kurz zurückliegend für einen anderen Stichtag eine andere Bilanz aufgestellt wurde und sich⁷⁾ seitdem an der Vermögenslage der Gesellschaft nichts geändert hat. Schigut⁷⁾ weist

1) Vgl. Bussmann, K.F.: Finanzierungsvorgänge, Max Hueber-Verlag, München, 1955, S. 113.

2) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 30.

3) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 28: "In der Mehrzahl der Fälle wird grundsätzlich neu bewertet".

4) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 418.

5) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 259.

6) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 926.

7) Vgl. Schigut: in Meithner, Karl: a.a.O., S. 659.

schließlich noch darauf hin, daß vor allem festzustellen ist, ob die Abwicklungseröffnungsbilanz aktiv ist, da sich unter Umständen bei einer Überschuldung die sofortige Anmeldung des Konkurses ergeben könne.

Sicher wollte der Gesetzgeber den Aktionären einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft zu Beginn der Abwicklung bieten, um sie unter Umständen über den Wert ihrer Anteilsrechte und die voraussichtlichen Ausschüttungen zu unterrichten.¹⁾ Die Aktionäre haben Anspruch, aus der Eröffnungsbilanz ersehen zu können, ob der Kurswert ihrer Aktien den tatsächlichen Gegebenheiten annähernd Rechnung trägt. Ein Geschäftsbericht, der zwar nicht erforderlich ist, wird sich zur Erläuterung der Abwicklungseröffnungsbilanz als notwendig erweisen.²⁾ Auch in den Fällen, in denen nur die Werte fortgeführt werden - was wahrscheinlich sehr selten vorkommt, da ja die Abwicklungseröffnungsbilanz die "kurzlebigen Wirtschaftsgüter", die u.U. nur mit einem Merkposten zu Buch stehen, ebenso mit ihrem wahren Wert erfaßt werden sollen - ist eine Abwicklungseröffnungsbilanz zu erstellen.

Welchen Charakter hat die Abwicklungseröffnungsbilanz? Stellen wir gleich die konkrete Frage: Soll sie einen Ertrag ermitteln, oder soll sie das Vermögen darstellen? Nach dem bisher Ausgeführten können wir feststellen, daß in jedem Falle eine neue Rechnungsperiode mit einer völlig andersartigen Zielsetzung beginnt. Sie ist daher, selbst in den Fällen, in denen scheinbar die Werte weitergeführt werden, eine Sonderbilanz. Das äußere Kennzeichen einer Gewinnermittlungsbilanz - die V- und G-Rechnung - fehlt daher. Die Abwicklungseröffnungsbilanz ist eine reine Inventurbilanz. Greift sie auf die Buchwerte zurück, so entspringt dies rein praktischen Erwägungen, der Verfasser möchte sagen, dies ist rein zufällig.³⁾ Die Erstellung des Eröffnungsinventars ist trotzdem erforderlich. Die Abwicklungsbilanz stellt das Vermögen in seiner konkreten Form und in seiner kapitalmäßigen Bezogenheit klar und deutlich heraus. Werden dabei aus praktischen Erwägungen Werte übernommen, so ist dies unerheblich. Bei einer Neubewertung ist es nicht erforderlich, daß die Werte von der Schlußbilanz zur Abwicklungseröffnungsbilanz buchmäßig überleiten. Eine buchmäßige Erfassung der Neubewertungs- und Umstellungsgewinne bzw. -verluste⁴⁾ kann nach Auffassung der Praxis hier ebenso unterbleiben wie bei der DMEB.

1) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 31.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 418.

3) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 46.

4) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 46.

Um den Trennungsstrich zwischen alter und neuer Unternehmungszweckeetzung auch äußerlich in Erscheinung treten zu lassen, empfiehlt es sich, buchtechnisch neue Kontokarten anzulegen. Sollen die Unterschiedsbeträge - und dies ist die Regel - zwischen alter und neuer Rechnungsperiode buchmäßig festgehalten werden, so werden sie auf einem "Umwertungskonto" gesammelt. Dieses nimmt auch das Grundkapital, bestehende Kapitalberichtigungsposten (§§ 37, 38 DMBG; § 221 LAG), Rücklagen sowie u.U. Verlustvorträge bzw. nicht ausgeschüttete Gewinne mit auf. Der Saldo stellt das Abwicklungskapital dar.¹⁾

4. Die Abwicklungsschlußbilanz

Für die Abwicklungsjahresschlußbilanz gelten im großen und ganzen die gleichen Bestimmungen wie für die Abwicklungseröffnungsbilanzen.²⁾ Auch hier sind die Paragraphen betreffend die Jahresbilanz außer Kraft gesetzt. "Die Bilanz einer aufgelösten AG dient nicht mehr dem Zweck der Gewinnermittlung und der Vermögenserhaltung, sondern ausschließ³⁾lich dem der Vermögensverteilung", schreiben Schlegelberger-Quassowski.³⁾ In diesen Bilanzen werden regelmä⁴⁾ßig Veräußerungswerte anzusetzen sein, bemerkt Gerstner.⁴⁾

Die Gewinn- und Verlustrechnung zur Jahresbilanz der aufgelösten AG umfaßt im wesentlichen nur die Verwaltungskosten der Abwicklung, dazu noch die Unterschiedsbeträge, die sich aus der Differenz zwischen Bewertung und Verwertung ergeben. Gerstner⁴⁾ kommt daher zur Überzeugung, daß diese Bilanzen trotz einer V- und G-Rechnung keine Ertrags- sondern Vermögensverteilungsbilanzen sind. Schmalenbach⁵⁾ sagt, daß sich diese Art des Abschlusses nicht von der Art anderer Abschlüsse unterscheidet. Er hat dann recht, wenn die Abwicklungsjahresbilanz die gleichen Merkmale aufweist, wie die normale Handelsbilanz. Zur Beweisführung soll das Merkmal der materiellen Bilanzkontinuität herausgegriffen werden. Bei Jahresbilanzen fordern wir grundsätzlich Wertfortführung. Wird diese ausnahmsweise durch eine Wertaufholung unterbrochen, so ist dies im Geschäftsbericht ausdrücklich zu begründen, und es ist weiter zu beachten, daß der Höchstwert der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten nicht

1) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 47.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 420.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 927.

4) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 308.

5) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 259.

Überschritten werden darf. Für die Abwicklungsjahresschlußbilanz sind auch diese Höchstwertvorschriften (§ 133 I AktG) außer Kraft gesetzt, d.h. es¹⁾ ist eine "Wertaufholung" jederzeit auch über die Höchstwerte hinaus möglich. Desgleichen ist es möglich, die Eröffnungswerte nach unten zu korrigieren. Adler ist der Ansicht,²⁾ daß die Abwicklungsjahresbilanzen "Vermögensbilanzen" sind, die jederzeit gestatten, Neubewertungen vorzunehmen, soweit sie sachlich gerechtfertigt erscheinen.

Fragen wir nach dem Zweck der Abwicklungsjahresbilanzen, so ergibt sich, daß sie den Abwicklern, den Aktionären, u.U. auch der Öffentlichkeit sowie dem Registerrichter einen Überblick über die Vermögens- und nicht über die Ertragslage der Gesellschaft vermitteln sollen. Der Zweck des Unternehmens besteht nicht mehr in der Erhaltung auf dem Umwege über die Erzielung von Erträgen, sondern darin, das Unternehmen bis zur Vollbeendigung abzuwickeln. Daher interessiert den Aktionär, den aussenstehenden Dritten, desgleichen den Gläubiger die wahre Vermögenslage am Bilanzstichtage. Zumindest die Beteiligten wollen sich daraus einen Überblick verschaffen, sie wollen evtl. über den voraussichtlichen Abwicklungserlös unterrichtet sein. Auch sollen sie sich ein Bild machen können, ob ein lange dauerndes Liquidationsverfahren nicht doch zu kostspielig ist und vielleicht besser durch ein kürzeres Zwangsverfahren ersetzt werden soll.³⁾

Die Praxis tendiert allerdings dazu, die Werte aus der Eröffnungsbilanz - fast möchte man sagen gewohnheitsgemäß - fortzuführen. Dies ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn die fortgeführten Werte den tatsächlichen Gegebenheiten am Bilanzstichtag entsprechen. Gerechtfertigt erscheint dieses Verfahren zumal dann, wenn mit Beginn der Abwicklung die Leistungserstellung nicht unterbrochen wird, sondern sich zumindest auf die Verarbeitung noch vorhandener Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen beschränkt. Weichen die "Warenwerte"⁴⁾ erheblich von den fortgeführten Buchwerten ab, so fordert Adler, müsse dies im Interesse der Klarheit zumindest im Geschäftsbericht erwähnt werden. Die Buchwerte werden so praktisch außerhalb der Buchhaltung korrigiert.

1) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 51. Er bemerkt, daß hiergegen im Gegensatz zum normalen Jahresschluß kaum betriebswirtschaftliche Bedenken sprechen.

2) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 52.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 261.

4) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 52.

Aus der Tatsache, daß die Abwicklungsjahresbilanz die Vermögenslage ersichtlich machen soll, daß entsprechende Neubewertungen ohne Einengung durch Höchstwertvorschriften vorgenommen werden können - wobei der buchmäßige Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz über ein Abwicklungserlöskonto in der Form einer V- und G-Rechnung gewahrt wird - möchte der Verfasser folgern, daß die Abwicklungsjahresbilanz eine Sonderbilanz darstellt.

Wir tragen der Praxis dadurch am besten Rechnung, wenn wir zwei Hauptfälle unterscheiden. Einmal wurden in der Abwicklungseröffnungsbilanz wegen der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse die alten Buchwerte aus der Jahres- schluß- bzw. aus der Handelsbilanz für das Rumpfgeschäftsjahr übernommen. Zum anderen schienen zum Stichtag die Verhältnisse so klar gelagert, daß sofort die mutmaßlichen Realisationswerte mit einiger Sicherheit eingesetzt werden konnten.

Hat sich nun für den ersten Fall bis zum Zeitpunkt der Aufstellung der entsprechenden Jahresschlußbilanz Klarheit ergeben, z.B. über Einzel- oder Gesamtveräußerung, so wird nunmehr die notwendig gewordene Neubewertung vorgenommen, um die tatsächliche Vermögenslage aufzuzeigen. Uneingeschränkt können wir hier die Abwicklungsjahresschlußbilanz als eine Sonderbilanz bezeichnen.

Im zweiten Fall erwiesen sich die eingesetzten Realisationswerte vielleicht als richtig, vielleicht sind geringfügige Änderungen nötig.

Daß die Abwicklungsschlußbilanz keine Handelsbilanz ist, ergibt sich aus ihrer Zwecksetzung. Entsprechende Neubewertungen, die den Gegebenheiten am Bilanzstichtage Rechnung tragen, sind in jeder Richtung möglich. Die Werte bilden den Ausgangspunkt für die kommende Rechnungsperiode. Inwieweit sie einen Endpunkt der vorangegangenen Geschäftsperiode darstellen, da sie auf der Abwicklungseröffnungsbilanz inhaltlich aufbauen, bedarf noch einer kurzen Erörterung. In der V- und G-Rechnung sammeln sich lediglich die Abwicklungs- und Verwaltungskosten sowie die Abwicklungserfolge und -verluste.¹⁾ Der Saldo wird über das Abwicklungskapitalkonto abgeschlossen. In diesem Fall wird der Charakter einer Sonderbilanz durch diese V- und G-Rechnung

1) Vgl. Gerstner, Paul; a.a.O., S. 308. Er ist ebenfalls der Ansicht, daß die Beigabe der V- und G-Rechnung zur Jahresbilanz einer aufgelösten Aktiengesellschaft diese nicht zur Erfolgsbilanz macht, was sie ja ihrem ganzen Charakter nach als Vermögensverteilungsbilanz nicht sein kann, sondern sie nur zu einem nach den Go Buchf. vollständigen Rechnungsab- schluß stempelt.

nicht berührt. Sie dient als Nebenkonto des Liquidationskontos lediglich der Ersichtlichmachung des Abwicklungserfolges, bzw. -verlustes. Erläutert wird sie noch durch den entsprechenden Geschäftsbericht. Beides dient dem Interesse des Gläubigers und der Aktionäre. Dadurch können die Abwickler überwacht werden, insbesondere auch durch das Registergericht, das bei wichtigen Gründen eine Prüfungspflicht anordnen kann. Als Gewinnermittlungskonto kann es schon deshalb nicht angesprochen werden, da jegliche Gewinnausschüttung im Abwicklungsstadium unzulässig ist.

Die Abwicklungsjahresschlußbilanz ist, so möchte der Verfasser folgern, nur buchtechnisch bedingt Endbilanz des verflossenen Geschäftsjahres. Trotz dieser buchtechnischen Bindung ist sie nach der Auffassung des Verfassers infolge ihrer Zwecksetzung eine Sonderbilanz.

5. Die Schlußrechnung

§ 214 I AktG fordert eine Schlußrechnung. In den meisten Fällen wird sie nur aus wenigen "Bilanzpositionen" bestehen, da die Vermögensgegenstände und die Schulden beseitigt sind. Sie ist eine "Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben", die nach den Grundsätzen²⁾ der doppelten Buchführung in einer bilanzähnlichen Form erstellt wird.

Schlegelberger-Quassowski³⁾ sind ebenfalls der Ansicht, daß sie keine Bilanz zu sein braucht, die Form der Bilanz hat sich nur als zweckmäßig erwiesen.

Als Zeitpunkt⁴⁾ der Schlußrechnung nannte in einer Entscheidung das Kammergericht Berlin die Beendigung der Liquidation. Diese ist beendet, wenn die Gläubiger befriedigt oder ihre Forderungen sichergestellt sind und ein etwaiger Überschuß unter die Aktionäre verteilt ist.⁵⁾ Die Hauptversammlung muß diese Rechnungslegung wie eine Abwicklungsjahresbilanz genehmigen; desgleichen erteilt sie den Abwicklern Entlastung.

Die Schlußrechnung ist ihrem Charakter nach weder Bilanz noch Sonderbilanz noch Status. Sie ist eine einfache Rechnungslegung über einen Tatbestand und

1) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 49.

2) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 313.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 936.

4) Vgl. RGZ 34/57.

5) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 936.

zeigt nur Einnahmen und Ausgaben auf. Es genügt eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben in der Form einer hinreichend gegliederten Gewinn- und Verlustrechnung.¹⁾

V. Die Sanierungsbilanz

Eine ausreichende Kapitalrentabilität, die der Grenzrentabilität gleich sein soll, wird als Mindestanforderung für ein gesundes Unternehmen angesehen. Daß diese Grenzrentabilität nicht immer erreicht wird, mag ihre Ursachen in organisatorischen oder finanziellen Mängeln haben, wenn wir von besonderen außerbetrieblichen Einwirkungen absehen wollen.

Allgemein unterscheidet man zwischen Sanierung im engeren und im weiteren Sinn. Letztere umfaßt jede organisatorische Umstellung im technischen oder kaufmännischen Betriebsablauf.²⁾ Diese fällt im wesentlichen in das Gebiet der Rationalisierung; sie kann eine Besserung der Wirtschaftlichkeit und evtl. eine Deckung bereits entstandener Verluste herbeiführen.³⁾ Unter Sanierung im engeren Sinne versteht man die einmalige Durchführung einer Finanzierungsmaßnahme zur Beseitigung einer Unterbilanz.⁴⁾

Für diesen Unterabschnitt sollen nun die freiwilligen finanziellen Maßnahmen seitens der Unternehmer betrachtet werden, durch die ein ausgeglichenes Verhältnis von Kapital und Vermögen hergestellt wird. Solche Sanierungsmaßnahmen stellen starke Eingriffe in das Gefüge der Unternehmung dar und ziehen in der Regel eine Neuordnung der Vermögens- und Kapitalstruktur nach sich.⁵⁾

Die Sanierung von der Gläubigerseite⁶⁾ aus, die sich in der mehr oder weniger freiwillig gegebenen Zustimmung zur Verkürzung oder sogar zum Verzicht

1) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 77.

2) Vgl. Gabler: Wirtschaftslexikon. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler Wiesbaden, II. Bd., 1956, Sp. 2510.

3) Vgl. Haller-Hotzel: Kaufmännisches Wörterbuch. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg, 1938, II. Bd., S. 869.

4) Vgl. Gabler: a.a.O., Sp. 2511.

5) Vgl. Fluch, Kurt: Der Status der Unternehmung. Verlag Poeschl, Stuttgart, 1930, S. 79.

6) Vgl. Willenbrink, Karl: Der Sanierungsgewinn des Kaufmanns und der Körperschaft, in: Steuer und Wirtschaft, 1934, Teil I, Sp. 1015.

auf ihre Forderungen darbietet, interessiert hier nicht; denn Verminderungen der verbindlichkeiten äußern sich nur in Umbuchungen. Die wirtschaftlichen Zwecke, die mit Sanierungsmaßnahmen erreicht werden sollen, können verschiedenartig sein. Für die Problemstellung dieser Arbeit sind sie belanglos.

1. Die gesetzlichen Vorschriften

Während wir für die bis jetzt behandelten Sonderbilanzen die Begriffe aus den gesetzlichen Vorschriften entnehmen konnten, müssen wir hier feststellen, ¹⁾ daß der Sanierungsbegriff in die Rechtsordnung keinen Eingang gefunden hat. Er wird zwar im Rechtsleben verwendet, doch die Feststellung des rechtlichen In-²⁾haltes des Begriffes im Anschluß an seine Verwendung erfolgte nicht. Emmerich betont, daß es keinen Unterschied zwischen kaufmännischem, wirtschaftlichem und rechtlichem Begriff gibt. Er fordert, daß die Ausprägung des Rechtsbegriffes sich hier grundsätzlich der Auffassung des Wirtschaftslebens anzuschließen habe.

Die Vorschriften über die "Maßnahmen der Kapitalherabsetzung" (§§ 175 bis 194 AktG) stellen in etwa ein geschlossenes Sanierungsrecht dar. ³⁾ Vor 1937 war durch die Verordnung vom 6.10.1931 ⁴⁾ eine gesetzliche Möglichkeit für eine Sanierungsart gegeben ("Kapitalherabsetzung in erleichterter Form").

Allgemeine Grundsätze, die sich bei häufig wiederkehrenden Aufgaben herausbilden und ein wichtiges Mittel der Betriebsführung darstellen, gibt es für die Sanierung, ⁵⁾ glücklicherweise nicht. Die Fachwissenschaft hat hier klärend einzugreifen.

Im Rahmen dieser Arbeit wird nur auf die vereinfachte Kapitalherabsetzung eingegangen.

1) Vgl. Emmerich, Hugo: Die Sanierung, I. Teil, Verlag Benzheimer, Mannheim-Berlin-Leipzig, 1930, S. 4.

2) Vgl. Emmerich, Hugo: a.a.O., S. 4.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: S. 221.

4) Vgl. RGBI I, S. 556.

5) Vgl. Schmalenbach, Eugen: a.a.O., S. 220.

2. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung

So tief in die Kapitalstruktur einer AG eingreifende Maßnahmen, wie sie Kapitalherabsetzungen darstellen, bedürfen eines Mehrheitsbeschlusses. Die Mehrheit muß mindestens $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals umfassen. Die Satzung kann eine größere Kapitalmehrheit fordern und noch andere Erfordernisse stellen (§ 182 II i.V.m. § 175 I AktG).

Muß für die ordentliche Kapitalherabsetzung ihr wirtschaftlicher Zweck im Beschluß angegeben werden, so darf die vereinfachte Kapitalherabsetzung überhaupt nur zu dem Zweck vorgenommen werden, um eine Wertminderung auszugleichen, sonstige Verluste zu decken oder Beträge in die gesetzliche Rücklage einzustellen. So kann z.B. eine früher unrichtige Beurteilung¹⁾ des Vermögensstandes zum Ausgleich durch Kapitalherabsetzung berechtigen.

a) Der Hauptversammlungsbeschluß

Für uns ist zunächst die Tatsache wichtig, daß die Kapitalherabsetzung nur durch einen Beschluß herbeigeführt werden kann. Sie erfordert eine Satzungsänderung (§ 145 I AktG), da die Satzung²⁾ neben dem Gesetz die für das Leben und Wirken grundlegende Norm darstellt. Ein Beschluß, daß künftig etwas anderes gelten soll, als in der Satzung festgelegt ist, kann nur gefaßt werden, wenn die beabsichtigte Satzungsänderung nach ihrem wesentlichen Inhalt ausdrücklich und fristgemäß (§ 108 II AktG) angekündigt worden ist (§ 145 II AktG).

Soll ein Beschluß gefaßt werden, muß man sich in der Regel über das, was beschlossen werden soll, informieren können. Die Hauptversammlung muß sich ein Bild machen können, ob eine Sanierung überhaupt notwendig ist. Diese Einsicht kann aus der Beobachtung der vorangehenden Jahresschlußbilanzen von einem fachkundigen Betrachter gewonnen werden. Zeigt sich in mehreren aufeinanderfolgenden Jahresbilanzen, daß die Kapital- und die Vermögensstruktur aus dem Gleichgewicht geraten sind, so liegt das Streben nach Sanierung nahe. Gleichzeitig sollte man sich auch Gedanken machen, ob eine Sanierung überhaupt erfolgversprechend ist oder ob nicht vielleicht eine sofortige Auflösung der Gesellschaft zweckmäßiger ist. Nur dann sollte zu Sanierungsmaßnahmen gegriffen werden, wenn durch diese das Unternehmen auf die Dauer lebensfähig wird. Schma-

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 826.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 710.

lenbach¹⁾ bemerkt dazu: "Denn eine Sanierung hat keinen Sinn, wenn nachher die Sanitas fehlt." Wenn nun erkannt werden konnte, daß das Unternehmen sanierungsbedürftig und dieses nach der Sanierung wieder lebensfähig ist, sollten sich die Beteiligten die Frage vorlegen, ob vor Herabsetzung des Grundkapitals alle sonstigen bilanziellen Möglichkeiten zur Beseitigung der Krankheitserscheinung ausgenützt worden sind. Für die vereinfachte Kapitalherabsetzung ist sogar vorgeschrieben, daß diese nur zulässig ist, wenn die anderen der Verlustdeckung dienenden Mittel, die weniger stark in die Rechte der Aktionäre eingreifen, erschöpft sind, wobei die Beibehaltung der gesetzlichen Rücklage in angemessener Höhe gestattet ist.²⁾

Diese Regelung greift bei der ordentlichen Kapitalherabsetzung nicht ein, da das Kapital ja auch zu anderen wirtschaftlichen wie reinen Sanierungszwecken herabgesetzt werden kann. In der Regel werden alle diese Überlegungen vom Vorstand und vom Aufsichtsrat angestellt, weniger von den Aktionären. Schmalenbach³⁾ fordert im Interesse der Aktionäre eine objektive Berichterstattung durch eine Pflichtprüfung.

Nicht vergessen werden dürfen die Überlegungen hinsichtlich des zu wählenden Zeitpunktes. Die Sanierung soll so früh wie möglich vorgenommen werden, da die Gewohnheit, nötige Sanierungen hinauszuschieben, zwangsläufig eine Verschleierung des sonst u.U. aus der Jahresbilanz abzulesenden Sanierungsbedürfnisse zur Folge hat.⁴⁾

Einen gesetzlich festgelegten Zeitpunkt kann man u.U. aus der Sorgfaltspflicht des Vorstandes (§ 84 AktG) ableiten.

b) Die Sanierungsbilanz

Das Registergericht hat vor Eintragung des Beschlusses zu prüfen, ob die Voraussetzungen des § 183 erfüllt sind. Wenn erst nach Auflösung eines Teiles der gesetzlichen und der völligen Auflösung von freiwilligen Rücklagen, die zum Ausgleich von Wertminderungen und zur Deckung von sonstigen Verlusten bestimmt sind, eine vereinfachte Kapitalherabsetzung möglich ist, ergibt sich für die Gesellschaft die Notwendigkeit, dies in einer besonderen Aufstellung

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 220.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 828.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 221.

4) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 221.

zu beweisen.

§ 188 AktG schafft jedoch die Möglichkeit, im Jahresabschluß für das letzte vor der Beschlußfassung über die Kapitalherabsetzung abgelaufene Geschäftsjahr die Kapitalverhältnisse in der Höhe auszuweisen, wie sie nach der Kapitalherabsetzung bestehen sollen. Das bedeutet, daß die Gesellschaft keine Verlustbilanz, sondern sogleich diese Sanierungsbilanz veröffentlichen kann, wenn die Hauptversammlung zugleich mit dem Beschluß über die Kapitalherabsetzung den Jahresabschluß feststellt (§ 188 II AktG). Diese gebotene Möglichkeit entspricht einmal der Regelung des § 130 AktG, wonach ein Verlust, der aus der gesetzlichen Rücklage gedeckt wird, nicht zunächst in der Jahresbilanz in Erscheinung zu treten braucht, wenn dem Erfordernis der Offenlegung dadurch genügt wird, daß eine entsprechende Gliederung der V- und G-Rechnung dies ersichtlich macht¹⁾ - analog gilt dies für die vereinfachte Kapitalherabsetzung²⁾ -, und zum anderen entspringt sie auch einer praktischen Erfahrung: Als während der Krise 1930 - 1933 viele Gesellschaften eine Unterbilanz aufwiesen, war es meist nicht möglich, die Sanierung noch innerhalb des betreffenden Geschäftsjahres durchzuführen. Sie wurde dann in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres durchgeführt. Es hätte wenig Sinn gehabt, etwa Mitte des neuen Geschäftsjahres eine Bilanz mit überholten Ziffern zu veröffentlichen. Ob die Gesellschaft von der Möglichkeit der bilanziellen Rückwirkung der Kapitalherabsetzung Gebrauch macht, bleibt ihr überlassen.

In jedem Falle, so folgern wir, ist eine Sanierungsbilanz zu erstellen, die entweder eine "Verlustbilanz" (aus ihr ist die Unterdeckung ersichtlich) sein kann oder bereits die Sanierungsbilanz im Falle des § 188 I AktG selbst sein kann. Der Jahresabschluß bzw. diese Sanierungsbilanz wird aber im Gegensatz zu der sonstigen Regelung des § 125 AktG nicht vom Vorstand festgestellt, sondern ausdrücklich von der Hauptversammlung.

c) Der Charakter der Sanierungsbilanz

Die Praxis lehrt uns, daß fast ausnahmslos von der Möglichkeit des § 188 AktG Gebrauch gemacht wird. Der Hauptversammlung liegt also zur Beschlußfassung die Sanierungsbilanz vor. Sie weist bereits Grundkapital und Höhe der Rücklagen für den Zeitpunkt nach der erfolgten Kapitalherabsetzung aus -

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 575.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 398.

sie ist erfolgt mit der Eintragung des Beschlusses über die Herabsetzung des Grundkapitals (§ 182 II i.V.m. § 177 AktG) -, desgleichen ist aus der V- und G-Rechnung bereits der erzielte Buchgewinn und seine Verwendung ersichtlich (§ 190 AktG). Ein Buchgewinn ergibt sich nach der Auflösung der offenen Rücklagen - ein Zwang, stille Rücklagen vorweg aufzulösen, besteht nicht¹⁾ - durch die Kapitalherabsetzung.

In der Sanierungsbilanz finden wir in der Hauptsache Neuwerte. Die Buchgewinne, die sich aus der Kapitalherabsetzung ergeben, werden zur Tilgung eines Verlustvortrages und des Verlustes des abgelaufenen Geschäftsjahres verwendet. Desgleichen können durch ihn Abschreibungen auf Beteiligungen, auf sonstige Anlagegegenstände und auf Forderungen abgedeckt werden. Dies muß nach § 190 AktG aus der V- und G-Rechnung ersichtlich sein. Trumpler²⁾ wie auch Adler-Düring-Schmaltz³⁾ vertreten die Ansicht, daß die V- und G-Rechnung nicht in genügender Weise darüber Aufschluß geben kann. Sie fordern daher einen gesonderten Ausweis dieser Buchgewinne und ihrer Verwendung, da es sich bei jeder Sanierung einer Aktiengesellschaft um einen so wesentlichen Vorgang handelt, "daß die Öffentlichkeit und die Aktionäre genaue Aufklärung erhalten müssen".⁴⁾

Die Gesellschaft nimmt in der Regel die Gelegenheit wahr, für einen Großteil ihres Vermögens neue Ausgangswerte für die folgende Geschäftsperiode zu schaffen, die es ihr ermöglichen, nunmehr rentabel zu arbeiten. Wir haben es grundsätzlich mit einer Neuwertfestsetzung zu tun. Wenn auch nicht verleugnet werden kann, daß ein Wertzusammenhang mit der vorangegangenen Schlußbilanz gewahrt bleibt, so muß man doch, nach der Ansicht des Verfassers, das Hauptaugenmerk auf den Tatbestand richten, daß die Gesellschaft mit dieser neuen Wertgrundlage eine von den vorhergehenden Wirtschaftsperioden losgelöste neue Startmöglichkeit zu einer erfolversprechenden Periode geschaffen hat. Der Verfasser sieht in der Sanierungsbilanz eine Sonderbilanz, da es bei der Sanierung darauf ankommt, eine völlig neue Wertgrundlage für das kommende Geschäftsjahr zu schaffen.

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 830.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 401.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., 2. Aufl., S. 297 f.

4) Siehe Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., 2. Aufl., S. 297.

VI. Zusammenfassende Schlußbetrachtung über die Sonderbilanz

Unschwer läßt sich bei den unter dem Hauptabschnitt "Sonderbilanz" aufgeführten Beispielen erkennen, daß die einzelnen Aufstellungen immer entweder einen Rechnungsabschnitt überhaupt einleiten oder daß mit ihnen ein vom vorhergehenden Wirtschaftsabschnitt unabhängiges neues Rechenwerk für die unter neuer Zielsetzung oder sonstwie grundlegend veränderten Umständen beginnende neue Wirtschaftsperiode geschaffen worden ist.

Allen Sonderbilanzen gemeinsam ist die Tatsache, daß sie das Vermögen aufzeigen, das zu Beginn einer Wirtschaftsperiode mit neuer Zielsetzung vorhanden ist. Darin zeigt sich aber auch schon eine gewisse Verbundenheit mit den Handelsbilanzen. So ergibt sich der Ertrag der 1. Wirtschaftsperiode bzw. der neuen Wirtschaftsperiode aus der Gegenüberstellung der Eröffnungsbilanz bzw. der sonst entsprechenden Sonderbilanz und der jeweiligen Jahresschlußbilanz. Die in einer Sonderbilanz eingesetzten Werte wirken durchaus "bilanziell" fort.

Es genügt uns zunächst, diese beiden wichtigsten Wesensmerkmale einer Sonderbilanz - sie ist eine Vermögensaufstellung und bildet als solche den Ausgangspunkt für eine kommende Wirtschaftsperiode - zu beachten.

Die weitere Abgrenzung der Sonderbilanz von der Bilanz wird zweckmäßigerweise an den Schluß dieser Arbeit verwiesen.

C. Der Status

"Bilanzen", die der Darstellung des Vermögensstandes dienen, finden wir in der Fachliteratur meist als "außerordentliche Bilanzen" oder als "Sonderbilanzen" bezeichnet. Da die essentielle Eigenschaft einer Vermögensaufstellung durch den Begriff "außerordentliche Bilanz" nicht scharf ausgedrückt wird, wählte Fluch dafür den Ausdruck "Status", um schon rein äußerlich auf das "Zuständige" hinzuweisen.¹⁾ Er unterschied nur zwischen Bilanz und Status. Wie eingangs schon erwähnt, ergab sich in den Diskussionen im Bilanzkolloquium Professor Hintners grundsätzlich noch eine Unterteilung bei den bilanzähnlichen Aufstellungen, die den Vermögensstand aufzuzeigen haben. In dieser Arbeit wird bei den "Vermögensbilanzen" - Lion²⁾ bezeichnet als solche alle Aufstellungen, die die Vermögensgegenstände und die Schulden aufführen, um das Reinvermögen darzustellen - eine Zweiteilung entsprechend der jeweiligen besonderen Problematik vorgenommen. Unter Sonderbilanzen wurden nur solche Aufstellungen angeführt, die sich im Grunde genommen als "Eröffnungsbilanzen" darbieten, zumindest als solche verwendet werden können. Mit ihnen beginnt entweder eine völlig neue Wirtschaftsperiode, oder es beginnt überhaupt erst eine solche. Sonderbilanzen bilden den Ausgangspunkt für die kommende Ertragsermittlung. Von der Höhe ihrer Werte wird maßgeblich der Erfolg der beginnenden Geschäftsperiode bestimmt. Die Sonderbilanz bildet nicht den A b s c h l u ß eines Rechenwerkes. Grundlage ihrer Aufstellung ist hauptsächlich die Bestandsaufnahme. Letzteres trifft ebenso für den "Status" zu, über den im folgenden Abschnitt an Hand einiger Beispiele Näheres ausgeführt wird.

Der Status unterscheidet sich von der Sonderbilanz hauptsächlich dadurch, daß er keine "bilanzielle" Weiterwirkung zeigt. Sind die Sonderbilanzen noch der Gegenpol für die Gewinnberechnung, so wird der Status meist nur aus internen Gründen aufgestellt. Er soll nur eine bestimmte Tatsache aufzeigen, keinesfalls wie die Sonderbilanz Grundlage für die spätere Erfolgsermittlung sein.

Auch hier möchte der Verfasser eingangs auf die großen Schwierigkeiten hinweisen, die sich aus der Vielfalt der verschiedenen Erscheinungsmöglichkeiten solcher Aufstellungen ergeben. Um zu einer grundsätzlich gültigen Abstraktion des Begriffes "Status" zu gelangen, wird auch im folgenden Hauptabschnitt versucht, das für seine Aufstellung entscheidende Problem herauszustellen und die daraus

1) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 3.

2) Vgl. Lion, Max: Das Bilanzsteuerrecht. 2. Aufl., Verlag Franz Vahlen, Berlin, 1923, S. 11.

sich ergebenden Folgerungen aufzuzeigen. Auch hier soll auf Grund der Problemstellung sich eine Zusammenfassung der im nächsten Abschnitt dargebotenen Aufstellungen unter dem Begriff "Status" rechtfertigen lassen.

Nach Gerstners Ansicht¹⁾ kann der Status vorzugsweise zwei Aufgaben erfüllen: er kann ein Vermögensstatus sein, wie er z.B. in Konkursfällen, in Vergleichsangelegenheiten, bei Unternehmungsveräußerungen usw. aufgestellt wird. Er kann aber auch nur geldwirtschaftliche Ziele verfolgen und kann²⁾ dann Finanz- oder Liquiditätsstatus sein. Unter Finanzstatus versteht Isaac²⁾ die Gegenüberstellung der verfügbaren Mittel und der Schulden, bezogen auf einen bestimmten Zeitpunkt. Vielfach wird diese Aufstellung dergestalt erweitert, daß auch die in Kürze zu erwartenden Geldeingänge und die fällig werdenden Schuldposten mit aufgeführt werden. Ihr Zweck besteht darin, Übersicht über die Art und die Summe der verfügbaren Geldmittel zu einem bestimmten Zeitpunkt sowie die in der nächsten Zeit zu erwartenden Geldeingänge zu verschaffen. Desgleichen gewährt sie eine Übersicht über Art und Summe der Verpflichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt sowie über die in der nächsten Zeit fällig werdenden Verpflichtungen.

Gerstner³⁾ betrachtet den Finanzstatus als eine "dauernde Institution des Rechnungswesens", als ein "Verlegenheitsmittel, geboren aus der leider bedauerlichen Tatsache der praktischen Unvollständigkeit und Unzulänglichkeit der kaufmännischen Rechnungslegung in bezug auf die Erfassung der innerbetrieblichen Vorgänge, so insbesondere auch des Fehlens laufender, dauernder Bilanzierungsmaßnahmen in der Praxis". Der Liquiditätsstatus ergibt sich "gewissermaßen als Abfallsprodukt" einer Bilanz, ohne daß besondere verrechnungstechnische Maßnahmen für die Aufstellung eines Status erforderlich sind.

Der Verfasser möchte den "Finanz- bzw. den Liquiditätsstatus" nicht als Status bezeichnen, da sich beide aus der Bilanz bzw. aus der Buchhaltung ableiten. Sie machen beide nur in einer zweckentsprechenden Gliederung eine Aussage über geld- bzw. finanzwirtschaftliche Ziele. Im Grunde genommen stellen sie nur eine Aufgliederung - meist nach Fälligkeit - von "geldwerten" Konten dar. Sie bringen nur einen kleinen Ausschnitt einer Unternehmung unter einem besonderen Aspekt. Der "Finanzstatus" wird, da er nicht das gesamte Vermögen aufzeigt, in dieser Arbeit nicht betrachtet. Die Folgerungen, die sich aus einer gemeinsamen Problemstellung ergeben, sollen hier erst - um den Fluß

1) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 324.

2) Vgl. Isaac, Alfred: a.a.O., S. 77.

3) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 324.

der Abhandlung nicht zu stören und um dauernde Wiederholungen nach Möglichkeit zu vermeiden - am Schlusse in einer zusammenfassenden Darstellung gezogen werden. Eben dort wird auch die Unterscheidung zwischen Sonderbilanz, Bilanz und Status getroffen.

I. Der Status anläßlich einer Verschmelzung

1. Begriffliches

Vielfältig sind die Auffassungen über den Begriff der Fusion. Ganz allgemein versteht man unter Fusion eine Vereinigung von Unternehmungen. Was man unter dem Begriff "Vereinigung von Unternehmungen" verstehen wollte und dem einen Inhalt zu geben, blieb den Vertretern der einzelnen Richtungen vorbehalten. Von einer wirtschaftlichen Fusion spricht man schon dann, wenn eine Aktiengesellschaft Eigentümerin sämtlicher Aktien einer anderen Aktiengesellschaft ist. Meithner¹⁾ bezeichnet diesen Vorgang als "uneigentliche Fusion".

Die betriebswirtschaftliche Auffassung ging konform mit der wirtschaftlichen. Auch hier lag der Schwerpunkt der Betrachtung auf dem Aufhören einer eigenen materiellen Selbständigkeit, ohne Rücksicht auf das formale Weiterbestehen ihrer Rechtsform. Diese Ansicht wird heute nicht mehr vertreten. Schmalenbach²⁾ schreibt dazu: "Verschmelzung in unserem Sinne ist also jede Vereinigung von mehreren Unternehmungen zu einer einzigen, gleichgültig, um welche Unternehmungs- oder Gesellschaftsform es sich handelt, gleichgültig auch, ob es sich um eine Übernahme in ein schon vorhandenes oder in ein neues Gebilde handelt."

Wird nur die materielle Selbständigkeit aufgehoben unter Beibehaltung der formellen Existenz, dann spricht man heute von einer Verflechtung. Dies bedeutet eine Annäherung an den juristischen Begriff der Fusion, der allerdings durch die Tatsache weitgehend beeinflusst ist, daß das Verschmelzungsrecht unter dem Gesichtspunkt der Aktiengesellschaften und nicht auch unter dem der Personengesellschaften betrachtet wird. Schmalenbach³⁾ folgert, daß das Verschmelzungsrecht, wenn nicht nur Aktiengesellschaften in Frage stehen, nicht in das Akti-

1) Vgl. Meithner, Karl: a.a.O., S. 572.

2) Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 147.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: a.a.O., S. 147.

enrecht, sondern in das allgemeine Handelsrecht gehöre.

Der juristische Fusionsbegriff ist dadurch eingeengt, daß er grundsätzlich die Fusion von Kapitalgesellschaften beinhaltet. Nach positivem Recht spricht man nur dann von Fusion (Verschmelzung), wenn durch Aufnahme oder durch Neubildung eine neue Unternehmung im Bereich der Kapitalgesellschaften geschaffen wird. Das Umwandlungsgesetz läßt im Gegensatz zu der unter Kapitalgesellschaften möglichen Fusion auch die Verschmelzung mit Personengesellschaften oder mit Einzelunternehmungen zu.

Wenn eine Aktiengesellschaft aufgelöst wird (§ 203 AktG), findet grundsätzlich die Abwicklung nach §§ 205 ff. AktG statt. Trotz der Auflösung erfolgt im Falle der Verschmelzung (§§ 233 ff. AktG) keine Abwicklung. Ebenso trifft dies für eine Umwandlung nach dem AktG (§§ 257 ff.) sowie nach dem Umwandlungsgesetz vom 24.11.56 zu. Dies bedeutet, daß das Vermögen als Ganzes übergeführt wird. Man spricht von "Universalsukzession".

In dieser Arbeit soll der Fusionsbegriff den Tatbestand der Verschmelzung von mehreren Unternehmungen zu einer der ursprünglich existenten oder zu einem neu zu konstituierenden Unternehmen beinhalten. Dabei wird nur an eine Verschmelzung von Unternehmungen innerhalb der Kapitalgesellschaften gedacht.

2. Gesetzliche Regelung

§ 233 AktG nennt zwei Verschmelzungsarten: einmal die Verschmelzung durch Übertragung des Vermögens als Ganzes an eine andere Gesellschaft (Übernehmende Gesellschaft); dabei gewährt sie der "Übertragenden Gesellschaft" Aktien. Das Gesetz bezeichnet diesen Vorgang als Verschmelzung durch Aufnahme (§ 233 Ziff. 1 AktG). Zum anderen kann durch Vereinigung von mehreren Gesellschaften eine neue Aktiengesellschaft entstehen, auf die das Vermögen der sich vereinigenden Gesellschaften als Ganzes - gegen Gewährung von Aktien der neuen Gesellschaft - übergeht. Das Gesetz spricht in diesem Fall von einer Verschmelzung durch Neubildung (§ 233 Ziff. 2 AktG). Letztere Art der Verschmelzung ist in der Praxis nicht häufig anzutreffen, da die Kosten der Neuerrichtung hoch sind. Durch Fusion nach § 233 Ziff. 1 AktG wird außerdem eine Vermögensübertragung gespart.²⁾ Einer Gründungsprüfung bedarf es nicht mehr.

1) Vgl. Hueck, Alfred: a.a.O., 5. Aufl., S. 189.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 431.

Nur bestimmte Tatsachen bei der Gründung sind in die neue Satzung zu übernehmen (§ 247 IV AktG). Sinngemäß gilt dieses grundlegende Verschmelzungsrecht für alle übrigen im Aktiengesetz geregelten Fusionierungsmöglichkeiten (§§ 248, 249, 250, 251, 252). § 255 AktG regelt noch abschließend die nicht unter die Verschmelzungen fallenden Übertragungen des ganzen Gesellschaftsvermögens einer AG oder einer KGaA.¹⁾

3. Die Wesensmerkmale der Verschmelzung

Der Gesetzgeber hat es nicht versäumt, die Merkmale, die für eine Verschmelzung gegeben sein müssen, zu benennen. So ist es unumgänglich notwendig, daß die Übertragende Gesellschaft ihr Vermögen als Ganzes veräußert. Es können davon schon deshalb keine Vermögensteile ausgeschlossen werden, da das Übertragende Unternehmen zu bestehen aufhört.²⁾ Als Gegenwert der Veräußerung bekommt die Übertragende Gesellschaft Aktien der Übernehmenden. Ein weiteres Wesensmerkmal der Fusion nach handelsrechtlicher Auffassung ist der Ausschluß der Abwicklung. Dieses Erfordernis muß wenigstens sinngemäß aus dem ebenso notwendigen Verschmelzungsvertrag zu entnehmen sein.³⁾

4. Die "Fusionsbilanz"

Die Auffassungen über die "Verschmelzungsbilanz", die Meinungen darüber, was als solche zu gelten habe, sind geteilt. Auf der einen Seite verfechten die Juristen eine wortgetreue Auslegung des Gesetzestextes (§§ 239 III und 242 AktG), auf der anderen Seite erklärt Trumpler die Bezeichnung "Schlußbilanz" im Gesetzestext als Irreführung. Eine Schlußbilanz sei irrelevant, sagen einige betriebswirtschaftliche Autoren. Da für uns die Frage Bilanz oder Vermögensaufstellung bei der Übertragenden Gesellschaft ein Kernproblem darstellt, sollen nach den einschlägigen Gesetzestexten die beiden Kontrahenten zu Wort kommen, bevor wir uns selbst eine Meinung bilden.

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 981 f.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 982.

3) Vgl. RGZ 77/268. Es heißt dort: "Da § 306 Abs. 1 HGB eine ausdrückliche Erklärung nicht verlangt, muß es nach allgemeinen Grundsätzen hinreichen, wenn sich aus dem gesamten Inhalt des Vertrages der Wegfall der Liquidation als gewollt ergibt." (S. 270/271).

a) Gesetzliche Regelung

Der Gesetzgeber schreibt in § 239 III AktG vor: "Der Anmeldung zum Handelsregister des Sitzes der Übertragenden Gesellschaft ist ferner eine Bilanz der Übertragenden Gesellschaft beizufügen, die für einen höchstens 6 Monate vor der Anmeldung liegenden Zeitpunkt aufgestellt worden ist (Schlußbilanz). Für diese Bilanz gelten die Vorschriften über die Jahresbilanz sinngemäß; sie braucht nicht bekanntgemacht zu werden."

Für die Übernehmende Gesellschaft ist folgende gesetzliche Regelung maßgebend (§ 242 AktG):

(1) Die in der Schlußbilanz der Übertragenden Gesellschaft angesetzten Werte gelten für die Jahresbilanzen der Übernehmenden Gesellschaft als Anschaffungskosten im Sinne des § 133 Nr. 1 - 3.

(2) Übersteigt der Gesamtnennbetrag oder der höhere Gesamtausgabebetrag der für die Veräußerung des Vermögens der Übertragenden Gesellschaft gewährten Aktien die in der Schlußbilanz angesetzten Werte der einzelnen Vermögensgegenstände, so darf der Unterschied, jedoch nur gesondert, unter die Posten des Anlagevermögens aufgenommen werden; der eingesetzte Betrag ist durch angemessene jährliche Abschreibungen zu tilgen.

b) Die juristische Ansicht

Der Großteil der Kommentatoren des Aktienrechts vertritt die Ansicht, daß unter Schlußbilanz, wie sich aus dem Gesetzestext klar ergebe, die Jahresbilanz der Übertragenden Gesellschaft oder evtl. die Bilanz für ein Rumpfgeschäftsjahr gemeint sei. Das bisherige Recht, so begründen Schlegelberger-Quassowski¹⁾ ihre Ansicht, hätte die Aufstellung einer Schlußbilanz nicht vorgesehen. Das Steuerrecht verlangte jedoch eine steuerrechtliche Schlußbilanz. Dieser Übung sei das Handelsrecht gefolgt und fordere nun zwingend die Aufstellung einer handelsrechtlichen Schlußbilanz. Sie soll den Übergang zu den Jahresbilanzen der Übernehmenden Gesellschaft bilden. Ihre Wertansätze stellen außerdem die Anschaffungskosten i.S. des § 133 AktG für die Übernehmende Gesellschaft dar. Den lebhaften Meinungsstreit führen sie zu einem nicht unwesentlichen Teil darauf zurück, daß die Bezeichnungen der Bilanzen, die bei der Verschmelzung eine Rolle spielen, verschiedenartig sind. Interessanterweise vertreten auch sie die Ansicht, daß es nur einer eindeutigen Klarstellung des Wesens dieser

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1013.

verschiedenartigen Bilanzen bedürfe.

Schlegelberger-Quassowski sind der Ansicht, daß neben der im Gesetz geforderten "Schlußbilanz", noch eine "Verschmelzungsbilanz" in der Regel aufgestellt werden müsse. Ihrem Wesen nach sei die "Schlußbilanz" eine "normale Periodenabschlußbilanz". Schlegelberger-Quassowski verweisen dabei auf Schmaltz.¹⁾ Dieser behauptet allerdings, daß sie zwar theoretisch den Charakter einer "normalen Periodenabschlußbilanz" habe, praktisch jedoch die "Schlußbilanz der Übertragenden Gesellschaft wesentlich von der normalen Periodenabschlußbilanz abweichen" könne, wenn dies notwendig sei, "um einen vernünftigen Schlüssel für den Aktientausch zu finden".²⁾

Die Bewertung findet ihre Grenze nach oben in den Höchstwertvorschriften, während nach unten eine Bewertungsfreiheit gegeben sei. Dies dürfe jedoch nicht zum Nachteil der Aktionäre der Übertragenden Gesellschaft führen, da sonst mit deren Regreßansprüchen der Verwaltung gegenüber gerechnet werden müsse.

Die "Schlußbilanz" soll die Reihe der Bilanzen der Übertragenden Gesellschaft abschließen und den Übergang zu den Jahresbilanzen der Übernehmenden Gesellschaft bilden. Wenn die "Schlußbilanz" der Vermögensfeststellung dienen solle, hätten die Bestimmungen über die sinngemäße Anwendung der Vorschriften über die Jahresbilanz keine Berechtigung. Eine nach diesen Vorschriften aufgestellte Vermögensbilanz, folgern sie richtig weiter, könnte ihren Zweck, das Vermögen der Übertragenden Gesellschaft auf einen bestimmten Stichtag festzustellen, nur unvollkommen³⁾ erfüllen, da sie die gesetzlichen Bewertungsvorschriften hindern würden.

Losgelöst von beiden Bilanzen (von der Schlußbilanz der Übertragenden und der Eröffnungsbilanz der Übernehmenden Gesellschaft), gebe es ferner eine "Verschmelzungsbilanz", da jede Verschmelzung eine Veräußerung eines Vermögens darstelle. Der Wert des Vermögens solle durch die Gegenleistung "Aktien" abgegolten werden. Daher müsse unbedingt, um den Gegenwert festzustellen, das Vermögen der Übertragenden Gesellschaft genau festgestellt werden. Wenn aber der wahre Vermögenswert ermittelt werden solle, müsse "diese Bilanz auch frei von gesetzlichen Bewertungsvorschriften sein, die für die Ertragsbilanz gelten. Jede Bewertungsgrenze macht die Verschmelzungsbilanz zur Ermittlung des wahren

1) Vgl. Schmaltz, Kurt: Die Fusion (Verschmelzung) zwischen Aktiengesellschaften und sonstigen Kapitalgesellschaften, in: Die Betriebswirtschaft, 30. Jhrg., 1937, S. 96 ff.

2) Siehe Schmaltz, Kurt: a.a.O., S. 99.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1014.

Vermögenswertes untauglich.“¹⁾ Das Aktiengesetz behandle aber diese Verschmelzungsbilanz, die die Grundlage für die Vermögensübertragung bilde, überhaupt nicht. Daß die "Schlußbilanz" mit den Werten der vorangegangenen Schlußbilanz übereinstimme, sei durchaus nicht erforderlich. Erhöhte Wertansätze seien zulässig, sofern sie sich nach § 133 AktG rechtfertigen ließen. Die Notwendigkeit zur Erhöhung der Wertansätze könne sich u.U. aus dem Umtauschverhältnis ergeben. Seien stille Rücklagen enthalten, so müsse selbstverständlich auch für diese eine Gegenleistung erfolgen. Dies könne auf jeden Fall durch Höherbewertung in der Schlußbilanz der Übertragenden Gesellschaft erreicht werden.²⁾

An dieser Stelle sei sofort eingewendet, daß eine Höherbewertung nur zu dem Zweck vorgenommen wird, den wahren Wert in Erscheinung treten zu lassen. Der Zweck der "Schlußbilanz" ist offenbar dann nicht die Ertragsermittlung, sondern eine Vermögensaufstellung. Der Vertragspartner muß andererseits bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen. Für ihn sind die übernommenen Werte Höchstwerte i.S.d. § 133 1 - 3 AktG. Schlegelberger-Quassowski³⁾ verweisen in diesem Zusammenhang auf § 242 II AktG, wonach ein Mehrwert für evtl. bezahlte stille Reserven in der "Schlußbilanz" der Übertragenden Gesellschaft in die Eröffnungsbilanz der Übernehmenden Gesellschaft eingesetzt werden kann. Dieser Mehrwert entspreche dem derivativen Firmenwert (§ 133 AktG) und habe den gleichen Zweck. Hier wirft Trumpler⁴⁾ ein, wenn dieser Mehrwert dem des § 133 V entspreche, sei er eine Bezahlung für immaterielle Werte, die in diesem Falle den sog. Unternehmenswert darstellen. "Es ist aber nicht zulässig, die einzelnen Gegenstände unter ihrem wirklichen Wert anzusetzen und für die Differenz einen Ausgleichsposten in die Bilanz des Erwerbers einzustellen."

c) Die Auffassung Trumplers

Trumpler hat sich eingehend mit der Fusionsbilanz auseinandergesetzt. Er vertritt die Meinung, daß unter der in § 239 III AktG angeführten Schlußbilanz die Verschmelzungsbilanz zu verstehen sei.⁵⁾ Sie sei vom Standpunkt der Übernehmenden Gesellschaft eine Anschaffungs- und vom Standpunkt der Übertragenden Gesellschaft eine Veräußerungsbilanz. Die Verschmelzungsbilanz beruhe

1) Siehe Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1015.

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1039.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1040.

4) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 437.

5) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 433 ff.

auf freier Vereinbarung der Parteien. Das Gesetz könne daher gar nicht vorschreiben, mit welchen Werten die Übernehmende Gesellschaft die Vermögensgegenstände einzustellen habe. Die Bezeichnung "Schlußbilanz" ist daher nach Trumpler unzuweckmäßig. Die Jahresschlußbilanz müsse, wenn man schon eine solche erstellen wolle, mit dem Zeitpunkt der Verschmelzung abschließen. Sie könne die Auswirkung der Verschmelzung gar nicht ausweisen.

Daß Trumpler gegen die Einstellung eines Mehrwertpostens, der die Differenz zwischen ausgewiesenem Wert in der "Schlußbilanz" der Übertragenden Gesellschaft und tatsächlichem Wert angebe, Stellung nimmt, wurde bereits angeführt.

d) Eigene Stellungnahme

Die Juristen berufen sich auf den Gesetzestext und wollen in der geforderten "Schlußbilanz" eine handelsrechtliche Jahresschlußbilanz erblicken. Trumpler möchte den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und fordert, daß die vom Gesetzgeber verlangte "Schlußbilanz" die "Verschmelzungsbilanz" sei.

Feststeht jedenfalls, daß der Kaufpreis eines Unternnehmens als Ganzes nicht aus einer Handelsbilanz zu errechnen ist. Dazu bedarf es der Feststellung der tatsächlichen Vermögenswerte. Die Berechnung des Wertes der gesamten Unternehmung sowie des Gegenwertes - der Kaufpreis wird nicht in Geld sondern in Wertpapieren gewährt, die ein bestimmtes Anrecht auf eine Vermögensgesamtheit darstellen - erfolgt in der Regel durch eine entsprechende Vermögensaufstellung. Diese möchte der Verfasser mit "Verschmelzungsbilanz" bezeichnen.

Die Bilanz, die die Grundlage für die bilanzielle Übernahme bildet, ist nach der Meinung des Verfassers die vom Gesetzgeber geforderte Schlußbilanz. Diese beiden "Bilanzen" müssen auseinandergehalten werden. Zunächst soll die "Verschmelzungsbilanz" näher betrachtet werden, Sodann stellen wir uns die Frage nach dem Zweck der vom Gesetzgeber geforderten Schlußbilanz, um so zu einer Aussage: "Sonderbilanz oder Status" zu kommen.

aa) Die "Verschmelzungsbilanz"

Die Verschmelzungsbilanz bildet die Grundlage für die Verkaufsverhandlungen. Sie dient zur Festssetzung der Gegenleistung und des Umtauschverhältnisses der Aktien. Ebenso entscheidend ist sie für die Beschlußfassung der Hauptversamm-

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 435.

lungen. Billigerweise muß gefordert werden, daß beide Gesellschaften eine Vermögensaufstellung anfertigen und beide nach einheitlichen Bewertungsgrundsätzen erstellt werden. Es ist allerdings auch möglich, das Umtauschverhältnis¹⁾ rein rechnerisch aus den Börsenkursen zu ermitteln.

In früheren Zeiten wurden die Verhandlungen oft ziemlich oberflächlich geführt. Kauf- bzw. Verkaufspreis wurde am entsprechenden Börsenkurs erhandelt. Daß die Börsenkurse den wahren Wert eines Unternehmens nicht widerspiegeln, dessen war man sich früher nicht bewußt. Als man dies erkannte, verlor der Kurs seine orientierende Eigenschaft.

Der Preis wird heute meist auf Grund von besonderen Untersuchungen festgelegt. Je nach dem Motiv, das zur Verschmelzung führt, wird auch die Betonung auf der Ersichtlichmachung bestimmter Tatbestände liegen. Der Kaufpreis wird grundsätzlich in Aktien der Übernehmenden Gesellschaft ausbezahlt, die dem Wert des verkauften Vermögens entsprechen. Es handelt sich also vergleichsweise um einen Kauf bzw. Verkauf. Bedingt durch die gesetzlichen Sonderbestimmungen der §§ 233 ff. AktG, geht das Vermögen durch Universalsukzession an die Übernehmende Gesellschaft über.

Da es für das verkaufende Unternehmen keinen vergleichbaren Marktpreis gibt, gilt es diesen entweder tatsächlich zu errechnen oder auf Grund irgendwelcher Merkmale annähernd zu bestimmen. Andererseits stellt der Gegenwert nicht Geld, sondern Wertpapiere dar. Diese können in einer dynamischen Wirtschaft nicht als annähernd wertbeständig im Sinne von Geld (unter bestimmten Voraussetzungen) betrachtet werden. Es ergibt sich daher für beide die Notwendigkeit, ihren Wert unter den gleichen Voraussetzungen zu bestimmen.

Dieser theoretische Ausgangspunkt für die Kaufpreisberechnung - die beiderseits eine Vermögenswertfeststellung fordert, wobei der Schwerpunkt bei der Untersuchung auf der Wirtschaftlichkeit, auf dem Anlagevermögen, auf dem Absatzmarkt, auf dem Beschaffungsmarkt usw. liegen kann -, wird in der Praxis nicht immer von den Beteiligten eingenommen. Abweichend ergeben sich aus dem wirtschaftlichen Zweck der Fusion verschiedene Stellungnahmen. Hat die Übernehmende Gesellschaft eine stärkere Marktposition, so wird sie in der Regel das Kaufgeschehen mehr oder weniger diktieren. In diesem Falle wird vielleicht nur bei der Übertragenden Gesellschaft eine Vermögenswertfeststellung vorgenommen werden, während der Gegenwert sich dann aus dem Börsenkurs als Faktum ergibt. Doch gibt es zahlreiche Variationen, die im Rahmen dieser Arbeit nicht

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Aktiengesellschaft: a.a.O., S. 157.

aufgeführt werden können.

Zur Kaufpreisberechnung wird in der Regel das Vermögen der beiden Partner durch eine interne Rechnungslegung unter gleichen Bedingungen festgestellt. Diese internen Aufstellungen dienen *nur* der Kaufpreisberechnung. Sie haben keine "bilanziellen" Fortwirkungen, ausgenommen den Kaufpreis, der in der Bilanz der Übernehmenden Gesellschaft erscheint. Diese Vermögenswertfeststellungen können verschiedenen Sonderzwecken dienen; sie können also einen bestimmten Tatbestand besonders ersichtlich machen. Sie sind keine Bilanzen und keine Sonderbilanzen; denn sie dienen nicht als Übernahmebilanzen. Der Verfasser sieht in ihnen einen Status.

Ob beide Gesellschaften einen solchen Status aufstellen, darüber entscheidet der Einzelfall. Wichtig ist für uns, daß die Vermögenswertfeststellung zum Zwecke des Kaufes, bzw. des Verkaufes eine interne Angelegenheit darstellt, die sich nach "aussen", also "bilanziell", nur indirekt über den Kaufpreis bemerkbar macht.

Ob bei diesen "Verschmelzungsbilanzen" Reproduktions- oder Realisationswerte oder beide vermischt genommen werden, ob nur die materiellen Vermögenswerte (Teilwertstatus) oder auch der gesamte Unternehmungswert (Gesamtwertstatus) berücksichtigt werden, darüber ist von Fall zu Fall zu entscheiden.

Grundsätzlich ergibt sich für uns aus diesen Erläuterungen, daß diese Vermögensaufstellungen, ¹⁾ da sie nur interne Rechnungslegungen sind, Statuscharakter besitzen. Trumpler bezeichnet sie als "Veräußerungsbilanzen". Der Ausdruck "Bilanz" erscheint dem Verfasser nicht zutreffend. Sie ist nur eine interne Rechnungslegung. Der Status, so wie er hier bezeichnet wird, hat mit einer Bilanz nur das äußere Kleid gemeinsam, und selbst dies ist in der Mehrzahl aller Fälle ob seiner heterogenen Zwecksetzung arg durchlöchert.

ab) Die "Schlußbilanz"

Als nächstes beschäftigt uns die Frage nach dem Wesen der vom Gesetzgeber geforderten Schlußbilanz. Ist sie Jahresbilanz, ist sie eine Sonderbilanz oder gar nur eine interne Rechnungslegung?

Bevor wir zu diesen Fragen Stellung nehmen, müssen wir feststellen, daß es hier nur eine Schlußbilanz gibt, die von der Übertragenden Gesellschaft zu

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 436.

erstellen ist (§ 239 III AktG) und die in der Weise von der Übernehmenden Gesellschaft zu übernehmen ist, daß die in der Schlußbilanz der Übertragenden Gesellschaft angesetzten Werte als Anschaffungskosten, also als Höchstwerte i.S.d. § 133 Nr. 1 - 3 gelten (§ 242 I AktG).

Bezugnehmend auf die oben gestellten Fragen können wir eines sofort feststellen: Ein Status ist die vom Gesetzgeber geforderte Schlußbilanz nicht. Es handelt sich um keine Rechnungslegung, die sich bilanziell nicht weiter auswirkt, wie aus § 242 I AktG klar hervorgeht.

Nach Schlegelberger-Quassowski¹⁾ dient die zwingend vorgeschriebene Schlußbilanz handels- und steuerrechtlichen Zwecken. Vor allem soll sie die Festlegung des Übertragenen Vermögens und seines Wertes erleichtern und den Übergang zu den Jahresbilanzen der Übernehmenden Gesellschaft bilden. Sie ist und soll keine Vermögens- oder besondere Verschmelzungsbilanz sein, sondern soll die Reihe der Jahresbilanzen der Übertragenden Gesellschaft abschließen und den Übergang zu den Jahresbilanzen der Übernehmenden Gesellschaft bilden.

Nachdem man sich im Verschmelzungsvertrag über den Kaufpreis auf Grund der "Verschmelzungsbilanzen" einig geworden ist, muß dem Kaufpreis durch die Schlußbilanz Rechnung getragen werden. In der Praxis ergibt sich daher oft die Notwendigkeit, eine Korrektur des Bilanzkurses (effektives Eigenkapital als Prozentsatz ihres nominellen Eigenkapitals ausgedrückt²⁾) und des Börsenkurses vorzunehmen, um den tatsächlichen Vermögensverhältnissen und damit dem Kaufpreis Rechnung zu tragen. Diese Korrekturen werden durch Neubewertungen vorgenommen, die zur Ausschüttung von Gewinnen oder auch zur Ausgabe von Gratisaktien führen können, bzw. die durch Kapitalherabsetzung oder durch Zuzahlungen zu einem den tatsächlichen Verhältnissen annähernd entsprechenden Börsen- bzw. Bilanzkurs hinweisen können. In ursächlichem Zusammenhang mit den Korrekturen ist der wirtschaftliche Zweck der Fusion zu nennen. Uns interessieren die Korrekturen, die von der Übertragenden Gesellschaft vorgenommen werden, besonders.

Stören nun die Korrekturen den Ertragsbilanzcharakter einer "Schlußbilanz" oder nicht? Nach der Ansicht des Verfassers zeigt diese "Schlußbilanz" wie eine Janusfigur zwei Gesichter, die miteinander verbunden sind. Die "Schlußbilanz" schließt das alte Unternehmen tatsächlich als eine Schlußbilanz ab, d.h. mit ihr endet das Leben des bisherigen Unternehmens. Durch die unter Umständen erfolgten Neubewertungen werden zwar "die tatsächlichen" Werte -

1) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 1013.

2) Vgl. Bussmann, Karl F.: a.a.O., S. 76.

natürlich nur im gesetzlich möglichen Rahmen - aufgezeigt. Der Grund dafür ist jedoch darin zu sehen, daß das Unternehmen in der bisherigen Form aufhört wirtschaftlich und auch rechtlich zu existieren. Von der Liquidations-schlußbilanz unterscheidet sie sich dadurch, daß keine Abwicklung stattfindet, da das Unternehmen als Ganzes in ein anderes Unternehmen übergeführt und dort in der Mehrzahl aller Fälle mit diesem zusammen nunmehr als neues Unternehmen weitergeführt wird. Neubewertungen sind im Rahmen einer Handelsbilanz bei entsprechender Begründung im Geschäftsbericht möglich. Durch die Verbundenheit mit der entsprechenden Jahreseröffnungsbilanz und durch die Berechnung eines positiven oder negativen Unterschiedsbetrages zwischen Anfangs- und Schlußbilanz bleibt der Charakter der Ertragsbilanz gewahrt. Der Verfasser möchte daher die Schlußbilanz nach § 239 III AktG als tatsächliche Schlußbilanz der Übertragenden Unternehmung, somit als Ertragsbilanz ansprechen. Die vorgenommenen Korrekturen ergeben sich notwendigerweise aus dem bilanziellen Realisationsprinzip. Gewinn oder Verlust werden durch den Kaufpreis bei der Übertragung verwirklicht.

Die "Schlußbilanz" hat aber auch noch ein zweites Gesicht, und dieses ist auf die im neuen "Vermögensverband" beginnende Geschäftsperiode der dann verschmolzenen Unternehmungen gerichtet. Dieser Tatsache trägt sie mit einer echten vermögensausweisenden Aufstellung Rechnung. In dieser Sicht möchte sie der Verfasser als Sonderbilanz bezeichnen. Zusammen mit den Werten der Übernehmenden Gesellschaft bilden sie den Ausgangspunkt für einen neuen Rechnungsabschnitt. Dies gilt nach der Meinung des Verfassers auch grundsätzlich in den Fällen, in denen das übernommene Unternehmen stillgelegt wird. Wenn auch der Gesetzgeber für die Übernahmewerte nach unten keine Grenze gesetzt hat, bedeutet dies nicht, daß die Werte überhaupt nicht übernommen werden bräuchten. Und selbst, wenn sie nur mit einem Merkposten in die handelsrechtliche Eröffnungsbilanz eingestellt werden sollten, beginnt in diesem neuen "Vermögensverband" trotzdem eine neue Periode. Der Verfasser glaubt, daß es gerechtfertigt ist, die Schlußbilanz in dieser Blickrichtung als Sonderbilanz zu bezeichnen, da sie für die Übernehmende Gesellschaft Vermögenswerte im Hinblick auf die völlig neu beginnende Geschäftsperiode liefert.

5. Die Verschmelzung nach dem DM-Bilanzgesetz

Der Vollständigkeit halber sei auf die Regelung der Verschmelzung im Zusammenhang mit der DMBG hingewiesen. In § 62 I DMBG bestimmt der Gesetzgeber lediglich, daß Verschmelzungen nicht vorgenommen werden können, bevor die aufneh-

mende Gesellschaft ihr Nennkapital nach Abschnitt II (§§ 35 ff. DMBG) festgesetzt hat. Daraus ergibt sich, daß für die, allerdings in der Praxis seltenen Fälle der Verschmelzung durch Neubildung § 62 I DMBG nicht eingreift. Für die neue Gesellschaft gelten damit die allgemeinen Gründungsvorschriften und nicht die Sondervorschriften des DMBG. Außer dieser Vorschrift in § 62 I DMBG greift dieses nicht weiter in das geltende Recht ein. Die untergehende Gesellschaft muß zwar eine DMEB im Gegensatz zur Umwandlung nach § 45 DMBG aufstellen; sie braucht aber ihr Kapital nicht neu festzusetzen.

Die Verschmelzungsbilanz der Übertragenden Gesellschaft wird daher regelmäßig eine in DM aufgestellte Bilanz sein. Für uns ändert sich dadurch der Charakter der Verschmelzungsbilanz nicht. Auch hier wird der Verkaufspreis auf Grund einer internen Rechnungsaufstellung ermittelt. Die "Schlußbilanz" entspricht in diesen Fällen der DMEB.

II. Der Konkursstatus

"Konkurs ist die unter Beaufsichtigung des Konkursgerichts und nach den Vorschriften der Konkursordnung erfolgende vermögensrechtliche Auseinandersetzung eines zahlungsunfähigen oder überschuldeten Schuldners (Gemeinschuldner) mit seinen Gläubigern und die damit verbundene zwangsweise Verwaltung, Verwertung und Verteilung des dem Gemeinschuldner z.Zt. der Eröffnung des Konkursverfahrens gehörigen Vermögens", so definiert Gerstner¹⁾ den Konkurs. Da das Konkursrecht seinen eigenen Inhalt hat, und in alle Rechtsverhältnisse autoritativ eingreift, bedurfte es einer selbständigen Normierung.²⁾

Die Konkursordnung (KO) gewährt einer Vielzahl von Gläubigern die Möglichkeit, ihre Ansprüche gegen einen zahlungsunfähigen Geschäftspartner mit Hilfe staatlicher Organe zu verwirklichen. Der Staat wird hier wie auch im Zwangsvergleichsverfahren auf Grund seiner Autorität wirksam. Während bei einer Singularzwangsvollstreckung der einzelne die Vollstreckung in das ganze Vermögen des Schuldners betreiben und seine Ansprüche befriedigen kann, ganz gleich, ob das restliche Vermögen noch für die Befriedigung anderer Gläubiger aus-

1) Vgl. Gerstner, Paul: a.a.O., S. 333.

2) Vgl. Entwurf einer Konkursordnung für das Deutsche Reich, 3. Aufl., Berlin, Verlag Kortkamp, etwa 1878, S.20, im folgenden zitiert: Entwurf einer KO.

reicht - bei der Singularzwangsvollstreckung herrscht das Präventionsprinzip -, gilt im Konkurs der "Grundsatz der Verlustgemeinschaft", das heißt, jeder Gläubiger, ganz gleich, in welcher Reihenfolge die Forderungen angemeldet werden, trägt prozentual den gleichen Verlust.¹⁾ An Stelle des willkürlichen Zugriffs bei der Einzelvollstreckung tritt in den Fällen, in denen der Schuldner finanziell zusammengebrochen ist, eine Gesamtvollstreckung mit dem Ziele einer grundsätzlich gleichmäßigen Teilbefriedigung aller persönlichen Gläubiger.

Der Konkurs stellt eine besondere Art der Liquidation dar. Diese "ultima ratio" greift dann Platz, wenn ein Unternehmen zahlungsunfähig geworden ist und weder ein Vergleich noch sonstige eine Sanierung angebracht erscheint.²⁾ Konkurs und Liquidation ähneln sich in Form und Wesen.³⁾ Ihre Wesensverschiedenheit zeigt sich aber in der Dauer und in der Art der Abwicklung. Die Liquidationszeit bei der Abwicklung ist jedenfalls grundsätzlich nicht beschränkt, die Liquidatoren sind von der Hauptversammlung bestimmt. Beim Konkurs werden mit dem Tage der Konkurseröffnung alle Forderungen durch Gesetz sofort fällig (§ 65 KO); das Konkursgericht bestimmt einen Konkursverwalter. Der alte Unternehmer kann nicht mehr über sein Unternehmen verfügen. Es bleibt auch in der Regel kein Überschuß, der an die Gesellschafter oder den Unternehmer zu verteilen wäre. Der Konkurs bedeutet für ihn bzw. für sie u.U. die Einbuße fast des ganzen Vermögens und oft auch den Verlust seiner bzw. ihrer wirtschaftlichen Existenz. Der Konkurs sollte daher immer nur als letzte Möglichkeit, soweit es im Gläubigerschutzinteresse tragbar erscheint, in Frage kommen, wenn eine Betriebswirtschaft zahlungsunfähig geworden ist und sich ihre Krankheitserscheinungen nicht sonstige heilen lassen.

1. Gesetzliche Regelung

Der Gesetzgeber hat in der KO in der seit 1.1.1900 gültigen Neufassung des Gesetzes vom 20.5.1898 die Maßnahmen geregelt, die erforderlich sind, um private Ansprüche einer Mehrheit von Gläubigern in einem Gesamtvollstreckungsverfahren durchzusetzen. Das Verfahren ist, wie schon der Konkursgrund zeigt,

1) Vgl. Lent, Friedrich: Zwangsvollstreckung und Konkursrecht. Verlag Beck, München u. Berlin, 1951, 3. Aufl., S. 106.

2) Vgl. Bussmann, K.F.: a.a.O., S. 102.

3) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 112.

eng mit wirtschaftlichen Fragen verknüpft. Die Wirtschaftlichkeit und die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sind bei der Durchführung des Verfahrens eine Hauptforderung, da wenigstens ein angemessener Erfolg im Interesse der Konkursgläubiger gesichert werden soll.¹⁾

Es gibt verschiedene Konkursgründe. Für natürliche Personen und Personengesellschaften - ausgenommen die BGB-Gesellschaften (§§ 705 ff.) und stille Gesellschaften (i.S.d. §§ 335 ff. HGB)²⁾ - stellt die Zahlungsunfähigkeit alleinigen Konkursgrund dar (§§ 102, 209 KO). Beim Nachlaß ist nur die Überschuldung, d.h. das Überwiegen der "Nachlaßverbindlichkeiten" über den Wert der "Nachlaßgegenstände" ausschließlicher Konkursgrund (§ 215 KO).³⁾ Für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ist grundsätzlich ebenfalls die Zahlungsunfähigkeit und nur während des Liquidationsstadiums auch die Überschuldung Konkursgrund (§ 98 I GenG).

Wir wollen uns in diesem Abschnitt auf die Aktiengesellschaften beschränken. Für sie und ebenso für die KGaA und GmbH gibt es zwei Konkursgründe, nämlich sowohl Zahlungsunfähigkeit wie auch Überschuldung (§§ 207, 209, 213 KO, § 63 GmbHG).

Das Konkursverfahren als solches ist nicht ein Prozeß. Es ist eine unter richterlicher Autorität sich vollziehende Auseinandersetzung.⁴⁾ Das Zusammen- treffen aller Gläubiger zum Zwecke ihrer gemeinschaftlichen Befriedigung aus dem gesamten Vermögen des Schuldners erfordert neben der Feststellung der Gläubigerforderung vor allem die Erfassung des Schuldnervermögens. Dieser letzteren Tätigkeit des Konkursverwalters wollen wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

2. Die verschiedenen Vermögensaufstellungen

Während des Konkursverfahrens werden in der Regel mehrere rechnerische Aufstellungen gefordert.

1) Vgl. Lent, Friedrich: a.a.O., S. 107.

2) Vgl. Pagenstecher, Max: Der Konkurs, Verlag Beck, München u. Berlin, 1950, 3. Aufl., S. 22.

3) Vgl. Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 873.

4) Vgl. Entwurf einer KO: a.a.O., S. 20.

a) Die Vermögensaufstellung des Gemeinschuldners

§ 104 KO fordert vom Gemeinschuldner ein Verzeichnis der Gläubiger und Schuldner sowie eine Übersicht der Vermögensmasse.

Es handelt sich zunächst einmal um Feststellungen des Schuldners. Der Gesetzgeber fordert keine Glaubhaftmachung dieser Angaben. Sie können also offenbar den Gläubigern gegenüber keinerlei rechtliche noch wirtschaftliche Wirkungen haben. Wenn ein Konkursgläubiger Antrag auf Konkurseröffnung stellt, so muß er seine Gläubigerposition und das Vorliegen eines Konkursgrundes dem Amtsgericht gegenüber glaubhaft darstellen. Der Gemeinschuldner muß dagegen seine Insolvenz bzw. Insuffizienz dem Konkursgericht gegenüber ersichtlich machen. Die Aufstellungen haben nur den Zweck einer ersten unverbindlichen Aufklärung über den Vermögensstand des Gemeinschuldners.¹⁾ Weiterreichende Bedeutung kann ihnen nicht zukommen. Diese Aufstellungen müssen aber dennoch der Aufklärung dienen, d.h. die Vermögensübersicht muß ersichtlich machen, welche Gegenstände Aus- bzw. Absonderungsansprüchen unterliegen. Bei zweifelhaften Forderungen sollte – so sah es die "Begründung des Entwurfs einer KO"²⁾ – der wahrscheinliche Wert und bei Schulden außer dem Betrag auch der Rechtsgrund angegeben werden. Da nach § 111 III KO die nach ihrem Wohnorte bekannten Gläubiger und Schuldner des Gemeinschuldners durch besondere Zustellung von dem Konkurseröffnungsbeschluß benachrichtigt werden sollen, muß das Gläubiger- und Schuldnerverzeichnis auch die Angaben der Adressen enthalten.

Diese Vermögensübersicht sowie ergänzend das Schuldner- und Gläubigerverzeichnis stellen einen Status dar, haben jedoch nicht die Funktion desselben. Auch Gerstner bezeichnet sie als Status. Er schreibt: "Das Konkursgericht eröffnet das Verfahren erst nach Anhören des Gemeinschuldners oder des Antragstellers und nachdem es auf Grund einer Vermögensübersicht (Status), die jedem Antrage auf Konkurseröffnung beizufügen ist, festgestellt hat, ob der Gemeinschuldner wirklich zahlungsunfähig ist." Auch im "Entwurf einer KO"³⁾ wird die Aufstellung als "Vermögensstatus" bezeichnet, der für das Verfahren die erste Grundlage bildet, nämlich eine Übersicht. "Die in einzelnen Gesetzgebungen vorgeschriebenen formellen Erfordernisse eines Inventars sind für diesen Status nicht wesentlich." Da aber weder die Gewähr der vollständigen noch der richtigen Erfassung aller Vermögensteile durch den Gemeinschuldner gegeben ist, kann sie nicht als der Konkursstatus betrachtet werden und auch nicht als solcher gelten. Gerstner ist nicht zuzustimmen, wenn er schreibt, daß der Konkurs

1) Vgl. Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 363 f.

2) Vgl. Entwurf einer KO: a.a.O., S. 160.

3) Vgl. Entwurf einer KO: a.a.O., S. 160.

"auf Grund einer Vermögensübersicht" eröffnet wird. Diese dient lediglich der Übersicht. Unabhängig davon hat der Richter sich von Amts wegen einen Überblick über die Vermögenslage zu verschaffen. Vermögensübersicht und Schuldenverzeichnis dienen lediglich der Ersichtlichmachung der allgemeinen Lage. Der Richter hat vor allem festzustellen, ob die Konkursmasse überhaupt die Kosten des Verfahrens deckt. Muß dies verneint werden, ist der Antrag auf Eröffnung des Konkurses "mangels Masse" abzulehnen, da dem Staat nicht zugemutet werden kann, ergänzend für die Konkurskosten aufzukommen (§ 107 I KO).

b) Die Aufzeichnung der Masseaktiven durch den Konkursverwalter

Durch die Konkurseröffnung verliert der Gemeinschuldner in Ansehung der Konkursmasse Verwaltung und Verfügung. Die Konkursmasse wird dem alleinigen Zweck der Gläubigerbefriedigung dienstbar gemacht.¹⁾ Mit der Eröffnung werden gleichzeitig ein Konkursverwalter und nötigenfalls ein Gläubigerausschuß eingesetzt. Ein Wahltermin, in welchem der Konkursverwalter und der Gläubigerausschuß endgültig bestimmt werden sollen, sowie die Anmeldefrist und der allgemeine Prüfungstermin werden festgesetzt (§ 110 I KO).

Der Konkursverwalter hat sofort das "gesamte zur Konkursmasse gehörige Vermögen in Besitz und Verwaltung zu nehmen und dasselbe zu verwerten" (§ 117 I KO). Soll der Konkursverwalter die Masse verwerten, muß er sich zuerst eine Übersicht über diese, über ihre Zusammensetzung, ihre Beschaffenheit, über ihren Wert verschaffen. § 123 KO schreibt dazu: Der Verwalter hat die einzelnen zur Konkursmasse gehörigen Gegenstände unter Angabe ihres Wertes aufzuzeichnen. Der Wert ist erforderlichenfalls durch Sachverständige zu ermitteln.

Unter Konkursmasse ist aber nur das Aktivvermögen zu verstehen ("das Konkursverfahren umfaßt das gesamte, einer Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen des Gemeinschuldners, welches ihm z.Zt. der Eröffnung des Verfahrens gehört (Konkursmasse)" § 1 I KO)). Wir haben es bei dieser Aufzeichnung nicht mit der Erstellung eines Inventars zu tun. Es müssen nur die Masseaktiven, und zwar alle beweglichen und unbeweglichen Massegegenstände, die sich sowohl in der Hand des Schuldners als auch in der Hand Dritter befinden, aufgezeigt werden. Als Wert ist grundsätzlich der durch das Konkursverfahren bedingt zu erwartende Realisationswert anzugeben, der Wert, der auch bei der

1) Vgl. Kisch, Wilhelm: Grundriß des deutschen Konkursrechts, 3. Aufl., Verlag Benzheimer, Mannheim, 1925, S. 11.

Aufstellung der "Konkursbilanz" einzusetzen ist.¹⁾ Über den Wert "können die Bücher des Gemeinschuldners, auch wenn sie ordnungsmäßig geführt sind, keine²⁾ Auskunft geben", stellte eine Reichsgerichtsentscheidung ausdrücklich fest.

Diese Aufzeichnungen können in den Fällen, in denen vertrauenswürdige Darstellungen bereits vorliegen, oder wenn das Geschäft im ganzen verkauft werden soll oder sich die Kosten der Aufzeichnung wegen der Dürftigkeit der Masse nicht lohnen,³⁾ auf Antrag des Konkursverwalters und des Gläubigerausschusses - sofern ein solcher besteht - durch das Gericht ganz erlassen oder "ohne Zuziehung einer obrigkeitlichen oder einer Urkundsperson vorgenommen werden" (§ 123 II KO).

Über den Zweck dieser Aufzeichnungen heißt es in der "Begründung" zur KO:⁴⁾ "Zur Feststellung der Konkursmasse, zur Kontrolle des Verwalters und um für dessen künftige Rechnungslegung einen festen Anhalt zu gewinnen, ist die Aufzeichnung erforderlich, selbst wenn eine Siegelung unterblieben war." Deshalb ist auch bei der Aufzeichnung eine "obrigkeitliche oder eine Urkundsperson zuzuziehen". Der Gemeinschuldner wird sowohl in seinem Interesse als auch im Interesse der Masse herbeizurufen sein, wenn er ohne Aufschub zu erlangen ist. Befinden sich Gegenstände der Konkursmasse in Händen eines Pfandgläubigers, so ist das Pfandstück dem Verwalter auf dessen Verlangen und auf Kosten der Masse zur Ansicht und zur Abschätzung vorzulegen (§ 120 KO).

Noch einen anderen ebenso wichtigen Zweck sieht der Verfasser in dem Verlangen nach Feststellung der Teilungsmasse durch den Konkursverwalter. In der ersten Gläubigerversammlung, die innerhalb eines Monats nach Konkurseröffnung erfolgen muß (§ 110 I KO), hat der Verwalter über die Entstehung der Zahlungsunfähigkeit sowie über die Lage der Sache und über die bisher ergriffenen Maßnahmen zu berichten (§ 131 KO). Als Grundlage für die Berichterstattung dient ebenfalls die erwähnte Aufstellung. Durch das jedem Gläubiger zustehende Fragerecht soll die Klarstellung der Angelegenheit wesentlich gefördert werden; u.U. muß hierzu die nach Konkurseröffnung abzuschließende Buchführung (§ 122 II KO) und Bilanzziehung des Schuldners herangezogen werden.⁵⁾ In manchen Fällen kann die Frist von einem Monat nicht ausreichen, in

1) Vgl. Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 425.

2) Vgl. RGZ v. 25.3.1899, I 353/98, sächs. Arch., Bd. 10, S. 164.

3) Vgl. Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 426.

4) Vgl. Entwurf einer KO: a.a.O., S. 167.

5) Vgl. Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 469.

dieser Zeit bereits Inventar und Bilanz gemäß § 124 zu erstellen. Der Konkursverwalter kann sich dann nur aus seiner Aufstellung über die Teilungsmasse informieren.

Diese Berichterstattung stellt gleichzeitig eine Kontrolle des Konkursverwalters durch die Gläubiger dar. Sie umfaßt den gesamten Zeitraum, in dem der Konkursverwalter tätig war. Ausgangspunkt der Kontrolle ist die Aufzeichnung zu Beginn seiner Tätigkeit, die durch die Zuziehung einer Urkundsperson volle Beweiskraft besitzt. Seine Tätigkeit ergibt sich aus seinen Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben. In der Regel schließt sich an die Berichterstattung und die evtl. Diskussion die Bestimmung der den Gläubigern vorbehaltenen Entschließungen an, sofern sie diese nicht zweckmäßigerweise einem etwa bestellten Gläubigerausschuß überläßt.¹⁾

Die Gründe, die eine sofortige Erfassung der Masseaktiven erforderlich machen, sind also verschiedener Art. Diese Rechnungslegung beschränkt sich ausdrücklich auf die Masseaktiven. Es wird einseitig die Substanzgrundlage erfaßt, die für die Befriedigung der Konkursgläubiger zur Verfügung steht. Aus ihr kann aber über die Höhe der Befriedigung noch nichts entnommen werden. Dazu bedarf es ebenso einer Erfassung der Schuldenteile. Erst aus der Gegenüberstellung der Vermögen- und Schuldbestandteile kann sich der Konkursgläubiger die erforderliche Einsicht in die Lage des Gemeinschuldners verschaffen. Dies soll die vom Gesetzgeber geforderte "Bilanz" ermöglichen.

c) Den Konkursstatus

§ 124 KO verlangt endlich die Erstellung eines Inventars und einer Bilanz. Dieselben sind den Beteiligten auf der Geschäftsstelle zur Einsicht vorzulegen. Waren bei der Aufzeichnung nach § 123 KO nur die Aktiven anzuführen, so sind nunmehr alle Aktiven und Passiven mit ihrem mutmaßlichen Realisationswert aufzuzeichnen. Über den Zeitpunkt der Erstellung von Inventar und Bilanz, die als Grundlage auf die Aufzeichnungen nach § 123 KO zurückgreifen, heißt es in dem Entwurf,²⁾ daß sie "schleunigst" aufzumachen seien. Die Erfordernisse derselben ergeben sich aus ihrer Bestimmung: "Sie sollen die Vermögenslage des Gemeinschuldners, wie sie sich durch den Konkurs den Gläubigern gegenüber gestaltet, zur klaren Anschauung bringen."

1) Vgl. Entwurf einer KO; a.a.O., S. 170.

2) Vgl. Entwurf einer KO; a.a.O., S. 167.

Im Zusammenhang damit interessiert uns die Frage: Ist die vom Gesetzgeber geforderte Bilanz eine Jahresbilanz, eine Sonderbilanz oder ein Status? Soll sie einen Erfolg oder einen Vermögenstatbestand darstellen? Und hier müssen wir wiederum weiterfragen: Soll sie den Ausgangspunkt für eine folgende Geschäftsperiode bilden, oder ist sie eine interne Rechnungslegung, die sich bilanziell nicht mehr weiter auswirkt?

Wenn wir auf die schon erwähnte Reichsgerichtsentscheidung vom 25.3.1899 zurückgreifen, so wird dort ausdrücklich gesagt, daß die Bücher des Gemeinschuldners, selbst wenn sie ordnungsgemäß geführt worden sind, keine Auskunft zu geben vermögen. Darnach scheidet eine Jahresbilanz aus; denn eine solche ergibt sich aus den Büchern und dem Inventar. Zur selben Entscheidung gelangen wir auch noch auf einem anderen Weg. Der Zweck der "Konkursbilanz" - so wird sie in der betriebswirtschaftlichen Literatur bezeichnet - besteht darin, den "Massevermögensstand" aufzuzeigen. Sie soll keinen Erfolg darstellen, es fehlt ja auch der Gegenpol zur Berechnung desselben. Sie steht völlig allein und ist unabhängig. Wir befinden uns nicht in einer Geschäftsperiode. Das Unternehmen ist mit der Konkurseröffnung aufgelöst. Im Mittelpunkt steht nunmehr die Frage: Zu welchem Preis können die Masseaktiven versilbert werden? Dieser mutmaßliche Realisationswert ist in der Aufstellung zu verwenden. Und damit können wir auch verneinen, daß die Vermögensaufstellung gemäß § 124 KO eine Sonderbilanz ist. Das Unternehmen wird in Kürze voll beendet. Aus der "Bilanz" soll sich die Höhe der zu erwartenden Konkursdividende ergeben, mit welcher die nichtbevorrechtigten Konkursgläubiger bei Durchführung des Verfahrens zu rechnen haben. In der zitierten Reichsgerichtsentscheidung heißt es dazu: "Eine richtige Konkursbilanz bedingt, daß die Besitzstücke des Gemeinschuldners mit dem Werthe eingestellt werden, zu dem sie gegenwärtig versilbert werden können."

Der Konkursstatus bildet nicht den Ausgangspunkt für eine etwa beginnende Abwicklungsperiode. Wird es erforderlich, zu einem späteren Zeitpunkt nochmals eine evtl. neuen Gegebenheiten Rechnung tragende Vermögensaufstellung anzufertigen, so wird auch diese selbständig und unabhängig aufgestellt. Sie steht in der Regel nicht in Zusammenhang mit der "Konkursbilanz" (gemäß § 124 KO). Fluch²⁾ schreibt, daß sich im Laufe des Konkurses verschiedene Phasen herausbilden, die zweckmäßig durch die Aufstellung eines Status beendet werden (z.B. Feststellung der Konkursgläubiger, Versilberung wichtiger Teile des Rohvermögens, Vorbereitung des Zwangsvergleiches). Dadurch entwickeln sich

1) Vgl. Sächs. Archiv, Bd. 10, S. 166.

2) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 113.

mehrere Formen des Konkursstatus, die in der Praxis als Eröffnungsstatus, laufender Status und Schlußstatus bezeichnet werden. "Durch diese Vielzahl der Formen", schreibt Fluch weiter, "wird man zu der irrigen Ansicht verleitet, daß der Konkursstatus eine ordentliche Bilanz wäre. Er kann zu dieser Bilanzart werden, wenn er mit der Aufgabe betraut wird, den Konkurserfolg zu ermitteln".

Der Verfasser möchte der Ansicht von Fluch widersprechen, daß eine Phase durch einen Status beendet wird. Ein Status steht nach der Auffassung des Verfassers in seiner strengen, augenblicklichen Zweckbezogenheit außerhalb jeder Dynamik eines Wirtschaftsgeschehens. Er kann zwar am Ende einer Phase, also am Ende eines dynamischen Zeitablaufes, erstellt werden, er kann diesen aber nicht abschließen bzw. beenden; denn ein Abschließen erfordert eine Bezogenheit mit der betreffenden Phase. Ein Status ist aber eine Zeitpunktbetrachtung. Daher möchte der Verfasser sagen, daß nur die Aufstellungen während eines Konkursverfahrens einen Status darstellen, die unabhängig und ohne Verbindung mit der Vergangenheit und mit der Zukunft tatsächlich "statisch" sind.

Der Konkurserfolg kann nicht aus dem Vergleich von zwei Stati ersehen werden, da die Zeitwerte bzw. in diesen Fällen speziell die Realisationswerte zu den betreffenden Zeitpunkten auch nicht annähernd absolut gleich zu sein brauchen. Auch ein wiederholt aufgestellter Status, der nach Fluch das Reinvermögen feststellt, behält seine Eigenschaft als Status, der von jeder anderen Aufstellung unabhängig ist. Der Verfasser möchte auch bezweifeln, ob man überhaupt von einem zumindest absoluten Konkurserfolg sprechen kann. Eine Erfolgsefeststellung bedeutet immer einen Vergleich mit einer Ausgangslage. Ergeben sich tatsächlich höhere Erlöse als erwartet, so beruhen diese meist entweder auf einer vom Verwalter irrtümlich festgestellten Ausgangslage - der "Erfolg" ist dann nur die Korrekturvornahme einer irrtümlichen Wertfeststellung - oder aber auf Imponderabilien, die, da sie vorher nicht einzuschätzen waren, wiederum nur zu einer irrtümlichen Wertfeststellung geführt haben. Abgesehen von den Fällen, in denen der Konkursverwalter das Unternehmen zur Abwendung größerer Nachteile¹⁾ weiterführt, bzw. vom Gläubigerausschuß beauftragt wird, es weiterzuführen¹⁾ - es bedarf dazu der Neuanlegung von Büchern, da die alten Geschäftsbücher gemäß § 122 II KO geschlossen sind -, kann man nach der Ansicht des Verfassers nicht von einem Konkurserfolg im wirtschaftlich-rechnerischen Sinn sprechen. Die Versilbe-

1) Vgl. Entwurf einer KO: a.a.O., S. 169.

rung der einzelnen Vermögensteile äußert sich nur in der Rechnungslegung des Konkursverwalters. Daraus ergibt sich die Schlußrechnung im Konkurs (§ 86 KO). Sie muß ein vollständiges Bild der gesamten Geschäftsführung des Verwalters gewähren. Zu einer Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben ist noch eine Klarlegung seiner gesamten Geschäftshandlungen, etwa in der Form eines Tätigkeitsberichtes, beim Schlußtermin (§ 162 KO) erforderlich.

Die Aufstellungen, die im Laufe des Konkursverfahrens erforderlich werden bzw. erforderlich erscheinen, sind Stati. Sie dienen der Ersichtlichmachung der Lage des Unternehmens, der Darstellung der zu erwartenden Konkursdividende und der Kontrolle des Konkursverwalters. Sie sind interne Aufstellungen, die nur den Beteiligten zugänglich sind.¹⁾ Sie wirken sich bilanziell nicht aus. Abweichungen im Vergleich zum Endergebnis sind in der Schlußrechnung (§§ 86, 163 KO), die ein "vollständiges²⁾ Bild der gesamten Geschäftsführung des Verwalters gewähren" muß, darzutun.

III. Der Vergleichsstatus

Der Vergleichsstatus steht auf der gleichen Stufe wie der Konkursstatus. Abweichend von diesem wäre zu bemerken, daß er entweder vom Gemeinschuldner selbst oder von einer von ihm beauftragten Person erstellt wird. Er bildet die Grundlage für die Eröffnung und Durchführung des Vergleichsverfahrens. Die Durchführung eines Vergleichsverfahrens ist in verschiedener Schattierung möglich.

Man unterscheidet das gerichtliche und das außergerichtliche Vergleichsverfahren. Das gerichtliche Verfahren kann dazu dienen, den Konkurs zu beenden - in diesem Falle werden die sich aus dem laufenden Konkursverfahren ergebenden Grundlagen herangezogen -, es kann aber auch dazu dienen - und dies ist zugleich seine Hauptbedeutung -, den Konkurs abzuwenden.

1) Vgl. § 124 KO: "Dem Verwalter liegt die Anfertigung eines Inventars und einer Bilanz ob. Derselbe hat eine von ihm gezeichnete Abschrift des Inventars und der Bilanz und, wenn eine Siegelung und Entsiegelung stattgefunden hat, die Protokolle über dieselben auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen."

2) Vgl. Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 310.

In diesem Falle schreibt ein eigenes Gesetz (die Vergleichsordnung, im folgenden VglO abgekürzt) die notwendigen Regelungen vor. Beiden Arten des gerichtlichen Verfahrens ist gemeinsam, daß sie dem "öffentlichen Recht" angehören, daß der Staat auf Grund eines staatlichen Hoheitsrechtes, auf Grund der "Gewaltenunterworfenheit" tätig wird.¹⁾

Der außergerichtliche Vergleich gehört in das Gebiet der freien Vertragsfindung. Er hat in der Regel die geringsten wirtschaftlichen Schäden im Gefolge, ist aber andererseits schwieriger abzuschließen, da alle Gläubiger dem Vergleich zustimmen müssen.

Der Vergleich stellt eine Sanierungsmaßnahme notleidender Unternehmen seitens der Gläubiger dar. Die Vermögensübersicht anlässlich eines Vergleiches wird sich, da sie vor allem für die nichtbevorrechtigten Vergleichsgläubiger gedacht ist, wesentlich von der Sanierungsbilanz, die die Auseinandersetzung mit den "Mitunternehmern" bilanziell aufzeigt, unterscheiden. Auf der einen Seite ist sie Verhandlungsgrundlage, auf der anderen Seite dagegen in der Hauptsache Ausgangspunkt für eine neue erfolgversprechende Geschäftsperiode. In beiden Fällen haben wir es mit einer Sanierung zu tun. Bei dieser Sanierung von der Unternehmenseite her verlangt der Gesetzgeber mit der Sanierungsbilanz eine Grundlegung für eine neue Erfolgsperiode - insoweit sprechen wir von einer Sonderbilanz.

Bei der Sanierung von der Gläubigerseite her ist eine Grundlage für eine Auseinandersetzung mit den Gläubigern gefordert. Wir bezeichnen diese Vermögensübersicht als Status.

1. Der Zwangsvergleich gemäß § 173 ff. Konkurs-Ordnung

Der Konkurs vernichtet in der Regel große Werte. Dem Gemeinschuldner wird das Geschäft aus der Hand genommen, an seine Stelle tritt der Konkursverwalter. Wirtschaftliche Schäden werden sich nicht vermeiden lassen. Die Zwangsverwertung durch den Konkursverwalter bringt kaum den vollen Gegenwert, da die Käufer bei Kenntnis des Konkurses nur niedrige Preise zu bewilligen pflegen. Es ist die Regel, daß Konkursgegenstände weit unter ihrem wirklichen Wert abgegeben werden.

1) Vgl. de Boor: Zwangsvollstreckung, Konkurs und Vergleich. Gabler-Verlag, Wiesbaden, 1951, S. 3.

Nun ist es aber nicht so, daß diese Verluste - hieher gehören auch die hohen Verfahrenskosten - vom Gemeinschuldner allein getragen werden. Sie treffen in gleicher Weise auch die Konkursgläubiger, da durch weitgehende Verschleuderung der Vermögenswerte weniger in die Masse eingebracht wird, als unter normalen Umständen zu erwarten wäre. Ist der Gegenwert gering, wird dementsprechend auch die Quote für die nichtbevorrechtigten Gläubiger klein. Beide Teile - Gemeinschuldner und Konkursgläubiger - werden u.U. zu Opfern bereit sein, sie werden bestrebt sein, das Konkursverfahren durch eine vergleichsweise Erledigung abzukürzen.¹⁾ Dies ist dann möglich, wenn die Gläubiger mit einer teilweisen Stundung oder einem teilweisen Erlass ihrer Forderungen einverstanden sind. An die Stelle einer schnellen, verlustreichen Liquidation tritt eine langsame oder sogar die Erhaltung des Betriebes. Letzteres wird man besonders dann erwägen, wenn der Zusammenbruch nicht auf der Unfähigkeit des Schuldners, sondern auf einer außerbetrieblichen wirtschaftlichen Krise beruht.

Mit Besserung der wirtschaftlichen Lage kann vielleicht das Unternehmen erhalten werden, wenn durch Teilerlaß und Stundung die Möglichkeit einer Sanierung gegeben ist. Den nichtbevorrechtigten Gläubigern ist es allerdings nicht zu verdenken, wenn sie Wert auf Sicherung ihrer nicht erlassenen Forderungen legen, was meist durch Bürgschaften vertrauenswürdiger dritter Personen geschieht. So kann durch einen solchen konkursbeendenden Zwangsvergleich erreicht werden, daß die betriebliche Existenz des Schuldners aufrecht erhalten bleibt; andererseits²⁾ bietet sie aber auch den nichtbevorrechtigten Gläubigern mancherlei Vorteile.

a) Gesetzliche Vorschriften

Die einschlägigen Vorschriften finden sich in den §§ 173 ff. KO. Voraussetzung für das Zustandekommen eines konkursbeendenden Zwangsvergleiches ist, daß die Masse überhaupt ausreicht, um für den nichtbevorrechtigten Konkursgläubiger einen Vergleichsvorschlag machen zu können. (§§ 173, 191 KO). § 181 KO schreibt vor, daß der Zwangsvergleich allen nicht bevorrechtigten Konkursgläubigern gleiche Rechte gewähren muß. "Eine ungleiche Bestimmung der Rechte ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung der zurückgesetzten Gläubiger zulässig" (§ 181

1) Vgl. de Boor: a.a.O., S. 137.

2) Vgl. Hentsch, Siegfried: Besonderheiten des konkursabwendenden Zwangsvergleiches gegenüber dem konkursbeendenden. Dissertation, Leipzig, 1934, S. 7.

KO Satz 2). Sind diese grundsätzlichen Voraussetzungen gegeben, so bedarf es zum Zustandekommen des Zwangsvergleiches eines Vergleichsvorschlages seitens des Gemeinschuldners (§ 173 KO). Der Vorschlag selbst kann von dem Gemeinschuldner bzw. dem Konkursverwalter sofort bei Konkurseröffnung eingebracht werden.

In § 176 KO wird es dem pflichtmäßigen Ermessen des Konkursgerichtes anheimgestellt, den Vergleichsvorschlag unter bestimmten Voraussetzungen zurückzuweisen. Wird von dieser "Kannvorschrift" nicht Gebrauch gemacht, "so hat der Gläubigerausschuß sich über die Annehmbarkeit des Vorschlages zu erklären" (§ 177 I KO). Dieses Gutachten des Gläubigerausschusses und der Vorschlag liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten auf (§ 178 KO). Den Vergleichstermin, der öffentlich bekanntgemacht wird, bestimmt das Konkursgericht (§ 179 KO).

Der Zwangsvergleich kommt als Vertrag zustande, durch die Annahme, die "in die Form von Prozeßhandlungen gekleidet" ist.²⁾

Der Meinungsstreit über die "Vertragsart" des Zwangsvergleiches ist für uns belanglos. Wichtig ist für uns, daß es zur Annahme einer doppelten Mehrheit bedarf, nämlich einmal der einfachen Kopfmehrheit der erschienenen Konkursgläubiger und zum anderen einer Summenmehrheit von dreiviertel aller stimmberechtigten Forderungen, gleichgültig, ob die Gläubiger erschienen sind oder nicht (§ 182 KO).

Große Gläubiger wie Banken, Industrieunternehmen sind leichter für eine langsame und daher meist weniger verlustreiche Auflösung oder für eine Sanierung des Unternehmens zu haben und nehmen eine Stundung und einen Teilerlaß leichter in Kauf als die Gläubiger mit einer relativ geringen Forderung, die vielleicht schnell eine teilweise Befriedigung benötigen, um sich selbst über Wasser halten zu können. Die doppelte Mehrheit trägt solchen Gesichtspunkten Rechnung.

Der von den nichtbevorrechtigten Konkursgläubigern geschlossene Vergleich bedarf der Bestätigung des Konkursgerichtes (§ 184 I KO). Erst damit wird er wirksam. Die Mitwirkung des Konkursgerichtes stellt eine Sicherungsmaßnahme dar, da auch die überstimmte Minderheit an den Vergleich gebunden ist. Daher verzichtet der Gesetzgeber nicht auf eine objektive Nachprüfung des Vergleichs-

1) Vgl. Jaeger, Ernst: Kommentar zur Konkursordnung, 6. u. 7. Auflage, 2. Bd., Walter de Gruyter u. Co., Berlin u. Leipzig, 1936, S. 663.

2) Vgl. Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 664.

verfahrens und des Vergleichsergebnisses.

b) Das Gutachten des Gläubigerausschusses

Im Rahmen des konkursbeendenden Zwangsvergleiches wird nirgends eine Bilanz oder eine Vermögensaufstellung gefordert. Der Gesetzgeber verlangt nur ein Gutachten des Gläubigerausschusses über den vom Gemeinschuldner unterbreiteten Vergleichsvorschlag. Die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind allen Beteiligten gegenüber verantwortlich (§ 89 KO). Dem Ausschuß muß der Gemeinschuldner die erforderliche Auskunft erteilen (§ 100 KO). Der Ausschuß wird in seinem Gutachten besonders die Gründe des Zusammenbruchs zu beachten haben, er wird sich mit der Person des Gemeinschuldners, mit seiner Vertrauenswürdigkeit befassen.

Da der Vergleichsvorschlag meist einen Teilerlaß unter Sicherstellung der nichterlassenen Schuld durch Vergleichsbürgen oder eine Stundung beinhaltet, wird der Gläubigerausschuß prüfen, ob die sich aus dem Zwangsvergleich ergebende Quote oder die Befriedigung aus dem Konkursverfahren für die nichtbevorrechtigten Gläubiger günstiger ist. Neben der Auskunft durch den Gemeinschuldner und durch den Konkursverwalter bieten das nach § 124 KO in der Geschäftsstelle aufliegende Inventurverzeichnis und die "Bilanz" die geeignete Grundlage. Diese "Bilanz" ist ein "das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellender Abschluß" (§ 39 HGB).

Diese Aufstellung hat einzig und allein den Zweck, die Höhe der zu erwartenden Dividende für die nichtbevorrechtigten Gläubiger bei Durchführung des Verfahrens ersichtlich zu machen. Sie ist eine echte Vermögensaufstellung, wie noch später beim Konkursstatus zu erläutern sein wird. Dieser Konkursstatus ist "namentlich für die Beschlußfassung über einen Zwangsvergleichsvorschlag von Bedeutung".¹⁾ Die Mitglieder des Gläubigerausschusses besitzen auch noch das Recht zur Einsichtnahme in die Geschäftsbücher (§ 88 II KO). Aus dem Konkursstatus, der vom Konkursverwalter nach objektiven Gesichtspunkten (soweit als möglich) erstellt wird, wird der Gläubigerausschuß in der Regel die Grundlagen für sein Gutachten entnehmen, das er schon deshalb mit besonderer Sorgfalt gestalten wird, da im Falle des Zwangserlasses "für den erlassenen Teil der Konkursforderung eine unvollkommene (erfüllbare, aber nicht erzwingbare) Haftung des Schuldners"²⁾ fortbesteht, während nach Aufhebung des Konkurses (§ 169 KO)

1) Siehe Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 427.

2) Siehe Jaeger, Ernst: a.a.O., S. 731.

im normalen Verfahren die nichtbefriedigten Konkursgläubiger ihre Forderungen gegen den Schuldner unbeschränkt geltend machen können (§ 164 I KO). Sie können die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 164 II KO). Als vollstreckbarer Titel gilt dabei die Feststellung der Forderung in der Konkurstabelle.

c) Der Vergleichsstatus ist identisch mit dem Konkursstatus

Der Gesetzgeber hat im Rahmen des konkursbeendenden Zwangsvergleichs auf die Forderung einer Vermögensübersicht verzichtet. Er konnte dies auch tun, da für den Zwangsvergleich ja ohnehin die Unterlagen bereits vorhanden sind, die bei Konkurseröffnung vorliegen müssen. Zu diesen gehört der Konkursstatus. Da er inhaltlich - sowohl seinem materiellen Inhalt als auch seiner formellen Gliederung nach - den beim Zwangsvergleich auftauchenden Bedürfnissen Rechnung trägt, ist die weitere Erstellung eines Vergleichsstatus nicht erforderlich, es sei denn, der Stichtag, für den der Konkursstatus erstellt worden ist, liegt zu weit zurück. In diesem Fall wird nochmals ein Konkursstatus erstellt, der aber trotzdem von seinem Vorgänger unabhängig ist.

Grundsätzlich handelt es sich in beiden Fällen um echte Vermögensübersichten. Diese Übersicht ist eine Rechnungslegung, die nur für diesen Zweck erstellt wird, die in keiner Weise an die Buchwerte anknüpft. Als Wertansatz wird grundsätzlich der Realisationswert verwendet, der freilich in seiner Höhe infolge der mannigfachen Imponderabilien nicht immer mit Sicherheit festzulegen ist. Im Übrigen möchte der Verfasser auf den Abschnitt über den Konkursstatus verweisen.

2. Der Zwangsvergleich gemäß Vergleichsordnung

Die Vergleichsordnung (VglO) geht auf das Bestreben der Wirtschaft zurück, schonungswürdigen Gläubigern beizustehen. Die deutsche Konkursordnung von 1898 enthielt nur Vorschriften über den Zwangsvergleich im Konkurs,¹⁾ jedoch keine Vorschriften über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses. Dies ist um so verwunderlicher, als fast in ganz Europa der Präventivakkord be-

1) Vgl. Vogels-Nölte: Vergleichsordnung (Kommentar), 3. Aufl., Verlag Franz Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 1952, S. 2.

kannt war.¹⁾ Nur der außergerichtliche Vergleich bot die Möglichkeit, sich außerhalb des Konkurses mit den Gläubigern zu einigen. Außergerichtliche Vergleiche scheiterten aber regelmäßig dann, wenn ein eigensinniger Gläubiger durch Konkursantrag die Verhandlungen durchkreuzte.²⁾ Da nun einerseits der Schuldner während der außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen nicht vor Einzelvollstreckung der Gläubiger geschützt ist - der Sprachgebrauch bezeichnet solche Gläubiger als "Akkordstörer"³⁾ -, andererseits aber der Staat ein volkswirtschaftliches Interesse an der Erhaltung mancher Betriebsexistenzen hat, hat der Gesetzgeber eine "Vergleichsordnung" in der derzeitig gültigen Fassung vom 26. Febr. 1935⁴⁾ erlassen.

a) Gesetzliche Vorschriften

Der Antrag zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens kann nur vom Schuldner gestellt werden, wenn entweder Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung vorliegt (§ 2 I VglO). Eine Antragspflicht besteht nur für gesetzliche Vertreter von juristischen Personen.⁵⁾ Durch den Antrag wird zu Gunsten des Schuldners ein sog. "Konkursschutz" ausgelöst, d.h. die Entscheidung über einen Antrag auf Konkurseröffnung seitens eines Gläubigers ist während der Dauer des Vergleichsverfahrens ausgesetzt (§ 46 VglO). Nach Eröffnung des Vergleichsverfahrens bis zu seinem rechtskräftigen Abschluß können Zwangsvollstreckungen gegen den Schuldner nicht vorgenommen werden (§ 47 VglO).

Bezwecken diese beiden Vorschriften den Schutz des Schuldners, so trifft der Gesetzgeber andererseits auch Maßnahmen, um den Gläubiger zu sichern. So wird sofort nach Eingang des Antrages ein vorläufiger Verwalter bestellt, die Tatsache des Eingangs des Antrags sowie der Name des Verwalters öffentlich bekannt gemacht (§ 11 I VglO). Dieser überprüft die wirtschaftliche Lage, die Geschäftsführung des Schuldners und überwacht seine Ausgaben für die Lebenshaltung. Das Gericht kann weiterhin Verfügungsbeschränkungen für den Schuldner anordnen (§ 12 VglO). Anhängige Zwangsvollstreckung kann auf Antrag des vorläufi-

1) Vgl. Bley, Erich: Vergleichsordnung (Kommentar), 2. Aufl., Walter de Gruyter u. Co., Berlin, 1955, S. 2.

2) Vgl. de Boor: a.a.O., S. 150.

3) Vgl. Emmerich, Hugo: a.a.O., S. 45.

4) Vgl. RGBl I, 1935, S. 321 ff. Neu ist lediglich eine Änderung durch Art. 8 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 21.12.1940 (RGBl I, 1940, S. 1609).

5) Vgl. Vogels-Nölte: a.a.O., S. 16.

gen Vergleichsverwalters eingestellt werden (§ 13 VglO).

Der Vergleichsantrag muß Unterlagen über die persönliche Vertrauenswürdigkeit (§ 3 VglO) und vor allem Unterlagen für die Nachprüfung der Vermögenslage des Schuldners enthalten (§ 4 VglO). Insbesondere ist ein genaues Gläubiger- und Schuldnerverzeichnis notwendig, desgleichen eine Vermögensübersicht (§ 4 I, Ziff. 1 u. 2 VglO). § 5 VglO bringt eine nähere Erläuterung zu der Übersicht über den Vermögensstand. Nach § 5 II sind als Anlagen von buchführungspflichtigen Kaufleuten die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen aus den letzten drei Jahren beizufügen.

Der Vergleichsantrag muß einen bestimmten Vergleichsvorschlag enthalten, wobei mindestens 35%ige, bei Stundung über ein Jahr 40%ige Befriedigung erreicht werden muß (§ 7 VglO).

Ähnlich wie bei dem konkursbeendenden Zwangsvergleich bedarf nach erfolgter Abstimmung - für sie ist ebenso eine einfache Kopfmehrheit wie eine qualifizierte Summenmehrheit erforderlich - der Vergleich der gerichtlichen Bestätigung (§ 78 VglO).

b) Der Vergleichsvorschlag

Grundsätzlich müssen die Mindestsätze (35% bzw. 40%) bar geboten werden (§ 7 III VglO); jedoch ist auch ein sog. "Liquidationsvergleich" (§ 7 IV VglO) vorgesehen. Der Schuldner bietet in diesem Fall seinen Gläubigern sein Vermögen zur Verwertung gegen Erlaß der ungedeckten Forderungsteile an. Auch hier muß die Deckung 35% betragen. Bley¹⁾ kritisiert die rechtstechnische Formulierung als ungenau, da nur die ausgesonderte Liquidationsmasse einem Treuhänder zur Verwertung übergeben wird. Dieser verwertet und verteilt auf Grund eines zwischen ihm und dem Schuldner abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrags zu Gunsten Dritter.

Da dieser Liquidationsvergleich, wobei im Sinne des Gesetzgebers in der Regel dem Schuldner ein wirtschaftliches Minimum zur Fortsetzung seines Unternehmens bleiben soll, eine mindestens 35%ige Deckung garantieren soll, sind die Gegenstände, die zur Liquidationsmasse gehören sollen, genau zu bezeichnen und vor allem zu bewerten; denn aus dem Vergleichsantrag muß ersichtlich sein, ob die gesetzliche Mindestbefriedigung der Gläubiger gesichert ist. Aus der Zwecksetzung - Verwertung der Liquidationsmasse - ergibt sich die Bewertung

1) Vgl. Bley, Erich: a.a.O., S. 127 f.

zum realisierbaren Verkaufswert. Der Richter des Vergleichsgerichtes prüft in dem sog. "Vorprüfungsverfahren"¹⁾ den Vergleichsvorschlag im Hinblick auf seine Realisierbarkeit (§ 18 III VglO) und auch im Hinblick auf eine evtl. Aussichtslosigkeit der Sanierung (§ 18 IV VglO).

Der Schuldner darf nicht mehr bieten, als er zu leisten imstande ist. Zugleich muß mit dem Vergleich eine vollständige Sanierung des Schuldners erreicht werden.

Der Vergleichsantrag wird dann abgelehnt, wenn "offenbar" die Fortführung des Unternehmens nicht zu erreichen ist. Der Hauptzweck der Vorprüfung ist darin zu erblicken, das Vergleichsverfahren nur schutzwürdigen Schuldnern zugänglich zu machen.

c) Die Vermögensaufstellung

§ 4 I Ziff. 1 VglO schreibt zwingend vor, daß dem Eröffnungsantrag eine Übersicht des Vermögensstandes des Schuldners beizufügen ist. § 5 VglO erläutert dazu, daß "sämtliche Vermögensgegenstände (Aktiven) und Verbindlichkeiten (Passiven) einzeln unter Angabe ihres Betrages oder Wertes angeführt und einander gegenübergestellt werden" (§ 5 I VglO).

aa) Ihr Zweck

Die Vermögensübersicht bildet einmal für das Gericht die wesentlichste Grundlage für die Anerkennung der Angemessenheit des Vergleiches (§ 18 Ziff. 3 VglO), für die Sanierungsmöglichkeit des Betriebes (§ 18 Ziff. 4 VglO) und für die Erfüllbarkeit des Vergleiches (§ 79 Ziff. 4 VglO). Sie ist vom Vergleichsverwalter eingehend zu prüfen und stellt nicht zuletzt für den Gläubiger selbst die Grundlage für seine Entscheidung dar. Selbstverständlich macht sich der Schuldner aus ihr ein Bild über seine Lage, über die Möglichkeit, eine bestimmte Vergleichsquote zu garantieren und trotzdem seinen Betrieb, wenn auch in einer den Verhältnissen angepaßten Form, weiterzuführen. Alle Beteiligten bezeugen in gleicher Weise ihr lebhaftes Interesse für die Vermögensübersicht. Ihre Aufgabe ist es, diesen Beteiligten die erforderliche Einsicht in die Vermögenslage des Schuldners zu gestatten.

1) Vgl. de Boor: a.a.O., S. 153.

ab) Ihr Charakter

Der Gesetzgeber fordert ausdrücklich aus der Erkenntnis, daß eine Ertragsbilanz diese Aufgaben nicht erfüllen kann, eine Vermögensaufstellung. Diese stellt also keinen Rechnungsabschluß, sondern vielmehr eine unter Wahrung bestimmter Gliederungspunkte erfolgte Rechnungslegung dar.¹⁾ Die Form der Übersicht schreibt der Gesetzgeber in den §§ 5 u. 6 VglO vor.

Der Haupt Gesichtspunkt, nach dem der Vergleichsstatus zu erstellen ist, ist darin zu erblicken, daß der Vergleich unter dem Gesichtspunkte der Fortführung des Betriebes zustandekommen soll.²⁾ Ausklammern muß man jedoch die Fälle, in denen es sich um einen Erlaßvergleich und hier wiederum um einen Liquidationsvergleich handelt. Wie schon erwähnt, müssen in diesem Fall die Gegenstände, die zur Liquidationsmasse gehören sollen, unter dem Gesichtspunkte der Veräußerung angesetzt werden.

Wird ein Moratorium oder ein Quotenvergleich angestrebt, so wird die Bewertung ungleich mehr Rücksicht auf die Fortführung des Unternehmens zu nehmen haben als beim Liquidationsvergleich. In allen Fällen handelt es sich um einen Vermögensstatus. Bewertungs-sonderfragen ergeben sich aus der Möglichkeit, im Status entweder die Realisationswerte - sie kommen in der Mehrzahl aller Fälle beim Liquidationsvergleich vor - oder die Reproduktionswerte anzusetzen. Letztere sind leichter festzustellen, sie sind auch nicht mit solch hohen Unsicherheitsfaktoren belastet wie die Veräußerungswerte.³⁾

Bley⁴⁾ hebt für die Ausgestaltung der Vermögensübersicht nach Wortlaut und Zweck des Gesetzes drei Grundsätze heraus:

1. die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten müssen "einzeln" angeführt werden (Spezialisierung),
2. die Übersicht bezweckt Übersichtlichkeit über den Stand der Aktiven und Passiven (Systematisierung),
3. die rechnerische Prüfung der Angemessenheit und Durchführbarkeit des geplanten Vergleiches soll gewährleistet sein (Inventurwahrheit).

Mit Inventurwahrheit meint Bley offensichtlich die Wertwahrheit; er verlangt

1) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 328.

2) Vgl. Gerstner, Paul: a.a.O., S. 329.

3) Vgl. Gerstner, Paul: a.a.O., S. 331.

4) Vgl. Bley, Erich: a.a.O., S. 107 ff.

also eine annähernd absolute Bewertung. Die ersten beiden Grundsätze sind rein formaler Art und sollen die Durchführung des Vergleiches erleichtern. Von besonderem Interesse ist dabei die Aufgliederung des Vermögens nach frei verfügbarem und verpfändetem Vermögen. Aus der Aktivseite müssen sich die Eigentums- und Besitzverhältnisse klar ergeben.¹⁾ Die Passivseite führt die Vergleichsgläubiger und die Gläubiger, die nicht an dem Vergleichsverfahren teilnehmen, getrennt auf. Letztere sind zweckmäßig wieder einzuteilen in Aussonderungs- und Absonderungsberechtigte. Der dritte Grundsatz ist materieller Art und nimmt Bezug auf die Bewertung.

Der Zweck des Vergleichsstatus ist, um es nochmals festzustellen, die Ersichtlichmachung der Vermögensmasse, um eine beiderseitige Befriedigung zwischen Gläubiger und Schuldner im Interesse einer Unternehmungserhaltung zu erreichen. Daß dies Vermögen nicht durch eine Jahresbilanz festgestellt werden kann und aus ihr auch nicht ersichtlich ist, darf unerörtert behauptet werden. Da diese besondere Rechnungslegung nur für interne Zwecke als Basis der Vergleichsverhandlungen dient, diese also keine bilanziellen Fortwirkungen zur Folge hat, bezeichnen wir die anlässlich des Vergleiches zur Abwendung des Konkurses aufgestellte Vermögensübersicht als Status.

3. Der außergerichtliche Vergleich

Neben den beiden Arten des gerichtlichen Zwangsvergleiches kennen wir noch den von der Wissenschaft als ein wesentliches Rechtsinstitut anerkannten und von der Praxis gehandhabten außergerichtlichen Vergleich.²⁾ Neben diesen haben die Unternehmen noch die Möglichkeit, innerbetriebliche Sanierungsmaßnahmen (z.B. Zusammenlegung von Aktiven usw.) zu ergreifen, um einen Konkurs abzuwenden.

Der außergerichtliche Vergleich, der vielfach in der Öffentlichkeit überhaupt nicht in Erscheinung tritt und dessen Spielarten ebenso zahlreich sind wie sein Vorkommen, stellt eine wünschenswerte Regelung einer verantwortungsbewußten freien Vertragsfindung dar. Da es aber für den außergerichtlichen Vergleich keine Schutzklausel weder für Schuldner noch Gläubiger gibt, scheitert er oft an dem Widerstand unverständiger und selbstsüchtiger "Akkordstörer". Darin liegt auch sein wesentlicher Nachteil. Nicht zustimmende Gläubiger können jederzeit die Zwangsvollstreckung betreiben. Da es sehr schwierig ist, die Vielzahl der Gläubiger, besonders die kleinen Gläubiger, von den Vorteilen ei-

1) Vgl. Gerstner, Paul: a.a.O., S. 330.

2) Vgl. Emmerich, Hugo: a.a.O., S. 44.

nes außergerichtlichen Vergleichs zu überzeugen, werden in der Praxis oft die kleinen Gläubiger ganz befriedigt, während nur mit einer kleineren Zahl von Großgläubigern das Stillhalteabkommen und der Vergleich geschlossen werden.

a) Allgemeine Regelungen

Für den außergerichtlichen Vergleich finden sich keine gesetzlichen Regelungen. Im allgemeinen ist, da die Verwirklichung des Anspruches des Gläubigers unsicher ist, auf § 779 BGB zu verweisen.¹⁾ Der Akkord kann Stundung oder Erlaß²⁾ oder beides vorsehen. Desgleichen ist der Liquidationsvergleich zulässig.²⁾ Grundsätzlich ist die Zustimmung aller Gläubiger erforderlich, wenn nicht mit jedem einzelnen verhandelt wird. Ist der Vorschlag des Schuldners angenommen, so kann der Gläubiger nur bei wesentlicher Verschlechterung³⁾ der Vermögenslage des Schuldners von seiner Vertragszusage zurücktreten.

b) Ein klarer Status ist eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen des Vergleichs

"Die wesentlichste Voraussetzung ist ein klarer Status. Einseitige Auffassung der Verhältnisse und Beschönigungen, die sich bei größeren Unternehmungen oft finden, führen später zu doppelten Schwierigkeiten."⁴⁾ Aus dieser Erkenntnis fordert Emmerich die Erstellung von einer unparteiischen Stelle. Einmal hat dies den Vorteil, daß einseitige Betrachtungen ausgeschaltet werden können, und zum anderen wird der Autorität der Vorschläge damit mehr Gewicht beigelegt. Durchwegs werden heute Vergleichsvorschläge und besonders ihre Unterlagen von wirtschaftlich geschulten Beratern erstellt. Einem vom Schuldner selbst erstellten Status wird immer Mißtrauen entgegengebracht werden, da der durch das Vergleichsgesuch erlittene Schock das Mißtrauen wachgerufen hat. Bei der Bewertung, für die sich in der Regel der Reproduktions-

1) Vgl. Bergmann, Hermann Arthur: Der außergerichtliche Vergleich. Dissertation, Leipzig, 1909, S. 9.

2) Vgl. Mayer, Bernhard: Kommentar zur VglO. Verlag Beck, München, 1928, S. 102.

3) Vgl. Urteil v. 13. Januar 1905, 268/04 VII Hamburg, erläutert in: Juristische Wochenschrift, 1905, S. 168.

4) Siehe Emmerich, Hugo: a.a.O., S. 48.

wert empfiehlt, soll immer beachtet werden, daß das Unternehmen weitergeführt werden soll.

Wird ein außergerichtlicher Vergleich vorgeschlagen, so gilt für den Status die gleiche Regel wie für den Zwangsvergleich nach der VglO. Bei einem Stundungsgesuch wird es nach der Meinung des Verfassers neben der Aufzeigung der Vermögenslage im Status besonders auf den Hinweis einer Ertragslage ankommen. Der Status wird in diesem Falle den Anforderungen nach Aufzeigung der später zu erwartenden Liquidität Rechnung tragen müssen. Auszugliedern sind dann besonders die ausstehenden Forderungen, ihre Qualität, ihre Fälligkeit. Dazu werden sich die Gläubiger eine Übersicht über die Ertragslage verschaffen wollen. Diese kann in etwa aus den zurückliegenden Jahresbilanzen ersichtlich gemacht werden. Es wird sich nicht umgehen lassen, die nach Eingang von in absehbarer Zeit fälligen Forderungsrechten zu erwartende Liquidität und ebenso die Ertragsaussichten durch eine sachliche Begründung zu erläutern. Einer besonderen Form bedarf der außergerichtliche Vergleich nicht.¹⁾

²⁾ Fluch hat recht, wenn er betont, daß ein wohlgegliederter Status die Vorbereitung und die Durchführung des Verfahrens wesentlich erleichtert. Daß eine Bilanz die Aufschlüsse, die sich aus der Aufgabe des außergerichtlichen Vergleichs ergeben, nicht vermitteln kann, sondern nur der Status auf Grund seiner Aussagefähigkeit, die sich aus seiner völlig andersartigen Bewertung und Gliederungsmöglichkeit ergibt, soll hier besonders betont werden.

IV. Die Vermögensaufstellung für die Einheitsbewertung

In Anlehnung an die Einteilung Passows,³⁾ der die "Bilanzen", die den Vermögenswert eines Unternehmens als Ganzes ermitteln sollen, als "außerordentliche Bilanzen" bezeichnet, will Lion⁴⁾ gemäß der verschiedenen Zwecke einer Bilanz die Gewinnermittlungsbilanz als "Ertragsbilanz" bezeichnen und sie von der "Vermögensbilanz" unterschieden wissen, die aber "ihrem Wesen nach nichts anderes als eine zweite Methode der Darstellung des Reinvermögens neben der

1) Vgl. Bergmann, Hermann Arthur: a.a.O., S. 23.

2) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 90.

3) Vgl. Passow, Richard: a.a.O., S. 14.

4) Vgl. Lion, Max: a.a.O., S. 11.

Methode der Ertragsbilanz" ist. Bildet für die Besteuerung "die Handelsbilanz mit den Veränderungen, die das Steuerrecht verlangt und mit sich bringt", die Grundlage, so spricht Lion¹⁾ von einer Ertragsteuerbilanz im Gegensatz zur Vermögensteuerbilanz, die die Vermögensgegenstände als Grundlage der Besteuerung hervorhebt.

Das Nebeneinander von Ertrags- und Substanzbesteuerung mit ihren jeweilig verschiedenen Bewertungsverfahren ist geschichtlich zu erklären. "Die Grund- und Vermögensteuer sind ältere Bestandteile unseres Steuersystems als die auf der Buchführung basierende Gewinnbesteuerung."²⁾ Während die Ertragsteuerbilanz dynamischen Charakter hat, ist die Einheitsbewertung zum Zwecke der Besteuerung der Substanz statisch.

Zur äußeren Unterscheidung spricht das Steuerrecht nicht von einer "Vermögenssteuerbilanz", es verlangt eine "Vermögenserklärung" (§§ 9, 10 VStDV). Unternehmer von gewerblichen Betrieben und Angehörige der freien Berufe haben mit der Vermögenserklärung eine "Vermögensaufstellung" für die Einheitsbewertung des Betriebsvermögens anzufertigen. Die Vermögenssteuerrichtlinien bringen eine klare Begriffsabgrenzung zwischen der Steuerbilanz, die den Jahresgewinn ermitteln soll, und der Vermögensaufstellung, die die der Vermögensteuer unterliegende Substanz aufzeigen soll. Es heißt darin:

- (1) Steuerbilanz ist die für die Gewinnermittlung nach dem Einkommensteuergesetz maßgebende Bilanz. ...
- (2) Für die Vermögensbesteuerung ist eine besondere Aufstellung über die innerhalb eines Gewerbebetriebes am Stichtag vorhandenen Besitzposten und Schuldposten unter Berücksichtigung der zur Vermögensbesteuerung ergangenen Vorschriften zu machen. Diese Aufstellung wird als Vermögensaufstellung bezeichnet (§ 4 VStR vom 21.9.1954).

1. Gesetzliche Vorschriften

Bei der Vielzahl der Steuergesetze ist oft das gleiche Wirtschaftsgut bzw. die gleiche Wirtschaftseinheit Gegenstand einer mehrfachen Besteuerung.³⁾

1) Vgl. Lion, Max: a.a.O., S. 16.

2) Vgl. Bühler, Ottmar: Bilanz und Steuer, 5. Aufl., a.a.O., S. 331.

3) Vgl. Schlüter, Karl: Zur Reichsbewertung und Vermögensteuer. Verlag Bachem, Köln, 1947, S. 2.

Die nach den im Bewertungsgesetz (BewG) aufgestellten Grundsätzen ermittelten Steuerwerte haben grundsätzlich Gültigkeit, es sei denn, einschlägige Spezialgesetze, wie z.B. das EStG, erfordern aus ihrer speziellen Zwecksetzung einen anderen Wert.

In seinem ersten Teil bringt das BewG allgemeine Bewertungsvorschriften. Der zweite Teil befaßt sich mit der Einheitsbewertung für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen, für das Grundvermögen, für das Betriebsvermögen, das sonstige Vermögen sowie das Gesamtvermögen. Im Vermögensteuergesetz ist auf die nach dem BewG ermittelten Werte Bezug genommen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Fragen, wie die Steuerpflicht, die Freibeträge, die Abgrenzung des steuerpflichtigen Vermögens, Mindestbesteuerung, Veranlagung, Steuertarif und -entrichtung, ist im Vermögensteuergesetz außerdem geregelt. Die Vermögensteuerpflicht erstreckt sich bei unbeschränkt Steuerpflichtigen auf das Gesamtvermögen (§ 1 II VStG). Bemessungsgrundlage ist der Wert, der sich nach den §§ 73 bis 77 des BewG ergibt, wenn die Lastenausgleichsabgaben nach Maßgabe des § 209 LAG berücksichtigt werden (§ 4 I VStG).

2. Die Bewertung des Betriebsvermögens

Eine Gesamtheit von Wirtschaftsgütern, die von ihrem Eigentümer zu einem einheitlichen, wirtschaftlichen Zweck zusammengefaßt und anhaltend für diesen Zweck bestimmt ist, bildet eine wirtschaftliche Einheit.¹⁾ Der Gewerbebetrieb ist daher eine selbständige, nachhaltige, mit der Absicht der Gewinnerzielung unternommene Betätigung, die sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt.

Welche Wirtschaftsgüter - Wirtschaftsgut ist grundsätzlich alles, was nach der Verkehrsauffassung Gegenstand des Wirtschaftsverkehrs sein kann - einer wirtschaftlichen Einheit zuzurechnen sind, bestimmt zunächst jedenfalls der Wille des Wirtschafters durch ihre tatsächliche Widmung und Bindung zu einem gemeinsamen und einheitlichen Zweck (§ 2 BewG). Die einzelnen Teile bilden²⁾ die Wirtschaftseinheit, aber ihr Wert erscheint nur in der Zusammenfassung.

1) Vgl. Ellinger, Ludwig: Die Bewertung des Betriebsvermögens, in: Steuer und Wirtschaft, 1947, S. 375.

2) Vgl. Ellinger-Schug-Ehlers: Vermögensteuer und Einheitsbewertung. Verlag Vahlen GmbH, Berlin und Frankfurt a.M., 1954, S. 2.

Festzustellen ist der Gesamtwert der wirtschaftlichen Einheit. Er ergibt sich aus der Summe der Werte seiner einzelnen Wirtschaftsgüter, vermindert um die Schulden und die berechtigten Rücklagen des Betriebes. Die einzelnen Wirtschaftsgüter sind nach § 66 BewG mit dem Teilwert anzusetzen. "Teilwert", so definiert § 12 BewG diesen Begriff, "ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde.

Dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt."

Sind in der Steuerbilanz Teilwerte festgestellt, so werden sie ohne weiteres für die Einheitsbewertung übernommen. Für kurzlebige, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens entfällt die Bewertungsfreiheit. Sie müssen also mit ihrem Teilwert angesetzt werden. Betriebsgrundstücke, die losgelöst vom gewerblichen Betrieb dem Grundvermögen bzw. einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb zuzurechnen wären, sind mit dem gemeinen Wert bzw. mit dem Ertragswert zu bewerten.

Für Gewerbeberechtigungen ist der gemeine Wert anzusetzen. Ebenso ist für Wertpapiere und Anteile an Kapitalgesellschaften der gemeine Wert bzw. der entsprechende Steuerkurswert anzugeben. Für alle übrigen Wirtschaftsgüter gilt der Teilwert.

3. Der Charakter der Vermögensaufstellung

Für uns ist die Frage wichtig, ob man die "Vermögensaufstellung" für die Zwecke der Substanzbesteuerung als Sonderbilanz oder als Status bezeichnen kann. Die Betrachtung als "Bilanz" können wir ausschalten, da selbst im Steuerrecht festgestellt wurde, daß man unter "Bilanz" (Steuerbilanz) eine Aufstellung versteht, die den Gewinn ermittelt.

Der Zweck der Vermögensaufstellung ist darin zu sehen, für die Vermögensbesteuerung (der Einfachheit halber wird nur diese Steuerart erwähnt) das entsprechende Vermögen in seiner wertmäßigen Höhe sichtbar zu machen. Nach seiner Zwecksetzung könnte sie sowohl Sonderbilanz als auch Status sein. Wir müssen uns daher weiter fragen, ob die Vermögensaufstellung einen Ausgangspunkt für eine folgende Geschäftsperiode und damit für die Gewinnberechnung bildet oder ob sie nur eine interne Aufstellung ist, die sich "bilanziell" nicht auswirkt. Die Werte aus der Vermögensaufstellung haben für die Gewinnermittlung keine Bedeutung, da für diese spezielle Werte nach § 6 EStG

ermittelt werden müssen.

Untersuchen wir noch die Frage, ob eine "Wertfortschreibung" nicht auch eine "Wertfortführung" bedeutet, Gemäß § 21 BewG werden die Einheitswerte für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens in Zeitabständen von je drei Jahren festgestellt. Vermögensänderungen zwischen zwei Hauptfeststellungen werden, wenn die im BewG genannten Voraussetzungen vorliegen, durch "Fort-schreibung" oder "Nachfeststellung" erfaßt.

Die "Wertfortschreibung" (§ 22 BewG) ist eine ¹⁾ n e u e Feststellung des Einheitswertes gegenüber einer zeitlich vorausgegangenen Feststellung", stellen Ellinger-Schug-Ehlers fest.

§ 22 BewG sagt: Der Einheitswert wird n e u festgestellt (Wertfortschreibung) Sie ist demnach in keiner Weise abhängig von dem zuletzt festgestellten Einheitswert. Die Ursachen der Wertänderung sind steuerlich unerheblich.

Neben der Wertfortschreibung ist noch die Art- und die Zurechnungsfortschreibung zu erwähnen. Auch bei der Artfortschreibung handelt es sich um eine den nunmehr gegebenen Verhältnissen angepaßte neue Feststellung des Einheitswertes. Bei der Zurechnungsfortschreibung ist grundsätzlich der bisherige Einheitswert zu übernehmen.²⁾ Dies bedeutet aber keine Wertfortführung; das Wirtschaftsgut erscheint in einem anderen Vermögensverband. Es ist selbstverständlich, daß ein einmal richtig festgestellter Einheitswert bei Veräußerung dieses Wirtschaftsgutes seinen Einheitswert nicht ändert und daher übernommen werden muß.

Eine Nachfeststellung (§ 23 BewG) ist eine erstmalige Feststellung eines Einheitswertes. Sie erfolgt, wenn z.B. die wirtschaftliche Einheit neu gegründet wurde. Sie ist grundsätzlich eine Neufeststellung.

Die Wertfortschreibung bzw. die Nachfeststellung bedeutet keine Wertfortführung. Grundsätzlich wird beim Vorliegen der gesetzlich geforderten Voraussetzungen der Einheitswert neu festgestellt. Ausgenommen ist die Zurechnungsfortschreibung. Doch auch sie bedeutet keine Wertfortführung, da der Gegenstand bzw. dessen Einheitswert in einem anderen Vermögensverband auftaucht.

Wir können daher mit Recht behaupten, daß die Vermögensaufstellung einen Status darstellt, der zwar nicht unbedingt nur intern aufgestellt wird, der aber

1) Vgl. Ellinger-Schug-Ehlers: a.a.O., S. 46.

2) Vgl. Ellinger-Schug-Ehlers: a.a.O., S. 47.

keine Fortwirkung auf das betriebliche Rechnungswesen und damit keine "bilanzielle" Fortwirkung hat.

V. Der Kreditstatus

Fluch¹⁾ erwähnt die Einteilung in Kreditgewährung im Vertrauen auf die Person des Unternehmers, wobei Sicherheiten nicht gefordert werden und die Kreditgewährung, die von der Stellung eines Pfandes, das verschiedener Art sein kann, abhängig gemacht wird. Vor der Kreditgewährung will der Kreditgeber zu seiner Sicherheit Einblick in die Vermögensverhältnisse des Kreditnehmers haben.

Falter²⁾ betont, daß sich die Prüfung des Kredits mit der persönlichen Kreditwürdigkeit des Antragstellers, mit dem Wert der angebotenen Sicherheit und mit der Beurteilung des Kredits³⁾ nach allgemein wirtschaftlichen Grundsätzen befassen müsse. Obst-Hintner³⁾ schreiben ebenfalls, daß die persönliche Kreditwürdigkeit des Antragstellers für den Kreditgeber wesentlich ist. Die Bank wird aus diesem Grund seine Verhältnisse genau prüfen. Der Kreditgeber hat nach Severing⁴⁾ ein großes Interesse daran, über den Charakter und die geschäftlichen Fähigkeiten, außerdem "natürlich auch über die Vermögenslage seines Geschäftsfreundes richtig unterrichtet zu werden."

Die Angaben über die Vermögenslage - zusammengefaßt zu einer Vermögensübersicht - sind dann verhältnismäßig leicht beizubringen, wenn der Antragsteller eine Privatperson oder vielleicht nur ein kleiner Geschäftsmann ist. Des-
sen Vermögensverhältnisse lassen sich meist gut übersehen, zumal dann noch, wenn der Kreditnehmer, wie es in ländlichen Bezirken meist der Fall ist, persönlich gut bekannt ist. Besonders bei kleinen und mittleren Bankinstituten oder bei Zweigstellen verfügt der Leiter oder sonst ein verantwortlicher Beamter, der schon längere Zeit an diesem Platz tätig ist, zwangsläufig über

1) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 68.

2) Vgl. Falter, Manuel: Die Praxis des Kreditgeschäfts bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten. Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart, 1955, 3. Aufl., S. 194.

3) Vgl. Obst-Hintner: Geld-, Banken- und Börsenwesen: Verlag Poeschl, Stuttgart, 34. Aufl., 1955, S. 398.

4) Vgl. Severing, K.: Der Kreditverkehr. Verlag Girardet, Essen, 1950, S. 104.

eine ausreichende Kenntnis der Personen bzw. der ortsansässigen Firmen. Unter diesen Umständen kann sogar auf die Beibringung von Unterlagen verzichtet werden. In der Regel wird der Leiter oder der Beamte dem Kreditantrag eine entsprechende Auskunft beifügen.

Weit schwieriger ist es, bei größeren Unternehmen eine Übersicht über die Vermögenslage zu erhalten. Neben den Bilanzen der drei letzten Jahre, die nach Möglichkeit den Bestätigungsvermerk eines Wirtschaftsprüfers tragen sollen, wird der Kreditantrag zweckmäßig auch eine Vermögensübersicht, "den neuesten Status des Unternehmens, ebenfalls mit Unterschrift¹⁾ des Antragstellers und des Buch- oder Wirtschaftsprüfers", enthalten müssen.

Meist ist es in dem Verlangen des Kreditgebers klar ausgedrückt, daß neben der Bilanz ein Status des Unternehmens gewünscht wird. Ob dieser nur einer allgemeinen Vermögensübersicht dienen soll oder ob er die Betriebsstruktur in vermögensrechtlicher Hinsicht oder ob er einen Überblick über den Grad der Verschuldung des Unternehmens ersichtlich machen soll, ergibt sich aus dem Fragebogen, den die Banken für diese Zwecke meist bereithalten. Dieser Status kann also je nach dem Begehren des Kreditgebers verschieden ausgerichtet sein. Doch versuchen wir das Gemeinsame herauszuarbeiten.

Die für uns entscheidende Frage lautet: Bildet der Kreditstatus den Ausgangspunkt für eine nun beginnende neue Geschäftsperiode, oder ist er tatsächlich nur eine einmalige Rechnungslegung?

Der Kreditstatus wird nur aus dem Anlaß des Kreditbegehrens aufgestellt. Er wirkt sich bilanziell nicht aus; er berührt die Buchhaltung überhaupt nicht. Der Kreditstatus ist damit tatsächlich in die Kategorie des Status einzuordnen.

Zu bemerken ist noch, daß der jeweilige Sonderzweck des Status für unsere Untersuchungen belanglos ist. Das spezielle Ergebnis, das der Kreditgeber zu sehen wünscht, ergibt sich nur aus einer entsprechenden andersartigen Aufgliederung der Vermögenszahlen, die durch besondere Bemerkungen bzw. in Vorspalten die verlangte Auskunft zu geben vermögen.

Das bilanzmäßig zusammengestellte Zahlenwerk verliert deswegen seinen Charakter als Status nicht. Im Gegenteil: Darin besteht neben der Ausweisung der Vermögenslage sein besonderer Vorteil gegenüber der in allen Bilanzpositionen zweckgebundenen Jahresbilanz.

1) Vgl. Falter, Manuel: a.a.O., S. 195.

Der Status an sich besagt aber noch nichts über seinen Wahrheitsgehalt. Wird er in diesem Fall vom Unternehmer selbst erstellt, so wird dieser naturgemäß seinen Vermögensstand so schildern, daß er ein möglichst hohes Darlehen erhalten kann und für dies mit seinen, wenn auch vielleicht unbewußt höher bewerteten Vermögensteilen nach seiner Ansicht genügend Sicherheit bietet. Der Kreditgeber wird diesen verständlichen, menschlichen Schwächen entsprechend Rechnung tragen. Wird der Status dagegen von einem sachkundigen Dritten erstellt, der die Gewähr dafür bietet, daß er die Vermögensgegenstände nicht mit der "Betriebsbrille" sieht, so steigt sein Aussagewert beträchtlich. Der Status ist in entsprechender Weise zu erläutern. In einem Bericht sind die Gründe für die Wahl der Bewertung darzutun. In der Regel stellt man bei lebenden Unternehmungen eine Verbindung mit dem Beschaffungsmarkt her (Reproduktionswert). Liegt das Schwergewicht der Betonung auf der Sicherheitsleistung für den hingegebenen Kredit, so kann u.U. der Realisationswert angebracht erscheinen. Diese Verbindung mit dem Absatzmarkt bringt jedoch größere Unsicherheitsfaktoren mit in die Rechnung. Der Status kann in diesem Fall auf eine ergänzende Berichterstattung nicht verzichten.

VI. Zusammenfassende Schlußbetrachtung über den Status

Die aufgeführten Beispiele scheinen wahllos in diesem Hauptabschnitt (Status) zusammengefaßt zu sein. So stehen neben Vermögensaufstellungen, die Sanierungsmaßnahmen durch die Gläubigerseite einleiten, auch solche, die einen Veräußerungspreis für ein ganzes Unternehmen oder ebenso für die einzelnen Vermögensteile desselben aufzeigen sollen. Desgleichen finden sich Aufstellungen, die das Vermögen ausweisen sollen, da dieses die Grundlage für eine Reihe von direkten Steuern abgeben soll. Dabei erhebt dieser Hauptabschnitt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit.

Konnten wir als kurze zusammenfassende Betrachtung über die Sonderbilanzen als Hauptwesensmerkmale herausstellen, daß sie einmal Vermögensaufstellungen sind, als solche aber durchaus nicht isoliert dastehen, sondern vielmehr die folgenden Wirtschaftsperioden durch ihre Werte beeinflussen, da sie am Beginn eines neuen Rechnungsabschnittes stehen, so müssen wir für die Stati feststellen, daß auch sie Vermögensaufstellungen sind, diese jedoch im Gegensatz zu den Sonderbilanzen außerhalb des betrieblichen Rechnungswesens stehen. Sie haben in ihrer Gesamtheit grundsätzlich keine "bilanziellen" Fort-

wirkungen. Dieser Hauptunterschied, dem bei der Bewertung Rechnung getragen wird, rechtfertigt eine Unterscheidung in Sonderbilanz und Status.

D. Zusammenfassung

Wir hatten uns vorbehalten, als Abschluß eine Gesamtschau über Sonderbilanz und Status zu bringen. Wir werden dabei zwischen beiden sehr viele und nicht nur nebensächliche Berührungspunkte feststellen. Dies ist nicht weiter verwunderlich; denn Sonderbilanz und Status sind ihrem Wesen nach Vermögensaufstellungen. Ein Unterschied ergibt sich zwischen beiden nur aus ihrer verschiedenen Zwecksetzung. So weist eine Sonderbilanz dasjenige Vermögen aus, das die Grundlage bildet für eine beginnende Erfolgsperiode. Sie steht immer am Anfang jeder Totalrechnung und damit am Anfang jeder Buchhaltung.

Die Tatsache, daß sie mit der Buchhaltung verbunden ist, darf uns nicht dazu verleiten, in ihr eine Jahresbilanz zu sehen. Bilanz und Sonderbilanz sind in ihrem Wesen grundverschieden.

Der Status ist ebenfalls eine Vermögensaufstellung. Er steht aber grundsätzlich außerhalb des betrieblichen Rechnungswesens.

Zunächst werden wir im folgenden Abschnitt eine Reihe gemeinsamer formeller Merkmale von Status und Sonderbilanz hervorheben können. Im weiteren Verlauf sollen die zweckbedingten Unterschiede zwischen Sonderbilanz und Status aufgezeigt werden.

Eine Hauptschwierigkeit besteht darin, aus der Vielgestaltigkeit des Untersuchungsfeldes allgemein Gültiges festzustellen. Neben den dauernden, durch die Dynamik des Wirtschaftsablaufes begründeten Wandlungen, sind insbesondere die unzähligen subjektiven Einflüsse zu beachten. Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, zu Bewertungsfragen im einzelnen Stellung zu nehmen. Diese können nur an Hand eines konkreten Falles zergliedert werden.

I. Abgrenzung der Sonderbilanz und des Status von der Bilanz

Sonderbilanz und Status sind Vermögensaufstellungen und haben daher in ihrem äußeren Aufbau manche gleiche Züge.

1. Erstellung von Sonderbilanz und Status nur bei Eintritt eines bestimmten Ereignisses

Allen diesen Aufstellungen gemeinsam ist die Tatsache, daß sie relativ selten vorgenommen werden. Normalerweise werden sie - wenn überhaupt - nur einmal im Laufe des Lebens einer Betriebswirtschaft aufgestellt.

Ist die Bilanz jeweils periodisch zu erstellen, so bedeutet es geradezu ein Charakteristikum von Sonderbilanz und Status, daß sie "außerterminlich"¹⁾ aufgestellt werden. Heißt es in § 39 II HGB noch: "Er hat demnächst für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres ein solches Inventar und eine solche Bilanz aufzustellen. Die Dauer des Geschäftsjahres darf 12 Monate nicht überschreiten", so finden wir für Sonderbilanz und Status überhaupt keine zeitliche Regelung. Wann sie aufgestellt werden müssen, ergibt sich in der Regel aus den das entsprechende Wirtschaftsereignis begleitenden gesetzlichen Rahmenvorschriften im Zusammenhang mit ihrer wirtschaftlichen Auslegung.

Da die Erstellung von Sonderbilanz und Status grundsätzlich von dem Eintritt eines bestimmten Ereignisses abhängt, ein solches in der Regel nicht periodisch einzutreten pflegt, können wir ihre "Einmaligkeit" als charakteristisches Wesensmerkmal hervorheben.

Sollte das gleiche Wirtschaftsereignis bei demselben Unternehmen eine nochmalige Aufstellung erforderlich machen, so ist das Merkmal der Einmaligkeit dadurch nicht gefährdet. Sie sind grundsätzlich ihrem wertmäßigen Inhalt nach verschieden und haben, wie noch erwähnt wird, keinerlei wertmäßige Beziehungen zu den Aufstellungen, die zu einem früheren Zeitpunkt zu demselben Zweck angefertigt wurden.

2. Vermögensaufstellungen sind Zeitpunktrechnungen

Man kann die Jahresbilanz letzten Endes als eine Zeitraumrechnung bezeichnen. Sie zeigt zwar selbst auch nur einen Zustand - man könnte ihn als "handelsbilanziellen" Zustand bezeichnen, da sich die in der Bilanz stehenden Restwerte aus der Verfolgung des Bilanzzweckes ergeben -, jedoch wird durch Vergleich mit der entsprechenden Eröffnungsbilanz ein positiver oder negativer Erfolg festgestellt. Aus diesem Vergleich schließt man auf die innerhalb der Periode statt-

1) Vgl. Gerstner, Paul: a.a.O., S. 321 (Bilanzanalyse).

gefundenen Bewegungen.¹⁾ Wall²⁾ erkennt der Bilanz ebenfalls die Eigenschaft einer Zeitraumrechnung zu. Die Bilanz ist nach ihm "ein aus der Entwicklung des Betriebes abgeleitetes Augenblicksbild zwischen Vergangenheit und Zukunft". Sonderbilanz und Status sind absolute Zeitpunktbetrachtungen, wenn auch die Sonderbilanz Grundlage für eine später erfolgende Gewinnermittlung bildet. Diese Tatsache findet bei der Bewertung ihre Berücksichtigung.

3. Anwendung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Sonderbilanz und Status

Ist die Bilanz die Krönung des kaufmännischen Rechnungswesens, so werden Sonderbilanz und Status unabhängig von der Buchhaltung aufgestellt. Ausgangspunkt für ihre Aufstellung ist nur ein genau aufgenommenes Inventar. Die Buchwerte können nicht herangezogen werden. Das bedeutet aber nicht, daß man die Go Buchf. nicht auch auf sie anzuwenden hätte. Diese sind das ungeschriebene⁴⁾ Recht, nach dem ehrbare Kaufleute ihre Bücher zu führen gewohnt sind. Wie schon eingangs erwähnt, schließen⁵⁾ die Go Buchf. die Go Bil. mit ein. In einer Reichsfinanzhof-Entscheidung⁶⁾ heißt es, die kaufmännische Routine dürfe keinen Mißbrauch und auch keine Unsitte darstellen.

Nach der Ansicht des Verfassers darf man die Go Buchf. nicht zu formell auslegen. Sie sind ein kaufmännischer Grundgedanke und beinhalten materiell die kaufmännische Sorgfaltspflicht und das kaufmännische Rechtsdenken. In diesem materiellen Sinn möchte der Verfasser die Go Buchf. auch für Sonderbilanz und Status angewendet wissen. Go Buchf. im formellen Sinn - bezogen auf die Erstellung der Sonderbilanz und des Status - kann man nicht feststellen. Adler,⁶⁾ der eine erhebliche Anzahl von veröffentlichten Abwicklungsbilanzen oder ihm sonst zur Verfügung gestellte Unterlagen durchgesehen hat, kommt zu dem Ergebnis, daß man bei Abwicklungsbilanzen von keinen festliegenden Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sprechen kann. Das-

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 12. Aufl., S. 27.

2) Vgl. Wall, Fritz: a.a.O., S. 12.

3) Vgl. Ebenso: Fluch, Kurt: a.a.O., S. 42.

4) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 80.

5) Vgl. Reichssteuerblatt 1933, Nr. 336, S. 372.

6) Vgl. Adler, Hans: a.a.O., S. 23.

selbe gilt nach der Ansicht des Verfassers für alle Sonderbilanzen und Stati. Diese Aufstellungen sind in der Tat relativ selten und zudem in ihren Erscheinungsformen so vielfältiger Art, daß man bis jetzt noch von keinen Go Buchf. sprechen kann. Dem materiellen Inhalt der Go Buchf. - Sorgfaltspflicht und Pflicht zur Wahrheit - kommt um so größere Bedeutung zu. Sie sind ein Wesensmerkmal aller Vermögensaufstellungen. Sie können als meist einzige gesetzliche Bestimmungen, die bei der Erstellung dieser wirtschaftlichen Zahlenwerke anzuwenden sind, angesprochen werden.

4. Bestandsaufnahme, ein Erfordernis für Vermögensaufstellungen

Die Bestandsaufnahme ist ein von der Buchführung im engeren Sinne losgelöster Akt. Sie steht, wie schon erwähnt, zwischen Buchführung und Bilanz und ergänzt diese nach der tatsächlichen Seite. Welche Stellung nimmt die Bestandsaufnahme bei Sonderbilanz und Status ein? Ist sie überhaupt erforderlich?

Nicht in allen Fällen verlangt der Gesetzgeber in seinen Rahmenvorschriften auch eine Bestandsaufnahme. Kann daraus geschlossen werden, daß sie nur in einigen Fällen erforderlich ist?

Für den Status und die Sonderbilanz, die beide nicht auf eine Buchführung zurückgreifen, ist die Inventur überhaupt die Grundvoraussetzung für ihre Erstellung. Aus dem dem jeweiligen Zweck entsprechend zusammengestellten Inventar werden die Werte für die Sonderbilanz bzw. für den Status übernommen. Es bedeutet daher eine grundsätzliche, unentbehrliche Vorarbeit.

Soweit diese wertmäßige Bestandsaufzeichnung gesetzlich gefordert wird, unterliegt dies keinem Zweifel. Jedoch auch in den Fällen, in denen die Erstellung einer Sonderbilanz oder eines Status aus meist internen Überlegungen heraus erforderlich ist, möchte der Verfasser die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme aus der Sorgfaltspflicht des Kaufmanns heraus - sei es der Öffentlichkeit oder einem beschränkten Kreis von Beteiligten gegenüber - folgern. Das Inventar hat hier jedoch keine Kontrollfunktion wie bei der Bilanz. Eine solche ist bei Sonderbilanz und Status nicht erforderlich. Beide sind lediglich eine Zeitpunktrechnung. Die Notwendigkeit einer Kontrolle ergibt sich nur aus der Berücksichtigung eines Zeitraumes.

Konnten wir bei der Bilanz feststellen, daß die Buchhaltung Voraussetzung für die Bilanzerstellung ist, so müssen wir für Sonderbilanz und Status hervorheben, daß allein die Bestandsaufnahme die Voraussetzung für ihre Erstellung

ist. Fluch¹⁾ bezeichnet den Status sogar als "komprimierte Inventur". Sie hat den erheblichen Vorteil, daß sie alle Statusposten erfassen läßt, was man von der Buchhaltung wegen ihrer Unvollständigkeit nicht behaupten kann.

5. Identität und Kontinuität sind nicht erforderlich

Sind Bilanzidentität und Bilanzkontinuität Forderungen, deren Erfüllung eine Gliedhaftigkeit der Bilanzen untereinander erreichen läßt, so brauchen wir uns hier nur die Frage zu stellen, ob eine Gliedhaftigkeit bei Vermögensaufstellungen gefordert ist.

Eingangs erwähnte der Verfasser schon, daß Sonderbilanz und Status keine Periodenabrechnung darstellen. Sie stehen nicht am Abschluß eines natürlichen oder gesetzlichen Rechnungsabschnittes. Sie werden erstellt, wenn das entsprechende Ereignis eintritt. Werden sie zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal errichtet, so stehen sie in keinem Zusammenhang mit ihrer früheren Aufstellung. Dies ist gar nicht erforderlich, da es sich ausschließlich um Zeitpunktbetrachtungen handelt. Im Vergleich mit einer gleichen früheren Aufstellung soll dabei kein Erfolg festgestellt werden. Sonderbilanz und Status sind auch nicht organisch in das betriebliche Rechnungswesen eingebettet. Ausgenommen sind allerdings die Sonderbilanzen und die "Schlußrechnung". Darf die Bilanz die betriebliche Rechnungslegung nicht unterbrechen, um das Weiterlaufen der Betriebsfunktion durch eine ununterbrochene Fortführung der Werte zu gewährleisten, so berührt der Status das betriebliche Rechnungswesen grundsätzlich überhaupt nicht. Die Sonderbilanz liefert allerdings die Grundlagen für die beginnende Totalrechnung. Sie wird aber nicht von einer kaufmännischen Rechnungslegung bestimmt und gestaltet; im Gegenteil, die Sonderbilanz bestimmt mit ihren Ausgangswerten das folgende Rechnungswesen.

Eine Identität für eine einmalige Aufstellung scheidet ebenfalls aus.

Aus eben denselben Gründen müssen wir für Sonderbilanz und Status auch eine Forderung nach "Kontinuität" ablehnen.

Für Sonderbilanz und Status gibt es keinen "gleichbleibenden" Stichtag. Das "Außerterminliche", stellten wir fest, ist ein Charakteristikum derartiger

1) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 42.

Aufstellungen. Ein gleichbleibendes Schema kennen wir für diese nicht. Es gibt für ihre Erstellung keinen gesetzlichen Rahmen, in den sie hineingezwängt werden müßten. Ihre Aufgliederung ergibt sich allein aus ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecksetzung. Bei der Bilanz beschränken sich die Gliederungsmöglichkeiten auf die Einteilung nach der betrieblichen Aufgabe, während die Gliederungsmöglichkeiten für Vermögensaufstellungen viel größer sind. So kann man nach dem betrieblichen Aufbau, nach der rechtlichen Struktur¹⁾, nach der Gesamtliquidität gliedern, um nur einige Möglichkeiten zu nennen.

Eine materielle Kontinuität können wir aus dem angeführten Grunde der Einmaligkeit verneinen.

6. Die Wahrheit, ein Erfordernis für Sonderbilanz und Status

Wir stellten für die Bilanz die Bilanzwahrheit als wesentliches Merkmal heraus. Diese Wahrheit unterteilten wir in eine formelle und eine materielle. Erstere beinhaltet die von manchen Autoren geforderte Bilanzklarheit.

Auch für Sonderbilanz und Status müssen wir die Forderung nach Klarheit erheben. Hier wird allerdings eine durch den jeweiligen Zweck bestimmte Aufgliederung verlangt. Die Klarheit der Aufstellung und dazu eine wohldurchdachte Gliederung erleichtern wesentlich die Vorbereitung und die Durchführung des jeweiligen Verfahrens. Daß die Aufführung aller Vermögens- und Schuldposten vollständig sein muß, folgern wir bereits aus der Sorgfaltspflicht des Kaufmanns. Auch diese Vollständigkeit unterscheidet sich von der "Bilanzvollständigkeit". Allgemein kann gesagt werden, daß in den Bilanzen nicht immer alle Vermögensteile peinlich genau aufgeführt sind. Dies erklärt sich daraus, daß die Bilanz den Erfolg ermitteln will und daher einzig und allein von diesem Standpunkt aus die einzelnen Vermögensgegenstände beurteilt. Erinnert sei an die vorzeitig abgeschriebenen kurzlebigen Wirtschaftsgüter. Sonderbilanz und Status sollen dagegen alle zum betreffenden Zeitpunkt vorhandenen materiellen und auch immateriellen Vermögensteile enthalten.

Will man die Vollständigkeit bei der Bilanz als eine relative bezeichnen, so muß man für Status und Sonderbilanz eine nach Möglichkeit absolute Vollständigkeit fordern. Ob allerdings auch die immateriellen Güter in die Aufstellung

1) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 44.

mit hereingenommen werden müssen, das entscheidet der jeweilige Zweck der Aufstellung.

II. Materielle Probleme der Sonderbilanz

Wir haben die Gründungs-, die Umwandlungs-, die DM-Eröffnungs-, die Abwicklungs- und die Sanierungsbilanzen als Sonderbilanzen bezeichnet. Sie unterscheiden sich vom Status dadurch, daß sie die Grundlage bzw. den Gegenpol für die nachfolgende Gewinnberechnung bilden. Sie haben grundsätzlich eine gewisse Bilanzfunktion. Daher wurde auch schon rein äußerlich der Ausdruck Sonder-"Bilanz" gewählt. Eine "Bilanz" erfordert im Hinblick auf ihr Endziel eine zweckentsprechende Begrenzung.

Wir können grundsätzlich in den angeführten Sonderbilanzen "Eröffnungsbilanzen" erblicken. Bei der Eröffnungs- und bei der DM-Eröffnungsbilanz leuchtet dies ohne weiteres ein. Doch ebenso leiten die Umwandlungs-, die Abwicklungs- und die Sanierungsbilanzen eine völlig neue Geschäftsperiode ein, die mit dem vorher gegangenen Abschnitt grundsätzlich nicht zusammenhängt. So beginnt mit der Umwandlung nach dem UmwG, wie nirgends bestritten wird, ein neues Unternehmen. Mit der Abwicklung beginnt ein neuer Betriebszweck. Diese Bilanz fällt allerdings insofern aus dem Rahmen, als der folgende Betriebszweck nicht Gewinnermittlung sondern ausschließlich Vermögensverteilung ist. Damit bleibt sie doch eine Eröffnungsbilanz für eine neu beginnende Periode. Mit der Sanierung wird eine neue Grundlage für ein in seiner Struktur verändertes Unternehmen geschaffen. In diesen Sonderbilanzen finden wir die Grundlagen für eine nunmehr in irgend einer Weise veränderte Geschäftslage.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß zum Beginn einer Totalrechnung eines Unternehmens eine Aufstellung stehen muß, die aufzeigt, welche Vermögens- und ebenso Schuldteile in dem neuen Unternehmen arbeiten.

Die Sonderbilanzen sollen dem Unternehmer den notwendigen Einblick in seine Ausgangsposition gewähren. Sie geben ihm Aufschluß über die tatsächliche Struktur des Betriebes. Da eine Bilanz mit einer zweisehaligen Waage zu vergleichen ist, wobei in den beiden Schalen nicht Waren und Gewichte abgewogen werden, sondern Güter und Rechte von bestimmtem Wert sich gegenüberstehen,¹⁾

1) Vgl. Gerstner, Paul: a.a.O., S. 3.

ist das Bilanzproblem in erster Linie ein Bewertungsproblem.¹⁾

Bei der Jahresbilanz konnten wir feststellen, daß es sich um relative Werte handelt, um Werte, die vom Bilanzzweck in ihrer Höhe mitbestimmt werden. Welche Werte müssen nun in Sonderbilanzen stehen?

Die Problemkreise der Bewertung sind für alle Sonderbilanzen im Grunde genommen gleich. Verschieden ist lediglich die Formulierung ihres Problems. So bildet bei Sonderbilanzen, die am tatsächlichen Beginn eines Unternehmens stehen, der Anschaffungs- oder der Zeitwert das Problem, während bei Sonderbilanzen, die einen Trennungsstrich zwischen einem alten und nunmehr neuem Unternehmen darstellen, das Problem in der Frage Wertfortführung oder Neubewertung zu erblicken ist.

1. Das Problem Anschaffungswert - Zeitwert

a) Gesetzliche Vorschriften

Wie schon erwähnt, verlangt der Gesetzgeber für den Beginn eines Handelsgewerbes die Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Im Gesetzestext wird nicht zwischen Eröffnungs- und Schlußbilanz unterschieden. In § 39 II HGB heißt es: Er hat demnächst für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres ein solches Inventar und eine solche Bilanz aufzustellen. ...

Nach Trumplers Ansicht²⁾ beruhen auf diesem Irrtum die Bestimmungen des § 40 II u. III des HGB. Das Aktiengesetz sieht für die Eröffnungsbilanz überhaupt keine Regelung vor. Lediglich für die Abwicklungseröffnungsbilanz hat der Gesetzgeber verfügt, daß die Vorschriften über den Jahresabschluß sinngemäß gelten (§ 211 II AktG). In § 211 III AktG sind die §§ 131 - 133, 135 - 141 über die Wertansätze in der Jahresbilanz, über die Gliederung und die Prüfung des Jahresabschlusses ausdrücklich aufgehoben. Damit sind die Vorschriften des HGB für die Bewertung zu beachten.³⁾

Hintner untersuchte die Motive, die zur Bestimmung des § 40 führten und kam zu dem Ergebnis, daß der preussische Entwurf es vermeiden wollte, sich über

1) Vgl. Ebenso: Hinter, Otto: a.a.O., S. 234.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 410.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 927.

den Bewertungsgrundsatz zu äußern,¹⁾ während die beiden österreichischen Entwürfe sich etwas näher mit dem Wertansatz befaßten. Aus diesen verschiedenen Entwürfen entstand Art. 31 des AHGB: "Bei der Aufnahme des Inventars und der Bilanz sind sämtliche Vermögensstücke und Forderungen nach dem Werte anzusetzen, welcher ihnen z.Zt. der Aufnahme beizulegen ist. Zweifelhafte Forderungen sind nach ihrem wahrscheinlichen Werte anzusetzen, uneinbringliche Forderungen aber abzuschreiben". Rieger²⁾ verweist darauf, daß es in Art. 31 AHGB nicht objektiv heißt: "Die Vermögensgegenstände sind mit dem Werte anzusetzen, den sie h a b e n", sondern es heißt ausdrücklich subjektiv: "..., der ihnen b e i z u l e g e n ist".

Die subjektive Fassung wurde der objektiven vorgezogen, da der Gesetzgeber keinen bestimmten Wert als d e n Bilanzwert vorschreiben wollte.³⁾ Er ergibt sich vielmehr aus den Gepflogenheiten ordentlicher Kaufleute. Eine Reichsgerichtsentscheidung⁴⁾ stellte fest, daß bei der Bewertung immer die Art entscheidend ist, wie ein ordentlicher Kaufmann verfährt. Hintner kommt zu der Ansicht, daß der Gesetzgeber keinen bestimmten Wert als Bilanzansatz vorschreiben wollte. Deshalb bestimmte er, daß die Gegenstände zu dem Wert anzusetzen sind, der ihnen von einem ordentlichen Kaufmann nach richtigen wirtschaftlichen Grundsätzen beigelegt wird.⁵⁾ Das Wertproblem ist damit eindeutig zu einem wirtschaftlichen Problem geworden. Es bleibt der fachwissenschaftlichen Interpretation überlassen, festzustellen, wie der Kaufmann zu bewerten habe, um den gesetzlichen Vorschriften für die Bilanzierung - wir wollen erweitern für die Sonderbilanz und ebenso den Status - nachzukommen.⁶⁾ Der wirtschaftlich vertretbare Wertansatz ist auch rechtlich zulässig.

Nach der Meinung des Verfassers ist § 40 HGB als Grundsatz für die Bewertung bei Eröffnungsbilanzen heranzuziehen. In der Praxis werden oft die Rahmenvorschriften des § 133 AktG angewendet, teilweise sucht man Kompromißlösungen.

Welche Bewertung erscheint für die Sonderbilanzen die zutreffende zu sein?

1) Vgl. Hintner, Otto: a.a.O., S. 240.

2) Vgl. Rieger: Einführung in die Privatwirtschaftslehre: a.a.O., S. 221.

3) Vgl. Hintner, Otto: a.a.O., S. 244.

4) Vgl. RGZ 91/408, S. 411.

5) Vgl. Hintner, Otto: a.a.O., S. 248.

6) Vgl. Hintner, Otto: a.a.O., S. 248.

Wird man für sie die entsprechenden Rahmenvorschriften anwenden können? Wir betonten ausdrücklich, daß das kaufmännische Grundgesetz - Go Buchf. - auch für die Sonderbilanz gilt. Der Kaufmann hat hier besonders mit Sorgfalt die Werte einzusetzen, die zu einer wirtschaftlich vertretbaren und damit zu einer rechtlich zulässigen Vermögensaufstellung führen.

b) Stellungnahmen in der Literatur

In der Literatur hat man sich mit Eröffnungsbilanzen sehr wenig befaßt, zumindest keine Stellung dazu genommen. Das mag daran liegen, daß man bei ihrer Erstellung keine Schwierigkeiten sah, da immer das Vermögen nach jener Form und Quelle ausgewiesen werden soll und Bewertungsfragen, so wie sie bei Sachgründungen aufzutreten pflegen, in der Regel von den Gründungsprüfern bereinigt werden. Bei reinen Geldgesellschaften, bei denen keine besonderen Gründungslasten übernommen worden sind, zeigt die Eröffnungsbilanz evtl. nur drei Posten: das Aktienkapital, die geleisteten Einzahlungen bzw. die Ansprüche gegen die Aktionäre auf Leistung der fehlenden Einzahlungen. Aufstellungen zu außerhalb des betrieblichen Rechnungswesens stehenden Sonderzwecken benötigte man zudem verhältnismäßig selten. Die Lösung von evtl. dabei auftretenden Streitigkeiten blieb daher, verhältnismäßig unbeeinflußt von einer wirtschaftswissenschaftlichen Interpretation, den Gerichten zur Entscheidung überlassen. Diese stellten ihre Betrachtungen regelmäßig auf den von Ertragsaussichten unbeeinflußten Vermögenswert, im allgemeinen auf den Zeitwert ab.

Nach Rehm¹⁾ ist die Eröffnungs- oder Eingangsbilanz eine "Jahresrechnungsbilanz", da sie "die Grundlage nicht etwa für die Schlußbilanz des Geschäftsbetriebes, für die Liquidationsbilanz, sondern nur für den Schluß des ersten Geschäftsjahres" ist. Im Zweifel darf daher - nach Rehm - angenommen werden, daß sie denselben Vorschriften wie die Jahresschlußbilanz untersteht.

Simon²⁾ stellt fest, daß das Gesetz keine besonderen Vorschriften über die Eröffnungsbilanz der Aktienvereine enthalte. Es verlange keine Genehmigung durch die "Generalversammlung". Die ständige Praxis überlasse die Feststellung dem Vorstand bzw. den persönlich haftenden Gesellschaftern. Der Eröffnungsbilanz komme regelmäßig nur eine rein rechnerische Bedeutung zu. Als

1) Vgl. Rehm, Hermann: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften. Schweitzer-Verlag (Arthur Sellier) München, 1903, S. 18.

2) Vgl. Simon, Hermann Veith: a.a.O., S. 105.

Wert kommt bei Simon offenbar der durch "Übung des redlichen Handelsstandes" gebräuchliche Wert in Frage. Simon macht keinen Unterschied zwischen den Wertansätzen in der Jahres- und in der Eröffnungsbilanz.

Die Einstellung von Rehm und Simon ist verständlich. Einen Unterschied zwischen "Ertrags- und Vermögensbilanz" machte man nicht. Somit ergab sich auch keine Notwendigkeit, eine unterschiedliche Behandlung zu fordern.

Da für die Abwicklung die Vorschriften für die Jahresbilanz sinngemäß gelten (§ 211 V AktG), möchte Trumpler annehmen, daß auch für die Eröffnungsbilanzen - er spricht immer von Gründungseröffnungsbilanzen - das gleiche gilt.¹⁾ Sinngemäß soll nach Trumpler wie folgt verfahren werden: Die Bewertungsbestimmungen (§ 133 Ziff. 1 - 3 AktG) sind insoweit anzuwenden, als die Vermögensgegenstände nicht über ihren Anschaffungswert zu stehen kommen.²⁾ "Die Ansetzung eines höheren Wertes", so begründet Trumpler²⁾ seine Ansicht, "würde die Realisierung eines Gewinns bedeuten, der nicht erzielt worden ist, da die geschäftliche Tätigkeit erst mit der Aufstellung der Bilanz beginnt". Dagegen können Gegenstände unter ihrem Wert angesetzt werden; dies würde nur eine Bildung stiller Rücklagen bei Beginn oder die Realisierung eines Verlustes vor Beginn des Geschäftsbetriebes bedeuten. Bis zu diesem Punkt vertritt Trumpler nichts anderes wie die Höchstwertvorschriften des AktG. Nun verneint Trumpler allerdings in den Fällen, in denen der Anschaffungswert seit der Anschaffung bis zum Zeitpunkt der Aufstellung gesunken ist, die Möglichkeit, diesen anzusetzen. Er verlangt hier ausdrücklich gemäß § 40 II HGB den Zeitwert. Er verfißt damit ein Niederstwertprinzip auch für die Güter des Anlagevermögens. Zur Begründung seiner Aussage, daß der Wert im Zeitpunkt der Aufstellung nicht überschritten werden darf, verweist er noch darauf, daß bei Sachgründungen sich die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie die Gründungsprüfer darüber zu äußern haben, ob die Werte der eingelegten oder übernommenen Gegenstände angemessen sind (§ 26 I Ziff. 2 AktG). Das Gericht kann die Eintragung der Gesellschaft ablehnen, wenn ihm die für die eingelegten oder übernommenen Gegenstände gewährten Leistungen unangemessen hoch erscheinen (§ 31 II AktG).

Sinngemäß ist nach Trumpler § 133 IV AktG anzuwenden. Aufwendungen für die Gründung und die Kapitalbeschaffung dürfen nicht aktiviert werden. Die Kosten der Betriebseinrichtung, auch einmalige Werbeausgaben, dürfen in die Eröffnungsbilanz eingestellt werden. Ein Firmenwert wird nur dann aktiviert,

1) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 410.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 410.

wenn ein bestehendes Geschäft übernommen wird.

1) Schigut bezeichnet die Gründungsbilanz im Gegensatz zur Jahresbilanz als absolute Bilanz; jedoch ist sie auch "insofern als relativ anzusehen, als sie in methodischer Hinsicht Ausgangspunkt und Richtpunkt aller folgenden Bilanzen bildet, und zwar in der Bewertung wie im Aufbau". Als Unterlage und wesentlicher Bestandteil dient die Inventur. Für die Bewertung ist nach Schigut²⁾ formell der Gründungsvertrag maßgebend. Neben äußerster Vorsicht soll im besonderen Rücksicht auf die späteren Bilanzen genommen werden, da die Gründungsbilanz "den Ausgangspunkt hinsichtlich der Erfolgsbestimmung bildet". Näher nimmt Schigut zum Bewertungsproblem nicht Stellung.

3) Gnam, der sich zwar nicht ausdrücklich mit der Eröffnungsbilanz befaßt, jedoch den Gegensatz zwischen Ertrags- und Vermögensbilanz - zu der unsere Sonderbilanz zu zählen ist - herausstellt, ist der Ansicht, daß für die Ertragsbilanzen nur Kostenreste in der Bilanz stehen, während für die Vermögensbilanzen "der Wert" zum Ansatz gelange. Die Verschiedenheit der Werte ergebe sich aus den Bedingungen, die für den unterstellten Verkauf gelten. Dort, wo ein Zahlungsvorgang unterstellt wird, spricht Gnam vom Wert. "Soll also festgestellt werden", so folgert Gnam,⁴⁾ "was ein Sachvermögen wert ist, d.h. was im Falle des Verkaufs dafür zu erzielen wäre, so unterstellt man einen Verkauf und spricht dann vom Wert. Der Wert, d.h. die Unterstellung eines Verkaufs, bildet den Ansatz der Vermögensbilanz." Der Verfasser ist sich nicht sicher, ob Gnam nach dieser seiner Definition die Eröffnungsbilanz als Vermögensbilanz bezeichnen würde, denn sie ist ja Ausgangspunkt für die Erfolgsermittlung, und dafür wäre wohl - so muß man die Ausführungen Gnams folgerichtig weiterführen - der Ansatz von Kosten angebracht.

5) Nach Bühler besteht zwischen handels- und steuerrechtlicher Eröffnungsbilanz kein Interessengegensatz. Beide Bereiche müßten von der gleichen Tendenz beherrscht sein, Vorsorge gegen zu hohe Bewertungen der Aktiven und zu niedrige der Passiven zu treffen: die Handelsbilanz, weil sie von vornherein die Solidität des Unternehmens gefährden würden; die Steuerbilanz, weil zu hohe Werte bei Anlagen zu hohe Abschreibungsmöglichkeiten und weil sie bei Umlaufswerten Minderung der späteren Verkaufsgewinne bedeuten wür-

1) Vgl. Schigut; in Meithner, Karl: a.a.O., S. 551.

2) Vgl. Schigut; in Meithner, Karl: a.a.O., S. 556.

3) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 26.

4) Vgl. Gnam, Arnulf: a.a.O., S. 22.

5) Vgl. Bühler, Ottmar: Bilanz und Steuer. 5. Aufl., S. 344.

den. Im EStG wird im § 6 I Ziff. 6 festgelegt: "Bei Eröffnung eines Betriebes oder entgeltlichem Erwerb eines Betriebes sind die Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert, höchstens jedoch mit den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen". Das Steuerrecht unterscheidet hierin zwei Möglichkeiten: Für Gegenstände, die anlässlich der Betriebseröffnung erworben sind, bilden die Anschaffungskosten den Ausgangswert, für alle anderen Gegenstände ist der Teilwert einzusetzen.¹⁾

c) Stellungnahme des Verfassers

Die Stellungnahmen zu dem Wertproblem bei Eröffnungsbilanzen sind relativ spärlich. Die angeführten juristischen und betriebswirtschaftlichen Autoren kann man nicht miteinander vergleichen; denn Rehm und Simon machten ihre Ausführungen bereits zu einer Zeit, als dieser Fragenkreis eine rein juristische Domäne darstellte und auch nach rechtlichen Gesichtspunkten allein ausgelegt wurde.

Die betriebswirtschaftlichen Autoren beschränken sich im allgemeinen darauf, den Wertspielraum anzuzeigen. Eine einheitliche Meinung läßt sich nicht erkennen. Die Ansichten schwanken zwischen der Auffassung, daß die Bewertungsvorschriften des AktG Anwendung finden müßten, und der Ansicht, daß der § 40 HGB allein ausschlaggebend ist und daher grundsätzlich angewendet werden müßte. Zur Debatte stehen damit Höchstwert- und Niederstwertprinzip, so wie sie im § 133 AktG zum Ausdruck kommen, oder die Bewertung mit dem Wert, den man anzunehmen hat, um zu einer fachgerechten "Bilanz" zu kommen.

Der Wert, der zu einer fachgerechten Sonderbilanz führt, entspricht dem Zeitwert. Der Ansatz zum Zeitwert bedeutet Ansatz zum jeweiligen Markt- oder Börsenpreis. Im Schrifttum finden wir keine einheitliche Terminologie. So wird er als Tausch-, als Realisationswert, z.T. auch als objektiver Wert bezeichnet.²⁾ Im Steuerrecht gebraucht man dafür meist den Begriff "gemeiner Wert". Er wird dort als objektiver normaler Verkaufswert erläutert.³⁾ Gerstner⁴⁾ unterteilt den Zeitwert in einen "Beschaffungs- und einen Ver-

1) Vgl. Blümich-Falk: Einkommensteuergesetz, 6. Aufl., Verlag für Rechtswissenschaft, vorm. Franz Vahlen GmbH, Berlin und Frankfurt a.Main, 1951, S. 296.

2) Vgl. Barth, Kuno: Jahresbilanz: a.a.O., S. 51.

3) Vgl. Bühler, Ottmar: Bilanz und Steuer, 5. Aufl., a.a.O., S. 263.

4) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 71.

äußerungszeitwert". Fluch¹⁾ teilt die Zeitwerte, die der Vermögensübersicht eigentümlich sind, in Beschaffungs- und Veräußerungswerte ein.

Ein "fachgerechter Sonderbilanzwert" erfüllt die gleiche Funktion, die dem Zeitwert für das Umlaufvermögen zukommt. Für diese hat der Zeitwert deshalb den Vorzug vor dem Anschaffungswert, da er Preisrückgänge und damit die Gefahr eines geringeren Gelderlöses sofort zum Ausdruck bringt. Er veranlaßt dadurch nicht eine Verteilung fiktiver Gewinne. Nun werden zwar durch die Sonderbilanz keine Verluste und Gewinne festgestellt. Er führt aber bei ihr dahin, daß bei den nun folgenden Bilanzen weder fiktive Gewinne noch Verluste ausgewiesen werden müssen.

Der Zeitwert kann im Gegensatz zu dem auf der Basis der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten errechneten "also sozusagen historisch abgeleiteten Wert"²⁾ stehen, muß es jedoch nicht. Er ist bei Sonderbilanzen der Wert, der den Verhältnissen zum gegenwärtigen Zeitpunkt entspricht. Da er zu einer fachgerechten Sonderbilanz führen soll, ergibt sich, daß er nicht mit dem gemeinen Wert und dem Verkehrswert identisch ist. Diese finden vielmehr beim Status Anwendung.

Den Höchstwertvorschriften des Aktiengesetzes liegt die Vorstellung zugrunde, daß die Gegenstände nicht zur Veräußerung bestimmt sind. Der Ausweis einer auf Markt- oder Geldwertschwankungen beruhenden Werterhöhung kommt daher nicht in Betracht.³⁾ Das HGB und das AktG kennen als ausdrückliche Bewertungsvorschriften nur Höchstwertvorschriften für die Aktiven und Mindestwertvorschriften für die Passiven.⁴⁾ Der Sinn der Höchstbewertungsvorschriften ist neben den praktisch-betriebswirtschaftlichen Gründen darin zu sehen, daß sie überwiegend dem Schutz der Gläubiger sowie der Allgemeinheit überhaupt dienen. Der gleiche Grundsatz - die Anschaffungskosten bilden den Höchstwert, der in die Bilanz übernommen werden darf -, gilt auch für unsere Sonderbilanzen. Die Befolgung dieses Grundsatzes bildet die Regel und bietet ebenfalls keine Schwierigkeiten in all den Fällen, in denen eine echte Betriebseröffnung mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz verknüpft ist. Dies gilt insbesondere für die Aktiengesellschaften. Selbst bei Sachgründungen übernimmt die juristische Person eine Sacheinlage zu bestimmten Anschaffungskosten, die angemessen sein müssen. Diese Kosten bilden in jedem Falle den Bilanzansatz. Nach der Meinung

1) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 20.

2) Vgl. Bühler, Ottmar: Bilanz und Steuer, 5. Aufl., a.a.O., S. 264.

3) Vgl. Schlegelberger-Quassowski: a.a.O., S. 553.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: 3. Aufl. 1957, a.a.O., S. 389.

des Verfassers darf hier kein niedrigerer Ansatz für die Sonderbilanz gewählt werden, so wie dies etwa möglich ist, wenn man nach § 133 AktG die Sonderbilanz erstellt.

Eine fachgerechte Vermögensübersicht, die zu Beginn eines Geschäftes erforderlich ist, kann man damit nicht erreichen. Die Anschaffungskosten entsprechen hier in dem erwähnten Fall dem Zeitwert. Und in eben dieser Höhe ist dieser in die Eröffnungsbilanz einzustellen.

Nun kann es aber auch vorkommen, daß die Anschaffungswerte und die Zeitwerte nicht übereinstimmen. Dies trifft besonders dann zu, wenn der "Anschaffungstichtag" und der Tag, zu dem die Eröffnungsbilanz auszustellen ist, weit auseinanderliegen. Hierbei können zwei Möglichkeiten eintreten: Der Zeitwert ist entweder niedriger oder höher als der historisch abgeleitete Anschaffungswert.

Für die Jahresbilanzen hat der Gesetzgeber Höchstwertvorschriften erlassen. Diese sollen die Gläubiger und die Allgemeinheit, die er als schutzbedürftig anerkennt, vor Verlusten bewahren. Dieser Interessenschutz geht erstaunlicherweise so weit, daß selbst Durchbrechungen dieses gesetzlich fixierten Bewertungsgrundsatzes keine Nichtigkeit zur Folge haben, wenn "die objektive Verletzung der Höchstbewertungsvorschriften innerhalb der Grenze einer ordnungsgemäßen Bewertung liegt und nicht willkürlich ist. Man wird hierbei einerseits erwägen müssen, daß die Bewertungsvorschriften im Überwiegenden Interesse der Gläubiger gegeben sind, andererseits aber auch daran nicht vorbeigehen können, daß die Aufstellung einer ordnungsmäßigen Jahresbilanz im Interesse der Weiterarbeit des Unternehmens und damit im Interesse der Gesamtheit liegt."

Gilt dies, wenn auch in sehr bescheidenem Umfang und unter sehr strenger Prüfung für die Bilanzen, so kann man erst recht für Sonderbilanzen fordern, daß der wahre Wert, der Zeitwert, angesetzt wird. Dieser kann höher oder niedriger als der Anschaffungswert sein. So muß, nach der Ansicht des Verfassers, ein Grundstück, das sich ein Privatmann für DM 10 000.- vor 5 Jahren gekauft hat, und das nunmehr einen Wert von DM 15 000.- hat, mit letzterem Betrag in eine entsprechende Eröffnungsbilanz eingesetzt werden - unterstellt: dieser Privatmann beginnt ein Unternehmen. Trumpler möchte grundsätzlich den Anschaffungswert nicht überschritten wissen; er will aber im umgekehrten Fall unbedingt den Zeitwert verwenden.²⁾ Die Ansetzung eines höheren Wertes würde

1) Siehe Adler-Düring-Schmaltz: 3. Aufl., 1957, S. 389.

2) Vgl. Trumpler, Hans: a.a.O., S. 410.

für ihn die Realisierung eines Gewinnes bedeuten, der nicht erzielt worden ist, da die geschäftliche Tätigkeit erst mit der Aufstellung der Bilanz beginnt. Trumpler schwebt offenbar die Vorstellung eines Wertzusammenhanges vor, den der Verfasser aber ablehnen möchte. Es ist ja das Charakteristikum einer Sonderbilanz, daß sie keinen Wertzusammenhang kennt. Ein Kompromiß zwischen § 133 AktG und § 40 HGB, so wie ihn Trumpler verfißt, führt nicht zu einer fachgerechten Sonderbilanz. Zu Beginn eines Unternehmens sollte man kompromißlos konsequent sein, da sonst die Solidität des Unternehmens von vornherein auf schwachen Füßen steht. Aus diesen Gründen möchte sich der Verfasser uneingeschränkt für die Anwendung des § 40 HGB entscheiden.

d) Die Handhabung in der Praxis

Kurz kann gesagt werden: Sie ist nicht einheitlich. Es wird nach beiden Bewertungsmöglichkeiten verfahren. Treten in Bilanzangelegenheiten Unklarheiten auf, so wird die entsprechende Folgerung dahingehend gezogen, daß der Bilanzansatz gewählt wird, der gerade am bequemsten ist. So bietet die Bewertung nach § 133 AktG die Möglichkeit, die Anschaffungswerte auch dann einzustellen, wenn der Zeitwert geringer ist. Andererseits kann nach der Bewertung des § 40 HGB ein Hinausgehen über die Anschaffungswerte sehr verlockend sein.

2. Das Problem: Wertfortführung oder Neubewertung

Das gleiche Problem ergibt sich für Sonderbilanzen, die zwar ihrem Wesen nach ebenso Eröffnungsbilanzen sind, bei denen jedoch der Umstand zu berücksichtigen ist, daß der gesamte Betriebsapparat schon lange Zeit besteht. Die betreffende Sonderbilanz trennt das alte Unternehmen von dem neu beginnenden. Dies trifft für die Umwandlungs-, Sanierungs-, die Abwicklungs- und ebenso für die DM-Eröffnungsbilanzen zu.

Die Fragestellung lautet hier nicht: Anschaffungs- oder Zeitwert, sondern Wertfortführung oder Neubewertung. Zum Teil kann auf die Ausführungen bei den einzelnen Sonderbilanzen hingewiesen werden.

Der Verfasser erwähnte, daß das Problem im Grunde genommen das gleiche bleibt. Anstatt Wertfortführung kann "fortgeführter Anschaffungswert" und an Stelle von Neubewertung kann "Zeitwert" gesetzt werden.

Unter Hinweis auf die Ausführungen über die materiellen Probleme einer Abwick-

lungseröffnungsbilanz soll noch einmal betont werden, daß nach der Ansicht des Verfassers in der betreffenden Sonderbilanz grundsätzlich neue Werte stehen. Stimmen diese mit den Werten einer in dem "alten Unternehmen" erstellten Bilanz überein, so ist dies jedenfalls theoretisch "rein zufällig".

Dieser "Zufall" kann sich ergeben, wenn einmal die betreffenden Werte tatsächlich mit dem gegenwärtigen Zeitwert übereinstimmen, zum anderen dann, wenn der Unternehmer glaubt, daß diese Werte zu einer fachgerechten Sonderbilanz führen, da er die kommende Entwicklung noch nicht übersehen kann. Theoretisch zumindest, handelt es sich nicht um eine Übernahme der Werte, sondern um "eine Neufeststellung".

III. Abgrenzung: Sonderbilanz - Status

"Der Status ist", so definiert Gerstner¹⁾ diese Vermögensaufstellung, "allgemein betrachtet, eine rechnungsmäßige Zusammenstellung von Feststellungen, die unter besonderen Gesichtspunkten getroffen worden sind und die den Zweck haben, den augenblicklichen Stand wirtschaftlicher Angelegenheiten von Unternehmungen und Betrieben oder von Teilen derselben darzustellen." Er ist keine Bilanz. Wir haben auch versucht, ihn von der Sonderbilanz begrifflich zu unterscheiden. Wir konnten zwar zwischen beiden gleiche Merkmale feststellen; dennoch ist er von der Sonderbilanz wesensmäßig verschieden.

Es berührt merkwürdig, daß sich Sonderbilanz und Status in relativ vielen und nicht nur in nebensächlichen Dingen ähneln und dennoch in der Bewertung verschieden sind, obwohl beide das Vermögen aufzeigen. Der Grund dafür ist in der verschiedenen Problemstellung der beiden Arten zu sehen. Die Sonderbilanz bildet mit ihrem Zahlenwerk die Grundlage für interne oder kraft staatlicher Autorität angeordnete öffentliche Auseinandersetzungen. Die internen Auseinandersetzungen schließen eine Kaufpreisberechnung für ein ganzes Unternehmen sowie eine Darstellung der gesamten Vermögenslage für Kreditzwecke mit ein.

In die "öffentlich-rechtliche Auseinandersetzung" soll auch die Ersichtlichmachung der Tatbestände für die Einheitsbewertung einbezogen werden.

1) Vgl. Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 321.

Konnten wir bei der Sonderbilanz feststellen, daß ihr eine gewisse Bilanzfunktion mit innewohnt, so steht der Status voll und ganz unabhängig außerhalb des Rechnungswesens.

Für den Status gilt vorzugsweise das "Absolute". "Er ist eindeutig und beschränkt sich auf die Wiedergabe des Tatsächlichen, des Effektiven, des Seienden eines bestehenden Zustandes."¹⁾ Auch die Sonderbilanz beschränkt sich auf die Wiedergabe des Tatsächlichen. Dieses ist aber nicht absolut herausgelöst aus seiner Umgebung zu betrachten. Im Gegenteil, dieses "Tatsächliche" soll in einer ganz bestimmten wirtschaftlichen und rechtlichen Zusammenfassung dem Unternehmungszweck dienen. Im Hinblick auf diese Zweckbestimmung werden die Zeitwerte genommen, die die Ausgangsbasis für den folgenden Geldwertungsprozeß bilden können. Und dies sind keinesfalls die Realisationswerte.

Anders ist dies im allgemeinen für den Status. Auch für ihn ist grundsätzlich der Zeitwert anzuwenden. Hierfür benutzt man meist die Realisationswerte, wenn das Unternehmen tatsächlich oder in der Fiktion in seine Teile aufgelöst und veräußert werden soll,²⁾ jedoch dann die Reproduktionswerte, wenn das Unternehmen als Ganzes veräußert werden soll.

Eine Besonderheit können wir weiter bei einzelnen Statusarten antreffen. Je nach der Zwecksetzung muß dann neben der wertmäßigen Darstellung der Vermögens- und Schuldenteile noch ein Organisationswert festgestellt werden. Da dies nicht für alle Statusarten gilt, können wir diesen Tatbestand auch nicht als Abgrenzungsmerkmal zur Sonderbilanz herausstellen.

Der Hauptunterschied ergibt sich aus ihrer heterogenen Problemstellung. Diese wiederum bedingt eine grundsätzlich andersartige Bewertung, um dem jeweiligen Zweck gerecht zu werden.

IV. Allgemeine materielle Probleme des Status

Unter dem Begriff Status haben wir Vermögensaufstellungen zusammengefaßt, deren Zweck es ist, entweder für eine interne "Auseinandersetzung" oder aber für eine öffentlich-rechtliche den Vermögenswert aufzuzeigen. Man bezeichnet

1) Siehe Gerstner, Paul: Bilanzanalyse: a.a.O., S. 321.

2) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 20.

den Status, der als Verhandlungsgrundlage für die Fusion dient, sowie den Auseinandersetzungstatus als Gesamtwertstatus.

Dieser enthält neben den einzelnen Werten eines Teilwertstatus noch einen erworbenen oder aus dem Betrieb selbst heraus entstandenen Organisationswert.¹⁾ Es handelt sich hier um einen Mehrwert, der im Unternehmen als organisatorische Einheit begründet liegt und je nach der Führung des Betriebes groß oder gering sein kann.

Der Teilwertstatus bedeutet nicht einen Status, für den der Teilwert, so wie wir ihn vom steuerlichen Teilwert her kennen, als Wertkategorie angewendet wird. Teilwertstatus besagt lediglich, daß es sich um eine Aufstellung handelt, bei der ein Organisationswert nicht festgestellt zu werden braucht. Die Summe der einzelnen Werte ergibt allerdings nicht den Gesamtwert der Unternehmung.

Konnten wir für die Eröffnungsbilanz noch auf § 39 I HGB hinweisen und somit für die angeführten Sonderbilanzen die Anwendung der allgemeinen Vorschriften des HGB fordern, so finden wir für den Status teilweise in einschlägigen Sondergesetzen allgemein gehaltene Rahmenvorschriften. Stellungnahmen zu den Wertproblemen finden wir neben kurzen betriebswirtschaftlichen Betrachtungen besonders in entsprechenden Reichsgerichtsentscheidungen.

Der Status als ein Mittel der absoluten Vermögensrechnung²⁾ verwendet ebenfalls nur den Zeitwert. Auch hier muß die Bewertung zu einer fachgerechten Vermögensaufstellung führen. So fällt die Entscheidung über die zu wählende Wertart letzten Endes wiederum durch den speziellen Zweck des jeweiligen Status. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten sind so vielfältig, daß grundsätzlich jeder dieser nur eine ihr eigene Bewertung zukommt.

Ergeben sich letzten Endes die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aus der Zielsetzung der Bilanz, so muß man ebenso für den Status die Sorgfalt fordern, die sich aus der im gesetzlichen oder vertraglichen Rahmen bleibenden Zwecksetzung des Status ergibt. So kommen wir auch hier wiederum zu dem Schluß, daß der § 40 HGB mit seiner zeitlosen Wertbestimmung angewendet werden kann. Wie dieser Wert im konkreten Fall auszusehen hat, ergibt sich aus der Sorgfaltspflicht des Kaufmanns den Beteiligten gegenüber.

1) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 24.

2) Vgl. Fluch, Kurt: a.a.O., S. 6.

Wesentlich enger, jedoch nicht recht viel minder mit Imponderabilien belastet sind jene Fälle, in denen das Unternehmen tatsächlich in seine Einzelteile aufgelöst und verkauft wird. Grundsätzlich sind hierfür die Realisationswerte angebracht. Inhalt bekommen diese allerdings erst durch den konkreten Fall. Zu einem Ergebnis über die Problematik des jeweiligen Wertes kann man nur kommen, wenn man den betreffenden Fall nicht abstrakt, sondern eingebettet in seiner Umgebung betrachtet. Dabei handelt es sich nicht nur um die wirtschaftliche, sondern genau so sehr um die personelle Umgebung, um die mutmaßliche Reaktion der wirtschaftenden Menschen.

In dieser Arbeit kann nur das Grundsätzliche aufgezeigt werden. Der Unternehmenswert stellt einen Gesamtwert dar. Die Gesamtheit der einzelnen Bewertungsgegenstände - materielle und immaterielle - wird zu einem einheitlichen Wert des Unternehmens, als organische Einheit, zusammengezogen.¹⁾ Die Höhe des Preises wird ausschlaggebend von den Ertragsaussichten des Unternehmens bestimmt werden. An dieser Stelle sei vermerkt, daß dies nur für den Fall gilt, für den das Unternehmen nach erfolgter Fusionierung bzw. Übernahme weiterarbeitet, wenn das Unternehmen als "Ganzes" im Sinne von § 255 AktG übertragen werden soll. Erfolgt eine Fusion, die den Zweck hat, das übernommene Unternehmen stillzulegen, so wird der Preis erheblich von den eigenen durch die Stilllegung des übernommenen Unternehmens gesteigerten Ertragsaussichten bestimmt. Dies sei wieder als Beweis anzusehen, daß die Bewertung ausschlaggebend von dem Zweck bestimmt wird, für den Status bzw. Sonderbilanz erstellt werden. Doch betrachten wir unseren erwähnten Fall zu Ende. Selbst dafür ist es nur möglich, einen annähernd objektiven Unternehmenswert zu berechnen unter Nichtbeachtung maßgeblicher subjektiver Einflüsse, wie sie z.B. Prestigemomente, Familientradition usw. darstellen. Bewertet wird das betriebsnotwendige Sachvermögen. "Für die Sachbewertung selbst²⁾ besteht in Literatur und Praxis Einmütigkeit darüber", so schreibt Velder, "daß sie auszugehen hat von den jeweiligen zeitnahen, d.h. jüngsten Wiederbeschaffungspreisen von neuen Gegenständen der in Frage kommenden Art". (Velder betrachtet nur den Verkauf des Unternehmens als Ganzes.) Angemessene Abschläge tragen dem technischen Fortschritt, dem Verschleiß oder sonstigen Sondermomenten, wie z.B. der allgemeinen Wirtschaftssituation, Rechnung. Ebenso wird auch die Wirtschaftlichkeit, d.h. die Möglichkeit der nutzbringenden Verwendung des Einzelgegenstan-

1) Vgl. Velder, Franz: Die Bewertung von Industrieunternehmungen, in: Der Betrieb, 1955, Nr. 40, S. 925 ff.

2) Vgl. Velder, Franz: a.a.O., S. 925.

des beachtet werden müssen. Dadurch "werden die Wiederbeschaffungswerte auf den Zeitwert gebracht".

Der Substanzwert muß möglichst exakt ermittelt werden, um für die Ertragsermittlung und für die Beurteilung der Ertragsaussichten eine annähernd einwandfreie Grundlage zu liefern. Ausschlaggebender Faktor neben dem Substanzwert ist der zu erwartende Zukunftsertrag. Zweckmäßigerweise bilden die bisherigen tatsächlichen Ergebnisse einen Ausgangspunkt für die Abschätzung der Zukunftsentwicklung. Velder¹⁾ spricht hier von einer "Referenzzeit" für die Ertragsermittlung, da sie nur ein Hilfsmittel sein kann. Sie muß bereinigt werden; so soll nur der tatsächliche Ertrag berücksichtigt werden. Außerordentliche und einmalige Ertrags- und desgleichen auch Aufwandsposten sind auszusondern. Saisonale und konjunkturelle Schwankungen sind zu berichtigen. Nach Ermittlung dieses bereinigten Vergangenheitsertrages bedarf es der Fixierung eines Kapitalisierungszinsfußes für die Feststellung des Ertragswertes. Als handelsüblicher Zinsfuß setzt er sich aus der üblichen Verzinsung mündelsicherer oder sonstiger erster Anlagen (z.Zt. etwa 5 1/2%) und einem Risikozuschlag,²⁾ der sich nach dem Risiko der einzelnen Branche richtet, zusammen.

Velder gibt auf Grund seiner Praxis (Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Düsseldorf) der Bildung eines Mischwertes aus Substanz und Ertragswert den Vorzug. Die Ertragsbewertung allein als Grundlage für die Preisbestimmung kann nach seiner durch die Praxis erhärteten Ansicht nicht allein ausschlaggebend sein, da es ja grundsätzlich "weniger um die Abschätzung der Ertragsaussichten der nächsten Zukunft als vielmehr um deren Nachhaltigkeit für eine theoretisch unbegrenzte Zeit" geht. Die Gefahr besteht nun, daß - gemessen an dem Sachwert eines Unternehmens - eine übernormale Rentabilität Dritte zur Errichtung von Konkurrenzbetrieben antreibt. Der Ertragswert wäre allein ein zu hoher Kaufpreis gewesen, der sich im nachfolgenden Konkurrenzkampf nachteilig auswirken müßte.

Doch kann und wird auch in der Praxis nicht immer in der gleichen Weise verfahren. So wird in normal gelagerten Fällen der Gesamtwertstatus, der sich aus Substanzwert (Teilwertstatus) und Geschäftswert (Differenz aus Ertrags- und Substanzwert) zusammensetzt, von den Tatbeständen und der menschlichen Unzulänglichkeit beeinflusst.

1) Vgl. Velder, Franz: a.a.O., S. 926.

2) Vgl. Velder, Franz: a.a.O., S. 927.

Schlechthin das materielle Problem jeder Sonderbilanz und jedes Status ist der fachgerechte Wert. Dieser wird immer von den Go Buchf., also der Sorgfaltspflicht des Kaufmanns, die sich wiederum an der tatsächlich gegebenen Wirtschaftssituation orientiert, bestimmt.

Schl u ß b e t r a c h t u n g

In der vorliegenden Arbeit ist versucht worden, einen grundlegenden Unterschied zwischen Bilanz, Sonderbilanz und Status herauszustellen. Als Kriterien sollten sich Merkmale ergeben, die die Zusammenfassung zu einem Oberbegriff rechtfertigten.

Rückschauend kann man feststellen, daß sich die einzelnen wirtschaftlichen Zahlenwerke unter Beachtung ihrer Zwecksetzung tatsächlich in die versuchte Gruppierung einordnen lassen.

Als Zentralproblem konnten wir das Bewertungsproblem benennen. Überraschend fanden wir uns grundsätzlich zu jener so umstrittenen "Wertbestimmung" des § 40 HGB zurück. Wir mußten feststellen, daß "die Wahrheit" selbst für den annähernd absoluten Status eine relative ist. Jaspers sagt über die "Wahrheit in der Zeit":¹⁾ "Wir leben nicht unmittelbar im Sein, daher wird Wahrheit nicht unser fertiger Besitz. Wir leben im Zeitdasein: Wahrheit ist unser Weg."

So können gerade die Werte in der wirtschaftlichen Sphäre nicht abstrakt gesehen werden, Daraus ergeben sich die meisten Meinungsverschiedenheiten. Das Wirtschaftsleben wird nun einmal weit mehr von Interessenkämpfen, Gefühlswallungen und Wunschträumen bestimmt als von der Logik rationalen Verhaltens. Mit dem Wirtschaftsleben verhält es sich genauso wie mit dem politischen, stellte Zorn in einem Referat "Zur Problematik unserer Wirtschaftssituation" fest. Dort herrscht eben auch der "unbewußte Trieb", von dem der Humanist Erasmus von Rotterdam vor 450 Jahren in seinem Büchlein "Das Lob der Torheit" gesagt hat: "Der unbewußte Trieb ²⁾ die beherrschende Kraft ist, die allem Verstand entgegen die Welt regiert." Die Wertbestimmung in § 40 HGB erweist sich als außerordentlich beweglich. So gilt für jede Bilanzerstellung und auch für jede Vermögensaufstellung der Wert, der zu einem fachgerechten Ergebnis führt.

Aber, so fragen wir uns, ist mit dieser Einteilung und mit der Zusammenfassung in einen Oberbegriff - Bilanz, Sonderbilanz, Status - auch schon alles Wesentliche gesagt? Unbestritten trifft dies jedenfalls für die Bilanz zu. Das Wissen um das Erfordernis der Gewinnermittlung, das eine Bilanz erfüllen muß,

1) Vgl. Jaspers, Karl: Von der Wahrheit. Verlag Piper u.Co., München, 1948, S. 1.

2) Vgl. Zorn: zitiert in: Bericht über die 8. Jahresmitgliederversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, am 8. Nov. 1956 in München, S. 12.

ist Allgemeingut geworden. Dazu hat vor allem das Steuerrecht mit beigetragen. Es wird normalerweise für Personenunternehmen unter Bilanz die den steuerbaren Gewinn ermittelnde Steuerbilanz verstanden. Nur in wenigen Fällen wird daneben die von dem Grundgedanken kaufmännischer Vorsicht, die sich in dem Bestreben der Betriebserhaltung manifestiert, und dem gesetzlich anerkannten Interessenschutzbedürfnis geprägte Handelsbilanz aufgestellt. Bei den Kapitalgesellschaften weist die erstellte Handelsbilanz den Gewinn aus, der, wie man glaubt, ohne Schädigung der Interessen des Unternehmens den Gesellschaftern überlassen werden kann.

Für die Bilanz kann man wohl sagen, daß ihre Definition über ihren Zweck allein über die Prädikate entscheidet, die "allen" Elementen ihrer Klasse im strengen Sinn zukommen.

Dagegen muß man für Sonderbilanz und Status sagen, daß ein Realatbestand zu Beginn der Arbeit nur durch einen Begriff fixiert worden ist, ohne daß sich von ihnen Ausgesagte bereits in der Definition des Begriffes als definierende Bestimmung für die Allgemeinheit enthalten war. Es bedurfte daher des Nachweises der Eindeutigkeit der Prädikatzuordnung durch nachprüfende empirische Feststellungen.

Benützte Literatur

I. Nachschlagewerke

- Bott, Karl: Das deutsche Kaufmannsbuch. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1953
- Bott, Karl: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens. Muth'sche Verlagsbuchhandlung, 2. Aufl., 2 Bde. Stuttgart, 1955
- Eisler, Rudolf: Wörterbuch der philosophischen Begriffe. 4. Aufl., Verlag E.S. Mittler und Sohn, Berlin, 1929
- Gabler, Th.: Wirtschaftslexikon. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, Bd. I u. II, 1956
- Greifzu, Julius: Handbuch des Kaufmanns. Verlag bei Hammerich und Lesser, Hamburg, 1950
- Haller-Hötzels: Kaufmännisches Wörterbuch. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung Berlin-Schöneberg, Bd. I u. II, 1938
- Nicklisch: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft. Stuttgart, 1938
- Stern, Robert: Buchhaltungslexikon. Verlagsbuchhandlung Leopold Weiss, 2. Aufl., Wien-Berlin-Leipzig, 1923, 2 Bde.

II. Dissertationen

- Bergmann, Hermann Arthur: Der außergerichtliche Vergleich. Juristische Fakultät Leipzig, 1909
- Hentsch, Siegfried: Besonderheiten des konkursabwendenden Zwangsvergleichs gegenüber dem konkursbeendenden. Juristische Fakultät Leipzig, 1934

- Ruf, Werner: Die Grundlagen eines betriebswirtschaftlichen Wertbegriffes. Juristische Fakultät Bern, 1955
- Sykora, Gustav: Die Konten- und Bilanztheorien, eine betriebswirtschaftlich-historische Untersuchung. Hochschule für Welthandel, Wien, 1947
- Weitnauer, Alfred: Venezianischer Handel der Fugger nach der Musterbuchhaltung des Matthäus Schwarz. Universität München, 1930

III. Kommentare

- Adler-Düring-Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft. Verlag C.E. Poeschel, Stuttgart, 2. Aufl. 1948, 3. Aufl. 1957
- Baumbach-Hueck: Aktiengesetz. Beck'sche Verlagsbuchhandlung München und Berlin, 9. Aufl., 1956
- Baumbach-Hueck: GmbH-Gesetz. Beck'sche Verlagsbuchhandlung München und Berlin, 6. Aufl., 1953
- Beuck-Paret: Kommentar zum D-Markbilanzgesetz. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1. Aufl., 1949
- Bley, Erich: Vergleichsordnung. Verlag de Gruyter u. Co., Berlin, 2. Aufl., 1955
- Blümich-Boyens-Steinbring: Gewerbesteuer-gesetz. Verlag für Rechtswissenschaft, vorm. Franz Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 4. Aufl., 1951
- Blümich-Falk: Einkommensteuergesetz. Verlag für Rechtswissenschaft, vorm. Franz Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 6. Aufl., 1951
- Bormann, Erich: Aktienrecht. Verlag de Gruyter u. Co., Berlin u. Leipzig, 1928
- Bühler, Ottmar: Einkommen- und Körperschaftsteuer und Gewinnbestimmung der Gewerbesteuer. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München und Berlin, 1956

- Ellinger-Schug-Ehlers: Vermögensteuer und Einheitsbewertung. Verlag Franz Vahlen, Berlin, 2. Aufl., 1954
- Gadow-Heinichen-Schmidt-Schmidt-Weipert: Aktiengesetz. Verlag de Gruyter u. Co., Berlin, 1939
- Geiler-Stehlik-Veith: D-Markbilanzgesetz. Ergänzungsband. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München und Berlin, 1951
- Gessler-Hefermehl-Hildebrand-Schöder: Handelsgesetzbuch. Verlag für Rechtswissenschaft, vorm. Franz Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 2. Aufl., 1. Bd., 1950
- Godin-Wilhelmi: Aktiengesetz. Verlag de Gruyter u. Co., Berlin u. Leipzig, 1937
- Jaeger, Ernst: Kommentar zur Konkursordnung. Verlag de Gruyter u. Co., Berlin u. Leipzig, 6. u. 7. Aufl., I. u. II. Bd., 1931/1936
- Makower, F.: Handelsgesetzbuch. Verlag Guttentag, Berlin, 13. Aufl., 1906
- Mayer, Bernhard: Kommentar zur Vergleichsordnung. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 1928
- Model, Otto: Handbuch zum Testaments- und Erbschaftsteuerrecht. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, 2. Aufl., Köln, 1952
- Ritter, Hans Georg: Kapitalverkehrsteuergesetz. Verlag F. Vahlen, Berlin, 1939
- Schlegelberger: Handelsgesetzbuch. Verlag F. Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 3. Aufl., 1. Bd., 1955
- Schlegelberger-Quassowski-Herbig-Gessler-Hefermehl: Aktiengesetz. Verlag F. Vahlen, Berlin, 3. Aufl., 1939
- Schmölder-Gessler-Merkle: D-Mark Bilanzgesetz. Verlag Poeschel Stuttgart, 1950
- Scholz, Franz: Kommentar zum GmbH-Gesetz. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2. Aufl., 1950
- Vogels-Nölte: Vergleichsordnung. Verlag F. Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 3. Aufl., 1952

Weckerle-Dürschke: Vermögensteuergesetz. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München u. Berlin, 3. Aufl., 1956

IV. Artikel in Zeitschriften

- Albrecht, Werner: Die Umwandlungsmöglichkeiten zwischen Aktiengesellschaften und sonstigen Kapitalgesellschaften, in: Die Betriebswirtschaft, 30. Jhrg., 1937, S. 101 ff.
- Aufermann, E.: Zum Begriff der Bilanzkontinuität, insbesondere im Zusammenhang mit der Steuer, in: Betriebswirtschaftliche Rundschau, V. Jhrg., Heft 10, S. 181 ff.
- Bartmann, Hans: Zur Umwandlungsbilanz, in: Juristische Wochenschrift, 1935, I. Bd., S. 412 ff.
- Boettcher, Walter: Inventur, in: Betriebswirtschaftliche Blätter, Wien, Heft 1, 1925
- Eberbach, K.: Zum Begriff der Bilanzkontinuität, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, X. Jahrg., 1933, S. 428 ff.
- Ellinger, Ludwig: Die Bewertung des Betriebsvermögens, in: Steuer und Wirtschaft, XXIV. Jhrg., 1947, Teil I, S. 375 ff.
- Ellinger, Ludwig: Gedanken zur Einheitsbewertung und ihrer Durchführung, in: Steuer und Wirtschaft, XXIV. Jhrg., 1947, Teil I, S. 146 ff.
- Franta, Rudolf: Das neue Umwandlungsgesetz, in: Der Betrieb, Jhrg. 9, Nr. 51, S. 1198 ff.
- Gebhardt, Joseph: Bilanzänderung und Bilanzkontinuität, in: Deutsche Steuerzeitung, Jhrg. XX, 1931, S. 134 ff.
- Groschuff: Zweifelsfragen zum Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 5.7.1934, in: Juristische Wochenschrift, 1934, III. Bd., S. 2661 ff.

- Herbig: Die Pflichtprüfung aufgelöster Kapitalgesellschaften, in: Deutsche Justiz, 98. Jhrg., 1. Halbjahr, 1936, S. 889 ff.
- Hintner, Otto: Die Rieger'sche Bilanzlehre, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, 95. Bd., 1930, S. 226 ff.
- Jasutaro, Hirai: Originale vierfache Buchführung in Kaijo, Chosen (Korea) oder Chike-Songdo-Chibu, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1. Sonderheft, Berlin-Wien, 1926
- Kummer: Bilanzsteuerfragen der Änderung der Rechtsform eines Unternehmens, in: Steuer und Wirtschaft, XXVI. Jhrg., 1949, Sp. 49 ff.
- Mersmann, Wolfgang: Die Bewertung in der DM-Eröffnungsbilanz, in: Steuer und Wirtschaft, XXVI. Jhrg., 1949, Sp. 677 ff.
- Müller, Horst: Das Auseinandersetzungsguthaben, in: Der Wirtschaftstreuhänder, 9. Jhrg., 1940, S. 180 ff.
- Rehm, Herrmann: Die Bilanzwahrheit und ihr Wesen, in: Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis, Leipzig 1908, S. 41 ff.
- Reinhardt, Fritz: Rechnungswesen, Buchführung und Abschluß- und Bilanzwesen, in: Deutsche Steuerzeitung, XXIV. Jhrg., 1935, Teil II, S. 1354 ff.
- Schmalenbach, Eugen: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 27. Jhrg., 1933, S. 232 ff.
- Schmaltz, Kurt: Die Fusion (Verschmelzung) zwischen Aktiengesellschaften und sonstigen Kapitalgesellschaften, in: Die Betriebswirtschaft, 30. Jhrg., 1937, S. 96 ff.
- Sundhoff, Edmund: Jaques Savary und seine Bedeutung für die Betriebswirtschaftslehre, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 8. Jhrg., 4. Heft, 1956
- Trumpler, Hans: Die Verschmelzungsbilanz nach dem Aktiengesetz, in: Bankarchiv, Jhrg. XXXVII/XXXVIII, 1937, S. 99 ff.

- Töndury: Geist der Buchhaltung, in: Betriebswirtschaftliche Blätter, Wien, Heft 1, 1931
- Ullmann, Fritz: Bilanzvorschriften, in: Juristische Wochenschrift, 1930, I. Bd.
- Velder, Franz: Die Bewertung von Industrieunternehmen, in: Der Betrieb, Jhrg. 8, 1955, S. 925 ff.
- Weber, Eduard: Literaturgeschichte der Handelsbetriebslehre, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen 1914, S. 13 ff.
- Willenbrink, Karl: Der Sanierungsgewinn des Kaufmanns und der Körperschaft, in: Steuer und Wirtschaft, Teil I, 1934, Sp. 1013 ff.
- Zorn: Zur Problematik unserer Wirtschaftssituation, in: Bericht über die achte Jahresmitgliederversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern am 8.11.56 in München
- Amtliche Begründung (IVb 3106/35) zur Vg10 1935 in:
Deutsche Justiz 1935, S. 389 ff.
- Aktuelle Bilanz- und Steuerprobleme, in: Beiheft 3 zu der Zeitschrift:
Die Wirtschaftsprüfung, 1949
- Der Betrieb, Wochenschrift für Betriebswirtschaft v. 21.3.56,
Jhrg. 9, S. 268
- Die Wirtschaftsprüfung, Nr. 11 v. 1. Juni 1956, S. 268
- Entscheidungen des Reichsgerichts in Bilanzsachen, Veröffentlichung der Schmalenbach-Vereinigung, Bd. 5, Glöckner-Verlag,
Leipzig, 1936, S. 43 ff.
- Entwurf einer Konkursordnung für das Deutsche Reich nebst Einführungsgesetz,
Motiven u. Anlagen. Verlg. Fr. Kortkamp, Berlin,
Buchhandlung für Staatswissenschaften u. Geschichte, 3. Aufl., vermutlich 1878
- Gutachten des Fachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer Nr. 2/1937,
in: Der Wirtschaftstreuhänder, 1937, S. 97
- Reichsgerichtsentscheidungen in Zivil- und Strafsachen

Reichssteuerblatt 1933

V. Bücher

- Adler, Hans: Die Abwicklungsbilanzen der Kapitalgesellschaft. Verlg. Poeschel, 2. Aufl., Stuttgart, 1956
- Auler, W.: Rückstellungen. Hann. Minden, 1953
- Barth, Kuno: Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts. Bd. 1 u. 2, Selbstverlag d. Verfassers, Stuttgart, 1953
- Barth, Kuno: Die Jahresbilanz der Unternehmung. Selbstverlag d. Verfassers, Stuttgart, 1950
- Beckmann, Liesel: Die betriebswirtschaftliche Finanzierung. Verlag Poeschel, 2. Aufl., Stuttgart, 1956
- Bergmann, Hans: Umwandlung, Auflösung u. Löschung von Kapitalgesellschaften. Carl Heymanns-Verlag, Berlin, 1935
- de Boor: Zwangsvollstreckung, Konkurs und Vergleich. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1951
- Boesebeck, Ernst: Betrachtungen zur Umwandlung von Kapitalgesellschaften. Verlag Brönnner, Frankfurt a.M., 1937
- Boettcher-Meilicke: Umwandlung, Auflösung und Anleihestock. Verlag Vahlen, 2. Aufl., Berlin, 1935
- Brilla-Henchell: DM-Bilanzgesetz Hammonia, Norddeutsche Verlagsgesellschaft, Hamburg, 1949
- Brönnner, Herbert: Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht. Verlag Müller GmbH, Eberswalde-Berlin-Leipzig, 1937
- Brönnner, Herbert: Die Umwandlungen der Kapitalgesellschaften nach DM-Bilanzgesetz. Fachverlag für Wirtschafts- u. Steuerrecht Schäffer u. Co., Stuttgart, 1950

- Bränner, Herbert: Die Besteuerung der Gesellschaften. Fachverlag f. Wirtschafts- u. Steuerrecht Schäffer u. Co., GmbH, Stuttgart, 1953, 8. Aufl.
- Bühler, Ottmar: Bilanz und Steuer. Verlag f. Rechtswissenschaft, vorm. F. Vahlen, GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 4. Aufl., 1950
- Bühler, Ottmar: Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne. Verlag F. Vahlen, GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M., 2. Aufl., 1953
- Bussmann, K.F.: Finanzierungsvorgänge. Verlag Huber, München, 1955
- le Coutre, W.: Grundzüge der Bilanzkunde. Heckners-Verlag, 4. Aufl., Wolfenbüttel, 1949
- Crisolli-Groschuff/Kaemmel: Umwandlung und Löschung von Kapitalgesellschaften. Verlag Moeser, Leipzig, 2. Aufl., 1935
- Crisolli, C.A.: Der Aktionär und die Goldbilanz nach der Goldbilanzverordnung. Verlag Elwert, Marburg, 1926
- Emmerich, Hugo: Die Sanierung, 1. Teil. Verlag Benzheimer, Mannheim, Berlin-Leipzig, 1930
- Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Springer-Verlag, 6. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1950
- Falter, Manuel: Die Praxis des Kreditgeschäfts bei Sparkassen u.a. Kreditinstituten. Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart, 3. Aufl., 1955
- Fiegle, Godehard: Die Gesellschaft. Verlag Boorberg, Stuttgart-München-Hannover, 1955
- Fischer, Guido: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. Verlag Quelle und Meyer, Heidelberg, 7. Aufl., 1957
- Fleischhauer, Helmut: Bilanzierungsgrundsätze, Bilanzidentität, Bilanzkontinuität und DM-Eröffnungsbilanz. Betriebsw. Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1949
- Fluch, Kurt: Der Status der Unternehmung. Verlag Poeschel, Stuttgart, 1930

- Gerstner, Paul: Kaufmännische Buchhaltung und Bilanz. Verlag Teubner, Bd. 1, 4. Aufl., Leipzig u. Berlin, 1922
- Gerstner, Paul: Bilanzanalyse. Haude u. Spenerische Verlags-Buchhandlung, 11. Aufl., Berlin, 1944
- Gnam, Arnulf: Axiome der Bilanzierung auf der Grundlage der Währung. Pflaum-Verlag, München, 1948
- Goldschmidt, Robert: Die sofortige Verschmelzung von Aktiengesellschaften. Verlag Springer, Berlin, 1930
- Gomberg, Ludwig: Grundlegung der Verrechnungswissenschaft. Verlag von Duncker u. Humblot, Leipzig, 1908
- Goetze, Hermann: Grundzüge der Bilanzierung. Fachverlag Schiele u. Schön, Berlin, 3. Aufl., 1952
- Grossmann, H.: Der Jahresabschluß der Aktiengesellschaft. Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin, 1938
- Gutwenger, Engelbert: Wertphilosophie. Verlag Rauch, Innsbruck, 1952
- Hast, Karl: Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände. Verlag Gloeckner, Leipzig, 2. Aufl., 1935
- Haupt, Günter: Gesellschaftsrecht. Verlag Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 4. Aufl., 1952
- Henzel, Friedrich: Gegenwartsprobleme der Betriebswirtschaft. Verlag A. Lutzeyer, Baden-Baden-Frankfurt a.M., 1955
- Herbig, Gustav - Kemmel, Ernst: Das Recht der Umwandlung von Kapitalgesellschaften. Verlag Reichsgruppe Industrie, Berlin, 1937
- Höppner, Martin: Praxis des Aktienrechts. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1935
- Hueck, Alfred: Gesellschaftsrecht. Verlag Beck, München u. Berlin, 3. - 5. Aufl., 1951
- Isaac, Alfred: Bilanzen. Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin-Wien, 1930

- Jaspers, Karl: Von der Wahrheit. Verlag Piper u. Co., München, 1948
- Kalveram, W.: Kaufmännische Buchhaltung. Industrier Verlag Spaeth u. Linde, 2. Aufl., Berlin-Wien, 1935
- Kisch, Wilhelm: Grundriß des deutschen Konkursrechts. Verlag Benzheimer, Mannheim-Berlin-Leipzig, 1925
- Koehler, Herbert: Die Auseinandersetzung in der offenen Handelsgesellschaft. Deutscher Betriebswirte-Verlag, Berlin, 1941
- Lambert, Richard: Buchhaltung. Deutscher Betriebswirtsverlag KG Böhme u. Co., Berlin, 1938
- Lehmann, M.R.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 3. Aufl., 1956
- Lent, Friedrich: Zwangsvollstreckungs- und Konkursrecht. Verlag Beck, München u. Berlin, 3. Aufl., 1951
- Leist, E.: Die Sanierung von Aktiengesellschaften. Verlag Siemenroth, Berlin, 1905
- Leitner, Friedrich: Bilanztechnik und Bilanzkritik. Verlag de Gruyter u. Co., Berlin u. Frankfurt a.M., 2.Bd., 3. Aufl., 1919
- Lion, Max: Das Bilanzsteuerrecht. Verlag Vahlen, Berlin, 2. Aufl., 1923
- Mayer, Leopold: Bilanzanalyse. BetrW. Verlag, Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1951
- Messmer, Johannes: Das Naturrecht. Tyrolia-Verlag, Innsbruck-Wien, 1950
- Meilicke, Heinz: DM-Bilanzen. Verlag f. Rechtswissenschaft, vorm. F. Vahlen GmbH, Berlin u. Frankfurt a.M.
- Meithner, Karl: Die Bilanzen der Unternehmungen. Karl Heymanns-Verlag, Berlin, Oesterr. Wirtschaftsverlag, 2. Bd., Wien, 1934

- Mises, Ludwig: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. Verlag von Duncker u. Humblot, München u. Leipzig, 1912
- Möhle, Fritz: Die Personalgesellschaft. Verlag Poeschel, Stuttgart, 1950
- Niederauer, Friedrich: Bilanzwahrheit und Bilanzdelikte. Verlag Junker u. Dünnhaupt, Berlin, 1937
- Nowak, A.: Handelsbilanz und Steuerbilanz. Verlag für Recht u. Gesellschaft, AG, Zürich, Leipzig, 1938
- Obst-Hintner: Geld-, Bank- und Börsenwesen. Verlag Poeschel, Stuttgart, 34. Aufl., 1955
- Pagenstecher, Max: Der Konkurs. Verlag Beck, München u. Berlin, 3. Aufl., 1955
- Passow, Richard: Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen. Bd. 1 u. 2, Verlag Teubner, Leipzig, Berlin, 2. Aufl., 1921
- Penndorf, B.: Buchführung, in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, v. Karl Bott
- Rehm, Hermann: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften. Verlag Schweitzer, München, 1903
- Rieger, Wilhelm: Einführung in die Privatwirtschaftslehre. Verlag der Hochschulbuchhandlung Krieger u. Co., Nürnberg, 1928
- Rieger, Wilhelm: Schmalenbachs dynamische Bilanz. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart u. Köln, 1954
- Reiss, W.: Steuerersparnis als Leitgedanke für die DM-Umstellung. Finanzwissenschaftl. Forschungsinstitut, Köln, 1952
- Roepke, Wilhelm: Die Lehre von der Wirtschaft. Eugen Rentsch-Verlag, Erlangen Zürich, 4. Aufl., 1946
- Rösle, Karl: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. Verlag Poeschel, Stuttgart, 3. Aufl., 1953, 5. Aufl., 1956

- Severing, K.: Der Kreditverkehr.
Verlag Girardet, Essen, 1950
- Simon, Hermann Veit: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und
Kommanditgesellschaften auf Aktien.
Verlag Guttentag, Berlin, 4. Aufl., 1910
- Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. Verlag v. Duncker u.
Humboldt, II. Bd., 1. Halbbd., München u.
Leipzig, 1928
- Trumpler, Hans: Die Bilanz der Aktiengesellschaft. Verlag für
Recht u. Gesellschaft AG, Basel, 1950
- Scherer, Fritz: Kontentheorien der doppelten Buchhaltung.
Verlag Schulthess u. Co. AG, Zürich, 1950
- Scherpf, Peter: Handelsbilanz und Steuerbilanz.
Karl Heymanns-Verlag, Berlin, 1941
- Schmalenbach, Eugen: Die Aktiengesellschaft, 7. Aufl., Westdeut-
scher Verlag, Köln u. Opladen, 1950
- Schmalenbach, Eugen: Finanzierungen, 2. Aufl., Verlag Klinkhardt,
Leipzig, 1921
- Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz. Westdeutscher Verlag, Köln
u. Opladen, 11. Aufl., 1953, 21. Aufl., 1956
- Schmidt, F.: Die organische Tageswertbilanz.
Wiesbaden, 1951
- Schmitt-Schmitt: Das Betriebsuniversum. Verlag Erich Schmidt,
Berlin, Bielefeld, München, 1952
- Scholz, Franz: Ausschließung und Austritt aus der GmbH.
Verlag Bachem, Köln, 2. Aufl., 1947
- Schönplflug, Fritz: Betriebswirtschaftslehre. Verlag Poeschel,
2. Aufl., Stuttgart, 1954
- Schlüter, Karl: Zur Reichsbewertung und Vermögensteuer.
Verlag Bachem, Köln, 1947
- Schwarze, Paul: Die Vermögensauseinandersetzung beim Ausschei-
den eines Gesellschafters aus einer Personal-
gesellschaft. Verlag Meiner, Leipzig, 1937

- Wagenführ, Horst: Schöpferische Wirtschaft.
Werkschriften-Verlag, Heidelberg, 1954
- Wall, Fritz: Grundsätzliche Erwägungen zur Handels- und
Steuerbilanz. Verlag Poeschel, Stuttgart, 1952
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft.
Verlag Mohr (Paul Siebeck), 1. Halbbd.,
Tübingen, 4. Aufl., 1956
- Weinhandl, Ferdinand: Über Urteilsgerechtigkeit und Urteilswahrheit.
Verlag Meiner, Leipzig, 1923

Lebenslauf

Am 17. November 1923 wurde der Verfasser, Karl Heinrich Gebele, als 2. Sohn des Oberlehrers Anton Gebele und seiner Ehefrau Anna, geb. Wolf, in Waidhaus/Opf. geboren.

Nach vier Jahren Volksschule besuchte er von 1934 bis 1942 das humanistische Gymnasium in Weiden/Opf. und legte dort die Reifeprüfung ab.

Von April 1942 bis Juni 1945 war der Verfasser bei der Wehrmacht und tat zuletzt als Reserveoffizier Dienst im Osten.

1947 schloß der Verfasser die pädagogische Akademie in Emsdetten/Westf. mit der 1. Prüfung für das Lehramt an Volksschulen ab.

1947 bis 1953 war er als Lehrer im Ruhrgebiet und im Bayerischen Wald tätig. Dort legte er auch die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an Volksschulen ab.

Im Januar 1955 bestand der Verfasser in München die Prüfung als Helfer in Steuersachen, im April 1955 unterzog er sich der Prüfung für Dipl. Kaufleute an der Universität in München, im Juli 1955 schloß er das Studium mit der Prüfung für Dipl. Handelslehrer ab.

Im Jahre 1957 nahm der Verfasser an der Assessorenprüfung für das Lehramt an kaufmännischen Schulen mit Erfolg teil.

Seit kurzer Zeit ist der Verfasser in einer Münchner Großbank tätig.

